beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Politik

Zeit zum Streit

19

Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

Infoladen im CI
Koburger Straße 3
04277 Leipzig
Tel./Fax: 0341/31 10 44

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Politik

Zeit zum Streit

19

1. Auflage, 1987
Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Gesamtherstellung: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

10. Jahrgang (1987) Heft 19

Redaktion: Ute Annecke, Inge Hehr, Carola Möller, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich
Redaktionelle Mitarbeit: Heidrun Ehrhardt, Gisela Notz

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Veronika Bennholdt-Thomsen, Adelheid Biesecker, Barbara Böttger, Nicole Gabriél, Cornelia Giebeler, Lerke Gravenhorst, Angelika Hohmann, Eva Koch-Klenske, Hannelore May, Heide Mertens, Regina Michalik, Carola Möller, Karen Nölle-Fischer, Gisela Notz, Cornelia Schuhmann, Carmen Tatschmurat

Die „beiträge" erscheinen dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 13 DM 16,– (Heft 8-12 DM 14,–), Doppelheft DM 28,–, Jahresabonnement (jeweils 3 Nummern) DM 38,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitgliederabonnement DM 35,–. Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich durch den Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21/52 64 22 · Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Erich-Ollenhauer Str. 231, 6200 Wiesbaden, Tel.: 0 61 21/41 07 80

INHALT

Editorial 5

Zeit zum Streit

Barbara Böttger
Macht und Liebe, Gleichberechtigung
und Subsistenz – Kein Ort. Nirgends
Auf der Suche nach einem feministischen
Politikverständnis 9

Veronika Bennholdt-Thomsen
Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage
Zum Zusammenhang von Umweltzerstörung,
Kapitalakkumulation und Frauenverachtung 29

Adelheid Biesecker
Arbeit ist Zwang –
Frauenarbeit ist doppelter Zwang
Zur Theorie der Frauenarbeit
im modernen Kapitalismus 43

Carola Möller
„Die haben wir dann sehr gerne, diese Damen ..."
Ergebnisse und Konsequenzen
aus einem Forschungsprojekt
über ungeschützte Arbeitsverhältnisse 56

Gisela Notz
Ist unbezahlte Arbeit unbezahlbar?
Ehrenamtliche soziale Arbeit von Frauen
als politisches Handlungsfeld 67

Cornelia Giebeler, Angelika Hohmann,
Cornelia Schuhmann
Über die Unverträglichkeit von Staatsknete,
Sozialarbeit und Feminismus
Die autonomen Frauenhäuser Bielefelds –
Zehn Jahre Suche. Eine Selbstdarstellung 79

Regina Michalik
Politik: das Leid mit einer Leidenschaft 89

Hannelore May
Berliner Weiberrat – ein fast unmögliches Projekt 100

Diskussion

Redaktionelle Stellungnahme *111*

Lerke Gravenhorst
Die Öffentlichkeit feministischer Sozialwissenschaft als Pranger? 112

Eva Koch-Klenske
„Knüppel aus dem Sack?“ 115

Carmen Tatschmurat
Anmerkung zu: Veronika Bennholdt-Thomsen, „Geh zurück auf Los“, in: „beiträge“, Heft 18 120

Dokumentationen Informationen

Nicole Gabriél
Mai im Dezember: Junge Frauen in der Schüler- und Studentenbewegung in Frankreich 121

Zwei Frauen der Initiative „K(l)appt das Schleppnetz“
Volkszählung 87 – ohne uns Frauen 125

Rezensionen

Christa Wichterich
Stree Shakti, Frauen in Indien: Von der Stärke der Schwachen
(Heide Mertens) *129*

New Internationalist
Frauen: ein Weltbericht
(Karen Nölle-Fischer) *131*

Vorankündigung Heft 20 *136*

Autorinnen 137

Editorial

Nachdem die Tschernobyl-Erfahrung von den meisten weitgehend Menschen weggeschoben wird, macht sich Ratlosigkeit und Resignation unter den Frauen breit, die nicht verdrängen können und wollen. Auch punktueller Aktionismus (Strommastenabsägen) und individuelle Schadensbekämpfung im Alltag (relativ unverseuchte Ernährung) kann über die letztlich politische Folgenlosigkeit und die immer noch mehrheitlich gesellschaftliche Identifikation mit dem Zynismus der Katastrophenbetreiber kaum hinwegtäuschen. Der Handlungsdruck einerseits und die andererseits demonstrierte Entschlossenheit der Betreiber, unter allen Umständen diese mörderische Technologieentwicklung weiter zu betreiben, haben bisher auch bei uns Frauen nicht dazu geführt, eine grundlegende Lageanalyse zu entwickeln, die eine möglicherweise notwendige Umorientierung feministischer Politik im Hinblick auf einen tragfähigen kollektiven Widerstand bewirkt. Stattdessen wird z.T. in beunruhigender Hektik eine Politik propagiert, die mit vielen wichtigen und bisher anerkannten Zielen der Frauenbewegung bricht. Gleichzeitig wird eine Strategie der Versöhnung mit den Männern verfolgt, die nur unzureichend den individuellen Karrierismus einzelner Frauen verbirgt.

Um diese beiden Entwicklungstendenzen erklären und in ihrer gefährlichen Auswirkung auf die Frauenbewegung einschätzen zu können, muß zunächst einmal der wirtschaftliche, politische und kulturelle Hintergrund für die aktuellen Erosionstendenzen der Frauenbewegung analysiert werden. Es ist offensichtlich, daß nicht nur die tägliche ökologische Katastrophe zum Alltag werden soll – längst zu unserem Alltag geworden ist (endlose Endzeiterfahrung) –, sondern es soll auch – ebenfalls in den Industrieländern – die totale Ausgrenzung der Erwerbslosen und Armen als neue Kapitalstrategie von der Mehrheit der Menschen widerspruchslos hingenommen werden.

Auch wenn Linke, vor allem Gewerkschaftler, nicht wahrhaben wollen, daß wegen der hohen Profite im deutschen Industrieexport eine Stützung der Binnennachfrage durch breitgestreute hohe Einkommen nicht mehr notwendig ist, bahnt sich eine neue Aufspaltung der Welt an. In der Dritten Welt werden die Armen immer ärmer, während gleichzeitig eine schmale, sich aber allmählich verbreiternde Mittelschicht, einen Lohnstandard erreicht hat, der es ihr erlaubt, den gesamten technischen Schnickschnack zu konsumieren, und zwar made in Germany, USA oder Japan. Die Auto-, Video-, Medien-, Computer- oder haushaltstechnische Industrie profitiert davon schon seit Jahren. Die untere städtische Mittelschicht muß sich allerdings mit „fake-Produkten", billigen Imitationen einheimischer Hersteller begnügen. Die deutsche Großindustrie – multinational orientiert –, die zu 80 Prozent für den Export produziert, ist nicht mehr darauf angewiesen, daß die eigene lohnarbeitende und erwerbslose Bevölkerung genug Kaufkraft hat, um die Produktion absetzen zu können. Deshalb kann sie eine Wirtschaftspolitik unterstützen, die durch Streichung der staatlichen Transfereinkommen und Schwächung der Gewerkschaften eine direkte Profiterhöhung (niedrige Löhne, flexibilisierte Arbeitsverhältnisse) und indirekte Bereicherung der Kapitalisten (staatliche Investitions- und Subventionspolitik, Steuerentlastung der Großverdiener) ermöglicht. Daraus entsteht noch keine wirtschaftliche Depression, die die kapitalistischen Großunternehmen bedroht. Solange genügend Kaufkraft (Luxuskonsum aller besser gestellten Erwerbstätigen im In- *und* Ausland) vorhanden ist, stellt die Verarmung der „⅓-Gesellschaft" – es können aber auch noch viel mehr sein – für die Großkapitalisten kein Problem dar. Auch politisch gesehen, besteht die Gefahr, daß sich die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung nicht mit den Ausgegrenzten solidarisiert, da vor allem die schon jetzt unterdrückten und überausgebeuteten Gruppen zu den „Herausgekippten" gehören werden. Frauen, besonders Mütter, weibliche Jugendliche, alte Frauen, Behinderte, Ausländer/innen

und ältere männliche Arbeitnehmer werden den Löwenanteil dieser „⅓-Gesellschaft" stellen. Damit wird eine neue Spaltung initiiert, die durch alle Länder geht. Und offensichtlich auch die internationale Frauenbewegung vor eine Zerreißprobe stellt, die u.U. eine ähnliche Wirkung entfalten könnte wie der Erste Weltkrieg und der Faschismus auf die alte Frauenbewegung.

Der Erste Weltkrieg zerstörte die meisten Beziehungen der Frauengruppen über die Ländergrenzen hinaus, weil die internationalen Frauenanliegen – auch der Friede – in der allgemeinen Kriegshetze nicht mehr weiter verfolgt werden durften oder freiwillig aufgegeben wurden. In Deutschland spaltete sich die bürgerliche Frauenbewegung auf in einen rechten Teil, der aus Karrieregründen und/oder ideologischer Überzeugung den traditionellen weiblichen Part in der Kriegsmaschine übernahm – als Krankenschwestern, Sozialhelferinnen, in der Kriegsverwaltung, in der Rüstungsindustrie etc. –, um das mit hehren Kriegszielen legitimierte gegenseitige Abschlachten der Männer zu ermöglichen. Die radikalen Feministinnen wurden überzeugte Pazifistinnen, deren weiterer Kampf sich vor allem in der Verhinderung eines neuen Krieges – leider erfolglos – erschöpfte. Wichtige frauenspezifische Ziele wurden somit dem Gemeinsinn geopfert: Erhaltung des Friedens. Auch in der Sozialdemokratie scheiterte die Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit", Klara Zetkin, an den Kriegstreibern innerhalb ihrer eigenen Partei, wodurch gleichzeitig die „Sache der Frauen" in der SPD eine empfindliche Niederlage erlitt. Die alte Frauenbewegung wurde so grundlegend zerstört, daß wir Nachfolgerinnen Anfang der 70er Jahre viel Mühe hatten, ihre geschichtliche Spur wiederzuentdecken, obwohl die endgültige Liquidierung der Frauenbewegung durch den Faschismus erst 40 Jahre zurücklag.

Es steht außer Frage, daß die Verarmungsstrategie zu großen Teilen auch eine weitere Feminisierung der Armut bedeutet, aber das heißt nicht, daß *alle* Frauen in die Armut abgedrängt werden. Zwar erhält die Mehrheit der Frauen kein existenzsicherndes Einkommen, aber viele werden – ungesichert und abhängig von einem (Ehe-)Mann, daher doppelt ausgebeutet – solange sie jung sind, am Lebensstandard ihrer erwerbstätigen Ehemänner partizipieren, um als alte Frauen dann endgültig in die Armut der „⅓-Gesellschaft" gestoßen zu werden.
Daneben gibt es eine kleine Schicht von Frauen, die hochqualifiziert, in der Lage ist, existenzsichernde Einkommen zu erreichen bzw. sich zu erhalten. Da mann sich der weiblichen Stammwähler nicht mehr sicher sein kann, zielt die neue Strategie darauf ab, eine kleine Minderheit von Frauen in die Macht einzubinden. Diese Frauen sollen ihre nur geduldete, jederzeit kündbare Position innerhalb der männlichen Machthierarchie mit Anpassung an die männlichen destruktiven Normen bezahlen und diese destruktive Politik gegen die Mehrheit der Frauen mittragen. Feminismus à la Rita Süßmuth als individuelles Karrieremuster. Bei den bereits an den Rand gedrängten Frauen bewirken diese Alibifrauen in Parteien und anderen Institutionen als Stars und Vorbilder eine Identifikation mit der Aufwertung des weiblichen Aufstiegs, verstärken aber ebenso den Verantwortungsdruck der einzelnen Frau für ihre persönliche Misere. Die Strategie der Einbindung soll das Legitimationsproblem lösen, indem sie den sexistischen Charakter der Verarmung verschleiert. Gleichzeitig spaltet sie die gut ausgebildeten, hochqualifizierten Frauen der Mittelschicht in abgesicherten „Jobs" von den ebenfalls gut ausgebildeten, erwerbslosen oder in ungeschützte Arbeitsverhältnisse gezwungenen deklassierten Müttern und alleinlebenden Frauen der Mittelschicht ab. Dieser Schnitt geht mitten durch die Frauenbewegung und könnte zu einer neuen Spaltung führen.

Wie alle ständig von Vergiftung betroffen und von schleichender oder plötzlicher
6 Vernichtung bedroht, werden hauptsächlich Frauen noch zusätzlich herausge-

kippt, auf Sozialhilfe herabgedrückt und eingeschüchtert. Daneben schreitet der Prozeß der Enteignung von Frauen von ihrer für diese Gesellschaft zentralen Fähigkeit – ihrem Gebärvermögen – forciert durch Reproduktions- und Gentechnologien voran. Wir sollten uns angesichts dieser düsteren Perspektive unsere Ratlosigkeit, Resignation und sogar Depression eingestehen. Alle Versuche, die sich eilfertig auf einen neuen Schauplatz politischer Scheinerfolge beziehen, leugnen die eigene Ohnmacht und lügen sich etwas in die Tasche. So werden individuelle und kollektive Entscheidungen getroffen, die nicht oder nur unzureichend in der Frauenbewegung diskutiert sind.

Die einen proklamieren verdeckte Absetzbewegungen von den Feministinnen und mischen bei den Männern gegen die Frauen mit. Getarnt wird diese Tendenz als längst fällige Versöhnung der Feministinnen mit den Männern. Die anderen versuchen, der drohenden Ausgrenzung und Verarmung dadurch zu entgehen, daß sie durch eine Umwertung und Umdrehung der patriarchalischen Werte die gesellschaftliche verachtete „Subsistenzproduktion" zur alleinigen Basis feministisch politischen Handelns erklären. Dieser Rückzug auf die letzte „Machtbasis" der Frauen, nämlich die Produktion des Lebens, könnte von einer Konsumbefreiungs-Kampagne begleitet werden, die als internationale Massenbewegung den bisher fehlenden Zusammenhang sozialer Bewegungen resp. der Frauenbewegung zur Dritten Welt herstellen soll. Es wäre dringend nötig, innerhalb der Frauenbewegung diese Strategien zu diskutieren, weil sie u. E. mehr Fragen und Probleme aufwerfen, als adäquate Antworten geben können. So wird z. B. vernachlässigt, daß die patriarchalisch-kapitalistische Hausarbeit in dieser Gesellschaft keine unabhängige materielle Basis schaffen kann, von der Frauen leben können, ebenso wie das Faktum, daß wir Frauen zu Beginn des patriarchalischen Kapitalismus von den Männern unserer Produktionsmittel beraubt worden sind. Die Aufzucht von Kindern ermöglicht eben keine Existenzsicherung der Mütter – in der Agrargesellschaft stellten Kinder die zukünftigen Subsistenzarbeitskräfte und die persönliche Alterssicherung dar –, sondern erfordert heute in der Industriegesellschaft Geld. Wir brauchen alle Geld zum Überleben, die Mütter aber wegen ihrer Kinder noch entsprechend mehr. Das macht uns in der Tat erpreßbar, aber daran ist auch hier und heute so schnell nichts zu ändern. Wir sind auf einen Erwerbsarbeitsplatz angewiesen, der uns nicht nur eigenes Geld ermöglicht, sondern vor allem existenzsicherndes Einkommen. Da das Patriarchat uns von unseren Produktionsmitteln enteignet hat *und* uns gleichzeitig existenzsichernde Arbeitsplätze verweigert, bleibt vielen Frauen nichts anderes übrig, als sich *einem* Mann (Ehe) unterzuordnen oder vielen Männern (Prostitution) oder in Armut und Abhängigkeit vom Staat zu leben. Die Folge daraus ist natürlich nicht, daß sich feministische Politik in der Erringung eines existenzsichernden Arbeitsplatzes erschöpft. Der existenzsichernde Arbeitsplatz ist lediglich eine bessere Basis, von der aus wir kontinuierlich Politik machen können, die sich radikal gegen diesen nekrophilen Männerstaat richtet. Wer aber die Subsistenzproduktion (Aufzucht und Erziehung der Kinder im kapitalistischen Patriarchat) als eine frei bestimmte Ecke, in der frau auch noch leben kann, beschreibt, muß sich vorwerfen lassen, unter der Hand oder unbewußt die Verarmungsstrategien des kapitalistischen Patriarchats mit zu betreiben. Die Aufwertung der Subsistenzarbeit als einzig mögliche und erstrebenswerte Arbeit von Frauen stellt zudem eine Absage an die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung dar. Damit werden die Frauen einseitig auf ihre vom kapitalistischen Patriarchat geforderte soziale Funktion festgelegt. Die utopische Perspektive einer Humanisierung der Gesellschaft durch Wiederherstellung der männlichen Verantwortung für Kinder und für das Leben schlechthin wird aufgegeben. Den Frauen wird u. E. in der Konsequenz das als verlockend beschrieben, was sie ohnehin sollen: nämlich der Bodensatz der Gesellschaft zu werden, auf unter- oder unbezahlte Arbeit und Sozialhilfe beschränkt, vom Staat

durch Volkszählung und Datenverbund extrem kontrolliert und politisch isoliert. Mag sein, daß dieser resignative Pragmatismus, der trotzig das auch will, was ohnehin beschlossen ist, einzelne Frauen vor identitätsbedrohenden Ohnmachtsgefühlen bewahrt und somit allenfalls ein psychisches Auffangnetz sein könnte, aber die einzig erstrebenswerte feministische Politik kann er nicht sein. Zu dieser eher antizipierenden Haltung gegenüber der neuen Strategie des kapitalistischen Patriarchats passen u.E. die in Ansätzen sichtbar werdenden Konsumbefreiungsbewegungen. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß die Kritik am westlichen überflüssigen und schädlichen Konsum richtig und nützlich ist; aber einen allgemeinen Konsumboykott zum Zentrum einer verarmten Massenbewegung zu machen, würde doch im wesentlichen auch nur die freiwillige Vorwegnahme dessen bedeuten, was die Ausgegrenzten ohnehin müssen.
Inwiefern diese Bewegung den Armen in der Dritten Welt helfen soll, die ja auch schon weitgehend ihre Produktionsmittel verloren haben, ist auch nicht umstandslos herzuleiten, wenn sich nicht innerhalb der Dritten Welt die Machtverhältnisse ändern bzw. weltweit das kapitalistische Patriarchat aufgeknackt wird. Eine solche Konsumbefreiungsstrategie bedroht die Herrschenden in keiner Weise, sondern macht ihnen den Rücken frei. Wenn nicht Produktionsmittel wiederbeschafft werden (aber wie?), bleiben wir an der Leine des Kapitals auf „höherem" oder „niedrigerem" Niveau, und das niedrige bedeutet mehr Abhängigkeit und mehr Ausbeutung.
Die hier aufgezeigten Wege verstehen sich als ausschließliche, die Frauen, die sie entwickelt haben, meinen im Besitz absoluter Wahrheiten zu sein. Zwangsläufig führt dies zur Abgrenzung gegenüber anderen Ansätzen – und den Frauen, die sie vertreten. Als Indiz von uneingestandenen Ohnmachtsgefühlen und zugleich als ihre Folge erscheinen uns der zunehmende destruktive Umgang und die Konkurrenz unter betroffenen Frauen/Feministinnen zu sein. Eine Verarbeitungsstrategie, die durchaus im Sinne des Patriarchats liegt. Wir werden uns immer wieder fragen müssen, ob wir lediglich unserem Harmoniestreben nachgeben, wenn wir versuchen, solche Spaltungen zu überwinden, indem wir doch nach Gemeinsamkeiten suchen. Zum produktiven Umgang mit Spaltungen könnte beitragen, daß wir sie als Ausdruck von Veränderungen begreifen. Voraussetzung für eine solche Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Position wäre allerdings die *bewußte Klärung* einer gemeinsamen Basis. Denn diese kann nicht grundlos vorausgesetzt werden. Für Solidaritätsbemühungen müssen wir Grenzen setzen: dort, wo z.B. mit Hilfe von Frauenforschung und -politik ausschließlich private Karrieren betrieben werden oder wo Frauen um anderer scheinbarer Vorteile willen mit Männern paktieren. Die absolute Grenze liegt da, wo sie oft am schwersten zu erkennen ist: Wenn diese/s gegen Frauen gerichtete/s Politik/Handeln auch noch als Feminismus deklariert wird!
Um zu verhindern, daß Solidarität unter Frauen in Auseinandersetzungen zu Beliebigkeit und Pluralismus verkommt, daß sie sich gar an für die feministische Bewegung Schädliches verschwendet, müssen wir Fähigkeiten zum konstruktiven Streiten entwickeln. Dabei geht es nicht mehr um zwanghafte Harmonieproduktion, sondern um die Entwicklung des Unterscheidungsvermögens zwischen „drinnen" (dem, was der Frauenbewegung nützt) und „draußen" (dem, was der Frauenbewegung schadet). Um diese Analyse leisten zu können, müssen wir immer wieder den Bezug zu unserer Geschichte herstellen (können). Auch wenn wir feministische Geschichte nicht als gradlinig, sondern eher als labyrinthisch begreifen, dürfen wir nicht vergessen, welche Wege wir schon beschritten haben, warum und in welcher Richtung. Nur eine Analyse, die weder ihre Geschichtlichkeit noch ihre Interessen verleugnet und den widersprüchlichen Alltag von Frauen nicht einebnet, wird der Notwendigkeit und den Bedürfnissen von Handeln und von Zukunft in der Gegenwart gerecht.

Barbara Böttger

Macht und Liebe, Gleichberechtigung und Subsistenz – Kein Ort. Nirgends

Auf der Suche nach einem feministischen Politikverständnis

„Falls wir weiterhin das Gleiche reden, wenn wir uns so sprechen, wie sich die Männer seit Jahrhunderten sprechen, so, wie man uns gelehrt hat zu sprechen, dann werden wir uns verfehlen . . . Wir haben weder Modell, Maßstab, noch Beispiel, und geben uns niemals Befehle, Vorschriften, Verbote. Unsere Imperative sollen nur Aufforderungen sein, uns zu bewegen: zusammen. Schaffen wir uns kein Gesetz, keine Moral. Keinen Krieg. Laßt uns niemals Recht haben . . . Wenn du/ich richte, hört unsere Existenz auf. Und es ereignet sich nicht mehr das, was ich in dir, in mir, in uns liebe: die niemals beendete Geburt, der niemals ein für alle mal fertige Körper, die niemals vollendete Gestalt, das immer noch zu modellierende Gesicht" (Luce Irigaray 1979).

I

Geben wir doch zu, daß wir ratlos sind, wenn wir präzise zu fassen veranlaßt werden, was denn nun feministische Politik sei, auf die sich zumindest große Teile der Frauenbewegung verständigen könnten. Selten wurde mir dies so schmerzlich bewußt wie auf dem Kongreß „Frauen und Ökologie" der Grünen Bundestagsfrauen im Oktober letzten Jahres. Nach der Katastrophe von Tschernobyl sollte dort zusammengetragen werden, „was Frauen der Hybris, den technokratischen Allmachtsphantasien und ihren tödlichen Auswirkungen entgegenzusetzen haben". Zwischen der Forderung nach der Hälfte aller Erwerbsarbeitsplätze (Die Grünen 1986) und einer wie auch immer gearteten Konsumbefreiungsbewegung (Mies 1986 a) sollte frau sich entscheiden, obwohl eigentlich jeder klar war, daß weder die eine noch die andere Überlegung eine halbwegs befriedigende Antwort auf die eingangs gestellte Frage anboten.[1)] Angesichts der schier erschlagenden Größe des Problems, auch nur die wichtigsten Ausbeutungsarten an der Natur, der Dritten Welt und uns Frauen selbst zu überwinden, erzeugte der – quasi stellvertretende – Kampf gegeneinander bei den meisten Teilnehmerinnen ein umso größeres Gefühl von Unbehagen und Ohnmacht. Statt uns gegenseitig zu „ermächtigen" für widerständiges Handeln und uns zu ermutigen für den oft so ausweglos erscheinenden Alltag, haben wir uns gelähmt, indem wir auf das Trennende pochten, die „Rechte" beschworen, die andere gar nicht als solche erkennen konnten, oder die „Natur", über die wir ja gar nicht verfügen.
Ich halte *die Einschätzung* der Vertreterinnen des Subsistenzansatzes (Bennholdt-Thomsen 1986 – den ich später beschreibe), daß *die Frauenbewegung* jetzt *an einem Scheideweg zwischen „Gleichberechtigung" und „Autonomie" bzw. „Subsistenzgesellschaft"* oder anders ausgedrückt, einer *„Politik der Macht" und einer „Politik der Liebe"* stehe, für inhaltlich *falsch und zugleich selbstzerstörerisch* – eine Spaltung, die auch mitten durch mich selbst hindurch geht. Sie untergräbt unsere Kraft und unsere Lust an Veränderung. Und wir haben ihn auch schon einmal gehabt, diesen fatalen Schwesternkampf, zwischen der ersten bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung mit der Konsequenz, daß unsere Vorkämpferinnen ihre Zielsetzungen nur zu einem kleinen Teil erreichten. Allein die Radikalen des bürgerlichen Flügels, denen ich mich verbunden fühle, versuchten diese unheilvolle Separierung zu überwinden, konnten aber als zu kleine Minderheit ih-

rer Stimme nicht genügend Gewicht verleihen. Auf den gleichen Rechten der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu bestehen und gleichwohl auf der besonderen weiblichen Existenzweise und Perspektive zu beharren und damit auf eine Veränderung der ganzen Gesellschaft zu drängen, das müßte doch möglich sein.

Erliege ich – erneut – einer wunschgesteuerten Realitätsblindheit, wenn ich behaupte – und das ist meine These –, daß vielleicht erst heute die Karten zu unseren Gunsten gemischt sind, insofern wir günstigere Voraussetzungen denn je besitzen, *auf der Basis des Gleichberechtigungsgebots* der Verfassung nicht Angleichung an die Männer und ihre Welt, sondern eine *andere Erwerbsarbeit, Politik, Kultur und und andere Geschlechterbeziehungen* durchzusetzen (wie es auch die „Mutter" des Artikels 3,2 GG im Sinne hatte[2]), sowie daneben und darüber hinaus den *Bereich der Re-Produktion neu zu gestalten*, ohne in die alte Falle einer quasi „natürlichen Weiblichkeit" zu geraten? Gegenüber den Anfechtungen eines reduktionistischen Egalitätstheorems und einer dualistischen Ergänzungstheorie sind wir aufgrund historischer Erfahrungen hinreichend gewarnt. Aber ob wir auch ausreichend dagegen gewappnet sind?

Sicher bin ich hingegen in einem: Wie frau auch die Möglichkeiten zu derart tiefgreifenden Umwälzungen einschätzt – die ich nur als lange, über mehrere Generationen hinweg zu verfolgende Prozesse zu denken vermag –, das, was wir am dringendsten brauchen, ist nicht das verabsolutierende Beharren auf dem eigenen Standpunkt, der immer *auch* der eigenen Erfahrungs- und Erkenntniswelt verhaftet ist und daher leicht zur dogmatischen Ausgrenzung anderer ebenfalls lebensgeschichtlich bedingter Sichtweisen führt, sondern eine wirklich offene, manchmal auch heftige, aber nicht denunziatorische Auseinandersetzung, bei der auch eine Frau mit einer anderen Meinung weiterhin als Schwester akzeptiert wird. Also ein *Plädoyer für eine Zusammenführung gegensätzlicher* meiner Überzeugung nach *jedoch nicht antagonistischer, sondern sich* vielmehr *ergänzender Strategien und* erst recht *der Frauen, die sie vertreten.* Denn was haben wir sonst für eine Kraftquelle innerhalb der Frauenbewegung als unsere Solidarität, oder soll ich mit allem Pathos sagen, als unsere Liebe zueinander in allen denkbaren Formen? Sollten wir nicht statt der patriarchalen Prinzipien der gnadenlosen Konkurrenz und der Unterwerfung Schwächerer Liebe als radikalste Kommunikationsform der Verständigung zwischen Menschen, die es geben kann, als dringend notwendige Verkehrsform politikfähig zu machen versuchen, oder gar statt der männlichen Befreiungsformel Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ein Menschenrecht auf seelische Unversehrtheit, auf Liebe, fordern (Janshen 1983)? Selbstverständlich ist hier keine aufopfernde Liebe gemeint, sondern die gegenseitige Erweiterung der Möglichkeiten, das Erforschen der Stärken und der Gemeinsamkeiten zwischen Frauen, die gegenseitige Unterstützung. Für mich liegt hier der Kern der Frauenbewegung, *die einzige Qualität, die uns über unsere noch so heißen Diskurse hinweg zusammenhalten kann.* Daß uns dies selbst in unseren eigenen feministischen Projekten[3] so schwer fällt, läßt sich wohl in erster Linie darauf zurückführen, daß wir unsere psychischen Prägungen, mit Blick auf die Männer, ihre Gratifikationen und Normen nicht einfach per Willensentscheidung abschütteln können.

Daneben zeichnen sich jedoch auch immer deutlichere Konturen der alten inhaltlichen Kontroverse ab, ob Frauen sich vorrangig auf den Kampf um gleiche Rechte in Beruf und Öffentlichkeit, also auf die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung konzentrieren sollten, oder ob es nicht vielmehr um die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung weiblicher Subsistenzfähigkeit gehe, also um die Beibehaltung der Zuständigkeit von Frauen für den Re-Produktionsbereich einschließlich seiner Werte unter anderen Bedingungen und Zielsetzungen allerdings.[4] Über die kräfteverschleißenden Infights hinwegzukommen und zumindest zu einer Tolerierung dieses unterschiedlichen Politikverständnisses zu gelangen, halte ich für dringend notwendig, ja geradezu unumgänglich.

II

„Feministische Politik ist der Prozeß unseres politischen Handelns selbst und die Entwicklung unserer Autonomie und Solidarität im politischen Alltag, formulieren Elke Kiltz und Brigitte Sellach (Kiltz, Sellach 1986, S. 52) als Ausgangspunkt für ihre – wie ich meine – sehr kreative Stadtratsarbeit im Frankfurter Römer. Zugleich ist damit aber auch, wenn frau diesen Satz nicht tautologisch verstehen will, die ganze Unbestimmtheit ihres Weges und seiner Anstrengungen benannt – eine ehrliche und damit auch weiterführende Zustandsbeschreibung unserer gegenwärtigen Situation. Frauen haben sich als Feministinnen bisher der „offiziellen" parlamentarischen Politik verweigert, aus guten Gründen. Waren sie doch für diese Politik inhaltlich im allgemeinen unterworfene Objekte, manchmal als Wählerinnen in ihrem Wirkungsradius höchst beschränkte Subjekte, aber niemals wäre eine Feministin als Repräsentantin dieser Politik geduldet worden, dies wäre ein Widerspruch in sich selbst gewesen. Mit dem parlamentarischen Gewicht der Grünen beginnt sich das zu ändern: Immer mehr Frauen sehen heute reale Eingriffsmöglichkeiten und wollen die Verhältnisse politisch mitgestalten. Und dafür taugen weder die ach so vertrauten zwiespältigen Verweigerungsstrategien gegenüber institutionalisierter Politik, weil sie ihre passive Beteiligung nicht leugnen können, noch die eher verbal-radikalen Aufrufe zur „Konsumverweigerung" oder „Revolutionierung des Alltags" (Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit", Bielefeld 1983), weil sie auf nicht vorhandene oder zu erhoffende Massenbewegungen setzen, die Kapitalismus und Patriarchat weltweit abschaffen würden, ohne auch nur ansatzweise angeben zu können, wie dieses hehre Ziel, über das wir uns wohl alle einig sind, denn erreicht werden solle.

Ich halte die Überwindung dieses verständlichen tiefsitzenden Mißtrauens gegenüber den männerbündisch organisierten Interessenvertretungen in der Politik aus zwei Gründen für zwingend erforderlich:
Erstens scheint mir die ökonomisch-soziale Situation von Frauen gerade zu einem Zeitpunkt besonders gefährdet, an dem soviele Frauen wie nie zuvor über die für den Erwerbsarbeitsmarkt notwendigen formalen Qualifikatonen verfügen und dennoch systematisch ausgesperrt oder unter Niveau eingesetzt werden. Die Versprechungen gleicher Chancen haben sich inzwischen weitgehend als trügerische Illusion erwiesen, die Abdrängung in miese Jobs und Armut nimmt stetig zu. So ergibt sich die paradoxe Situation, daß zwar mehr Frauen irgendwo auf dem Erwerbsarbeitsmarkt untergekommen sind, sie sich aber nichtsdestotrotz diskriminierter fühlen denn je. Selbst die Bundesregierung muß einräumen, daß das Bewußtsein einer geschlechtsbedingten Minderbewertung (als Ergebnis der Aktivitäten der autonomen Frauenbewegung) auf geheimnisvolle Weise zugenommen hat: Während 1967 noch 41% der Frauen der Meinung waren, sie hätten gleiche Chancen, waren es 1983 nur noch ganze 14% (Bundesregierung 1986). Es gibt also sowohl einen *akuten Handlungsbedarf zur Abwehr* des Abschiebens von Frauen in nicht existenzsichernde ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse oder ganz an den Kochtopf als auch ein bis dato nicht gekanntes *Legitimationsdefizit staatlichen Handelns* und zugleich einen *wachsenden Willen zur Veränderung seitens der Frauen.*
Zweitens versuchen die etablierten politischen Institutionen dieser plötzlich mit soviel Brisanz aufbrechenden „Frauenfrage", die ja zutiefst eine Infragestellung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, irgendwie Herr zu werden. Die CDU registrierte 1980 mit Schrecken, daß sie die Mehrheit der Frauen, die seit Verkündung des Wahlrechts beständig konservativ gestimmt war, verloren hatte. Die „Wende" ihrer Politik begann 1985 mit den spektakulären „Leitsätzen der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Frau und Mann" und zeichnet sich jetzt mit Rita Süßmuths äußerst geschickten verbalen Übernahmen feministischer

Positionen ab: Gleichstellungspolitik meint in ihren Augen nicht so sehr Abbau von Unterdrückung und Ausbeutung weiblichen Arbeitsvermögens seitens einer patriarchalen Gesellschaft und jedes einzelnen Mannes, sondern Angleichung der erwerbstätigen Frauen an die Hausfrauen (z.B. beim Erziehungsgeld) und umgekehrt oder auch fließende Übergänge zwischen beiden durch ungesicherte Teilzeitarbeit plus erziehungsgeldgestützter Mutterschaft – beides jedoch unterhalb der Grenze, die für ein eigenständiges Leben Voraussetzung wäre. Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik keucht den smarten Modernisierern und Alibifrauen mit der hohlen Beschwörung „die Zukunft ist weiblich" hoffnungslos hinterher, während die FDP sich sogar nicht entblödet, Gleichberechtigung als Gleichverpflichtung mißzuverstehen (Frauen sollen freiwilligen Wehrdienst leisten dürfen). Bei den Grünen probieren Feministinnen und andere Frauen, getragen von zunehmenden Wähler/innenstimmen und gebremst von den eigenen Chauvies, gegenwärtig höchst unterschiedliche und phantasievolle Konzepte aus, die zumindest eins gemeinsam haben, sie sind neu, bisher ungedacht und daher auch noch unwiderlegt. Dennoch: *Der „Staatsfeminismus" droht.*

III

Wenn ich mich nun frage, ob die *klassischen feministischen Emanzipationskonzepte* angemessene politische Antworten auf die prekäre ökonomische Lage der Frauen und die staatlichen Vereinnahmungsstrategien einerseits und den „massenhaften" individuellen und zunehmend auch kollektiven Aufbruch der Frauen in fast allen Bereichen (z.B. den Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbänden) andererseits anzubieten haben, kommen mir erhebliche Zweifel: Die *über hundertjährige Strategie einer Frauenbefreiung durch Gleichberechtigung* hat zwar mit ihrer Priorität auf Erwerbsarbeit und Öffentlichkeit den Einfluß von Frauen in Männerdomänen vergrößert, ist aber mit den entscheidenden Nachteilen behaftet, daß sich qualitative Veränderungen kaum – oder nur mit sehr langem Atem durchsetzen lassen werden (Edding 1983) und daß sie faktisch auf die Warenökonomie beschränkt bleibt. Mehr Teilnahme von Frauen kann zu einer Stabilisierung eines Systems führen, dessen Eigengesetzlichkeit langfristig das Lebendige in Mensch und Natur aufzusaugen oder zu ersetzen droht. Letztlich *kann es gar keine „gleiche Teilhabe aller Frauen" geben,* weil diese kapitalistische Industriegesellschaft gerade auf der Aneignung der Arbeits- und Lebenskraft von Frauen hier und in der „Zweiten" wie „Dritten Welt" beruht, *ohne daß sich das ganze System grundsätzlich verändert.* Dennoch: In dem Maße wie sich Frauen bezahlte Stellen im „Außenbereich" erkämpfen und zugleich einen Teil der Arbeit im „Innenbereich des Hauses" an die Männer delegieren, werden sich sowohl der Berufsbereich wie der private Bereich positiv wandeln.

Aber: Werden die Frauen die Beschäftigung mit lebendigen Menschen, die Suche nach Liebe, Glück, Schönheit und Muße zugunsten immer mehr maschinisierter Arbeit einschränken oder gar aufgeben? Und werden sich umgekehrt die Männer ihrer beruflichen Privilegien entkleiden für die Sorge um Kinderpopos und den Familientisch? Das bereits erkennbare Ausmaß männlichen Widerstandes gegenüber Frauenförderplänen und Quoten ist ein präziser Indikator für den befürchteten Machtverlust. Wenn dieses Modell nicht in der leidigen Doppel- bis Dreifachbelastung enden soll, wäre zumindest eine Halbierung der Vollzeitbeschäftigung für alle notwendig bei gleichem existenzsicherndem Einkommen. Aber auch diese höchst unwahrscheinliche Lösung würde an der grundlegenden Problematik der Warenproduktion, der Produktionsverhältnisse und der internationalen Arbeitsteilung ebensowenig verändern wie an der prinzipiellen Unzulänglichkeit der Vorstellung von „Gleichheit" oder „Gleichwertigkeit", im Sinne einer Angleichung an

die Männer, gegenüber der sich das Denken, Fühlen und Handeln vieler Frauen mir Recht sperrt.

Spiegelverkehrt dazu lassen sich die Vorzüge und Nachteile der *anderen klassischen Strategie* beschreiben, die sich primär auf *die „weibliche Sphäre"* des *Re-Produktionsbereichs* konzentriert. Da Frauen hier eine fast ungeteilte Machtstellung, aber nicht mehr die zum Überleben notwendigen Ressourcen besitzen, können sie zwar hier ihre Gestaltungsmöglichkeiten zur Geltung bringen, haben aber gegenüber dem Produktionsbereich apriori nur eine geringe Durchsetzungschance. Das Mittel „Lohn für Hausarbeit" ist nicht durchzusetzen und würde die kapitalistische Verwertungslogik bis an ihr bitteres Ende führen, statt sie aufzuheben. Das Mittel der Verweigerung, des Streiks, ist, wenn es mehr als symbolische Kraft entfalten soll, nur auf die stofflich-materielle Seite der Hausarbeit anwendbar, aber nicht auf die Beziehungsarbeit. Lysistratas sexuelle Verweigerung ist leider bis heute ein – schöner – Mythos geblieben. Auch der „Gebärstreik" konnte sich nicht verbreitern. Nur wenn die Subsistenzfähigkeit – wie später ausgeführt – konserviert, bzw. wiedergewonnen und zugleich kapitalistischer und männlicher Aneignung entzogen werden könnte, würde dies eine Schwächung patriarchaler Verfügungsmacht bedeuten. Aber wie sollte dies geschehen? Der Status als Ehefrau in einer Kleinfamilie, als alleinerziehende Mutter mit Sozialhilfe oder Teilzeitjob oder als Nebenerwerbslandwirtin usw. kann ebensowenig eine Lösung sein wie die relative Autarkie von Frauenprojekten in Stadt und Land: Niemand kann aus der Abhängigkeit des Gesamtsystems, ja seiner funktionalen Einbettung entkommen. Italienische Feministinnen haben dieses Dilemma auf den Punkt gebracht: „Das ist die Alternative . . . Entweder du wirst so wie die Gesellschaft das will – und ich akzeptiere das nicht mehr – oder du zerstörst dich selbst . . . das ist die Unbeweglichkeit, die sich hergestellt hat: unsere Unlust, *so* zu sein, und unsere Chancenlosigkeit, *anders* zu sein" (Rosaria und Rosalba 1980, S. 253).
Im Gegensatz zu Cornelia Klinger (1986) habe ich jedoch kein ungebrochenes déjà-vu-Erlebnis beim Vergleich der ersten und zweiten Frauenbewegung in Deutschland bzw. der BRD heute. Aber es gibt schon deutlich erkennbare Parallelen: In Parteien und Gewerkschaften wird oft allzu blauäugig auf die wundersamen Wirkungen der Gleichstellung gesetzt, wie umgekehrt in der Ökologie- und Frauenbewegung Natur- und Weiblichkeitsmystik immer mehr an Boden gewinnen (siehe Kritik daran von Thürmer-Rohr 1986).

IV

Diskutieren möchte ich im folgenden die *aktuellen Ansätze in der Frauenbewegung, die die alten Emanzipationsstrategien partiell transzendieren,* jedoch weiterhin auf einer jeweils einseitigen Betonung ihres Befreiungskonzeptes entweder im Produktions- oder im Reproduktionssektor beharren. Ich halte dies für eine, der realen Lage der Frauen keineswegs gerecht werdende, *Vereinseitigung*, wo eine gegenseitige *Ergänzung* vonnöten wäre. Denn Frauen leben, denken und handeln heute tatsächlich – wenn auch nicht immer gleichzeitig, sondern biographisch bedingt oft nacheinander – sowohl im männlich definierten Bereich von Erwerb und Öffentlichkeit als auch im weiblich definierten Bereich des Hauses, der Kinder und der Familie. Daß dieser Trend auch in der nachwachsenden Generation weitergehen wird, ist vielfach dokumentiert. Die jungen Mädchen wollen einen gleichen Zugang zu Beruf, Politik und Kultur und wollen außerdem Kinder haben einschließlich größerer Freiheitsräume für neue Lebens- und Liebesformen.
Ein *feministisches Politikverständnis* muß daher von den *höchst unterschiedlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen der Frauen ausgehen,* wenn es auf *noch in unserer Lebenszeit zu realisierende Grenzüberschreitungen* hinzielen will, statt Frauen

auf einen einzigen Begriff bringen zu wollen. Eine derart verselbständigte Strategie würde die Frauen, für die sie vorgibt, das Beste zu wollen, in ähnlicher Weise gewaltsam subsumieren, wie es patriarchale Objektivierungen der „Frau" tun. Denn nur aus „männlicher" Sicht sind wir „gleich", als ganzes Geschlecht auf unsere, von ihnen determinierte, „Natur" reduziert und damit unserer jeweiligen individuellen Identität beraubt. Auch eine irgendwie vorstellbare in die Zukunft oder die „matriarchale" Vergangenheit projizierte Aneignung männlicher Machtpotentiale wäre nur eine Umkehrung gegebener Verhältnisse und damit nichts wirklich anderes. Wir blieben innerhalb derselben Geschichte, derselben Ordnung, derselben Ökonomie. Um der Logik dieser falschen Symmetrie zu entkommen, d. h., eine wirklich neue gesellschaftliche Konstitution der Frauen zumindest ansatzweise leben zu können, müssen wir bei der Vielfalt weiblicher Subjekte ansetzen in der Hoffnung auf Erweiterung unserer Handlungsmöglichkeiten, unserer Gemeinschaft und unseres Glückes[5], was wir durch den – stückweise auch schon während des – Kampf(es) gegen patriarchale und kapitalistische Verhältnisse erreichen können.
Eine abstrakte Strategie hingegen, die die Sinne, den Körper und die Gefühle verleugnet, ein nur aus der Theorie, allein am Schreibtisch entworfenes und daher notwendig eindimensionales, eindeutiges Zukunftsmodell – diesmal nur aus der Sicht von Frauen – geht von der unausgesprochenen Voraussetzung aus, daß es ein erkennendes Subjekt gäbe, das kraft der ihm eigenen Vernunft ein Gebäude schaffen könne, in dem es sich für alle anderen Frauen, Männer und Kinder gut leben ließe: Eine Omnipotenzphantasie, meine ich, die eher Ausdruck realer Machtlosigkeit als Resultat wirklicher Schwesterlichkeit ist, weil sie die Vernunft, die Erfahrungen und die Wünsche aller anderen Frauen prinzipiell negiert, und sie damit zu Objekten der Realisierung instrumentellen Denkens macht.

Ich plädiere deshalb für ein *Verständnis von Politik,* das sich *bei Beachtung der notwendigen ökonomischen* und *ökologischen Grenze* um eine *Vergrößerung der (Spiel-)Räume, Zeiten und Ressourcen* für jede Frau hinsichtlich ihrer *gesamten Lebens- und Liebesverhältnisse* bemüht und sozusagen *von unten und von vielen Frauen* gleichzeitig Schritt für Schritt *erdacht und gelebt* wird. Dies entspricht auch meiner Alltagserfahrung: Ich begegne immer wieder Frauen, die in ihrem konkreten Leben schon ein Stück Zukunft in diesem Verständnis leben, ohne je etwas von Feminismus gehört zu haben. Damit rede ich jedoch *nicht der Beliebigkeit individueller Wahlen* das Wort. Das wäre bar jeden Realitätsbewußtseins, denn der gesellschaftliche Rahmen, innerhalb dessen wir uns bewegen, ist eng genug und nicht von uns gesteckt.
Zumindest in großen Linien hat die feministische Gesellschaftsanalyse die historische Genese unserer Unterwerfung und die heute noch anhaltende Zerstörung weiblicher Produktions- und Lebensweisen bis in den letzten Winkel der Erde hinein nachgezeichnet. Wir müssen der strukturellen und aktuellen täglichen Gewalt widerstehen, dagegen ankämpfen, daß wir selbst wie auch unsere Produkte zur ausbeutbaren Ware gemacht werden und dafür kämpfen, daß wir im Alltag, ja sogar in unseren Liebesbeziehungen an die Grenzen unserer eigenen patriarchalen Prägungen und die gesellschaftlichen Normen überwinden.
Ich glaube wegen der Größe der Aufgabe *nicht an eine Strategie* und schon gar *nicht an die eine Wahrheit feministischer Politik.* Eine Frau – sofern sie sich denn aufmacht, der Gesellschaft ihren eigenen Stempel aufzudrücken – wird dort am wirksamsten kämpfen, wo *ihre Unterdrückung am unerträglichsten* ist, wo *sie Widerstandsmöglichkeiten* für sich *erkennt* – und möglichst dabei *nicht allein ist.* Und sie kann nur dann kämpfen, wenn sie über die *notwendigen materiellen Ressourcen, physischen und psychischen Kräfte* und vor allem über *genügend freie Zeit* verfügt – seltene Dinge für Frauen allemal.
Um jedoch überhaupt „sie selbst" werden zu können, frei über sich zu befindende

Subjekte jenseits von patriarchalen Rollen- und Funktionszuweisungen, brauchen Frauen ein möglichst großes rechtlich abgesichertes Maß an politischer und individueller Freiheit, an sozialer und ökonomischer Gleichheit. Erst auf dieser zukünftig herzustellenden Basis können wir *„ungleich"* werden, eine *andere als von Männern definierte Identität entwickeln und bisher kaum vorhandene Perspektiven für eine Gesellschaft* entwickeln, die nicht auf Unterdrückung und Ausbeutung anderer Menschen, der Maschinisierung oder Verdrängung der inneren Natur und der Zerstörung bzw. künstlichen Neuerschaffung der äußeren Natur beruhen. Von diesen Überlegungen ausgehend, diskutiere ich nun die beiden „feindlichen Schwestern" Subsistenz- und Gleichberechtigungspolitik.

V

Das hier als *„Subsistenzansatz"* bezeichnete Politikverständnis, das hauptsächlich von Claudia v. Werlhof, Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen in Umrissen ausgearbeitet worden ist[6], geht von der Überzeugung aus, daß es zu der von ihnen folgendermaßen beschriebenen Welt-Zukunft: „kasernenartig und militärisch organisierte Teil-Lohnarbeit in den Fabriken, plus kollektive, nicht über Löhne, sondern Kredite regulierte Zwangsarbeit auf dem Lande, und das unter Zugrundelegung des Individualgefängnisses der patriarchalen Kleinfamilie" nur dann eine Alternative gibt, „wenn wir es schaffen, auf die Dauer nicht nur den Lohn, sondern viel mehr, nämlich *die Produktionsmittel, wiederzubekommen:* unsere Körper und unsere Kinder, unsere Häuser und unser Land, unser Wissen, unsere Kreativität und die Resultate unserer Arbeit" (v. Werlhof u.a. 1983, S. 131). Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Abschaffung von Industriekapitalismus und Patriarchat einschließlich der internationalen Arbeitsteilung. Um dies überhaupt vorstellbar zu machen, bezieht sich Maria Mies auf eine Berechnung des britischen Ökonomen Malcolm Caldwell[7], der nachgewiesen habe, daß es unter der Voraussetzung einer anderen Wirtschaftsweise theoretisch auch in Europa heute möglich wäre, die grundlegenden Subsistenzbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung und sogar Energie mit den im eigenen Land verfügbaren Ressourcen zu befriedigen und damit politische Erpressung, Hunger in der Dritten Welt und Erwerbsarbeitslosigkeit abzubauen (Mies 1986a). Wie dahin zu gelangen sei und welche konkrete Praxis es für die Menschen bedeuten würde, wird nicht diskutiert.

Den naheliegenden Einwand, daß eine derart radikale Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft angesichts der ihr entgegenstehenden Mächte doch schwer umzusetzen sei, verwirft Maria Mies kurzerhand mit dem Argument, Frauen bleibe heute sowieso nichts anderes übrig, als „hier und heute die Komplizenschaft mit dem System auszukündigen". Ein probates Mittel dazu wäre für sie eine *„Konsumbefreiungskampagne* sowohl gegen die Kapitalisten im eigenen Lande, aber auch gegen den ‚Feind in der eigenen Brust'". Dadurch könnte, nimmt sie an, theoretisch 50% dessen, was heute hier in den privaten Haushalten konsumiert wird, als überflüssig und schädlich eingespart werden. Besonders wichtig für Mies sind dabei die *Bedürfnisse,* die sich nicht an *„Luxuskram"* orientieren dürfen und ihr *Arbeitsbegriff,* der im Gegensatz zum Marxschen auf den männlichen Industriearbeiter verkürzten Begriff *bei der Arbeit der Mütter* ansetzen müsse, wo sie eine „Einheit von Arbeit als Lust und Arbeit als Last" konstatiert. Nicht die Arbeit an Maschinen, sondern als soziale Tätigkeit und in Kooperation mit statt der Unterwerfung der Natur, wie sie kleinbäuerliche und handwerkliche Produktion ausmache, könne befriedigend sein. Nicht die Freizeit sei das Ziel, sondern „die Beibehaltung der Arbeit als direkte(r) und sinnliche(r) Interaktion mit der Natur, mit lebenden Organismen, organischer Materie". Schließlich müssen „die Prozesse der Produktion und Konsumtion wieder zusam-

mengebracht werden, denn nur dann, wenn diejenigen, die Dinge konsumieren, die sie produzieren, können sie feststellen, ob sie notwendig und nützlich sind . . . *Die internationale Arbeitsteilung wäre daher als erstes aufzuheben*"[8] (Maria Mies 1983).
Mit dieser Voraussetzung macht sich das ganze schöne Modell vollends unglaubwürdig, weil nicht das geringste dafür spricht und sie auch keine Begründung anführt, daß die kapitalistische Weltwirtschaft – außer vielleicht durch eine Katastrophe – von uns oder den Marginalisierten in der Dritten Welt „aufgehoben" werden könne. Einen Garten Eden zu skizzieren, mag ja irgendwie tröstlich erscheinen, eine politische Perspektive gewinnen wir so gewiß nicht. Außerdem: Je ferner der utopische Entwurf, desto trefflicher läßt sich darüber streiten. Die von Maria Mies benannten „Übergangsforderungen" beziehen sich lediglich neben der „Politisierung des Konsums", wenn z.B. „Kollektive von Frauen öffentlich erklären, daß sie (bestimmte) Produkte nicht mehr kaufen wollen", auf die Forderungen von Kleinbauern gegenüber der EG und auf den „Aufbau einer Überlebenswirtschaft und Gesellschaft", die sich wiederum an fernen Beispielen, z.B. den Slums von Mexiko, der Chipko-Bewegung im indischen Himalaya usw. orientieren. Was wir davon lernen können, insbesondere wir Frauen, bleibt offen.

Das *Grundproblem des Subsistenzansatzes* scheint mir die unmittelbare Übertragung der Erfahrung aus der Dritten Welt speziell des dortigen Subsistenzsektors auf unsere Situation zu sein und die damit verbundene Statuierung eines angeblich materialistischen quasi überzeitlichen Begriffes von „der Frau", der sich an ihrer Gebärfähigkeit als bestimmendem Faktor festmacht. Nahtlos geht da die Analyse vom Ursprung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und dem „weiblichen Gegenstandsbezug zur Natur" aus vorpatriarchalen Zeiten über zu den Re- und Produktionsverhältnissen in einem indischen Dorf oder in Köln (Mies 1983, S. 173) – Denn alles hängt ja mit allem zusammen, und die Frauenfrage als allgemeinste aller Fragen erkläre damit auch das übrige: „Wenn wir die Hausarbeit verstanden haben, haben wir die Ökonomie verstanden" (v. Werlhof 1983, S. 113), und zwar die Weltökonomie, sozusagen von ihrer Entstehung an. Wenn dies dann zwischen ein paar schmale Buchrücken gepreßt werden soll, muß notgedrungen vereinfacht, Disparates in genialischen Zusammenhängen zusammengefaßt und das meiste ausgelassen werden; die Hauptsache, wir „verstehen" das „Funktionieren unserer Gesellschaft". Heisenbergs Unschärferelation und unser eigenes Alltagsverständnis lehren uns hingegen, die notwendige Begrenzung unserer jeweiligen theoretischen Erkenntnisse wie unserer konkreten Erfahrung und sinnlichen Wahrnehmung im Auge zu behalten. Der aus der Kenntnis der Geschichte und der Dritten Welt geschärfte Blick, den wir uns ja mühsam gegen das herrschende Wissenschaftsverständnis aneignen mußten, erspart uns die genaue Zurkenntnisnahme unserer eigenen Realität mitnichten, und diese geht schon gar nicht in einer „Grand Theory" auf.
Mein *zweiter Einwand* richtet sich gegen die gleichermaßen vereinfachende Methode, die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen gedanklich und politisch einfach umzudrehen, wie in einem Spiegel zu verkehren, um eine andere Zukunft zu entwerfen, ohne sich der Mühe zu unterziehen, nach den Ursachen zu forschen, die den Verlauf dieser jahrhundertelangen Entwicklung und ihre Beibehaltung begründen. Noch nie haben sich grundlgende gesellschaftliche Veränderungen einfach *rückgängig* machen lassen, ebenso wenig wie sich die Menschen einfach zurückverwandeln lassen. So bleibt es eine volontaristische Behauptung, wenn Claudia v. Werlhof schreibt: „Sie (gemeint sind die Frauen, B.B.) sind jedoch offenbar die einzigen, die ein Interesse daran haben (müssen), eine antikapitalistische und antipatriarchalische Perspektive allgemein, und zwar sowohl „weltumfassend" wie auch individuell, zu entwickeln" (v. Werlhof 1983). Da dies den Frauen weltweit und über solange Zeit hinweg ja kaum entgangen sein dürfte, fragt sich doch,

warum sie dieses ihr behauptetes Interesse bisher nicht einmal artikuliert, geschweige denn durchgesetzt haben, waren sie ja durchaus nicht immer nur von waffenstarrenden oder gewalttätigen Männern umgeben.
Maria Mies geht noch ein Stück weiter: Sie leitet nicht nur aus der Umkehrung der Entwicklung der heute bestehenden Produktionsverhältnisse ihr *utopisches Gegenmodell* ab, sondern nimmt diese ja auch von ihr erst in ferner Zukunft zu realisierende Perspektive gleichsam als *Maßstab zur Beurteilung aktueller Vorschläge*; sie lehnt ein Mindesteinkommen, also eine Umverteilung unseres Steueraufkommens, solange ab, wie dieses nicht jedem Menschen auf der ganzen Welt zustehe. Sie hält technische Alternativen zur Atomindustrie für falsch, wenn die Ausbeutung der Natur und der Dritten Welt weitergehe; Arbeitsverkürzung sei solange unsinnig, wie wir keinen anderen Begriff von Arbeit haben; Gleichberechtigung sei keine richtige Forderung, weil die Ausbeutung und Kolonialisierung weitergehen; der Kampf um Freiheitsrechte, Selbstbestimmung und Emanzipation sei falsch, weil er von dem Begriff des bürgerlichen Individuums ausgehe, das sich von den Begrenzungen der Natur befreien wolle, während sie gerade auf die Begrenztheit des Lebens hinweist. Ein Recht auf Abtreibung solle es nicht geben, denn: „Wir besitzen unseren Körper nicht, wir kooperieren mit unserem Körper, *wir sind unser Körper*" (Mies 1986b).

Hier wird nun wirklich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, entgegen früherer Beschwörungen der Autonomie wird heute das *Selbstbestimmungsrecht als nicht mehr passend abgelehnt.* Soll wirklich der Körper, der wir seien, entscheiden, ob wir uns 20 Jahre lang um ein Kind kümmern wollen? Eine solche Position kann ich gerade als Mutter nicht mehr nachvollziehen. Heute und hier alternative Energiegewinnung statt AKWs, Steuerumverteilung zugunsten armer Frauen, mehr frei verfügbare Zeit, mehr Zugangschancen für qualifizierte Jobs usw. abzulehnen, weil das nicht in ein Zukunftsmodell paßt, dessen Realisierungschancen sie nicht einmal annäherungsweise angeben können, halte ich schlechterdings für zynisch. Auch wenn ich ihr das *nicht* unterstelle, ist es die logische Konsequenz ihrer Argumentation.
Da derartige Rundumschläge der Vertreterinnen dieser Richtung gegen so gut wie alles außer der Subsistenzproduktion gerichtet sind, was diese sicher schlecht eingerichtete Welt zu bieten hat, bleiben als *Ausgangspunkt oder auch Refugium* eben nur solch *hypostasierend verwandte Begriffe wie „der Körper, der wir sind", ein „frauenwürdiges Leben"* (Bennholdt-Thomsen 1986) *oder eine emphatisch aufgeladene Mutterschaft* (v. Werlhof 1986a). In die Falle, die sie den dualistischen Vorstellungen alternativer Wirtschafts- und Lebensformen attestieren, fallen sie so selbst hinein, indem sie mittels eines definitorischen Aktes weibliche Produktivkräfte aus den Produktionsverhältnissen herauslösen zu können meinen. In einer Anhörung sagte Claudia v. Werlhof z.B.: „Als hätten die *Natur* und die *Liebe* und die *Subsistenz* und die *Kinder* uns verstümmelt, und nicht die Industrie und die Warenproduktion und der alltägliche Krieg mit Männern und Institutionen!" (v. Werlhof 1986b). Hinterrücks haben sich hier die angeblich invarianten Begriffe von „der Natur" und „der Frau" wieder eingeschlichen. Die zur „Naturressource" gemachten Frauen, deren gesamtes Arbeitsvermögen zur patriarchalen und kapitalistischen Aneignung freigegeben wurde – wie sie selbst analysiert haben –, berufen sich so plötzlich in aller Unschuld auf eben diese „Natur" und diesen Körper als letzte Instanz. Wie gern würde ich auf diese Worte und erst recht auf die ihnen immanenten Bedeutungen bei meiner Suche nach einem feministischen Politikverständnis rekurrieren, wenn Claudia v. Werlhof mir sagen könnte, auf welch geheimnisvolle Weise sie „die Natur" (bei „der Liebe" bin ich noch am ehesten geneigt ihr zu glauben), „die Subsistenz" und „die Kinder" der Subsumtion unter das kapitalistische Akkumulationsmodell entreißen zu können meint.
Oder handelt es sich nur um jenen vielbeschworenen „Rest", der irgendwo in und

außer uns überlebt hat? Um jenen Bestand an historisch blockierter Erfahrung, der sich über Mythen, Bilder und Symbole im kollektiven Unbewußten der Frauen erhalten hat und beispielsweise im Wiederaufleben des Bewußtseins von Hexen und matriarchalem Wissen, magischer Kulte und spiritueller Energiequellen zutage tritt (Bovenschen 1977, Daly 1981)? In der *Rückerinnerung* und *Wiederaneignung dieser Spuren* verloren geglaubter *nicht-patriarchaler weiblicher Identität, Lebensweisen* und *Umgangsformen* liegt für mich durchaus ein *archaisches* und *anarchisches Widerstandspotential,* dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Indes beliebt sich dies eher im Reich der Träume, der Phantasie, der Erotik, der Poesie und der Kunst, der intuitiven Wahrnehmung und spontanen Verschwisterung von Frauen zu realisieren als auf der Ebene der Ökonomie und der Politik. Hier erliegen diese verborgenen Sehnsüchte so leicht der Gefahr der Ontologisierung des weiblichen Geschlechtscharakters (Osterland 1984), des Biologismus, insofern das Primat des Körpers als unser einzig verbliebenes Produktionsmittel verabsolutiert wird, und der Gefahr einer – vielleicht unbewußten – Verklärung vorkapitalistischer Produktionsweisen, die beim besten Willen nicht wiederherzustellen sind.

Um letztes scheint es sich mir besonders bei dem utopischen Entwurf von Maria Mies zu handeln. Gerade wer die Zerstörung bäuerlicher Arbeits- und Lebensformen am eigenen Leib oder in unmittelbarer Anschauung in der Dritten Welt erlebt hat, ist am ehesten versucht, sich eine Zukunft jenseits der kapitalistischen Industriegesellschaft in einfacher Umkehrung vorzustellen. Aber ob derartige „alten" Wünsche als Grundlage für ein zukünftig realitätsbildendes Gesellschaftsmodell dienen können, wage ich, entschieden zu bezweifeln. Entsprechend dünn sind auch die Vorschläge, wie denn nun konkret der propagierte „Auszug aus dem Technopatriarchat" zu bewerkstelligen sei oder die „Revolutionierung des Alltags" vonstatten gehen könne: Konsumboykott, Verweigerung der Reproduktionsarbeit unter „ihren" Bedingungen, „Kampagnen und Aktionen, durch die vor allem Frauen klar wird, welche Macht der sogenannte Alltag hat" (Bennholdt-Thomsen 1985). Keine dieser Strategien ist bis dato irgendwie konkretisiert und/oder im eigenen Leben realisiert worden. Es blieb bei der großen Geste und gleichzeitiger *Denunziation aller anderen Strategien als reformistisch.* Bisher sehe ich durch diese *verbalradikalen* Äußerungen hindurch mehr *Ohnmacht,* was die vielbeschworene „Aufhebung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse" anbelangt, und ein *kurzfristiges Sichverausgaben in „Empörung",* die gerade mangels ihrer Kontinuität den *resignativen Rückzug provoziert* und *damit letztlich wieder alles beim Alten beläßt.*

So wichtig, ja unerläßlich eine Selbstveränderung und Selbstvergewisserung von Frauen außerhalb des Erwerbssektors ist, so beschränkt bleibt auch ihr politisches Potential, solange sie nicht in die gegebenen Institutionen hineinagieren und diese zu Veränderungen zwingen. Wieso sollten gerade die „gewaltsam kolonisierten Frauen" plötzlich zu Subjekten der Geschichte werden? Die Proletarier sind es entgegen der Marxschen Analyse nicht geworden. Die historische Erfahrung zeigt uns hingegen, daß es nie die am meisten Unterdrückten und Ausgebeuteten waren, die dauernde gesellschaftliche Umwälzungen bewirkten. Sie wirkten mit – wie insbesondere die Frauen an der Spitze vieler Revolutionen – und wurden anschließend um die Früchte ihres Kampfes betrogen. Nicht die, die „vom Boden des Fasses zwar das Ganze als Ganzes sehen" (v. Werlhof 1984), aber zugleich auch die ganze Last zu tragen haben, besitzen die Kraft zur radikalen Erneuerung, sondern eher die, die nicht vollends mit der Existenzsicherung beschäftigt sind, aber dennoch um die Ergebnisse ihrer Anstrengungen gebracht werden – und dies noch selten genug! Gerade weil das so ist, bin ich, was die Frauen betrifft, nicht so pessimistisch, denn sie sind einfach nicht nur „ganz unten", sondern *auch* Teil des

Systems. Würden sie jedoch den Ratschlägen von Veronika Bennholdt-Thomsen folgen, Erwerbsarbeitsplätzen und Geld keine besondere Beachtung mehr zu schenken (Bennholdt-Thomsen 1986), wären sie sicher bald wirklich so erdrückt von dem Inhalt des Fasses, daß nichts mehr von ihnen zu hören wäre.

Zusammenfassend glaube ich, daß der Subsistenzansatz – soweit er bisher politisch artikuliert wurde – in seinem Abgrenzungsbedürfnis gegenüber jeglichen egalitären Strategien, die fälschlicherweise dann mit einer Angleichung an die Männer identifiziert werden, seine eigenen Grundlagen preisgibt. Eine Wiederaneignung der *Subsistenzfähigkeit* ist bei völliger Nichtbeachtung oder gar Ablehnung von Erwerbsarbeitsplätzen, Geld, politischen Grundrechten, Selbstbestimmung und einem Stückchen Frauenmacht nicht einmal in rudimentären Formen denkbar.
Die Wiederbelebung der *Subsistenzproduktion* im eigentlichen Sinne ist heute selbst in der Dritten Welt und erst recht *für die ca. eine Million Menschen in der BRD,* die von der Landwirtschaft leben, eine eher schwierig zu erkämpfende Zielsetzung. In der Dritten Welt muß sie gegen den gesamten Weltmarkt, bei uns gegen die Agrarpolitik der EG mühsamst durchgesetzt werden. Da es in der Mehrzahl Frauen sind, die die kleinbäuerlichen Betriebe oder Nebenerwerbslandwirtschaften aufrechterhalten und außerdem ökologisch rücksichtigsvoller denn alle anderen arbeiten, bleibt dies eine *sinnvolle Forderung,* die tendenziell die Ausbeutung der Dritten Welt verringern hilft.
Die *übrige große Mehrheit der Frauen* verfügt jedoch *allein* mit ihrer *Gebärfähigkeit* bzw. der ständigen *Erhaltung lebendiger Arbeitskräfte* noch über ein *„Produktionsmittel"* im marxistischen Terminus. Meines Erachtens ist es nur dann möglich, diese „Potenz" schrittweise aus den Fängen des patriarchalen und kapitalistischen Verwertungszusammenhanges herauszulösen, wenn wir auch im Erwerbsarbeits- und Politikbereich teilnehmen und zugleich für eine Umverteilung materieller Ressourcen für die gesellschaftlich notwendige Arbeit im Re-Produktionsbereich kämpfen. Für absolut notwendig erachte ich außerdem eine Öffnung dieser „privaten" Sphäre in die Gesellschaft hinein. Des weiteren halte ich prinzipiell die Ausweitung öffentlicher und „privater" Lebensmöglichkeiten jenseits des Lohnarbeitsbereichs in materieller und ideeller Hinsicht für unabdingbar. Nur so kann die Allmacht rationalistischer Regelungs- und Ordnungssysteme, naturwissenschaftlich-technischen maschinisierten Denkens, Arbeitens und Lebens auf die Schranke der in der weiblichen Lebensweise noch erhaltenen anderen Wertmaßstäbe, Träume, Kenntnisse, Arbeitsweisen, Vergemeinschaftungen und Sinngebungen stoßen.

VI

Und damit bin ich beim *Gleichberechtigungsansatz* angelangt, den autonome Feministinnen, grüne und linke Frauen, aber auch einzelne Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen, Frauen in den Kirchen, in Kultur und Wissenschaft usw. vertreten. Wohlgemerkt, es soll hier *nicht um das Mißverständnis von Gleichberechtigung als Gleichheit/Angleichung an die männliche Spezies gehen* und auch nicht um die marxistisch-sozialistische Wunschvorstellung, daß die Doppelbelastung der Frauen durch Vergesellschaftung der Familienarbeit plus maschineller Rationalisierung der materiell-stofflichen Hausarbeit zu überwinden sei. Denn tatsächlich ist die Zeit fürs Kochen, Waschen, Putzen usw. nicht geringer geworden, wird die Konsumarbeit (Grubitzsch 1985) mit der Ausweitung von Selbstbedienung und Armut eher zunehmen, wie auch die Bedeutung der Beziehungsarbeit mit dem Vordringen der Informations- und Kommunikationstechniken im Alltag in geradezu dramatischer Weise weiter wachsen wird (Böttger, Mettler-Meibohm 1985). Ebensowenig soll es im folgenden um die liberal-existientialisti-

sche Position Simone de Beauvoirs gehen, weil sich deren Beurteilung von Mutterschaft als Falle für Frauen, die sich befreien wollen, ebenfalls als Trugschluß erwiesen hat: Die meisten Frauen kennen inzwischen den Preis einer ausschließlichen Teilhabe an Erwerb und Öffentlichkeit und sehen dies eher als Einschränkung, die es aufzuheben gelte, denn als zukünftige Perspektive. Im realen Leben wollen die meisten Frauen einen qualifizierten Beruf haben und Kinder, eine Familie oder Partnerschaft, ohne zum mehrfach belasteten Arbeitstier degradiert zu werden, was aber nur in den seltensten Fällen gelingt.
Die Frage für mich ist deshalb, ob das Einklagen verfassungsmäßig garantierter Grundrechte ein Weg sein kann, die geschlechtliche Arbeitsteilung in allen Bereichen graduell – weil dies als revolutionärer Akt schon gar nicht denkbar wäre – abzubauen und damit letztlich dem kapitalistischen Industriemodell seine Basis zu entziehen, es also offenkundig und untergründig zu transformieren. Der *Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes der Grünen* ist die bisher radikalste Umsetzung dieses Ansatzes. Diese Strategie ginge also von der Annahme aus, daß Frauen ihr Recht, nicht mehr als ganze Person ausgebeutet zu werden, nicht mit der Absicht erkämpfen wollen, sich neben und mit den Männern gemütlich einzurichten, die Macht, das Geld und die Wertsetzungsgewalt einfach mit ihnen zu teilen, sondern dabei immer noch ihre Kritik an dieser Männergesellschaft in Kopf und Seele zu behalten und öffentlich zu artikulieren, d. h. sich immer nur partiell integrieren zu lassen und mit ihrer übrigen Hälfte aus anderen Quellen zu schöpfen, die sich eher im Re-Produktionsbereich erhalten haben.
Die *Kämpfe für Frauenrechte* mit dieser Perspektive haben eine *lange Tradition*. Seit Olympe de Gourges' „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin" nach der Französischen Revolution, Louise Ottos „Frauen-Zeitung", den Schriften von Hedwig Dohm und Malvida v. Meysenburg bis hin zur Kritik der Radikalen der ersten bürgerlichen Frauenbewegung am Bürgerlichen Gesetzbuch von 1900, ging es nie um das Ziel, den Männern und ihrer Welt gleichzuwerden.
Nach dem 2. Weltkrieg, als die Männer aller Parteien wiederum nur eine auf die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten reduzierte Gleichheit in die neue Verfassung schreiben wollten (Konvent von Herrenchiemsee 1948), war es dem puren Zufall zu verdanken, daß mit der erfahrenen Anwältin Elisabeth Selbert eine engagierte Politikerin zum Zuge kam, die die faktische Rechtlosigkeit der Frauen aus eigener Praxis kannte und entschlossen war, sie abzubauen. Mit dem moralischen Gewicht der Arbeit der Frauen im Krieg und beim Wiederaufbau und der Drohung versehen, diese Frauen würden mit ihrer quantitativen Übermacht von 170 weiblichen auf 100 männliche Wählerstimmen die Annahme der ganzen Verfassung in Frage stellen, falls ihnen die ihnen zustehenden Rechte weiterhin vorenthalten würden, und den „Waschkörben voller Eingaben" von Frauen an den Parlamentarischen Rat als Druckmittel gelang es ihr schließlich, das heute geltende Gleichberechtigungspostulat in der 3. Lesung doch noch durchzusetzen. Damit wurde das Bürgerliche Gesetzbuch in großen Teilen revisionsbedürftig. Da dies jedoch nicht innerhalb der 4-jährigen Frist geschah, mußte sich die Rechtsprechung bei Familienrechtssachen ab 1953 direkt auf das Grundgesetz statt auf Einzelgesetze beziehen – ein außergewöhnlicher Zustand, der in dem Unwillen der Adenauerregierung begründet war, die patriarchalischen Familiengesetze entsprechend dem Willen der Verfassungsgeber zu reformieren. Dies geschah erst 1957 und 1977 und wird inzwischen z.B. durch die Änderung des Unterhaltsrechtes wieder ausgehöhlt.[9)] Die Auffassung, daß sich *Artikel 3,2 GG* darüber hinaus *mit unmittelbarer bindender Wirkung auf alle anderen Rechtsgebiete,* insbesondere auch das Arbeitsrecht *erstreckt,* ist zwar extra von Selbert in die Protokolle des Parlamentarischen Rates hineingeschrieben worden, konnte sich aber gegen die vielfältigen Widerstände nicht durchsetzen. Die SPD, die Gewerkschaften und die Frauenverbände haben es an dem nötigen Druck, die individuellen Grundrechte zu realisieren, weitgehend fehlen lassen.

Einen geeigneten Vorwand, die Gleichberechtigung eben doch nicht durchzuführen, lieferte die Selbertsche Begründung für ihre Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt", in der sich das prinzipielle Dilemma einer rechtsförmigen Regelung der Geschlechterdifferenz ausdrückt: „Es ist ein grundlegender Irrtum, bei der Gleichberechtigung von der Gleichheit auszugehen. Die Gleichberechtigung baut auf der Gleichwertigkeit auf, die die Andersartigkeit anerkennt. Mann und Frau sind nicht gleich" (Parlamentarischer Rat 1949). Darauf hat das bis heute in seiner Mehrheit konservativ zusammengesetzte Bundesverfassungsgericht in seiner Auslegung der biologischen Geschlechtsstereotypen und der Festschreibung arbeitsteiliger funktionaler Unterschiede rekurriert. Auf diese Weise *wurde aus einer echten wertsetzenden Rechtsnorm* bei den meisten Entscheidungen *ein bloßer Programmsatz,* dessen Gebotscharakter immer mehr entschwand (Reich-Hilweg 1979). Sowohl der Verfassungstext als auch die rechtsüblichen Deutungsmethoden, z.B. die historische Auslegung, würden grundsätzlich ein aktives Eingreifen des Staates zugunsten einer positiven Förderung der Gleichberechtigung – beispielsweise durch Quotierung – ermöglichen, ja im Sinne der „Mutter" des Artikels geradezu erzwingen.[10] Allein, ohne den politischen Willen der Juristen, der Parteien und nicht zuletzt der Tarifpartner hat diese Grundrechtsgarantie ihre potentielle Bedeutung als normbildendes Postulat in hohem Maße verloren und sehr oft als Alibi zum Nichtstun gedient. *Dies muß* jedoch *nicht so bleiben.*

Das Antidiskriminierungsgesetz (ADG) der Grünen (Entwurf 1986) hat wieder ins öffentliche Bewußtsein gehoben, daß es politisch-ideologische Entscheidungen waren, z.B. dem Grundrecht auf Schutz von Ehe und Familie oder des Eigentums einen Vorrang vor dem Grundrecht auf Gleichberechtigung einzuräumen. Mit Hilfe einer Generalklausel, die genau formuliert, was unter dem Tatbestand Diskriminierung zu verstehen sei, hoffen sie, die bisher umstrittene Drittwirkung des Art. 3, 2 GG über das Recht des/r Einzelnen gegenüber dem Staat hinaus zu verbreitern und mit dem Gesetz letztlich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufzuheben. Tatsächlich hätte dies – wäre es gewollt worden – auch bisher schon geschehen können. „Grundrechte garantieren nicht nur formale, sondern materiale Gerechtigkeit" (Pfarr 1982), meint ein Teil der Jurisprudenz. Der Artikel 3,2 hatte, in einer spezifischen historischen Situation erkämpft, ein Stück Utopie vorweggenommen, die aber nur dann realisiert werden kann, wenn sie von Frauen durch einen massiven politischen Druck auf die gewohnheitsrechtlichen Wertvorstellungen der Männer und ihre institutionalisierte Macht Stück um Stück durchgesetzt wird.[11] *Wir werden also mit oder ohne ADG nur genausoviel Rechte haben, wie wir uns erkämpfen.* Allerdings kann dieses Gesetz, das ja in der gegenwärtigen Parteienkonstellation bestenfalls als verwässertes Quotierungsgesetz zu verwirklichen ist, dabei durchaus anregend und unterstützend wirken und die anderen Parteien zwingen, ihre verbale Frauenpolitik real zu verbessern. Die geschlechtliche Arbeitsteilung ist dadurch ebensowenig abzuschaffen wie die weiterführende, aber überaus vage Utopie der Autorinnen auch nur annäherungsweise zu erreichen sein wird, indes, vielleicht gibt es ja ein paar Schritte in ihre Richtung. Ohne irgendeine Form von *Quotierungszwang* halte ich einen erweiterten Zugang von Frauen zu qualifizierter Erwerbsarbeit und Öffentlichkeit heute nicht machbar, sie ist eine conditio sine qua non. Aber die Aufteilung von Haus- und Familienarbeit bleibt dabei weiterhin dem Einzelkampf zwischen Frau und Mann überlassen. Darüber hinaus wird sich an der Art und Struktur der kapitalistischen Produktionsweise mit all ihren zerstörerischen Konsequenzen dadurch selbstverständlich nur insoweit etwas ändern, als wir es nicht nur von *innen,* sondern auch von *außen,* in Frage stellen. Nur eine *partielle* Beteiligung kann uns vor Anpassung bewahren und jene Kraft und Lust erhalten, auch noch etwas *anderes* zu leben als uns von den Männern angeboten wird.

Es gibt aber keine Alternative zu einem wie auch immer bescheidenen Maß an *„Freiheit", „Gleichheit" und „Demokratie" als Voraussetzung für eine Veränderung.* Daß wir nicht genug davon haben, spricht nicht gegen diese Ideale als solche (wir würden sie gewißlich anders interpretieren als die Aufklärung), sondern gegen die Gesellschaft, die ihre Geltungskraft beschränkt. Daß wir mit unserem Widerstand bestenfalls zu einer allmählichen Transformation der bestehenden Verhältnisse in der Lage sein werden, spricht nicht gegen das Beharren auf der Erfüllung dieser Grundsätze, sondern eher dafür.

VII

Die künstliche Statuierung einer Dichotomie zwischen einer primären Orientierung an der Politik der Gleichberechtigung im oben dargelegten Sinne oder an einer Politik zur Stärkung der Subsistenz bzw. des Re-Produktionsbereichs bedeutet nach meiner Überzeugung eine getreue Erfüllung patriarchaler Denk- und Verhaltensweisen, denn *wir können weder wirklich gleich-berechtigt noch wirklich ganz ungleich-different sein: Wir sind beides zugleich.* Wir sind Teil der von Männern gemachten Welt und bewahren in uns seit 3000 Jahren die kollektive Erinnerung an eine andere von Frauen geprägte Geschichte (die im übrigen viel länger überdauert hat). Wir arbeiten mal in „ihrem" und mal in „unserem" Bereich oder in beiden parallel. Wir lieben mehrheitlich Männer, sehnen uns aber dennoch nach einer – möglicherweise auch erotischen – Gemeinschaft mit Frauen. Frau kann diese Ambivalenz mit guten Gründen negativ als klassische double-bind-Situation beschreiben, die Frauen weder in der alten traditionellen Kleinfamilie und Hausfrauen-Rolle beläßt noch ihnen dauerhaft lebbare andere Lebensformen wirklich eröffnet. Oder frau kann – ebenfalls begründet – eine No-Win-Situation feststellen mit mehr Rechten als früher, aber weiterhin den gleichen Pflichten: „Alte Machtpotentiale im privaten Raum sind verloren, neue Macht im öffentlichen Raum ist noch nicht gewonnen" (Kickbusch 1984, S. 2). Wie daraus entkommen? Die neuen Rechte dazu verwenden, die alten Pflichten abzubauen, meine ich. Die „Listen der Ohnmacht", die uns die alte Rolle zugestanden durch eine gelassen ausgeübte, mit anderen Frauen geteilte Macht zu ersetzen, für etwas das es noch nicht gibt: Eine andere politische Kultur, ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten, ohne über andere herrschen zu wollen und die Natur auszubeuten.
Feministinnen haben bisher sehr unterschiedliche Formen dafür gefunden. Rossana Rossanda nennt es „doppelte Militanz", wenn Frauen im Bewußtsein der Länge des vor ihnen liegenden Weges sowohl in einer traditionellen Partei für Durchsetzung von Fraueninteressen eintreten, als auch in einer Frauengruppe agieren. (Rossanda 1980, S. 36) Oder frau definiert sich vorrangig über eine Frauengruppe oder ein Frauenprojekt, mischt sich aber gezielt in die „offizielle Politik" ein, wenn es ihr nötig und sinnvoll erscheint. Oder frau läßt sich im Reißverschlußprinzip in ein grünes Mandat wählen, um in der parlamentarischen Politik mit anderen Frauen ihre Akzente zu setzen. Oder Feministinnen halten sich sonst zwar raus, machen aber Druck auf Frauen in etablierten Parteien, über die jeweilige Parteiloyalität hinweg, bestimmte Fraueninteressen gemeinsam zu verwirklichen (wie es italienische Feministinnen mit einem „Frauenpakt" versuchen). Oder Frauen wie die in der GAL Hamburg erinnern sich der von Augspurg und Heymann schon 1919 initiierten Idee einer Frauenliste über unterschiedliche politische Standpunkte hinweg. Wieder andere Frauen entwickeln ihren eigenen Begriff von Politik, der weibliche spirituelle Energien beschwört, ein Netzwerk zwischen schwesterlich empfindenden Frauen stiften will, sich aber dennoch nicht aus allen Institutionen heraushält (Daly 1982) usw.usf. Grundlage dieser feministischen Politik aber mußte eine gegenseitige Tolerierung und Unterstützung der Frauen sein.

Blicken wir in unsere Widerstands-Geschichte zurück, ergibt sich *ein ähnlich ambivalentes Bild wie heute:* Trotz einer starken außerinstitutionellen Macht wie sie die Frauen z.B. im Mittelalter besaßen, wurden sie aus den Zünften verbannt, ihres Wissens beraubt und schließlich zu Millionen verbrannt. Obwohl Frauen an allen Revolutionen, Aufständen teilnahmen, selbst eigene Hunger- und Steuerrevolten anzettelten, neue Maschinen stürmten und an anarchistischen Geheimbünden und frühsozialistischen utopischen Projekten beteiligt waren, sie hatten eigentlich nicht viel davon. So berechtigt ihre Kritik an der Erstarrung der jeweiligen Bewegung und der Verkehrung der ursprünglichen Zielsetzung war, „die fehlende Macht dieser Art (in den Institutionen hat, B.B.) auch wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Lage der Frauen nirgendwo wirklich qualitativ zum Besseren verändert und manchmal sogar verschlechtert hat" (Wolf-Graaf 1981, S. 266). Auch später, in der Neuzeit, als Frauen voneinander in den Kleinfamilien isoliert waren, besaßen sie eine gewisse Macht. Aber ihr Widerstand blieb eher unsichtbar, individualistisch, ja selbstzerstörerisch (Piven, Cloward 1984) oder „in einem subversiven Sinne passiv und gefügig" (Honegger, Heintz 1981, S. 39). Sie verhielten sich immer dann kollektiv regelwidrig, wenn die Existenz der Familie, für die sie verantwortlich waren, nicht mehr gesichert oder ihre normativen Vorstellungen bedroht waren: Gegen Hunger rebellierten sie z.B. nur dann, wenn Spekulanten eine künstliche Knappheit erzeugt hatten, aber nicht, wenn er Folge einer Naturkatastrophe war.[12] Erst *wenn Menschen ihre Lage als ungerecht und veränderbar begreifen, werden sie kollektiv Widerstand leisten,* so analysieren Piven und Cloward die neuzeitlichen Rebellionen (1984, S. 135).

Wenn wir also realistischerweise davon auszugehen haben, daß die schönen alten Widerstandsformen der *spontanen Verweigerung, Verhöhnung, Respektlosigkeit* und *Unberechenbarkeit* zwar in unsere Aktionen einfließen, auf längere Sicht jedoch dadurch nur wenige reale Veränderungen bewirkt werden, andererseits die *Eingriffe in die institutionalisierte Politik* auch kaum mehr als symbolische marginale Verbesserungen zeitigen, bleiben die *vielfältigen Formen eines kontinuierlichen alltäglichen Widerstands,* der uns nicht überfordert, sondern eine Erweiterung unserer Handlungsfelder anstrebt – mit anderen Worten: Die Bedingungen und Formen unseres Lebens transzendiert: „Macht *und* Liebe, Gleichberechtigung *und* Subsistenz bzw. Re-Produktion" zusammen, und von jedem eine gehörige Portion.

Am wichtigsten dafür scheint mir *erstens* eine *grundsätzliche Infragestellung der herr-schenden kulturellen Werte und Normen.* Wir müssen unsere Begriffe, Deutungen, Bilder, Träume, Erinnerungen, Ahnungen und Utopien – unsere feministische Kultur in einem umfassenden Sinne weiterentwickeln. Unser prinzipiell von Männern u.a. durch biologische Ausstattung, Geschichte, Erziehung, kulturelle Normierung, Arbeits- und Lebensweise verschiedenes Verhältnis zu unserem Körper und unserer Seele, unserer Sexualität, unserer Reproduktionsfähigkeit, zu unseren Kindern und anderen Menschen, zur äußeren Natur und ihrer naturwissenschaftlich-technischen Aneignung durch die männliche Wissenschaft, zur Kunst, Ästhetik, Religion, zur Literatur und Geschichte, das ist es, was unsere andere, flüssige, nicht begrifflich eindeutig definierte und damit eingefangene vielgestaltige *Identität* ausmacht. Mit der vor 200 Jahren als Unterseite der Aufklärung entworfenen „weiblichen Natur" hat sie nicht viel gemein. In dem Maße, wie wir uns dieses von Männern differente Bewußtsein unserer selbst im täglichen Denken, Fühlen und Handeln bewahren, jene kulturelle Autonomie neu erschaffen, wird sie *als Ferment von Gegenmacht* auf die übrige Gesellschaft einwirken, für, noch, männer-identifizierte Frauen anziehend und inspirierend sein und sich so ständig verbreitern. Daß dies dennoch ein Weg voller Ambiguität ist, weil wir seinen Ausgang nicht kennen, eine ständige Gratwanderung zwischen den patriarchalen Teilen in und außerhalb von uns und einer anderen noch weitgehend unbe-

stimmten Qualität, versteht sich von selbst. Aber wir haben – meine ich – keine andere Alternative.
Denn die Zukunft, die die Männer betreiben, trägt den Stempel des Todes. In den High-Tech-Phantasien malen sie sich nach der Ersetzung der körperlichen Kräfte des Menschen durch die Maschine nun die unendliche Potenzierung seiner geistigen, kommunikativen und reproduktiven Kräfte aus, bis der Mensch/Mann schließlich von seinen Produkten verdrängt ist oder sich ihnen als unvollkommene Maschine angeglichen hat; die Ökonomie der Industriegesellschaften basiert auf dem Hunger und Elend der nicht industrialisierten Gesellschaften; die Weltpolitik auf dem Wahn einer vielfachen atomaren Zerstörungskraft. „Nicht die Atombombe ist das Problem, sondern das Herz des Menschen", meinte der altersweise Einstein, nachdem er zuvor selbst zum Vormarsch der Herzlosigkeit beigetragen hatte. Vielleicht hilft gegen diese Nekrophile der männlichen Elite, der wir nolens volens „teilunterworfen" sind, nur der andere Teil in uns, „denn das, was wir wünschen können, muß doch im Bereich unserer Kräfte liegen" (Wolf 1982).
Politisch gesehen eröffnet *allein das Beharren auf unserer wert- und normbildenden geschlechtlichen Differenz* und, damit verbunden, eine primäre Verortung außerhalb des patriarchalen politischen Systems *eine Möglichkeit dafür, daß der Staat* und seine Institutionen *nicht all unsere Themen besetzt,* nicht all unsere Kritik absorbiert, sie gar selbst symbolisch repräsentiert oder durch materielle Zugeständnisse in seine Bahnen umlenkt und sich damit einverleibt (Ergas 1984) – völlig verhindern können wir dies aber nicht. Die modernisierte CDU ist gegenwärtig äußerst erfolgreich dabei, „postmaterielle Werte", Lebensstile und alternative Arbeitsweisen in ihr Zukunftskonzept zu übernehmen (Grafe 1986). Heiner Geißler sieht die Frauen bald zuhause zwischen Bildschirm und Familie oder Teilzeitjob und Sozialstation hin- und herpendeln. Rita Süßmuth verkörpert und verkauft programmatisch, wie spielend eine steile Karriere und eine Familie mit Kindern zu vereinbaren sei. Sie lebt den neuen janusköpfigen Partnerschaftsmythos einer „modernen" gleichberechtigten Frau in Beruf und Politik bei gleichzeitiger Wahrung der althergebrachten Kleinfamilie publikumswirksam vor. Daß beides eine Lüge ist, müssen wir öffentlich und eindringlich demonstrieren, die Realität der Gewaltverhältnisse in der Familie und der zunehmenden Unterdrückung und Ausbeutung im Erwerbssystem anprangern, ohne jedoch nur in der Negation zu verbleiben.

Um dies zu erreichen, brauchen wir *zweitens* auf der *gesetzlich-rechtlichen Ebene möglichst viele Abwehrrechte* gegen sexuelle Gewalt, die Verfügung über unseren Körper (§ 218 und Gen- und Reproduktionstechniken), die Beeinträchtigung unseres Alltagshandelns und unserer Kommunikationsformen durch die Neuen Technologien usw. Daneben und ebenso notwendig brauchen wir *neue Teilhaberechte* auf Erwerbs- und Ausbildungsplätze, Aufhebung der Benachteiligung im Sozial- und Rentensystem, im Familienrecht (Unterhalt), auf eine Umverteilung der öffentlichen Gelder und Ressourcen usw. Es gibt wohl kaum einen Bereich, in dem unser Verfassungsanspruch auf Gleichberechtigung wirklich erfüllt wäre. Diese Rechte dürfen nicht nur individuell einklagbar sein, sondern müßten als Verband oder Frauengruppe durchgesetzt und von Frauenbeauftragten und Kommissionen mit harten Sanktionsmöglichkeiten kontrolliert werden – beinahe alles Forderungen, die im Antidiskriminierungsgesetz der Grünen formuliert sind.

Drittens benötigen Frauen *im Re-Produktionsbereich eine ebensolche Stärkung.* Von quotierten qualifizierten Erwerbsarbeitsplätzen, deren Struktur und Qualität wir zu verändern suchen, wären neue, nicht diskriminierende Übergänge zum „privaten" Bereich zu schaffen und einen Ausgleich zwischen Beruf und Mutterschaft, Haushalt und Liebe herzustellen. Für diejenigen, die sich für eine bestimmte Zeit für jenen re-produktiven Sektor entscheiden, brauchten wir existenz-

sichernde monetäre Transfers aus Steuergeldern – dies ist ja schließlich eine unabdingbar notwendige gesellschaftliche Arbeit –, die weit über das Erziehungsgeld mit seinen zusätzlichen Ausgrenzungsmechanismen hinausgehen müßten. Ob ein Mindesteinkommen dafür der richtige Weg wäre, bezweifle ich insofern, als es die geschlechtliche Arbeitsteilung völlig unberührt läßt, immerhin jedoch jedem Menschen aufgrund seiner Existenz ein minimales Einkommen zusichert. Daneben müßten andere Lebensformen als die Kleinfamilie in vielerlei Hinsicht gestärkt werden, damit die Isolation von Frauen und Kindern und Nichtberufstätigen, Kranken und Alten aufgehoben und neue Formen von Gemeinschaft und Nachbarschaft eine Chance bekommen, sich zu entfalten. Für andere Arten des Wirtschaftens, des Konsumierens, der Alltagskultur und -politik brauchten wir Räume und Gelder usw.
Diese hier *mehr beispielhaft als vollständig angeführten Rechte* und *politischen Maßnahmen bzw. Umverteilungen* erscheinen mir für die zunehmend prekären Lebensverhältnisse von Frauen als *unabdingbar*. Natürlich sind damit in keiner Weise die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse umgekrempelt, wohl aber graduell im Sinne unserer Stärkung verändert. Wie wir wissen, liegen weder eine vollständige Verwirklichung der Gleichberechtigung auf allen Gebieten noch eine Steigerung unserer ökonomischen und sozialen Potenz im re-produktiven Bereich und schon gar nicht eine feministische kulturelle Autonomie in staatlichem Interesse. Da jedoch die Strategie der Verweigerung weder im Beruf noch im Haus für längere Zeit durchzustehen ist, halte ich eine Vielzahl und Vielfalt von Beteiligungsformen, die dem Sog der Anpassung widerstehen, von Initiativen, Projekten und Aktionen, auch Organisationen für sinnvoll – allerdings immer unter der Prämisse, daß wir *unsere Bedingungen setzen* und *für unsere Perspektive Allgemeingültigkeit verlangen* können, weil es langfristig mit der männlich-patriarchalen Perspektive kein Überleben, geschweige denn ein lebenswertes Leben geben wird.

Anmerkungen

In diese Überlegungen ist neben der Auseinandersetzung mit threotischen Ansätzen und journalistischer Beschäftigung mit praktischer Politik in der Dritten Welt und hier ganz entscheidend auch meine eigene Lebenserfahrung als alleinerziehende Mutter zweier inzwischen erwachsener Töchter eingeflossen.

1) *Nicht zufällig wird diese schon längere Zeit vorhandene Kontroverse zwischen dem „Drinnen" und „Draußen" als Handlungsort der Frauenbewegung jetzt auf einem Kongreß der GRÜNEN Frauen evident. Sonst begegnen sich diese Positionen kaum, während sie bei den GRÜNEN sozusagen als eingebauter Sprengsatz mit jeweils wechselnden Mehrheiten kooperieren und/oder kollidieren zwischen den Polen „ökosozialistisch" und „ökolibertär".*

2) *was ich als Biographin aus langen persönlichen Gesprächen mit Elisabeth Selbert bezeugen kann.*

3) *die auch dieses Projekt „beiträge" um ein Haar gesprengt hätten, wenn nicht die Kräfte der Frauen und ihr Mut zum Durchhalten stärker gewesen wären als die persönlichen Verletzungen.*

4) *siehe auch Cornelia Klinger, Déjà-vu oder die Frage nach den Emanzipationsstrategien im Vergleich zwischen der ersten und zweiten Frauenbewegung, in: Kommune 12/1986, S. 57 ff.*

5) *„Glückseligkeit" wurde beispielsweise in den ersten nachaufklärerischen Gesetzgebungen als Ziel rechtlicher Gestaltung angesehen, allerdings auf den männlichen Bürger beschränkt.*

6) *Die ihm zugrundeliegenden Analysen sind in den „beiträgen zur feministischen theorie und praxis" von den ersten Nummern an kontinuierlich dokumentiert worden.*

7) *Caldwell wurde im Dez. 1978 kurz vor dem Einmarsch der vietnamesischen Truppen in Phnom Penh von provietnamesischen Mördern umgebracht, weil er einer der wenigen westlichen Beobachter war, der den bisher radikalsten Versuch der Umstellung auf eine autarke Subsistenzökonomie einschließlich der Abschaffung der Geldwirtschaft und der Auflösung der Familie unter Pol Pot mit kritischer Sympathie verfolgte. Daß diese 4-jährige totalitäre Herrschaft der Khmer Rouge Millionen Menschen das Leben gekostet hat, ist wegen der vollständigen Informationssperre erst später bekannt geworden (Far Easten Economic Review, Yearbook 1980, Hongkong).*

8) *Ich habe Maria Mies' Utopie besonders ausführlich dargestellt, weil dies der einzige mir bekannte positive Entwurf einer Vertreterin des Subsistenzansatzes ist; die politischen Implikationen werden von den anderen Frauen weitgehend geteilt.*

9) *Die familienrechtlichen Änderungen betrafen u.a. das Recht des Ehemannes, das Arbeitsverhältnis der Frau zu kündigen, die Pflicht zur Hausarbeit, die ehemännliche Verfügung über das Eigentum der Ehepartner, das Entscheidungsrecht des Ehemannes über Frau und Kinder usw.*

10) *siehe Gutachten von Karl Friauf, Erhard Denninger und Heide Pfarr, Sachverständigenanhörung der Bundesregierung zu einem Antidiskriminierungsgesetz, 21./22.1.1982*

11) *Elisabeth Selbert selbst hat dies am Ende ihres Lebens auch so gesehen. Als Sozialdemokratin appellierte sie an die Frauen für ein neues „Staatsverständnis", weil sie mit ihrer Partei an diesem Punkt höchst unzufrieden war. Sie hoffte deshalb auf einen wachsenden Einfluß seitens der Frauenverbände und auch der autonomen Frauenbewegung.*

12) *Diese Analyse kann ich durch langjährige eigene Erfahrungen von Hungersnöten in Indien und Bangladesh in den 70er Jahren vollauf bestätigen. In der Nachkriegszeit in Deutschland 1946/47 war es ebenso.*

Literatur

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika, in: AG Zukunft der Frauenarbeit, Dokumentation, Bielefeld 1985

dies.: Rede auf dem Kongreß „Frauen und Ökologie", Köln, 4.–6.10.1986, in: Tarantel, Bielefelder Frauenzeitung, Nr. 17, 1986

BÖTTGER, Barbara: Wir haben nur dann eine Zukunft, wenn wir sie heute schon leben, in: Huber, Bußfeld (Hrsg.), Blick nach vorn im Zorn, Weinheim und Basel 1985

dies. METTLER-MEIBOHM, Barbara: Große Anfragen für die Grüne Bundestagsfraktion: Auswirkungen der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Lebens- und Arbeitswelt von Frauen, Bundestagsdrucksachen 10/4025 und 10/4026, Bonn 1985. Antwort der Bundesregierung BT-Drucks. 10/6129, Bonn 1986

BOVENSCHEN, Silvia: Die aktuelle Hexe, die historische Hexe und der Hexenmythos, in: Becker, Brackert, Bovenschen u.a., Aus der Zeit der Verzweiflung, Frankfurt/M. 1977

BUNDESREGIERUNG, Presse- und Informationsamt: Politik für Frauen, Bonn 1986

DALY, Mary: Gyn/Ökologie, München 1981

dies.: „The energy crisis is the crisis of female energy", Gespräch mit Magliana Samasow und Angela Lorent, in: taz, Berlin, 21.10.1982

DIE GRÜNEN im Bundestag: Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes, Bonn 1986

EDDING, Cornelia: Einbruch in den Herrenclub, Reinbek b. Hamburg 1983

ERGAS, Yasmine: Sozialpolitik als Konfliktregulierung, Italien in den siebziger Jahren, in: Kickbusch, Riedmüller (Hrsg.), Die armen Frauen, Frankfurt/M. 1984

GRAFE, Peter J.: Schwarze Visionen, die Modernisierung der CDU, Reinbek b. Hamburg 1986

GRUBITZSCH, Helga: Konsumarbeiterinnen und Lockvögel, Frauen in der kapitalistischen Konsumtion, in: beiträge zur feminisuischen theorie und praxis, Heft 15/16, Köln 1985

HONEGGER, Claudia/HEINTZ, Bettina (Hrsg.): Listen der Ohnmacht, Frankfurt/M. 1981

IRIGARAY, Luce: Das Geschlecht, das nicht eins ist, Berlin 1979

dies.: Am Anfang war der Frauenraub, in: Die Wochenzeitung, Zürich, 18.4.1986

KICKBUSCH, Ilona/RIEDMÜLLER, Barbara: Theoretische Perspektive einer Sozialpolitikanalyse, in: dies. (Hrsg.), Die armen Frauen, Frankfurt/M. 1984

KILTZ, Elke/SELLACH, Brigitte: Das Projekt „autonome Frauen im Römer", in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 18, Köln 1986

KLINGER, Cornelia: Déjà-vu oder die Frage nach den Emanzipationsstrategien im Vergleich zwischen der ersten und zweiten Frauenbewegung, in: Kommune, Nr. 12, Bonn 1986

KONVENT VON HERRENCHIEMSEE, Entwurf einer Verfassung, Vorlage an den Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates, Herrenchiemsee, 10.–23.8.1948

JANSHEN, Doris: Naturrecht versus Naturzerstörung. Zur Verdrängung des Weiblichen aus den Menschenrechten, in: Freiheit und Gleichheit, Streitschrift für Demokratie und Menschenrechte, Heft 4/1983

MIES, Maria: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: Werlhof u.a., Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek b. Hamburg 1983

dies.: Konturen einer öko-feministischen Gesellschaft, Referat auf dem Kongreß „Frauen und Ökologie", Köln 4.–6.10.1986 (a)

dies.: Entscheidung zwischen Leben und Lebensstandard, Interview mit Gunhild Schöller, in: taz, Berlin 7.10.1986 (b)

OSTERLAND, Astrid: Zur Psychologie der Geschlechter. Eine historisch-methodologische Rekonstruktion empirischer Forschungsergebnisse zum Problem psychischer Geschlechtsdifferenzen, unveröffentlichte Dissertation, Universität Hannover 1984

PARLAMENTARISCHER RAT: Protokoll der 42. Sitzung des Hauptausschusses, Bonn 18.1.1949

PFARR, Heide: Gutachten zur Sachverständigenanhörung der Bundesregierung „Kann die Situation der Frau durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden?", Bonn 21./22.1.1982

PIVEN, Francis Fox/CLOWARD, Richard A.: Die unsichtbare Auflehnung, in: Kickbusch, Riedmüller (Hrsg.), Die armen Frauen, Frankfurt/M. 1984

REICH-HILWEG, Ines: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, Frankfurt/M. 1979

RICHARDSEN, Elke A./MICHALIK, Regina: Die quotierte Hälfte. Frauenpolitik in den grün-alternativen Parteien, Berlin 1985

ROSSANDA, Rossana: Einmischung, Frankfurt/M. 1980

ROSARIA und ROSALBA: Gespräch mit Rossana Rossanda, in: Rossanda, Einmischung, Frankfurt/M. 1980

THÜRMER-ROHR, Christina: Feminisierung der Gesellschaft – Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 18, Köln 1986

WERLHOF, Claudia v./MIES, Maria/BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek b. Hamburg 1983

WERLHOF, Claudia v.: Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau?, in: Werlhof u.a.: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983

dies.: Der weiße Mann versucht noch einmal durchzustarten, in: Kommune Nr. 11, Bonn 1984

dies.: Wir werden das Leben unserer Kinder nicht dem Fortschritt opfern, in: Gambaroff u.a., Tschernobyl hat unser Leben verändert, Reinbek b. Hamburg 1986 (a)

dies.: Geschlecht und Arbeit, Anhörung zur C3-Stelle „Frauenforschung" an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld am 6.11.1986, in: taz, Berlin 24.12.1986 (b)

WOLF-GRAAF, Anke: Frauenarbeit im Abseits, München 1981

WOLF, Christa: Kein Ort. Nirgends, Berlin und Weimar 1982

WOOLF, Virginia: Drei Guineen, München 1982

Quelle: Shoulder to Shoulder, a Documentary by Midge Mackenzie, published in Penguin Books, 1975, page 65. Wir danken dem Verlag für das einmalige Abdrucksrecht.

Veronika Bennholdt-Thomsen

Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage

Zum Zusammenhang von Umweltzerstörung, Kapitalakkumulation und Frauenverachtung*

Im folgenden geht es mir darum, zu zeigen, daß die Ökologiefrage für Frauen nicht nur eine politische Frage neben anderen ist, sondern daß sie die Frage schlechthin ist, weil wir Frauen uns nämlich nur dann erfolgreich gegen die patriarchalische Unterdrückung wehren können, wenn wir uns damit zugleich gegen die Umweltzerstörung wehren.
Die Katastrophe von Tschernobyl ist ein Auslöser, um noch einmal speziell über unsere besondere Stellung als Frauen in dieser technisierten, todbringenden, modernen Welt nachzudenken. Frauen haben nicht in erster Linie so heftig auf die Katastrophe reagiert – und so entschlossen in ihrem Widerstand gegen diese Technologie –, weil sie als Mütter und als Verantwortliche für die alltägliche Versorgung am meisten damit zu tun haben, um die Wirkungen der atomaren Strahlungen abzumindern, sondern weil sie uns im Innersten als Frauen traf. Schlagartig erfuhren wir, wohin unsere Duldung des patriarchalen technologischen Omnipotenzwahns führt.[1)] Daß er nichts anderes ist, als die Duldung der Verachtung allen natürlichen Lebens, die wir alltäglich anhand der Geringschätzung der Produktion, Pflege und Bewahrung dieses Lebens erfahren – eine Verachtung, die uns Frauen trifft.

Diese Situation fällt zusammen mit einem Umbruch in der Frauenbewegung. Gemeinsam sind wir Frauen in der BRD mit dem Kampf gegen den § 218 aufgebrochen zu einer Bewegung für die Selbstbestimmung über unseren Körper, über unser und unserer Kinder Leben. Ganz schnell spielte auch die Forderung nach Geld eine wichtige Rolle, denn wir dachten: mehr – vor allem mehr eigenes – Geld verschafft uns mehr Unabhängigkeit (Lohn für Hausarbeit; weibliche formale Ausbildung; Quotierung).
Jetzt stehen wir sozusagen am Scheideweg und müssen uns fragen, ob der Kampf um die Gleichberechtigung mit den Männern – und inzwischen nicht mehr einfach ums Geld, sondern um die Einlösung des Geldversprechens, das politische Parteien und staatliche Institutionen jetzt allenthalben als Reaktion auf unsere mobilisierte Unzufriedenheit abgeben – uns wirklich unserem Ziel, der Selbstbestimmung über unser Leben – und das heißt auch: über welche Art von Leben – näherbringt.[2)]
Oder müssen wir nicht vielmehr erkennen, daß wir das gleiche Recht und den gleichen Zugang zu Geld niemals bekommen werden, und daß wir dieses Recht und Geld für dieses Leben gar nicht haben wollen, weil es nämlich einen grundlegenden Widerspruch zwischen der Lebensberechtigung von Frauen einerseits und dem Männerrecht im modernen Staat sowie dem kapitalistischen Geld andererseits gibt. Diese Frage zu klären, kann uns ein weiteres Nachdenken über Tschernobyl helfen.

**Überarbeitete und erweiterte Fassung des gleichlautenden Vortrags gehalten auf dem Kongreß „Frauen und Ökologie" des Arbeitskreises „Frauenpolitik" der Partei Die Grünen am 3. Oktober 1986 in Köln*

Tschernobyl ist nicht nur ein AKW-Problem

Unser Erschrecken über Tschernobyl ist nicht durch etwas gänzlich Neues ausgelöst worden, sondern allenfalls von dem bislang letzten Ausläufer eines schon lange bekannten Prozesses. Wenn wir erst jetzt erschrecken, dann müssen wir uns auch gleichzeitig eingestehen, daß wir bis hierhin zuviel verdrängt haben und daß wir die Schmerzgrenze viel zu weit hinausgeschoben haben.
Denn wir leben doch schon lange mit verseuchten Lebensmitteln, verseuchter Luft und verseuchten Gewässern – viel zu lange offensichtlich, denn nur so konnte der gegenwärtige Zustand erreicht werden. So leben wir z.B. ohne viel Grundlegendes dagegen zu tun, schon lange mit dem unsinnigsten Massentransportmittel, das überhaupt denkbar ist, dem Auto, das eine beständige Todesbedrohung – für die Kinder mehr noch als für die Erwachsenen – ist, das den Wald absterben läßt und für das die Erde zubetoniert wird. Ohne das Auto, so wage ich zu behaupten, hätte es auch kein Tschernobyl gegeben.[3)]
Mit dem Auto übt eine breite Masse von Menschen – bei uns in Europa sind es praktisch alle – die Identifikation mit der modernen Technik ein, ebenso wie die Verdrängung gegenüber ihrem Zerstörungspotential. Der Umgang mit dem Auto trägt deutlich die Züge einer populären Sucht, der „Technologiesucht", nämlich. Wenn nun ein gewisser Gewöhnungseffekt gegenüber der Bedrohung durch Radioaktivität einsetzt, der Tschernobyleffekt sozusagen abflacht, so braucht uns das nicht zu wundern. Gerade im Gewöhnen an die alltägliche technologische Todesdrohung sind wir bestens trainiert.
Um welches Gesamtproblem, welchen Entwicklungsprozeß geht es also bei Tschernobyl? Bäume in Betonkübeln auf einem zugepflasterten Platz, eine beliebte Verschönerungsmaßnahme moderner deutscher Architektur und Städteplanung, versinnbildlichen recht gut das hinter dieser Entwicklung stehende Bewußtsein: Es ist die Überheblichkeit gegenüber allem Lebendigen, die Zwangsvorstellung, nichts sei besser als die Natur zu beherrschen, indem man sie tötet, um sich dann der Illusion hinzugeben, daß nicht das Leben neues Leben gebiert, sondern daß *mann* der Schöpfer des Lebens sei. In der Gen- und Reproduktionstechnologie wächst sich dieser Machbarkeitswahn zu einem Angriff auf das menschliche Leben selbst aus.

Die moderne Gesellschaft ist pervers

Die grundlegende Perversion der modernen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft ist die Wertschätzung des Toten – Sachen, Dinge, Gegenstände, Maschinen – und die Geringschätzung des Lebendigen. Ausdruck, aber zugleich auch Grund für Wertschätzung ist das Geld. So sind die Menschen und deren Arbeit, die mit Sachen, Maschinen und Kapital umgehen, besonders angesehen und werden mit Geld honoriert, wohingegen die Arbeit mit Menschen, das Gebären und Aufziehen von Kindern, das Versorgen mit Lebensmitteln nichts wert ist und gar kein oder nur wenig Geld einbringt.
Diese Geringschätzung trifft nicht nur die Frauen, sondern all jene, die direkt für das Überleben arbeiten. Das ist der Grund, weshalb gesagt wird, die Bauern seien dumm, und weshalb die Mehrheit der farbigen Bevölkerung dieser Welt als rückständige Naturvölker betrachtet werden. Hier haben der Rassismus und der Sexismus ihre gemeinsamen Wurzeln. Aber in dem Maße, in dem aus den Bauern Landwirte werden, die mit angesehenen Maschinen und wertvollen chemischen Giften produzieren, die von ihrer Ernte nicht mehr selbst essen, sondern sie verkaufen, und in dem Maße, in dem die Naturvölker sich entwickeln und in den Entwicklungsländern Industrieanlagen gebaut werden und die Menschen das Land

verlassen und in großen Städten wohnen – in dem Maße bleiben weltweit die Frauen übrig, die mit dem verachteten Geschäft der Sorge für das unmittelbare Überleben befaßt sind.
Wollen wir diese Verachtung abschütteln, so stecken wir mitten in einem Dilemma: Entweder wir gehen den historisch vorgezeichneten, gesellschaftlich akzeptierten Weg, indem wir versuchen, uns durch die Produktion und Aneignung von Sächlichem, unter Mißachtung des Lebendigen wert zu machen und Achtung zu erringen (Vollzeitbeschäftigung, keine Kinder, Männerberuf), oder wir konzentrieren uns auf die Bewahrung des Lebendigen (auf menschliche Beziehungen, auf Kinder) – dann bleiben wir in der gesellschaftlich verachteten Position.

Die wichtigste Produktion wird am geringsten geschätzt

„Subsistenzproduktion" haben wir im materialistischen Feminismus die wichtigsten Produktionsbereiche und die wichtigsten Arbeitsprozesse einer Gesellschaft genannt, jene nämlich, die dem unmittelbaren Konsum dienen; hier wird das (Über-)Leben geschaffen und alltäglich wieder hergestellt.
Historisch gesehen wird eine gesonderte Bezeichnung für die direkte Überlebensproduktion erst mit der verallgemeinerten Warenproduktion notwendig, denn in vorkapitalistischen Produktionsweisen ist die gesamte gesellschaftliche Produktion auf die Subsistenz, d.h. das direkte Überleben, ausgerichtet, gibt es keine Aufspaltung in Güter und Tätigkeiten, die für die menschliche Reproduktion notwendig sind und jene, die davon losgelöst einem ganz anderen Zweck dienen, nämlich der Profitmacherei und dem Konsum um des Konsums willen.
Das bedeutet nicht, daß es in vorkapitalistischen Zeiten nicht auch bedeutsame Austauschrelationen von Gütern oder Dienstleistungen und Luxuskonsum gegeben hätte, aber es hat sie zumindest nicht in der breiten gesellschaftlichen Weise gegeben wie in der Moderne, als die Waren gleichsam in die Poren der Gesellschaft und des Alltags eindringen und ihn bestimmen. Immer jedoch, auch in der einfachen Warenproduktion, mit anderen Worten, dem verallgemeinerten Austausch handwerklicher Güter auf lokalen Märkten, aber selbst beim Fernhandel, bleibt der unmittelbare Nutzen für die Subsistenz einsehbar und nachvollziehbarer Zweck der Transaktionen. Hier bringt tatsächlich erst die Moderne den entscheidenden Umschlag gegenüber allen anderen Epochen.
Dies ist allgemein anerkannt; wie allerdings der Umschlag selbst theoretisch verarbeitet wird, ist sehr debattierbar. So tut der Hinweis auf die eminente Bedeutung von Handelsbeziehungen in vormodernen Gesellschaften, der in letzter Zeit nochmals besonders nachdrücklich formuliert worden ist, tatsächlich not, um einem unhistorischen Begriff von Subsistenzproduktion und der Mystifizierung der Warenproduktion, die sich breitgemacht haben, entgegenzuwirken (Wallerstein 1974; Wolf 1986).
Ein weitverbreiterter Irrtum besteht darin, vorkapitalistische Gesellschaften als ausschließlich subsistenzproduzierende und kapitalistische als ausschließlich warenproduzierende zu begreifen. Dem ist aber nicht so: Die Subsistenzproduktion verschwindet im Kapitalismus nicht, sondern sie verändert sich. Auch in vorkapitalistischer Zeit ist sie nicht unveränderlich geblieben, im Gegenteil, jeder ökonomische und gesellschaftliche Wandel ist ein Wandel der Subsistenzproduktion. Mit dem Kapitalismus allerdings geschieht ein qualitativer Umschlag in diesem Wandlungsprozeß. Nun wird zum ersten Mal die Subsistenzproduktion der Warenproduktion untergeordnet, bestimmen die Bedingungen der Warenproduktion jene der Subsistenz und nicht mehr umgekehrt.
Manche mögen sich fragen, warum wir nicht einfach bei der Marxschen Kennzeichnung dieses qualitativen Umschlags, daß sich nämlich nun zum ersten Mal in

der Geschichte die Arbeitskraft selbst in Ware verwandelt, bleiben, und statt dessen von Subsistenz- und Warenproduktion sprechen. Die Antwort ist einfach: Weil auch Marx nur noch die Warenproduktion sieht und analysiert, so als würde es Arbeitsprozesse, in denen die Arbeitskraft nicht warenförmig verausgabt wird, gar nicht mehr geben. Sie sind für ihn ohne jegliche Bedeutung, wenn nicht gesellschaftlich sogar gänzlich unsichtbar, nämlich keine Arbeits- sondern Naturvorgänge. Typischerweise handelt es sich dabei um Arbeiten, die ohne Bezahlung alltäglich für die Sicherung der unmittelbaren Subsistenz, vor allem von Frauen, geleistet werden: Nähren und Umsorgen der Kinder, die Hausarbeit. Die Subsistenzproduktion verschwindet mit dem Kapitalismus also nicht, sondern sie verändert ihren Charakter. Sie wird zunehmend ausschließlich von Frauen getragen, kreist um die Aufzucht der Kinder und umfaßt immer weniger die Herstellung der Lebensmittel-Rohstoffe selbst, sondern konzentriert sich auf deren Transformation (Einkaufen, Kochen, Waschen, Putzen usw.) in Konsumierbares.[4)]

Für eine Stärkung der Subsistenzproduktion

Spätestens seit Tschernobyl ist den meisten von uns klargeworden, daß eine grundlegende Umorientierung unseres Denkens und Handelns notwendig ist, wenn es überhaupt noch eine Chance geben soll, die fortschreitende Katastrophe aufzuhalten. Diese Umorientierung, weg vom technologischen Machbarkeitswahn und der Umweltzerstörung, ist nur möglich, wenn wir uns auf die Produktion des Lebens und Überlebens, die Produktion der Subsistenz besinnen und anstatt diese Tätigkeiten geringzuschätzen, sie ins Zentrum unserer Aktivitäten stellen. Dabei meine ich die eben skizzierte, von uns tatsächlich praktizierte, die gegebene historisch spezifische Subsistenzproduktion und nicht irgendeine imaginäre längst verflossene Form derselben.
Diese Bemerkung ist deshalb notwendig, weil vielen Frauen und erst recht Männern, eine Orientierung auf die Subsistenzproduktion nicht möglich erscheint. Getreu der falschen Annahme, daß die Subsistenzproduktion verschwunden und in ihrer Ganzheit von der Warenproduktion abgelöst worden wäre, sind sie der Meinung, daß sie gegenwärtig jeglichen Anknüpfungspunkt an sie verloren hätten. Sie wird nur als etwas Vergangenes identifiziert, damit gerne idealisiert und dann als durchaus Erstrebenswertes angesehen, wenn auch konkrete Schritte dorthin gerade wegen der idealisierten Entrücktheit kaum konzipiert werden können. Oder eine Umorientierung darauf wird von vornherein als der Machbarkeit entzogen abgelehnt.
Vielen Frauen fällt es schwer, aufgrund der Verachtung dieses Bereiches, sich gegenwärtig als Subsistenzproduzentinnen zu begreifen. Subsistenzproduktion und der verachtete Status als Hausfrau werden synonym gesetzt. Ganz im Sinne der sozialistisch-marxistischen wie der bürgerlich-modernistischen Tradition, wird allein der Erwerbsarbeitsbereich (sozusagen die Fabrik) für veränderbar, wenn nicht revolutionierbar, gehalten. Dieses Bewußtsein „adelt" die Arbeiterklasse, die Schätzung ihres eigenen Wertes im Gegensatz zur herrschenden Meinung gibt ihr Selbstachtung. Die andere Seite der Medaille jedoch, der Hintergrund, der Untergrund jeglichen gesellschaftlichen Lebens, die Überlebensproduktion, wird als unveränderlich statisch gesehen, politischer Überlegungen nicht wert, wenn sie überhaupt gesehen wird.

„Das Private ist politisch" haben wir in der Frauenbewegung ganz richtig gesagt, und ich meine, wir sollten diese Erkenntnis ernst nehmen und sie umsetzen in eine Stärkung der Subsistenzproduktion, indem wir hier so viel Selbstbestimmung, d.h. eigene Kontrolle über unsere subsistenzproduzierenden Arbeitsprozesse und deren Produkte erringen wie möglich.

Der Glaube, wir könnten durch die Ablehnung der Subsistenzproduktion dem verachteten Status der Hausfrau entkommen, ist zum einen eine Illusion und zum anderen wäre es ein Weg in die falsche Richtung. Denn zum einen, sind wir alle Hausfrauen, denn den Herren untergeordnet zu dienen – nicht auch, sondern gerade in der Erwerbsarbeit und ihren festgeschriebenen weiblichen Positionen – ist ein uns in dieser sexistischen Gesellschaft angeborener Status, der durch strukturelle und direkte Gewalt aufrechterhalten und nicht etwa durch die subsistenzproduzierende Hausfrauentätigkeit erworben wird. Zum anderen führt die Koppelung von Subsistenzarbeit und niedrigem Status und der daraus folgende Trugschluß, wir könnten das eine ändern, indem wir das andere lassen, zur Kooptation der Frauen in die Perversität. Wir machen mit bei der Identifikation von Geld und Dingen mit Lebensqualität, anstatt uns zu widersetzen.
Viele Frauen aber widersetzen sich durchaus und vermögen anderen Wege des Widerstandes zu zeigen. Frauen insgesamt haben aufgrund ihrer Situation als Subsistenzproduzentinnen und aufgrund der Mutterliebe, die ihnen in der sexistischen Arbeitsteilung einerseits zwar zudiktiert werden, andererseits aber gerade aufgrund dieser Geschichte und Praxis, sozusagen vitale, hautnahe Interessen, aber auch Kenntnisse und Fähigkeiten, für den Widerstand, die sie aktivieren können.[5)] Wie dieser Widerstand im einzelnen aussieht, hängt sicherlich von den verschiedenen Lebenssituationen und Subsistenzproduktionsverhältnissen von Frauen ab. So haben Bäuerinnen andere Optionen als städtische Lohnarbeiterinnen und Mütter andere als Nicht-Mütter. An gemeinsamer Stärke gewinnen sie gerade durch die Verbindung ihrer unterschiedlichen Praxis, wie es zunehmend etwa durch Erzeugerinnen-Verbraucherinnennetze oder in Bürgerinneninitiativen geschieht. Auf diese Weise wird die bestehende Lebenssituation sowohl fortgesetzt als auch zusammen mit den Bedingungen der Subsistenzproduktion in einem frauenbestimmten Sinne verändert.
Und gerade weil Subsistenz- und Warenproduktion die zwei Seiten derselben Medaille und nicht etwa voneinander abgetrennte oder einander ablösende Produktionsformen sind, verändert eine Orientierung auf die Subsistenzproduktion und eine entsprechend engagierte Veränderung ihrer Bedingungen, auch die Bedingungen der Warenproduktion.

Die herrschende Moral ist eine „Akkumulationsmoral"

Obwohl sie gegen uns gerichtet ist, tragen wir die Akkumulationsmoral ein ganzes Stück weit mit. Größer, höher, schneller, technologischer Fortschritt, ökonomisches Wachstum, Entwicklung der Produktivkräfte, das sind die Normen der herrschenden Moral. Und wie es bei der Moral eben so ist, wer da nicht mitmacht, ist nicht normal. Denn all das ist gut und das Gegenteil davon, nämlich das Bewahren, die Tradition, das Erfahrungswissen, die Fortsetzung des Gleichen, ist schlecht.
Ich spreche nicht einfach von Fortschrittsgläubigkeit, sondern von „Moral" um deutlich zu machen, wie sehr eine scheinbar nur idealistische Orientierung unsere alltäglichen Verhaltensweisen, Handlungsentscheidungen und sozialen Beziehungen durchgängig und damit auch materiell prägt. Von Moral der „Akkumulation" anstelle etwa von „Fortschritt" spreche ich deshalb, um uns klarzumachen, wie viel enger diejenigen, die mit der Akkumulation scheinbar nichts Positives verbinden, weil sie im Gegenteil darunter leiden, mit dem Kapital verstrickt sind, als uns jene Theorie glauben machen will, derzufolge es sich dabei um ein objektives System handelt, das sich nach der eigenen, eisernen, notwendigen Gesetzlichkeit entfaltet, jenseits des Willens der Mehrheit der Menschen. Daß die Moral der Skrupellosigkeit, die Fortschritt und Entwicklung auf ihre Fahnen geschrieben

hat, was nichts anderes ist als Plünderung und Zerstörung, die Moral der Herrschenden ist, braucht uns angesichts der Gewalttaten, die damit beinhaltet sind, nicht zu wundern. Aber sie ist eben auch die herrschende Moral!

Wie sie sich über lange historische Prozesse hinweg hergestellt hat, können wir hier heute nicht nachzeichnen, sondern, was wir uns fragen müssen, ist, wie sie sich ständig neu auch durch unsere eigenen Handlungen wiederherstellt. Die Gewalt gegen uns, der direkte Zwang spielen dabei nach wie vor eine große Rolle. Aber davon will ich jetzt nicht sprechen, sondern ich will fragen, warum wir nicht mehr Widerstand entgegensetzen, warum sich noch keine starke feministische Gegenmoral herausgebildet hat.
Ein wesentlicher Grund liegt in dem Problem der gesellschaftlichen Achtung und dem mangelnden Selbstwertgefühl in einer hierarchischen Gesellschaft. so entsteht der Wunsch der Beherrschten den Herrschenden gleich zu sein. Ich kleide mich wie sie, ich spreche wie sie, ich esse dasselbe wie sie und ich habe Geld wie sie, dann bin ich wie sie. Es ist das alte Prinzip der Kommunion. So etwa ganz direkt, wenn heute in den befreiten Gebieten Eritreas die Menschen stolz darauf sind, daß sie jetzt weiße Brötchen essen können, ganz wie ihre ehemaligen italienischen Kolonialherren, anstelle des einheimischen, auf heißen Steinen gebackenen Vollkornfladenbrots, wie mir eine Freundin neulich berichtete. Dies geschieht, obwohl es eigentlich gegen ihre ureigenen Interessen verstößt, denn so sind sie schlechter ernährt.
Dasselbe gilt im übertragenen Sinne, wenn Frauen sich den Männern anpassen nach dem Motto „Geld stinkt nicht, aber Babywindeln stinken". Den Widersinn dieses Unterfangens hat Honor Moore sehr schön in einem Wortspiel eingefangen: Frauen, die so handeln, sind „mad", sie sind verrückt, wobei *mad* die Zusammenziehung der Anfangsbuchstaben von „male approval desire" ist, was soviel heißt wie „der Wunsch, von Männern anerkannt zu werden". Oder wie wir es ausgedrückt haben, es ist der Versuch, die Achtung derjenigen zu erringen, die uns ächten (Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit"). Verrückt und widersinnig daran ist, daß Achtung und Anerkennung in der Moderne nur um dem Preis des Mitmachens im Räderweg der Kapitalakkumulation, der Umweltzerstörung und der staatlichen Institutionen, die das ganze absichern, möglich ist. Speziell Frauen aber sind völlig verrückt, wenn sie mitmachen, denn ihnen nützt es überhaupt nichts. Sie werden in diesen Zusammenhängen niemals die gleiche Achtung wie Männer erfahren können, denn Kapitalakkumulation, Umweltzerstörung und staatliches System werden von einer wichtigen Klammer zusammengehalten, – dem Sexismus.
Aber, so lautet ein gewichtiger Einwand, Frauen müssen sich doch einpassen, sie sind gezwungen, sich den Regeln der Männer zu unterwerfen, denn Frauen brauchen Geld.

Die Frauen und das Geld

Um unabhängig von einem Mann/Männern leben zu können, um uns der persönlichen Abhängigkeit von einem Mann entziehen zu können, brauchen wir, so haben wir zumal auch in der Frauenbewegung gesagt, eigenes Geld. Die Gleichberechtigung im Sinne des gleichen Zugangs zur Erwerbsarbeit wie Männer und das heißt zum Geldverdienen und im Sinne von gleicher Bezahlung für die gleiche Arbeit oder im Sinne der Besetzung von öffentlichen Posten gleichermaßen von Frauen, schienen uns die notwendigen Schritte zum Zweck der Befreiung aus patriarchaler Unterdrückung.

Wie sieht heutzutage, nach langen Jahren des Kampfes, das Ergebnis aus? Frauen sind in stärkerem Maße erwerbstätig registriert als je zuvor – aber, das war's dann auch schon. Sie bekommen nach wie vor weniger Lohn als Männer, sie ringen nach wie vor um jeden öffentlichen Posten, und sie sind, obwohl sie in der formalen Qualifikation inzwischen unbestreitbar mit den Männern gleichgezogen haben, nach wie vor nur in den unteren Positionen der Erwerbshierarchie. Und Frauen sind nicht nur nach wie vor arm, sondern wie sprechen mit gutem Grund von einem fortschreitenden Prozeß der „Feminisierung der Armut". Und vor allen Dingen: Sind wir „besser drauf" als noch vor zehn Jahren? Fühlen wir uns sicherer zu Hause und auf der Straße? Blicken wir ruhiger in die Zukunft unserer Existenzsicherung? Ist unser Leben mit den Kindern, überhaupt die Entscheidung für oder gegen Kinder, freier, autonomer und entspannter geworden? Ich meine nein!

Eine mögliche Reaktion ist uns zu sagen, daß eben alles nicht so schnell geht und wir unsere Energien unbeirrt weiterhin für die gleichen Ziele einsetzen sollen. Und die andere ist die Frage, ob es vielleicht einen grundlegenden Widerspruch zwischen Gleichberechtigung für Frauen und modernem bürgerlichen Staat gibt und zwischen Geld für Frauen und kapitalistischem Akkumulationsprozeß. Und das heißt, daß wir nur unsere Energien verschwenden, wenn wir sie weiterhin für die gleichen alten Ziele einsetzen. So glaube ich nicht, daß die Frauen, sozusagen nachholend, die bürgerliche Revolution, die demokratisch bürgerlichen Rechte auch für sich einlösen können, denn das Recht jeden Mannes auf eine Frau, die Brüderlichkeit, gehören zu den Voraussetzungen dieses Systems.[6] Dadurch entsteht der Staat in jedem Mann und die patriarchale Familie ist ohne Zweifel dessen Keimzelle. Genausowenig wie die Verwirklichung der Gleichberechtigung kann es gleiches Geld für Frauen geben, denn die unbezahlte und unentgoltene Arbeit ist die Grundlage der Kapitalakkumulation und das ist in erster Linie die den Männern untergeordnete weibliche Arbeit für das Überleben.
Nicht umsonst geht der gesamte kapitalistische Entwicklungsprozeß einher mit der Hausfrauisierung der weiblichen Arbeit: Zuerst durch die Trennung in öffentliche und private Produktionsbereiche, dann durch die Abdrängung der Frauen jeweils in die dienenden und niedrigen Positionen sukzessive im Handwerk, in der Heimarbeit und in der Fabrikarbeit, bis hin schließlich zur Leichtlohngruppe und den ungeschützten Teilzeitarbeitsplätzen heute. Auf diese Weise sichern sich alle Männer die Kontrolle über unbezahlte Hausarbeiterinnen und einige Männer zusätzlich den riesigen Profit. Die Hausfrauisierung gehört genauso wie die Proletarisierung zur Ausbreitung des Kapitalismus.

Die Rolle des Geldes bei der Unterjochung der Menschen

Es scheint heutzutage in Vergessenheit geraten zu sein, daß die Geschichte des Geldes in seiner kapitalistischen Ausformung eine Geschichte der Ausplünderung ist. In den Kolonien werden vermittelt über das Geld und um Geld zu machen, die Menschen und die Natur gleichermaßen ausgebeutet. Vermittelt über die Geldsteuer, so z.B. Kopfsteuer, werden sie in die Warenproduktion hineingezwungen und wird die subsistenzproduzierende Ökonomie aufgebrochen. Um die Kopfsteuer zahlen zu können, müssen nun Produkte oder muß die Arbeitskraft verkauft werden. Das Geld ist hier ein Zwangsmittel, gleichzeitig hilft es den Kolonialherren aber, die Gewalt zu verschleiern. Genausogut hätten sie direkten Tribut eintreiben und die Zwangsarbeit unmaskiert fortsetzen können, statt dessen benutzen sie das Geld, da es dem Ganzen eine (kolonial) staatsrechtliche Legitimation verleiht und da es aufgrund seiner Abstraktheit und seines Tauschaspektes

vertuscht, daß hier Energie, Zeit und Mittel für das Leben geraubt werden. Direkt damit einher geht die Ausplünderung der Natur durch Plantagenwirtschaft, Erzabbau und die Erosion, die der Anbau von Verkaufsprodukten zur Folge hat. So wird mit Hilfe der Kopfsteuer in der Sahelzone der Erdnußanbau erzwungen, die Subsitenzfelder werden dadurch reduziert und so wird der Grundstein für die heutigen sogenannten Hungerkatastrophen gelegt.
Dieser Prozeß der Umweltzerstörung durch die Verbreiterung der Geldwirtschaft setzt sich in verschiedensten Formen in der Dritten Welt bis heute fort und er ist unmittelbar verknüpft mit der Durchsetzung der sexistischen Arbeitsteilung. Heute ist das probate Mittel, um die Bauern von der Subsistenzproduktion weg hin zur Marktproduktion zu bringen oder richtiger, um den Subsistenzproduktionsbereich noch stärker zu reduzieren, der Kredit. Scheinbar bekommen die Menschen Geld, anstatt daß ihnen welches genommen wird, wie bei der Kopfsteuer. Der Verschleierungsmechanismus ist tatsächlich perfektioniert worden. Durch geringe Kreditgaben werden die Bauern zu Schuldnern, die mit ihrer gesamten Ernte und ihrem gesamten Besitz haften. Sie sehen sich auf diese Weise gezwungen, den diktierten Anbaumethoden zu folgen, nämlich Maschinerie, sogenanntes verbessertes Saatgut, Düngemittel und andere Agrargifte zu benutzen, und vor allem die gesamte Ernte zu verkaufen. Was dann an Geld unter Umständen noch übrig bleibt, reicht im Glücksfall zum Einkauf der notwendigen Lebensmittel. Für die Mehrzahl aber heißt mehr Geld mehr Hunger, mehr Mangelernährung und für alle Umweltverseuchung (Kärner 1986; Baum/Stockes 1985).

Die Rolle des Geldes bei der sexistischen Unterjochung der Frauen

Die sexistische Arbeitsteilung wird durch das Geld dadurch ertabliert, daß es immer zu Händen des Mannes geht, denn die Männern bekommen damit eine – häufig ganz neue – Machtbefugnis über die Frauen und über die ganze Familie. Selbst dort, wo die Landwirtschaft ein typisch weiblicher Produktionsbereich war, wie in weiten Teilen Schwarzafrikas, wird sie mit Hilfe des Geldes und genauso bei Einführung der Maschinerie zu einer männlichen Domäne. Selbst dort, wo die Männer ihr Geld durch Arbeitsmigration verdienen, und die Frauen bei deren Abwesenheit für die gesamte landwirtschaftliche und sonstige Subsistenzproduktion der Familie sorgen, hat derjenige, der das Geld hat, das Sagen.[7)] Mit dem Geld geschieht die Umschichtung der gesellschaftlichen Wert- und Machtverhältnisse dahingehend, daß die Produktion des direkten Überlebens der Frauen dem männlichen Geldverdiener unterworfen wird.
Ich sehe hier übrigens keinen großen Unterschied zur Situation bei uns, wo der Mann – lächerlicherweise – als Brotverdiener und damit als der Ernährer der Familie angesehen wird, bloß weil wir bei uns Brot gegen Geld – wovon er vermutlich am meisten hat – kaufen, während sie die gesamte Arbeit für das Überleben tut. Die Verschiebung zwischen der Frau, die den Mais oder den Yams selbst anbaut und jener, die das Brot vom Bäcker holt und neuerdings ja wieder nur das Korn kauft, um das Brot dann selber zu backen, ist nur ein gradueller. Er ist unwesentlich im Hinblick auf die Struktur der sexistischen Arbeitsteilung. In beiden Fällen tun Frauen die unbezahlte Arbeit für das direkte Überleben, nämlich die Subsistenzproduktion, über deren Prozesse und Produkte sie jedoch nicht selbst bestimmen können, sondern die von jenen kontrolliert werden, die qua sexistischer Gewaltstruktur das Geld und die Macht haben.

Die Rolle der sexistischen Unterjochung der Frauen bei der Durchsetzung der Geldwirtschaft

Besonders deutlich wird die Funktion der sexistischen Unterordnung der Frauen bei der Durchsetzung der Geldwirtschaft bezüglich der Kreditlandwirtschaft. In den Kalkulationen der kreditgebenden Banken wird beim Arbeitseinsatz von vornherein mit Frauen und Kindern gerechnet, aber ihre Bezahlung, der sogenannte Familienlohn, wird mit Null angesetzt. Hier wird vermittelt über den Mann der Zugriff auf die Frauen- und Kinderarbeit organisiert, denn das Geld geht zu seinen Händen und er kontrolliert dafür die restliche Familienarbeit. Dieser Machtzuwachs ist ein wesentlicher Grund dafür, warum die Mehrheit der Bauern den Kreditprogrammen nicht mehr Widerstand entgegensetzen, obwohl das Risiko durch die Verschuldung, die verschlechterte Ernährungslage und die Bodenerosion bzw. andere umweltzerstörerische Effekte durchaus vorauszusehen sind.

Die Parallelen in der Geschichte des Geldes in Mitteleuropa sind unübersehbar. Auch hier konnte sich die Geld- und Warenwirtschaft deshalb verallgemeinern, weil sich mit ihr die Machtbefugnis und Kontrolle jeden einzelnen Mannes über eine Frau verallgemeinerte. So hat sich, einer plausiblen prominenten These zufolge, die protoindustrielle Heimwirtschaft deshalb durchgesetzt, weil sich auf diese Weise die Möglichkeit für Lehrlinge, Gesellen und Knechte ergab, zu heiraten und einen eigenen Haushalt zu gründen. Denn jetzt wurde für einen überregionalen, ja für den Weltmarkt produziert, wodurch die Gründung wirtschaftlicher Haushaltseinheiten durch die lokale Gemeinschaft nicht mehr ebenso kontrolliert wurden, wie etwa bei einer Handwerkerstelle, deren Produktion für den begrenzten lokalen Markt war. Mag die Lebensgrundlage eines protoindustriellen Haushaltes im Vergleich zu einer Bauern- oder Handwerkerstelle auch prekär gewesen sein, so war der protoindustrielle Arbeiter doch immerhin auf diese Weise wenigstens „das Haupt von irgend etwas" (Laslett 1976, S. 23).
Ironischerweise wurde die Arbeit in der Verlagsproduktion am Anfang hauptsächlich von Frauen gemacht, sie konnten sich dadurch jedoch auf die Dauer keine von Männern unabhängige Einkommensquelle sozusagen als weibliches Haupt von etwas, sichern (Medick 1978, S. 296; Knapp 1984, Bd. 2, S. 65-88). Die Verlagsproduktion war Frauenarbeit deshalb geworden, weil die Frauen vorher aus der für sie ein eigenes Einkommen schaffenden Handwerksproduktion durch den entsprechenden Zusammenschluß der männlichen Handwerker ausgeschlossen worden waren und sie so gezwungen waren, sich mit ihren handwerklichen Fähiogkeiten eine andere Einkommensquelle zu erschließen (Kuczynski 1963, S. 31, S. 70). Am bekanntesten in diesem Zusammenhang ist vermutlich die männerbündlerische Geschichte der Zünfte. Derselbe Prozeß scheint sich bei der Fabrikarbeit zu wiederholen. Auch hier arbeiteten am Anfang massenhaft Frauen, die aber im Laufe der Ausbreitung des Fabriksystems als Ergebnis der Organisiserung der Männer von dieser Einkommensquelle weitgehend ausgeschlossen wurden.

Immer wieder taucht dieser Mechanismus auf, er scheint geradezu der Motor der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise. Die jeweils neuen, im kapitalistischen Sinne fortgeschritteneren Produktionsverhältnisse werden über die Frauen eingeführt, die von den älteren Verhältnissen ausgeschlossen worden waren, ohne daß sie sich die wiederum neuen Einkommensquellen würden sichern können (Höher 1983, S. 18). Anstatt mit den Frauen gemeinsam für verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen, schließen die Männer den patriarchalisch-kapitalistischen Pakt ihres privilegierten Zuganges zum Geld und söhnen sich so mit den jeweiligen Verhältnissen wieder aus (Pinl 1977; Oakley 1976 (1974); Knapp 1984, Bd. 2, S. 465-70).

Dieser Mechanismus wiederholt sich aktuell fatal beim Umgang der Gewerkschaften mit der Teilzeitarbeit, die sich, auch so die Meinung engagierter Gewerkschaftsfrauen, erst dann um einen besonderen Schutz für die Arbeiten unter diesen Verhältnissen kümmern werden, wenn sie in breiterem Maße auch Männer treffen. Nur, dann ist es erst einmal zu spät, da sich die ungeschützten Arbeitsverhältnisse bereits etablieren konnten. Insofern schwächt der Sexismus nicht nur die Position der Frauen gegenüber dem wachsenden Zugriff der Geld- und Warenwirtschaft auf eine noch selbstbestimmtere Lebensführung, sondern, nach dem alten Motto „teile und herrsche", im Endeffekt die Männer auch (Giebeler 1983).

Das Geld ist eine Falle

Zweifelsohne kann heute keine Frau ohne Geld überleben. Aber wieviel Geld wir zum Leben wirklich brauchen, und vor allem, welche Funktion das Geld in den Entscheidungssituationen unseres Lebens spielt, das ist durchaus eine offene Frage. Es ist eine Frage der Politik, sowohl der persönlichen Politik jeder einzelnen Frau, als auch unserer gemeinsamen politischen Orientierung. Wenn unser Kampf gegen Frauenunterdrückung und für Selbstbestimmung über unsere Körper und unser und unser Kinder Leben, allerdings vom Kampf für das Geld bestimmt wird, dann sind wir in eine Falle geraten.
Geld erhöht uns weder, noch macht es uns freier, sondern es bindet uns ein in die Sachzwänge der technisierten Produktion auf ständig erweiterter Stufenleiter, in die Hetze des schnellen Kapitalumschlags, in die Akkumulationsmoral und in die Naturzerstörung. Frauen bekommen Geld nicht, um sich zu befreien, sondern um Geld zu bekommen, müssen sie sich unfrei machen.
Geld macht uns auch nicht „gleicher". Denn es ist nicht der Mangel an Geld, dem die Fortsetzung der Frauenunterwerfung geschuldet ist, sondern es ist die patriarchalische und sexistische Unterdrückung der Frauen, die den Geldmangel zur Folge hat.
Das Geld macht uns auch nicht stärker, um uns besser gegen Schläge wehren zu können. Wie wir wissen, werden Frauen aller Einkommensschichten mißhandelt, auch wenn Frauen die Verdienerinnen sind. Obwohl es für Frauen mit hinreichend eigenem Einkommen leichter ist, sich mit ihren Kindern der eheherrlichen und väterlichen Gewalt zu entziehen, ist dies aber dennoch keine wichtige Voraussetzung. Denn weltweit leben Frauen mit geringsten Einkommen allein mit ihren Kindern.
Es sind nicht die Geld- sondern unmittelbar die Machtverhältnisse, durch die Frauen unterdrückt werden, und gegen die wir uns ebenso unmittelbar zur Wehr setzen müssen. Der Weg über die Eroberung des Geldes ist dabei kein Umweg, sondern, wie ich zeigen möchte, ein Irrweg.

Das Geld ist ein sexistisches Herrschaftsinstrument

Die wesentliche herrschaftssichernde Funktion des Geldes besteht darin, die sexistischen Gewaltverhältnisse zu verschleiern. So kommt es, ganz wie damals bei der Kopfsteuer in den Kolonien, letztlich auf dasselbe heraus, ob den Frauen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer niedrigen Geschlechtskaste der Hausarbeitstribut aufgrund der männlichen Vorherrschaft einfach abgefordert wird oder ob er durch den privilegierten Zugang der Männer zum Geld vorgeblich legitimiert wird. Der Unterschied besteht allein darin, daß der Zwangscharakter nicht direkt sichtbar wird. Dennoch sollten wir uns nicht täuschen lassen und sehen, daß die Gewalt jederzeit präsent ist. Denn genau wie in der Kastengesellschaft oder unter der Leib-

eigenschaftsordnung der Feudalgesellschaft, wird jede Übertretung der Unterworfenen mit Gewalt geahndet bzw. hindert die Gewaltandrohung sie daran, diese Übertretungen zu begehen.
Das Geld ist auch insofern ein verschleierndes sexistisches Herrschaftsinstrument als es für Frauen den Anschein hat, als sei es für sie genauso da, wie für Männer auch. Der Schein entsteht dadurch, daß uns das Geld nicht einfach vollständig vorenthalten wird, und daß, zumal in neuerer Zeit, die Versprechungen des gleichen Zugangs zum Geld zunehmend rechtlich festgelegt werden. In Wirklichkeit aber haben Frauen nur einen geschlechtsspezifisch reduzierten Zugang zum Geld. So werden sie auf dem Arbeitsmarkt als Zuverdienerinnen behandelt und trotz aller Gleichberechtigungsbeschlüsse führt das tatsächliche Regime der sexistischen Arbeitsteilung zuhause, wie das der Kollegen im Verein mit den Arbeitgebern am Arbeitsplatz dazu, daß es auch so bleibt.

Auch in der Dritten Welt leben Frauen nicht mehr länger ohne eigenes Geld. Es wird ihnen im Gegenteil im Rahmen der Programme der Integration der Frau in den Entwicklungsprozeß geradezu angeboten. Es handelt sich hierbei um Projekte mit „einkommensschaffenden Aktivitäten" für Frauen, die, wie die Bezeichnung schon deutlich macht, mit einer existenzsichernden Einkommensquelle wenig gemein haben. Es ist die typische kapitalistisch-sexistische weibliche Art von Einkommen.
Dort wie auch hier ergibt sich aber für uns Frauen der Schein, als wären unsere Abhängigkeit, unsere Hetze und Erschöpfung in erster Linie darauf zurückzuführen, daß wir zu wenig Geld haben. Dieser Schein verführt Frauen gegenwärtig hier bei uns häufig dazu, bereits Erreichtes und Erlerntes wieder zurückzunehmen. Anstatt unsere „power", unsere direkte Einflußnahme auf Personen und unsere direkten Formen des Protestes phantasievoll weiterzutragen, macht sich z.Zt. ein Kompromißlertum unter Frauen breit, durch Benutzung von „anständigen" Formen des Protestes und durch Beachtung der Spielregeln an Geld zu kommen, um dann vermeintlich mit Hilfe des Geldes an „power" und direkte Einflußnahme zu kommen.

Wir müssen zu durchschauen lernen, daß die geschlechtsneutrale Abstraktheit des Geldes eine Lüge ist, und daß es in Wahrheit zweierlei Geld gibt, das wertvollere und dauerhaftere für Männer und das geringere für Frauen. Daß dem so ist, zeigt uns ein Blick in die Geschichte der Frauenerwerbsarbeit, als auch auf ihre gegenwärtigen Veränderungsprozesse: Dort, wo gering bezahlt wird, sind Frauen zu finden, und in Positionen und Branchen, wo schließlich viele Frauen arbeiten, sinken die Bezahlung und das Ansehen des Arbeitsbereiches gleichermaßen.
Ein weiterer Schein des Geldes liegt in seinem vorgeblichen Tauschcharakter. So wird unsichtbar, daß die Bezahlung von Arbeit oder Produkten wie ein Brückenschlag zwischen Subsistenz- und Warenproduktion funktioniert. Die Subsistenzarbeitszeit wird immer mehr angezapft, die Stetigkeit und Gelassenheit einer Reproduktion des alltäglichen Überlebens verschwindet. Dies gilt im Prinzip für Männer und Frauen gleichermaßen. Da aber weltweit die Subsistenzproduktion sich weitgehend auf die Frauen reduziert hat, betrifft dieses Problem gegenwärtig vor allem sie. Insofern ist die zunehmende Erwerbsarbeit von Frauen alles andere als ein Anlaß zu Jubel: Die nächste Phase moderner Produktionsverhältnisse besteht im Zugriff auf die weiblichen subsistenzproduzierenden Ressourcen.
Im Gegensatz zur herr-schenden Ideologie ist Geld also nicht die Voraussetzung für die Befreiung von Frauen aus der sexistischen Kontrolle, sondern es ist im Gegenteil der Garant dafür. Dies gilt sowohl direkt für die einzelne Frau, als auch generell für die gesamtgesellschaftliche Tendenz: Die Geldwirtschaft kontrolliert immer weitere Bereiche der (Über-)Lebensproduktion.

Selbstbestimmung *oder* Gleichberechtigung

Ich möchte auf das zurückkommen, was ich eingangs gesagt habe, daß wir in der Frauenbewegung an einem Scheideweg angelangt sind. Die Wege, die sich hier trennen, schienen eine Zeitlang gleichermaßen gangbar. Jetzt aber stellt sich heraus, daß sie in verschiedene Richtungen führen: Selbstbestimmung und Gleichberechtigung sind nicht gemeinsam zu verwirklichen. Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen.
Wenn wir über unser Leben und das unserer Kinder selbst bestimmen wollen, dann müssen wir das hier, heute, sofort und kompromißlos tun. Unter den herrschenden Bedingungen ist jeder Umweg ein Irrweg. Das zumindest haben wir durch Tschernobyl erfahren. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß unsere Fraueninteressen in die genau entgegengesetzte Richtung zur Geld- und Warenwirtschaft gehen, und daß die bürgerliche Demokratie bezogen auf uns Frauen eine Scheindemokratie ist. Die Gleichberechtigung gibt es nur unter ihren Bedingungen und die sind uns feindlich.

Es ist an der Zeit (– schon lange! –), daß wir *nein* sagen, basta, es reicht. Wir wollen nicht gleiches Recht, sondern wir wollen unser Frauen-Recht. Wir glauben nicht an die Verallgemeinerung des Reichtums. Wir wollen kein Leben im (Waren-) Überfluß, sondern wir wollen ein frauenwürdiges Leben. Es fehlt uns nicht an Geld, sondern es fehlt uns an Würde. Wir brauchen unseren eigenen Stolz und unsere eigenen Kriterien der Wertschätzung, dann können wir entscheiden, wieviel Geld nötig ist und wieviel überflüssig und schädlich. Wir brauchen nicht die Anerkennung der Herr-schenden, und auch nicht das Prestige, das ihre Hierarchie verleiht. Wir haben unsere eigene Identität. Wir beharren auf unserer Wertschätzung des Lebendigen im Gegensatz zu jener des Sachlichen. Es ist uns gleichgültig, wenn wir dafür verachtet werden. Wir pfeifen auf die Achtung der Männergesellschaft.

Anmerkungen

1) *Ein Kollege, der dies las, wandte an dieser Stelle ein, daß „auch die meisten Männer oft Machtlosigkeit" erführen. – Natürlich tun sie das. Aber sie tun das in anderer Weise als Frauen. Schließlich sind Naturwissenschaft und Technik eng mit ihrer (sozialen) Herrschaft über Frauen verknüpft, unverkennbar etwa durch den Zusammenhang von Hexenverfolgung und Entstehung der Naturwissenschaften als männliche Disziplinen oder dadurch, daß Technologie auch heute noch fast ausschließlich von Männern produziert wird, durch die sie die sexistische Arbeitsteilung praktizieren und durch die Art der Technik selbst, die sie schaffen, auch festschreiben.*
So werden Männer durch die Ergebnisse des patriarchalen, technischen Omnipotenzwahns nicht in ihrem Innersten getroffen, wie es bei Frauen geschieht, denn etwas von dieser abstrakten, patriarchalen, sozialen Herrschaft fällt immer für sie ab.
Nicht zuletzt deshalb haben Männer stärker als Frauen, die Tendenz aus dem Ökologieproblem ein Problem vom Ökologismen zu machen, d.h. an den Symptomen herumzukurieren, anstatt die Grundlagen in Frage zu stellen. Nur so ist zu verstehen, daß die Computertechnologie von sonst überzeugten Umweltschützern nicht als nächste Stufe des Machbarkeitswahns abgelehnt wird, sondern sogar als vorgeblich saubere Technologie begrüßt werden kann (Huber; Gorz). Dabei wird der Machbarkeitswahn gerade anhand der Prohabilitätsrechnungen für AKW-Risiken und in diesem Zusammenhang die Entstehung des Konzepts vom „Restrisiko" sichtbar, die allein mit der Computertechnologie möglich waren (Radkau 1986). Der innere Zusammenhang von Omnipotenzwahn und Naturzerstörung wird aufgrund der Zugehörigkeit zur sexistisch herrschenden Gruppe gleichsam im Interessensnebel schwer erkennbar.

2) *Ähnlich wie ich scheint Adrienne Goehler die gemeinsame Vergangenheit und die nun sich abzeichnenden, unterschiedlichen Neuorientierungen in der Frauenbewegung zu sehen, wenn sie sagt, daß es nicht darum ginge zu beweisen, daß Frauen ebensogut wie Männer Politik machen könnten, sondern daß es im Gegenteil auf die Unterschiede ankäme. „Aus der Leugnung der Unterschiede...*

scheint mir eine Angst zu sprechen; die, daß der „Gleichberechtigungspfeiler" der Frauenbewegung und die daraus abgeleiteten Forderungen bröckeln könnten, wenn erst ruchbar würde, daß wir Frauen gar nicht gleichgestellt, -gesetzt, -geschoben werden wollen, sondern daß wir das „andere Geschlecht" (Simone de Beauvoir) als Herausforderung begreifen, die Unterschiede zu dem „Einen" positiv zu bestimmen" (1986, S. 37). So geht es auch in einer älteren Textesammlung, die die Ziele und Aktionen aus der Frauenbewegung zusammenstellt, ganz im Sinne von deren damaliger Orientierung, nicht um Unterschiede, sondern um die Realisierung gleicher Rechte und gleicher Bezahlung von Männern und Frauen (Janssen-Jurreit 1979).

3) *Soweit mir bekannt, gibt es bislang kaum Initiativen zur möglichst weitgehenden Abschaffung des Autos; eine davon ist LUV: Förderverein „Leben und Umwelt im Verkehr" e.V., Heide und Hermann Huber, Alvenslebensstraße 7, 5 Köln 1. Anfragen gegen Rückporto sind möglich.*

4) *Die Hausarbeit, jenen subsistenzproduzierenden Teil der modernen Frauenarbeit mit einem gesonderten Begriff „Konsumarbeit" zu belegen, wie Helga Grubitzsch vorschlägt, halte ich nicht für sinnvoll, weil damit die überlebensnotwendige Bedeutung der Arbeit der Frauen an den Kindern, aber auch an den Erwachsenen, verkannt werden kann und wieder das Augenmerk auf die Warenproduktion gelenkt wird. Wichtiger als die Betonung des Unterschieds zu früheren Formen der Subsistenzproduktion, nämlich daß nun die Rohstoffe nicht mehr selbst hergestellt werden, erscheint mir die Betonung der Gemeinsamkeit, daß es sich hier um Produktion, und zwar der eigentlich lebensnotwendigen, handelt (Grubitzsch 1985).*

5) *Eine wichtige Erfahrung bezüglich von Fähigkeiten, die in einer Situation sozialer Benachteiligung entstehen oder überleben, und die bewußt aktiviert eine positive, soziale Kraft schaffen, habe ich in Mexiko-Stadt gemacht, das ich ein dreiviertel Jahr nach dem Erdbeben und zwei Jahre nach meinem letzten Aufenthalt wieder besucht habe. Mir war schon immer aufgefallen, daß die Fähigkeit zum spontanen Helfen in Mexiko-Stadt, trotz seiner ca. 15 Millionen Einwohner, auffallend gut überlebt hat und zwar, so meine ich, aufgrund der unmittelbaren bäuerlichen Vergangenheit der Mehrheit der Bevölkerung. In einem Land, das kein Wohlfahrtsstaat ist und in dem gerade in den letzten Jahren die geringen sozialstaatlichen Zuwendungen aufgrund der Auflagen für eine neue Kreditvergabe an das verschuldete Mexiko vom Internationalen Währungsfonds auch noch reduziert wurden, ist gegenseitige Hilfe auch überlebensnotwendig. Wie im wörtlichen Sinne lebensrettend diese soziale Fähigkeit ist, haben die Mexikaner nach dem Erdbeben erfahren. Die Menschen halfen sich gegenseitig, direkt, und warteten nicht auf staatliche Bergungstrupps, examinierte medizinische Experten oder öffentliche Versorgungspakete irgendwelcher Hilfswerke. Im Vergleich zu zentralisierter Hilfe war diese Hilfe effektiv und voll zwischenmenschlicher Wärme. Dieses Erlebnis hat zu einer mehr oder minder kollektiven Bewußtwerdung über die soziale Stärke der bestehenden Praxis geführt. Heute wird sie in vielen alltäglichen Situationen nach wie vor und speziell bewußt fortgesetzt und es gibt einen öffentlichen Diskurs über Dezentralisierung, Entprofessionalisierung und Deentwicklung. Ganz konkret, etwa, wehren sich die Bewohner eines besonders armen Stadtviertels gegen den zentralisiert bezahlten aber eben auch gesteuerten Wiederaufbau ihres Viertels, den sie lieber nach ihren eigenen Bedürfnissen und wenn möglich, ohne öffentliche Mittel durchführen.*

6) *„Freiheit, Gleicheit" und eben „Brüderlichkeit" gibt die Realität der bürgerlichen Revolution sehr augenfällig wieder. In diesem Prozeß befreien sich die Bauern endgültig von den Feudalherren und die Bürger von den adligen Herren, beginnen sich die unteren Stände von den oberen zu emanzipieren, und die Söhne von den Vätern. Den Frauen hingegen werden dieselbe Freiheit und Gleichheit vorenthalten, sie werden gesellschaftspolitisch unsichtbar gehalten, gleichsam der Schatten hinter jedem Mann. Die Befreiung der Männer aus persönlicher Abhängigkeit wird in einem männerbündlerischen Pakt besiegelt, in dem jedem Mann das Recht auf eine von ihm persönlich abhängigen Frau zugestanden wird. Der Prozeß der Demokratisierung vollzieht sich auf Kosten der Frauen. Das Gottesgnadentum einiger weniger wird vom demokratischen geschlechtsspezifischen Gottesgnadentum aller Männer abgelöst.*

7) *Auch Frauen haben ihren eigenen Machtbereich, aber er ist – zunehmend – vom „good will" der Männer abhängig, denn sie haben mit dem Geld und der modernen Technologie die Kontrolle über den Besitz, die Produktionsmittel und die Produkte gewonnen. Die Reichweite und Intensität des heutigen „Machtbereiches" der Frauen ist deshalb nicht von der gesellschaftlichen Ordnung abgesichert, sondern ein von den Frauen selbst persönlich eroberter Freiraum.*

Literatur

BAUM, Warren C./STOKES, M. Tolbert: Investing in Development. Lessons of World Bank Experience, IBRD, USA 1985

BENHOLDT-THOMSEN, Veronika: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie Nr. 14, Frankfurt 1981

GIEBELER, Cornelia: Frauenarbeit und die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverkürzung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10, 1983, S. 246-249

GOEHLER, Adrienne: Kein Wunderland für Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 18, 1986, S. 31-40

GRUBITZSCH, Helga: Konsumarbeiterinnen und Lockvögel: Frauen in der kapitalistischen Konsumption, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, 1985, S. 35-54

HÖHER, Friederike: Hexe, Maria und Hausmutter – Zur Geschichte der Weiblichkeit im Spätmittelalter, in: Anette Kuhn und Jörn Rüsen (Hrsg.), Frauen in der Geschichte III, Düsseldorf 1983, S. 13-62

JANSSEN-JURREIT, Marielouise (Hrsg.): Frauenprogramm – Gegen Diskriminierung, Reinbek bei Hamburg 1979

KÄRNER, Hartmut: Der unerklärte Krieg der Reichen gegen die Armen, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, Heft 1, 1986, S. 115-123

KNAPP, Ulla: Frauenarbeit in Deutschland, 2 Bde., München 1984

KUCZYNSKI, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 18, Berlin 1963

LASLETT, Peter: Familie und Industrialisierung: Eine „starke Theorie", in: Werner Conze (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Industrielle Welt, Bd. 21, Stuttgart 1976, S. 13-32

MEDICK, Hans: Haushalts- und Familienstruktur als Momente des Produktions- und Reproduktionsprozesses, in: Heidi Rosenbaum (Hrsg.), Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt a.M. 1978, S. 285-308

MIES, Maria: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10, 1983, S. 115-124

OAKLEY, Ann: Housewife, Harmondsworth 1976 (1974)

PINL, Claudia: Das Arbeitnehmerpatriarchat. Die Frauenpolitik der Gewerkschaften, Köln 1977

RADKAU, Joachim: Angstabwehr. Auch eine Geschichte der Atomtechnik, in: Kursbuch Nr. 85, 1986, S. 27-53

Adelheid Biesecker

Arbeit ist Zwang – Frauenarbeit ist doppelter Zwang

– Zur Theorie der Frauenarbeit im modernen Kapitalismus –*

„Die Macht der Moral – die Moral der Macht" – unter diesem Thema über Frauenarbeit zu sprechen, erscheint zunächst unverständlich. Diese Irritation ist jedoch gewollt und verweist auf die zentrale *These* der folgenden Gedanken: die These nämlich, daß die täglich über Frauen ausgeübte „Macht der Moral" ihre Grundlage in dem den modernen Kapitalismus charakterisierenden Produktionsverhältnis hat, dessen „Gerippe" die Arbeitsverhältnisse sind; daß es also darauf ankommt, der in dieser Gesellschaft herrschenden „Moral der Macht und Macht der Moral" eine materielle Grundlage zu geben, aus der sie erwächst. Diese These beinhaltet die Aussage, daß dieses zentrale Produktionsverhältnis mit dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, wie es orthodox-marxistisch bestimmt ward, falsch erklärt ist, wodurch sich erst die unfruchtbare Debatte um den „Hauptwiderspruch Lohnarbeit-Kapital" und die Subsumtion des „Nebenwiderspruchs Mann-Frau" unter diesen entwickeln konnte. Erst das Begreifen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses als doppelt widersprüchlichem zwischen dem Kapital und dem von ihm in Arbeit zu verwandelnden Lebensprozessen von Männern und Frauen und dem jeweiligen Mann (Kapitalist oder Lohnarbeiter) und „seiner Frau" (Hausfrau oder Haus-Lohn-Arbeiterin) macht die „Macht der Moral" wie überhaupt die alltägliche Gewalt gegen Frauen begreifbar.

Ein ähnliches Anliegen verfolgt Veronika Bennholdt-Thomsen in ihrem Aufsatz „Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen", auf den ich mich daher im folgenden auch verschiedentlich beziehe. Auch ihr geht es um den Zusammenhang von Frauenarbeit und Gewalt: „Die These meines Papiers lautet tatsächlich, daß die Arbeitsverhältnisse, in denen Frauen heute in unserer Gesellschaft stehen, ihnen stets neu mit Gewalt aufgezwungen werden. D.h., die gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse, in denen spezifisch Frauen sich befinden, entstehen nicht einfach durch ökonomische Gesetzlichkeiten, sondern sie werden von Menschen produziert; sie setzen sich aus der direkten, konkreten Gewalt zusammen, die wir alltäglich erfahren." (Bennholdt-Thomsen 1983, S. 207) Alle gesellschaftlichen Verhältnisse werden von Menschen produziert, insofern gebe ich Bennholdt-Thomsen recht. Aber nach welchen Gesetzen, in welchen Strukturen? Die Menschen werden eben auch durch die gesellschaftlichen Verhältnisse produziert. Ohne Analyse dieser materiellen gesellschaftlichen Grundlage des Verhaltens von Menschen, hier: von Männern gegenüber Frauen, ist der Gefahr schwer zu entgehen, die Ursache der Frauenunterdrückung im Mann selbst zu sehen – der Biologismus ersetzt dann die Politische Ökonomie. (Bennholdt-Thomsen entgeht dieser Gefahr dadurch, daß sie entgegen ihrer erklärten Absicht eben doch die Gewalt aus dem Produktionsverhältnis erklärt.)
Vieles, was ich im folgenden entwickeln werde, ist nicht neu, ist mehr oder weniger umstrittenes Ergebnis der „Hausarbeitsdebatte", die in der BRD seit Mitte der 70er Jahre (im angelsächsischen Raum schon seit Beginn der 60er Jahre) große Teile der feministischen Theoriedebatte beherrschte. Diese Debatte hat aber bisher keinen wirklichen Abschluß gefunden, ihre Ergebnisse sind kaum in

---

* *Überarbeitetes Manuskript eines Vortrags, der auf der Bremer Frauenwoche (22.-27.9.86; Motto: Die Macht der Moral – die Moral der Macht) gehalten wurde.*

die offizielle Wissenschaft eingegangen. Insofern stellt mein Beitrag auch den Versuch dar, die in dieser Debatte entwickelten theoretischen Positionen in einer „Theorie der Frauenarbeit" zusammenzufassen und deutlich zu machen: feministische Theorie wird nicht „neben" der offiziellen Wissenschaft entwickelt, sondern als Kritik an ihr, als Angriff auf falsch erkannte Positionen, als Aufforderung zur Korrektur liebgewordener Erklärungsmuster.

Zunächst: Was ist Arbeit?

Arbeit ist nichts anderes als die menschliche Tätigkeit zur Produktion und Reproduktion der menschlichen Lebensmittel und menschlichen Lebewesen selbst. „Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Dies ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung" (Engels 1972, S. 27 ff.).
Die Bezeichnung dieser Produktions- und Reproduktionsprozesse als Arbeit wird entwickelt, um die menschlichen Produktions- und Reproduktionstätigkeiten von denen der Tiere zu unterscheiden. Gegenüber den instinktiven Handlungen der Tiere, ihr Leben in ihrer natürliche Umgebung zu erhalten, wird die Tätigkeit des Menschen zur Produktion und Reproduktion seiner Lebensbedingungen als bewußt und zweckbestimmt, als Arbeit, bezeichnet. Beispielhaft sei hier Braverman zitiert: „Die Arbeit des Menschen ist bewußt und zweckbestimmt, wogegen die Arbeit der anderen Tiere instinktiv ist" (Braverman 1980, S. 46). Und: „So ist also die Arbeit als zweckmäßige, vom Verstand gelenkte Handlung das spezielle Produkt der Menschheit" (Braverman 1980, S. 48). Braverman verweist darauf, daß schon Aristoteles diese Unterscheidung macht, indem er die Arbeit in ihrer menschlichen Form als „intelligente Tat" bezeichnet. Er verweist ebenfalls auf Fourier, der gerade in der instinktmäßigen Art der Tätigkeiten der Tiere die Ursache ihrer Glückseligkeit sieht (Braverman, S. 45 und S. 46).
Auch der Marxsche Arbeitsbegriff setzt hier an: „Wir unterstellen die Arbeit in einer Form, worin sie *dem Menschen* ausschließlich angehört. Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, daß bei Beginn desselben schon in der *Vorstellung des Arbeiters,* also schon *ideell* vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen *bewirkt;* er *verwirklicht* im Natürlichen zugleich *seinen Zweck,* den er *weiß,* der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß" (Marx 1867, S. 192 ff.). Insbesondere diese Textstelle war Anlaß einer vielfältigen Diskussion im Rahmen der feministischen Theoriedebatte, die ich hier insgesamt nicht wiedergeben kann. Ich habe mich an anderer Stelle damit auseinandergesetzt (vgl. Biesecker 1985(3)). Hier geht es mir darum, deutlich zu machen, daß in allen diesen Definitionen der Arbeitsbegriff nur auf einen Teil der menschlichen Produktion und Reproduktion bezogen wird, nämlich nur auf den der Produktion und Reproduktion der Lebensmittel im weitesten Sinne. In dieser Einschränkung bezieht er sich auf verschiedene Gesellschaftsformationen und ist ein positiver Begriff, der deutlich machen soll, daß Arbeit ein Teil des Lebens ausmacht, der weder „besser" noch „schlechter", „wichtiger" oder „unwichtiger" als andere Teile der Lebenspraxis ist.

Dennoch: angelegt ist in diesem Arbeitsbegriff, der die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebewesens selbst nicht einschließt, eine Diskriminierung der Tätigkeiten dieses Bereichs, der insbesondere einen großen Teil der Lebenspraxis von Frauen ausmacht. Da diese Tätigkeiten nicht als Arbeit begriffen werden, sind sie zwangsläufig „instinktgeleitet", „Naturprozesse". Das hebt Maria Mies hervor, wenn sie m.E. zu Recht darauf beharrt, daß die Tätigkeiten des Gebärens und Nährens von Kindern als Arbeit im entwickelten Sinne bezeichnet werden müssen: „Zunächst ist festzuhalten, daß Frauen ihren *ganzen* Körper als produktiv erfahren können, nicht nur ihre Hände oder ihren Kopf. Aus ihrem Körper produzieren sie neue Menschen und die erste Nahrung für diese Menschen. Es ist von entscheidender Bedeutung für unsere Fragestellung, daß der Zusammenhang zwischen Gebären und Nähren als echt menschliche, d.h. bewußte, historisch-gesellschaftliche Tätigkeit gesehen wird. Frauen haben sich die Fähigkeit, Kinder zu gebären und Milch zu produzieren, in der gleichen Weise angeeignet wie die Männer sich ihre körperliche Natur angeeignet haben, nämlich in dem Sinn, daß ihre Hände und ihr Kopf durch Arbeit und Reflexion Fertigkeiten erlangten bei der Schaffung und Handhabung von Werkzeugen. Darum ist die Aktivität der Frauen beim Gebären und Nähren von Kindern als *Arbeit* zu interpretieren" (Mies 1983 (2), S. 169/170).
So erweitert, bedeutet Arbeit jede menschliche Tätigkeit der Produktion und Reproduktion menschlicher Lebensmittel und menschlicher Lebewesen. Es ist ein positiver Begriff, der keine Diskriminierung von Frauenarbeit beinhaltet. Vielmehr bedeutet Arbeit hier Selbstverwirklichung, Verwirklichung der Menschen in der Natur, sowohl der äußeren als auch ihrer eigenen. Diese Arbeit ist gesellschaftliche Tätigkeit, gesellschaftliche Arbeit.

Arbeit im patriarchalen Kapitalismus[1)]

Mit der Entstehung von patriarchalen Klassengesellschaften beginnt die Veränderung der Arbeit von einem Prozeß der Selbstverwirklichung zu einer rein zweckbestimmten Tätigkeit unter Zwang. Diese Gesellschaften entwickeln die Trennung zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen und damit zwischen der Zwangsarbeit für andere und der Arbeit für das eigene Überleben. Arbeit wird zu einem negativen Begriff, zu einem Ausdruck der Unterdrückung. (Der Begriff selbst kommt aus dem Mittelhochdeutsch und bedeutet Mühe, Plage.) Die patriarchale Struktur dieser Gesellschaften drückt sich u.a. darin aus, daß die Arbeit für die Produktion und Reproduktion der menschlichen Lebewesen, die vor allem Frauen leisten, daß das Gebären und Aufziehen von Kindern hinter den anderen Arbeitsprozessen zur Produktion der Lebensmittel zurücktritt.
Aber erst die Entwicklung der Arbeit im Kapitalismus bringt die Spaltung dieser beiden Arbeitsprozesse hervor, besiegelt die gesellschaftliche Nichtanerkennung der Produktions- und Reproduktionstätigkeit der menschlichen Lebewesen als Arbeit. In diesem Gesellschaftssystem kann sich die besitzende Klasse das gesellschaftliche Mehrprodukt nur in Form des Mehrwerts aneignen, d.h. als unbezahlte Arbeit, unbezahlte Lohnarbeit. Dieser Mehrwert, zusammen mit der bezahlten Lohnarbeit, verkörpert sich in den Waren. Nur, wenn es gelingt, die in den Waren verkörperte unbezahlte Lohnarbeit durch den Verkauf der Waren auch zu realisieren, gelingt die Kapitalverwertung. Das Kapital hat daher die Tendenz, alle vorfindbaren Arbeitsprozesse zur Produktion von Lebensmittel i.w.S. in Warenproduktion zu verwandeln, und nicht nur in Warenproduktion, sondern in Produktionsprozesse von Mehrwert. Dazu organisiert es diese Arbeitsprozesse möglichst „rational", d.h. entsprechend seinem Rationalitätsprinzip, das auf hohe Kapitalverwertung gerichtet ist, mit möglichst wenig bezahlter, möglichst viel un-

bezahlter Lohnarbeit. Lebenszeit, die nicht Arbeitszeit ist, ist Raub an den Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Die Tendenz, möglichst vollständig alle Prozesse der Produktion in kapitalistische Arbeitsprozesse zu verwandeln, beinhaltet daher die Verwandlung aller Lebenszeit in Arbeitszeit für das Kapital. Noch keine Gesellschaft war so „arbeitsam" wie unsere kapitalistische Gesellschaft. Und das trotz, genauer wegen des „Fortschritts der Produktivkräfte".
Die Tendenz, die Lebenszeit in Arbeitszeit zu verwandeln, bezieht sich gleichermaßen auf den Produktionsprozeß von Lebensmitteln (Waren) und den der Produktion und Reproduktion der menschlichen Lebewesen. Letzterer wird verwandelt in den Prozeß der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft, materiell und ideologisch. Sowohl die Arbeit zur Produktion von Lebensmitteln als auch die Arbeit zur Produktion und Reproduktion der menschlichen Lebewesen selbst werden also in kapitalistische Arbeit vewandelt, aber in sehr verschiedener Form:

- in der Form der Lohnarbeit
- und in der Form der Hausarbeit.

Die alleinige Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen ist dabei die Art und Weise, wie das bestehende Patriarchat in kapitalistischer Form übernommen wird. Die konkrete Organisation dieser Hausarbeit wird über die Ehe und die auf ihr beruhende Kleinfamilie gewährleistet.
Beide Arbeitsprozesse sind jetzt nicht nur fremdbestimmt, sie dienen auch nicht mehr der Selbstverwirklichung, sondern der Produktion und Reproduktion von Waren, von Kapital. Beide Arbeitsprozesse sind verdinglicht, entfremdet. Arbeit in beiderlei Sinn wird zum negativen Begriff.
Die Geschichte dieser Verwandlung ist die Geschichte der Unterwerfung der Menschen unter das Kapital, ihre Unterwerfung als Kapitalisten, Arbeiter und Arbeiterinnen: Zunächst, in der Phase der ursprünglichen Akkumulation, wird das Kapital-Lohnarbeits-Hausarbeits-Verhältnis geschaffen: Formell werden Hausarbeit und Lohnarbeit dem Kapital unterworfen (subsumiert), wobei zentrales Phänomen dieser Subsumtion die Abspaltung der Hausarbeit von der gesellschaftlichen Arbeit, die Verdrängung der Frau als Hausfrau aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ist. Obwohl Hausarbeit auch kapitalistische Arbeit ist, gilt sie nicht als solche. Dieser Unterwerfungsprozeß geht dann von der formellen Subsumtion weiter zur reellen Subsumtion. In der Sphäre der Lohnarbeit heißt das, daß die Arbeitskraft zum Anhängsel der Maschine wird, standardisiert, monotonisiert, zerstückelt, weiterentfremdet. Für die Hausarbeit der Frauen der Lohnarbeiter heißt das, daß sie mehr und mehr ausschließlich als Arbeit zur Produktion und Reproduktion nicht von menschlichen Lebewesen, sondern von Arbeitskraft entwickelt wird. Die Hausarbeit in den Kapitalistenfamilien soll dagegen neue „Manager" hervorbringen.

Was meint dabei der Begriff *„Lohnarbeit"?* Lohnarbeit heißt, daß die Arbeitskraft von Männern und Frauen zu ihrem jeweiligen Wert, d.h. zu ihren Reproduktionskosten, an den Kapitalisten verkauft wird. Dieser läßt länger arbeiten, als zur Reproduktion dieses Werts notwendig ist und eignet sich diese Mehrarbeit unbezahlt an. Die Form des Lohnes ruft den Schein hervor, alle Arbeit sei bezahlt.
Was heißt *„Hausarbeit"?* Hausarbeit ist insgesamt unbezahlte Arbeit. Mit ihr sind alle Arbeiten gemeint, die die Frau verrichtet zum Gebären, Aufziehen und Erhalten der Kinder sowie zum Erhalt der Arbeitskraft der Männer sowie von sich selbst. Das schließt auch die „ideologische Produktion und Reproduktion" der Arbeitskraft mit ein. Nach diesem Begriff ist es also richtig, von Gebärarbeit, Beziehungsarbeit ... zu sprechen. Und zwar nicht, weil das emanzipatorisch ist, sondern weil das Kapital diese Teile der weiblichen Lebenspraxis sich als Arbeit, in der Form der Hausarbeit, unterworfen hat. Eingeschlossen in diesen Hausarbeitsbegriff ist auch die „Konsumarbeit", d.h. die Arbeit des Kaufens der Waren für

den täglichen Konsum (vgl. Grubitzsch 1985). Denn die täglichen Lebenshaltungsprozesse sind ohne Warenkauf nicht möglich. Den Begriff „Reproduktionsarbeit", der sich für das Gebären und Aufziehen der Kinder entwickeln hat, möchte ich dagegen deshalb nicht verwenden, weil er fälschlicherweise diesen Prozeß nur als Re-Produktion, nicht aber als Produktion ansieht, was er jedoch ist. Auch mit dem Begriff „Hausarbeit" bin ich deshalb nicht sehr glücklich, weil er zwar ein Begriffspaar mit der Lohnarbeit bilden soll, aber nicht dasselbe Kriterium zur Begriffsbildung verwendet. Dann müßte man diese Arbeit von Frauen „Unterhaltsarbeit" nennen, da es Arbeit ist, die im Rahmen der Ehe gegen Unterhalt, den der Mann zahlt, geleistet wird. Aber der Begriff der „Hausarbeit" hat sich in der Diskussion so verfestigt, daß ich keinen neuen einführen möchte. Auch der zwischenzeitlich von mir verwendete Begriff der „Familienarbeit" ist deshalb problematisch, weil er die Hausarbeit von Frauen, die keine Familie haben, ausgrenzt. Jede Frau leistet jedoch Hausarbeit, gleichgültig, ob sie verheiratet ist und Familie hat oder nicht.
Mit der „Arbeit" passiert im patriarchalen Kapitalismus also etwas Eigenartiges: Obwohl in dieser Gesellschaft die Tendenz besteht, zwecks Verwertung des Kapitals alle Lebenszeit der arbeitenden Menschen in Arbeitszeit für das Kapital zu verwandeln, d.h. obwohl Arbeit massenhaft ausgedehnt wird, wird der größte Teil dieser Arbeit, die Hausarbeit, gesellschaftlich gar nicht als Arbeit anerkannt. Der massenhaften Ausdehnung von Arbeit entspricht daher die begriffliche Einengung allein auf die Lohnarbeit. Diese begriffliche Einengung ist „richtig" im Sinne, daß sie das widerspiegelt, was in der kapitalistischen Gesellschaft vor sich geht: Die ausschließliche Anerkennung solcher Arbeit als Arbeit, die sich gesellschaftlich darstellt, in Waren, in Geld und die Verdrängung der Hausarbeit aus der Gesellschaft, in die Privatsphäre. Da die Gesellschaft nur über Geld zusammengehalten wird, das Geld die eigentliche Gesellschaftlichkeit darstellt, gilt nur die Arbeit als gesellschaftlich, die Geld bringt, d.h. verkaufbare Waren produziert. Sie ist falsch, wo es um die Kritik dieser Gesellschaft geht, um das Aufdecken der hinter den gesellschaftlichen (d.h. Geld-) Prozessen verborgenen Ausbeutungsverhältnisse. Der Arbeitsbegriff der Kritik der Politischen Ökonomie muß daher sowohl die Lohnarbeit als auch die Hausarbeit einbeziehen. Tut er das nicht, sitzt diese Kritik selbst dem Schein der kapitalistischen Warengesellschaft auf, die eben den größten Teil der in der Gesellschaft geleisteten Arbeit aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang verbannt. Das gilt auch für Marx.

Das grundlegende Produktionsverhältnis im patriarchalen Kapitalismus und seine Reproduktion

Oben habe ich dieses Produktionsverhältnis unscharf als „Kapital-Lohnarbeits-Hausarbeits-Verhältnis" bezeichnet. Darin werden jedoch die Widersprüche, um die es geht, nicht wirklich deutlich. Genauer müßte dieses Verhältnis bestimmt werden als aus folgenden Gegensätzen bestehend: Auf der einen Seite steht das Kapital mit der Hausfrau hinter/unter sich, auf der anderen Seite das Leben der arbeitenden Individuen, deren Leben beständig in Lohnarbeit verwandelt werden soll, ebenfalls mit einer Hausfrau hinter/unter sich, die aber genauer als Haus-Lohn-Arbeiterin bezeichnet werden muß, da ihr Lebensprozeß beständig sowohl in Lohnarbeit als auch in Hausarbeit verwandelt wird. Dabei sind die „Charaktermasken" von Kapital und Lohnarbeit männlich, die von Hausarbeit weiblich, in der Form der Nur-Hausfrau und der Haus-Lohn-Arbeiterin.
Dieses so bezeichnete Produktionsverhältnis meint folgendes: Das Kapital muß beständig unbezahlte Arbeit einsaugen, zwecks Verwertung, d.h. es muß beständig Lebenszeit in Arbeitszeit, bezahlte in unbezahlte Arbeitszeit verwandeln. Die-

ses Kapital wird durch Menschen, aufgrund der Verdrängung der Frau ins Haus im wesentlichen durch Männer, „Manager", repräsentiert, sie führen durch ihre Handlungen diese Zwänge aus. Sie brauchen für ihre tägliche Reproduktion und die Produktion ihrer Nachkommenschaft eine Frau, ihre Hausfrau. Diese ist, ebenfalls als „Charaktermaske", als typische Hausfrau, nicht berufstätig, Nur-Hausfrau, leitet eher Hauspersonal an als daß sie selbst die tägliche Hausarbeit macht. Sie ist an den Mann über die „Liebes"-Ehe gebunden, auf dieser Grundlage schafft und betreut sie seine Familie. Diese Ehe ist ein Zwangsverhältnis, da sie dem Mann die Herrschaft über den Körper und die Arbeitskraft der Frau gibt.
Das Unterworfensein unter dieses Zwangsverhältnis verbindet diese Nur-Hausfrau mit der Haus-Lohn-Arbeiterin, der Hausfrau, die dem ebenfalls in der Regel männlichen Lohnarbeiter untersteht. Dieser, da die meiste Zeit des Lebenstages vom Kapital ausgebeutet, benötigt zur Reproduktion seiner Arbeitskraft, die die Produktion von neuer Arbeitskraft, d.h. von Kindern einschließt, ebenfalls eine Frau, seine Hausfrau, die aber von Anfang an, und damit typischerweise, ebenfalls als „Charaktermaske", auch Lohnarbeiterin ist. Sie unterliegt insofern neben dem Zwangsverhältnis der Ehe dem Zwangsverhältnis der Ausbeutung durch das Kapital in der Lohnarbeit.
Die Beschreibung des grundlegenden Produktionsverhältnisses im patriarchalen Kapitalismus in dieser Art macht auch deutlich, daß die Kapitalverwertung auf der Grundlage patriarchaler Strukturen funktioniert. Die Frage, ob das auch anders ginge, ist rein akademisch. Bis heute kennen wir keinen Kapitalismus, der das Patriarchat aufgelöst hätte.

Das Gemeinsame, das die Frauen in diesem Gesellschaftssystem verbindet, ist also das Zwangsverhältnis „Ehe" mit der sich darauf gründenden Familie. Dieses Zwangsverhältnis nimmt zwar, geprägt durch unterschiedliche Lebensverhältnisse der jeweiligen Klassen und Schichten, unterschiedliche Formen an, aber seinem Inhalt nach, der in der Verfügungsgewalt über den Körper und die Arbeitskraft der Frau besteht, betrifft es gleichermaßen alle Frauen. Auch die nicht verheirateten Frauen werden entsprechend behandelt, weil die verheiratete Frau, die „Hausfrau", die Norm ist.
Obwohl jedoch die Nur-Hausfrau und die Haus-Lohn-Arbeiterin diese patriarchale Unterdrückung in der bürgerlichen Kleinfamilie verbindet, haben sie doch ganz unterschiedliche Funktionen im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, die, auf den kapitalistischen Zweck der Profitmaximierung gerichtet, Produktion und Reproduktion des Kapitals ist. Dieser Unterschied ist nicht nur wichtig für die Analyse, sondern auch für das Verständnis der Macht und der Gewalt, die gegen die Nur-Hausfrau und gegen die Haus-Lohn-Arbeiterin ausgeübt werden und für die Diskussion gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten von Frauen. Dieser Unterschied bestimmt sich folgendermaßen:[2] Die Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals setzt zunächst voraus, daß überhaupt die Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital, Warenkapital und dann wieder Geldkapital gelingt. D.h., vorausgesetzt sind alle Bedingungen des störungsfreien Kaufs von Produktionsmitteln und Arbeitskraft, des Gelingens der Ausbeutung im Produktionsprozeß, des Verkaufs der produzierten Waren, des Wiederkaufs von Produktionsmitteln und Arbeit. Und zwar erfolgt das Ganze in der Regel mit immer vermehrtem Kapitalwert. Die zu kaufenden Produktionsmittel werden von anderen Kapitalen warenförmig angeboten. Die Ware Arbeitskraft jedoch wird nicht von einem Kapital produziert und angeboten. Hierfür arbeitet die Haus-Lohn-Arbeiterin unbezahlt. Damit das Kapital also die für seine Bedürfnisse stets notwendige Arbeitskraft am Arbeitsmarkt vorfindet, ist Bedingung, daß die Haus-Lohn-Arbeiterin die entsprechende Arbeit des Kindergebärens, der Kindererziehung sowie der Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes bzw. ihrer eigenen geleistet hat. An diese zu produzierende und re-

produzierende Arbeitskraft sind jedoch auch qualitative Bedingungen gestellt. Sie soll nämlich in der Qualität, in der Disziplin und konkreten Ausbildung vorhanden sein, wie sie von dem gesellschaftlichen Gesamtkapital benötigt werden. Die neugeborenen Arbeiterkinder sollen von Anfang an als Träger der Ware Arbeitskraft erzogen werden. Die konkret dafür notwendige Arbeit soll die Haus-Lohn-Arbeiterin im Rahmen der bürgerlichen Kleinfamilie leisten, dazu angehalten, kontrolliert und notfalls diszipliniert durch den bürgerlichen Staat.
Die Nur-Hausfrau hat eine andere Funktion für die kapitalistische Reproduktion. Ihre Arbeit trägt nicht zur Reproduktion von Kapital bei, allenfalls zur Produktion und Reproduktion der „Manager". Allerdings will die bürgerliche Klasse nicht aussterben. Über den Zwangsmechanismus der bürgerlichen Kleinfamilie, ebenfalls gestützt durch den Staat, wird auch die Nur-Hausfrau daher dahingehend kontrolliert, die entsprechende Nachkommenschaft zu gebären und zu erziehen – nur nicht für die Aufgabe der Lohnarbeit oder der Haus-Lohn-Arbeit, sondern für die Aufgabe der Ausbeutung bzw. der Nur-Hausfrau.

Beide Arten der Frauenarbeit unterliegen Zwängen, aber sie sind unterschiedlich. Zwar muß die Nur-Hausfrau, da sie auch eine „Charaktermaske", entfremdet lebende Menschen, produzieren soll, über den Ehemann und den Staat in dieser Arbeit kontrolliert werden; zwar muß auch sie als pädagogische/psychische/sexuelle Stabilisatorin wirken – aber die Haus-Lohn-Arbeiterin muß jeweils auf die neuen Phasen der kapitalistischen Subsumtion der Arbeitskraft hin ihre Kinder erziehen, und dazu sind viele Zwangsmechanismen über den Ehemann und den Staat notwendig. Je mehr sich das kapitalistische Produktionsverhältnis durchsetzt, umso mehr sind widerstandslose, sich in den Ausbeutungsprozeß einfügende Arbeitskräfte gefragt. Ob das gelingt oder nicht, ist die Frage, ob es gelingt, die Haus-Lohn-Arbeiterinnen zu solchen Erzieherinnen zu machen. Ob zum Beispiel die nachwachsenden Arbeiterkinder solche werden, die schon an den Computer gewöhnt sind, sich der modernen Informationstechnologie unterwerfen, ist eine Frage des Produktionsprozesses der Ware Arbeitskraft und damit großenteils eine Frage der Erziehungsarbeit der Haus-Lohn-Arbeiterin. Da mit zunehmender „Durchkapitalisierung" der Gesellschaft die Reproduktion der Ware Arbeitskraft zum zentralen Problem wird, mischt sich der Staat mit immer neuen Zwängen ein (Hrsg. Hirsch 1980).
Auch die aktuelle Situation z.B. in der BRD, die durch eine große Massen- und Dauerarbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, wirkt sich unterschiedlich auf die Situation der Nur-Hausfrau und der Haus-Lohn-Arbeiterin aus. Während die erstere davon kaum betroffen ist, gilt es für letztere, die Funktionsfähigkeit der Arbeitskraft trotz Arbeitslosigkeit zu erhalten, was sowohl enorme Anstrengungen in der täglichen Lebensmittelzubereitung als auch in der psychischen Liebesarbeit benötigt.
Ähnlichkeiten zwischen den beiden Arbeitsbereichen der Nur-Hausfrau und der Haus-Lohn-Arbeiterin gibt es auf dem Gebiet der Konsumtion. Das tägliche Leben verläuft zum größten Teil über Waren, die die Frauen kaufen. Diese Waren stellen für das Kapital den gebundenen Wert und Mehrwert dar. Ihre Verwandlung in Geld, ihr Verkauf, ist daher ebenfalls Bedingung der erfolgreichen Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Die Frau als Konsumentin ist insofern Bedingung der kapitalistischen Reproduktion. Dabei soll sie hier so funktionieren, daß sie die vom Kapital produzierten Waren auch möglichst reibungslos absetzt. Alle Frauen treten als Konsumentinnen auf dem Warenmarkt auf, zunächst scheint es hier keinen Unterschied zu geben. Dieser liegt jedoch sowohl in der Höhe des auszugebenden Geldes, dem man die unterschiedliche Quelle (Lohn oder Profit) nicht mehr ansieht, als auch in der stofflichen Struktur dessen, was nachgefragt wird. Kann sich die eine in den „Konsumrausch" begeben, so muß die andere sehen, wie sie ihr weniges Geld auf stofflich schlechte Waren verteilt.

Auch in der Lohnarbeit ist die Frau Hausfrau – die Hausarbeit als Basis der Frauenunterdrückung auch in der Lohnarbeit

Bisher ging es bei der Analyse sowohl um die Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in der Lage der Frauen im patriarchalen Kapitalismus. Gemeinsam ist ihnen ihre unterdrückte Stellung als „Hausfrau". Die Unterschiede rühren her aus der jeweils unterschiedlichen Funktion dieser Hausarbeit für die Reproduktion des Kapitals.

Die Haus-Lohn-Arbeiterin unterliegt nun zusätzlich dem Zwang, unbezahlte Lohnarbeit für das Kapital zu leisten. Von daher halte ich es für gerechtfertigt, die Arbeit der Haus-Lohn-Arbeiterin als doppelte Zwangsarbeit zu bezeichnen, auch im Gegensatz zur einfachen Zwangsarbeit des männlichen Lohnarbeiters. Im folgenden geht es mir darum, dieses doppelte Zwangsverhältnis genauer zu begreifen, insbesondere zu klären, wie sich Hausarbeit und Lohnarbeit in diesem Verhältnis gegenseitig bedingen.
Dabei deutet die Zwischenüberschrift schon eine zentrale These an: Frauenarbeit als doppeltes Zwangsverhältnis meint nicht nur, daß die Frau sowohl in der Hausarbeit (über die bürgerliche Ehe) als auch in der Lohnarbeit (über den Arbeitsvertrag) dem patriarchalisch-kapitalistischen Zwangsverhältnis unterworfen ist. Es meint vor allem, daß das Zwangsverhältnis bürgerliche Kleinfamilie, in dessen Rahmen die Hausarbeit geleistet wird, auch die weibliche Lohnarbeit prägt. D.h., es meint, daß die Frau auch in der Lohnarbeit Hausfrau ist, als Hausfrau behandelt wird. Diese Hausarbeit, die Existenz der Frau als Hausfrau ist die Ursache dafür, daß die Ware Arbeitskraft der Frau nicht gleich ist der Ware Arbeitskraft des Mannes. Sie ist damit die Ursache für die Diskriminierung im Lohnarbeitsbereich. Und zwar bezieht sich diese Ungleichheit der Ware Arbeitskraft sowohl auf den Gebrauchswert dieser Ware als auch auf ihren Tauschwert (Wert).

Der *Gebrauchswert* der Arbeitskraft des Mannes liegt für den Kapitalisten, den Käufer dieser Ware, darin, daß durch die Arbeit Wert geschaffen wird, und nicht nur Wert, sondern Mehrwert, Wert, der über den bezahlten Wert der Arbeitskraft hinausgeht.
Der Gebrauchswert der Arbeitskraft der Frau liegt zunächst ebenfalls in dieser Fähigkeit. Auch die Frau in der Lohnarbeit schafft Wert und Mehrwert. Hinzu kommt jedoch, daß Zusatzleistungen mit eingekauft werden, und zwar Zusatzleistungen, die die Hausarbeit der Frau betreffen. Auch in der Lohnarbeit ist sie Sexualobjekt, fürsorgliche, helfende, dienende ..., kurz Hausfrau. Läßt sie sich nicht, auch als Lohnarbeiterin, so ausnützen, wird sie bestraft.[3)] Diese Besonderheit im Gebrauchswert der weiblichen Arbeitskraft ist für den Kapitalisten deshalb besonders nützlich, weil hierauf eine Spaltungslinie zwischen männlichen und weiblichen Lohnarbeitern/innen gezogen werden kann: Die männlichen Lohnarbeiter sind es in der Familie gewöhnt, ihre Frauen als Hausfrauen zu unterdrücken und machen dies mit in der Lohnarbeitssphäre. Ihre Arbeitsfähigkeit wird dadurch stabilisiert, auch der Gebrauchswert ihrer Arbeitskraft für den Kapitalisten verbessert.
Der Unterschied zwischen dem Gebrauchswert der Arbeitskraft des Mannes und dem der Frau bedeutet jedoch nicht, daß die Frau selbst zur Ware wird. Die Ware, die sie verkauft, ist ihre Arbeitskraft mit dem skizzierten speziellen Gebrauchswert, der die Nutzung der Hausfrau einschließt. (Bennholdt-Thomsen benutzt hierfür den Ausdruck „Arbeitskraft Frau, Bennholdt-Thomsen 1983, S. 214). Daß sie sich als ganze Person einbringen muß, d.h. daß sie als ganze Person arbeiten muß, unterscheidet sie zunächst nicht vom Mann. Auch er muß mit sei-

ner ganzen Person im Arbeitsprozeß tätig sein. Aber das, was ihr abverlangt wird, die konkrete Arbeit, die sie leisten muß, ist unterschiedlich. Sie bringt eben die Hausfrau mit, und das heißt, daß sie in viel umfassenderem Sinn ihre ganze Persönlichkeit in diesen Arbeitsprozeß einbringen muß als der Mann.

Auch der *Tauschwert* (Wert) der Arbeitskraft der Frau unterscheidet sich von dem der Arbeitskraft des Mannes. Und zwar ist er systematisch, gesetzmäßig niedriger als der der Arbeitskraft des Mannes.
Der Wert der Arbeitskraft des Mannes, bestimmt durch die Reproduktionskosten dieser Arbeitskraft, schließt die Existenz der unbezahlten Hausarbeit der Frau ein, beruht auf ihr. Gäbe es diese Arbeit nicht, müßte der Kapitalist für die männliche Arbeitskraft viel mehr zahlen. Obwohl dadurch der Wert der Arbeitskraft des Mannes sowieso schon niedrig ist, ist der der Arbeitskraft der Frau noch niedriger, weil das Zwangsverhältnis Hausarbeit auf die Lohnarbeit zurückwirkt, und zwar folgendermaßen: Der Wert der Arbeitskraft schließt ein Kräfteverhältnis ein, ist ein soziales Verhältnis. Er ist also keine „objektiv-ökonomistisch" bestimmbare Größe. Diese Kräfteverhältnis ist von Seiten der Frauen gegenüber dem Kapital systematisch schwächer als von Seiten des Mannes, eben weil das Zwangsverhältnis Hausarbeit existiert, die Unterdrückung der Frau durch den Mann. Der Wert der Arbeitskraft der Frau wird dadurch niedrig gehalten. Und zwar zum einen, weil Lohnarbeits-Arbeitslosigkeit von Frauen nicht zu einem gesellschaftlichen Problem wird, sie werden „nach Hause" abgeschoben, in die Privatsphäre, die Familie. Zum zweiten, weil Hausarbeit die Frau unflexibel macht, d.h. sie kann als Lohnarbeiterin nicht von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz wandern, kann nicht besonders hoher Ausbeutung ausweichen. (Ich vermute, daß hier deutlich wird, daß es keine einheitliche Ausbeutungsrate gibt, sondern daß sich eine spezifisch männliche und eine spezifisch weibliche Ausbeutungsrate herausbilden, wobei letztere höher ist. Das müßte aber noch genauer untersucht werden.) Zum dritten, weil die Konkurrenz der Männer gegen die Frauen gerichtet ist, weil die Männer, an die Unterdrückung der Frau in der Familie gewöhnt, diese auch im Lohnarbeitsbereich praktizieren. Das Argument, die Frau sei weniger qualifiziert und werde deswegen schlechter entlohnt, halte ich dagegen für fragwürdig. Zum einen, weil der Qualifikationsbegriff selbst fragwürdig ist, da er nicht von Seiten der Arbeitenden, sondern von dem Bedürfnis des Kapitals her definiert ist. Zum anderen, weil die Realität zeigt, daß gleich qualifizierte weibliche und männliche Arbeitskraft sehr unterschiedlich bezahlt wird.
Dieser Unterschied im Gebrauchswert und Tauschwert (Wert) der Arbeitskraft des Mannes und der Frau hat allerdings nichts zu tun mit der Leistung von gesellschaftlich abstrakter Arbeit. Sowohl die männliche als auch die weibliche Arbeitskraft leistet abstrakt-gesellschaftliche Arbeit, die Wert und Mehrwert bildet. Der gesellschaftliche Prozeß, über die Warenkäufe und -verkäufe am Markt, bildet eine einheitliche gesellschaftlich-abstrakte Arbeit heraus.[4)]
Hausarbeit ist keine gesellschaftlich-abstrakte Arbeit, ist nicht wertbildend, bleibt Privatarbeit. Sie drückt sich nicht in Waren aus, die am Warenmarkt getauscht werden, über die im nachhinein gesellschaftlich-abstrakte Arbeit zugewiesen wird. Zwar wird durch die Hausarbeit die Ware männliche bzw. weibliche Arbeitskraft geschaffen, die dann vom jeweiligen Eigentümer dieser Arbeitskraft verkauft wird, aber dadurch wird die Hausarbeit der Frau nicht von ihrem privaten Charakter befreit, sie bleibt nicht-gesellschaftliche Arbeit.[5)]

Und noch über eine dritte Ebene wirkt das Zwangsverhältnis „Hausfrau" hinein in die Lohnarbeit: Weil die Frau Hausfrau ist, unterliegt sie einer spezifischen *Zeitstruktur,* die ihr nicht erlaubt, jederzeit eine Dauerlohnarbeit, die den ganzen Tag und die ganze Woche dauert, anzunehmen. Diese spezifische Zeitstruktur bezieht sich sowohl auf ihren ganzen Lebenslauf (in der Zeit des Kindergebärens und

Großziehens kann sie weniger, später wieder mehr lohnarbeiten) als auch auf den einzelnen Tag, die einzelne Woche, das einzelne Jahr. Die alleinige Verantwortung für die Hausarbeit bewirkt, daß die Frau in der Lohnarbeit nach Teilzeitarbeit, stundenweiser Arbeit, zu sehr früher oder sehr später Tageszeit gelegene Arbeit usw. sucht. Von daher gehören die Frauen zur latenten industriellen Reservearmee, immer auf dem Sprung, zumindest vorübergehend ein Lohnarbeitsverhältnis, und sei es nur für einige Stunden und einige Tage, einzugehen. (Allerdings zeigen die jüngsten Zahlen, daß immer mehr Frauen Ganztags-Arbeitsplätze suchen. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich folgendermaßen: Die zunehmend schlechte finanzielle Lage von Arbeiterfamilien zwingt die Frauen, trotz der ihnen durch die Hausarbeit vorgegebenen Zeitstruktur, zu Ganztags-Jobs. Sie müssen das scheinbar Unvereinbare irgendwie unter einen Hut bekommen – ganz zu ihren Lasten und zu Lasten ihrer Kinder.)

Aus diesen verschiedenen Überlegungen folgt:

– Weil es die Hausarbeit gibt, weil die Frau Hausfrau ist, kann sie auch in der Lohnarbeitssphäre als Hausfrau behandelt werden, als Dienende, Helfende, Fürsorgliche, als Sexualobjekt benutzt werden.

– Weil es die Hausarbeit gibt, weil die Frau Hausfrau ist, kann sie in der Lohnarbeit schlechter bezahlt werden, in schlechtere, stärker ausgebeutete Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden, neuerdings in alle Formen der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse.

– Weil es die Hausarbeit gibt, weil die Frau Hausfrau ist, kann sie kein lebenslanges Lohnarbeitsverhältnis eingehen. Sie ist auf Teilzeitarbeit, Unterbrechung von Arbeit im Erwerbsbereich angewiesen. Von daher eignet sie sich als Hebel zur Einführung flexibler Arbeitszeiten, zur Auflösung dessen, was „Normalarbeitstag" genannt wird.

– Weil es die Hausarbeit gibt, weil die Frau Hausfrau ist, kann sie auch die Lohnarbeit mit nach Hause nehmen. Von daher eignet sie sich besonders für die Entwicklung neuer Formen der Heimarbeit, z.B. der Tele-Heimarbeit. Daß bei dieser Verlagerung auch ein Teil des Lohnes verloren geht, ist selbstverständlicher Ausdruck der Vereinzelung der Frau, damit ihrer geringeren Widerstandskraft.

– Weil es die Hausarbeit, weil es die Frau als Hausfrau gibt, gibt es eine geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarktes. (Hier stimme ich mit Bennholdt-Thomsen völlig überein, die auch darauf hinweist, daß der Arbeitsmarkt „nicht nach dem Kriterium unterschiedlich inhaltlich bestimmter Berufssparten auf seine Segmentierung hin untersucht werden (muß), sondern in Bezug auf die unterschiedlichen Einstellungsverträge, die unterschiedliche Organisation des Arbeitsablaufs und die unterschiedlichen Zwangsmechanismen. D.h., es handelt sich um einen unterschiedlichen Umgang mit der Zeit, mit der Gewalt und um unterschiedliche Abhängigkeitsverhältnisse" (Bennholdt-Thomsen 1983, S. 214).

– Weil es die Hausarbeit, weil es die Frau als Hausfrau gibt, ist die „Gleichberechtigung" in der Lohnarbeit pure Illusion. Ohne Beseitigung der Grundlage dieser „Ungleichberechtigung", ohne Beseitigung der Hausarbeit und damit der Hausfrau, d.h. ohne Auflösung der bürgerlichen Kleinfamilie, kann es diese Gleichberechtigung in der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft nicht geben.

– Weil die Diskriminierung in der Lohnarbeit soweit „gesetzmäßig" ist, da die Hausarbeit ihre Basis ist, wird die Lohnarbeiterin immer wieder zurückverwiesen auf Ehe und Familie, wird die „Hausfrau" zementiert. So schließt sich der Kreis, so funktioniert die Wechselwirkung.

Was also tun?

Wir haben oben gesehen: Arbeit ist im patriarchalen Kapitalismus ein umfassend negativer Begriff geworden, sowohl als Lohnarbeit als auch als Hausarbeit bzw. Haus-Lohn-Arbeit. Und das patriarchale Kapital hat die Tendenz, alle Lebensprozesse der arbeitenden Menschen in solche Arbeit zu verwandeln.[6] Ein Teil dieser Arbeit wird dabei bezahlt, ein Teil der Lohnarbeit. Der Rest ist unbezahlte Arbeit. Hier setzen denn auch verschiedene Emanzipationsforderungen an: Hausarbeit soll wie die Lohnarbeit als gesellschaftliche Arbeit anerkannt werden, sie soll deswegen auch entlohnt werden. Die Forderung „Lohn für Hausarbeit" ändert jedoch nichts am Charakter der Frauenarbeit, schafft nur die Illusion, daß diese Arbeit jetzt bezahlt ist. Der Effekt, den diese Forderung hat, ist der der Integration in die bürgerliche Gesellschaft, nicht der der Emanzipation. Aber immerhin, die Hausfrau bekäme einen Teil ihrer bisher ganz unbezahlten Arbeit bezahlt und sie wäre Gesellschaftsmitglied wie alle anderen auch. Rechtfertigt das nicht den Einsatz für die Forderung „Lohn für Hausarbeit"? Meines Erachtens nicht. Dadurch wird nur eine Forderung nach einem „Hausfraueneinkommen" gerechtfertigt, das sich ausdrücklich nicht als Lohn versteht, sondern worüber die Möglichkeit eingefordert wird, in einer Gesellschaft selbständig zu leben, die eben nur leben läßt, was Geld hat. Diese finanzielle Selbständigkeit ist in der bürgerlichen Gesellschaft eine notwendige Bedingung weiterer emanzipatorischer Kämpfe. Daß dieses „Hausfraueneinkommen" vom Staat eingefordert werden muß, solange das die einzige „gesellschaftliche Instanz" ist, die es gibt, vom Staat, gegen den sich die Frauen ansonsten vielfältig zur Wehr setzen müssen, ist einer der Widersprüche, mit denen die Frauenbewegung umgehen muß.

Diese emanzipatorischen Kämpfe können gerade nicht Kämpfe um die Ausdehnung/Veränderung von Arbeit sein. Wir müssen uns m.E. daran gewöhnen, Arbeit als emanzipatorischen Begriff fallen zu lassen. Einen emanzipatorischen Arbeitsbegriff gibt es nicht mehr. Dazu folgendes: „Nicht allein das Privateigentum als sachlichen Zustand, das Privateigentum als Tätigkeit, als Arbeit, muß man begreifen, wenn man ihm den Todesstoß versetzt. Es ist eines der größten Mißverständnisse, von freier, menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die „Arbeit" ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als eine Aufhebung der ‚Arbeit' gefaßt wird" (Marx 1842, S. 459/460).

Verschiedentlich ist allerdings jetzt die „Subsistenzarbeit" in die Diskussion gekommen: Gefordert wird, eine neue „Subsistenzarbeit" für Frauen zu entwickeln. Damit ist wohl die Wiederaneignung folgender Tätigkeiten der Frauen gemeint: „Die Produktion der Subsistenzmittel und die Produktion von neuem Leben. die erste ist notwendig, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen und das Leben zu erhalten, und die zweite, um die Fortsetzung der Gesellschaft Generation zu Generation sicherzustellen" (Mies 1983 (1), S. 86).
Dabei bezieht sich der Begriff in der Regel nicht auf Warenproduktion, sondern auf Produktion für den eigenen Bedarf. Eine solche Subsistenzarbeit gibt es also in der patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr. Aus zwei Gründen halte ich diesen Begriff und das, was damit gemeint ist, als emanzipatorischen Ansatz für nicht brauchbar:

a) Der Begriff vermittelt die Illusion, wir Frauen könnten in der kapitalistischen Gesellschaft eine Nicht-Warenproduktion aufbauen. Die verschiedenen alternativ-ökonomischen Versuche haben gezeigt, daß das nicht geht.

b) Der Begriff beinhaltet eine Produktion zur Befriedigung der sogenannten Grundbedürfnisse der Menschen. Ich weiß nicht, was das ist. Unsere Bedürfnisse sind durch die Gesellschaft geprägt, in der wir gegenwärtig leben. Darin kann dieser Begriff nur einer des Mangels sein. Der Verzicht, der darin absichtlich ausgedrückt ist, geht aber nicht zugunsten der Menschen, insbesondere der Frauen der sog. Dritten Welt, wie gehofft wird, sondern zugunsten des Kapitals.

Allerdings sehe ich in diesem Begriff auch etwas, was ich unterstützen möchte: den Versuch, den Zugang zur Wiederaneignung von Teilen der weiblichen Lebenspraxis zu bekommen. Denn wenn das Kapital diese Lebenspraxis ständig in Arbeit verwandeln will und muß, muß eine Gegenstrategie m.E. in der Verweigerung dieser Arbeit, in der Wiederaneignung von Lebensprozessen, in der Entwicklung nicht-kapitalistischer und nicht-patriarchaler Lebenspraxis bestehen. Leben als Praxis heißt in diesem Sinne Nicht-Arbeit, Verweigerung von Arbeit.

Was aber heißt das konkret? Das kann zunächst, in Einzelkonflikten, Streik bedeuten – Konsumstreik, Gebärstreik, Verweigerung, als Objekt der Anwendung von Gen- und Reproduktionstechnik zu dienen. In diesen Fällen wird einfach Arbeit verweigert. Wenn das zu einer größeren Bewegung wird, kann sich aus solchen Aktionen bewußte Subjektivität von Frauen entwickeln, die sich gegen ihre Unterdrückung wehren. Eine solche gesellschaftliche Kraft ist sowieso die einzige Basis für die Entwicklung einer emanzipativen Lebenspraxis.

Das bedeutet des weiteren, in der täglichen Hausarbeit mit dem gesellschaftlich aufgezwungenen Ziel der Produktion und Reproduktion von „Managern", „Arbeitern", „Nur-Hausfrauen" und „Haus-Lohn-Arbeiterinnen" konkret Widerstand zu entwickeln, indem Menschen, nicht zu „Charaktermasken" herangezogen werden. Das ist schwer, da die Frauen durch die Privatheit in der Familie vereinzelt sind. Hausfrauen-Zusammenschlüsse wären hier hilfreich.

Aus der Analyse folgt, daß ein notwendiges Element einer emanzipativen Lebenspraxis die Auflösung von Ehe und bürgerlicher Kleinfamilie sind. Wenn es stimmt, daß das patriarchale Kapital die Unterdrückung der Frauen auf der Grundlage der bürgerlichen Kleinfamilie entwickelt, ist zumindest das klar, daß eine neue Lebenspraxis andere als diese Lebensform beinhaltet. „Modelle" dafür sind theoretisch nicht entwerfbar, sie müssen praktiziert werden.

Anmerkungen

1) Kapitalismus ist von vorherein patriarchal, es gibt keinen „nicht-patriarchalen Kapitalismus", zumindest nicht bis heute. Insofern ist der Ausdruck „patriarchaler Kapitalismus" überbestimmt. Da das aber für die traditionelle Kapitalismuskritik nicht selbstverständlich ist, verwende ich hier diesen schwerfälligen Ausdruck.

2) Ich beziehe mich hier auf die Marxschen Reproduktionsschemata. Insbesondere in Bezug auf Rosa Luxemburgs Interpretation haben sie in der feministischen Theoriedebatte eine Rolle gespielt. Mir geht es hier nicht um die Gesamtheit dieser Reproduktionsschemata, sondern im wesentlichen um die Elemente, die die Reproduktion der Arbeitskraft beinhalten. Vgl. zu dieser Diskussion aber Biesecker 1985 (2).

3) Was dies konkret heißt, kann plastisch bei Ingrid Düßmann nachgelesen werden.

4) Wenn Bennholdt-Thomsen in ihrem Aufsatz also feststellt, daß es zwei Typen abstrakter Arbeit gibt, männliche und weibliche (Bennholdt-Thomsen 1983, S. 214), so ist dies daher falsch. Die gesellschaftlich-abstrakte Arbeit, ausgedrückt in Wert, in Geld, ist nur quantitativ faßbar, qualitativ nicht mehr unterscheidbar. Bennholdt-Thomsen begeht hier den Fehler, die gesellschaftlich-abstrakte Arbeit, die geleistet wird, zu verwechseln mit der Arbeitskraft, die sehr wohl in männliche und weibliche unterschieden werden muß.

5) Bennholdt-Thomsen hat insofern auch hier Unrecht, wenn sie (ebenfalls S. 214) die Hausarbeit als abstrakte Arbeit bezeichnet. Sie begeht hier den gleichen Fehler wie oben angegeben. Außerdem verwechselt sie mit dem Begriff „abstrakte Arbeit" die Tatsache, daß die Hausarbeit der Frau sowohl standardisiert, normalisiert, typisiert wird – d.h. kapitalistisch formbestimmt entwickelt wird.

Der Lebensprozeß „Gebären und Aufziehen von Kindern" wird in dieser Art verwandelt in den Produktions- und Reproduktionsprozeß der Ware Arbeitskraft.

6) *Dies gilt auch immer mehr für die Hausarbeit und ihren Kern, das Gebären von Kindern. Siehe dazu Biesecker, 1985 (1) und 1986.*

Literatur

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10, Köln 1983, S. 207 ff.

BIESECKER, Adelheid/HEIDE, Holger: Alternativökonomie und Restrukturierung des Kapitals, in: Kommune Heft 6, Frankfurt 1984

BIESECKER, Adelheid: Krise und Restrukturierung des Kapitals – Was heißt das für die Frauen, in: Kommune Heft 12, Frankfurt 1984

dies.: Thesen zur Rolle der Gen- und Reproduktionstechniken bei der gegenwärtigen Restrukturierung des Kapitals, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, Köln 1985, S. 180 ff., (1985 [1])

dies.: Nicht-kapitalistisches Milieu und Hausarbeit – Mit welcher Berechtigung und welchem Erfolg stützt sich die feministische Theorie auf Rosa Luxemburg?, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, S. 165 ff., (1985 [2])

dies.: Weibliche Hausarbeit und Arbeitsbegriff. Welche Konsequenzen hat die Hausarbeitsdebatte für den Arbeitsbegriff der materialistischen Politischen Ökonomie?, unveröff. Manuskript, Bremen 1985, (1985 [3])

dies.: Gen- und Reproduktionstechnik – Instrumente internationaler Sozialkontrolle/ 8 Thesen, Bremen 1986, Veröffentlichung im Rahmen der (noch nicht genehmigten) wissenschaftlichen Einrichtung „Frauenforschung" in Vorbereitung

BRAVERMAN, Harry: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/New York 1980, (1974)

DÜSSMANN, Ingrid: Kapitel aus einer noch unendlichen Geschichte, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, S. 107 ff.

ENGELS, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW, Bd. 21, Berlin (DDR) 1972, (1884)

GRUBITZSCH, Helga: Konsumarbeiterinnen und Lockvögel: Frauen in der kapitalistischen Konsumtion, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, S. 32 ff.

HIRSCH, Joachim: Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland", seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt/Main 1980

MARX, Karl: Das Kapital I, MEW 23, Berlin (DDR) 1972, (1867)

ders.: Über Friedrich Lists Buch „Das nationale System der Politischen Ökonomie", Berlin (DDR) 1982, (1845)

MIES, Maria: Kapitalistische Entwicklung und Subsistenzproduktion, Landfrauen in Indien, in: Claudia von Werlhof u.a.: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek b. Hamburg 1983, S. 86 ff., (1983 [1])

dies.: Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung, in: Claudia von Werlhof u.a.: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek b. Hamburg 1983, S. 140 ff., (1983 [2])

Carola Möller

„Die haben wir dann sehr gerne, diese Damen . . ."

Ergebnisse und Konsequenzen aus einem Forschungsprojekt über ungeschützte Arbeitsverhältnisse

1982, auf dem Deutschen Soziologentag in Bamberg, habe ich zum erstenmal meine Überlegungen zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse öffentlich dargelegt (Möller 1982, 1983). Ich habe versucht, aufgrund der allgemeinen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage den Entwicklungstrend für die abhängig Beschäftigten aufzuzeigen. Meine zentralen Thesen damals waren:

– Unter sich verschärfenden Kapitalverwertungsbedingungen sucht das Kapital nach neuen Möglichkeiten, Arbeitskräfte so billig wie möglich einzukaufen und zu vernutzen. Unternehmer und Politiker nennen diese Strategie „Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes".

– „Flexibilisiert" wird auf vielfältige Weise: Arbeitsplätze fallen weg, für die Verbleibenden wird die Arbeit intensiver, dichter, Pausen fallen weg, Überstunden nehmen zu, Vollzeit-Arbeitsplätze werden in Teilzeit- und Aushilfs-Stellen umgewandelt, freiwillige soziale Leistungen werden abgebaut, betriebsnotwendige Arbeiten (Reinigung, Pförtnerdienste, Kantine) werden an Fremdfirmen ausgelagert, Arbeit wird in Billiglohnländer ausgelagert, immer mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit bleibt unbezahlt etc., d.h. die gesellschaft notwendige Arbeit wird umstrukturiert, die relativ gut bezahlte, abgesicherte Arbeit wird minimiert, die ungeschützte und unbezahlte Arbeit ausgedehnt.

– Als „ungeschützte" Arbeitsverhältnisse habe ich alle diejenigen Arbeitsformen bezeichnet, die gegenüber dem „Normalarbeitsverhältnis" als materiell, rechtlich und sozial ausgehöhlt zu charakterisieren sind.

– Die Beschäftigten in ungeschützter und unbezahlter Arbeit sind derzeit überwiegend Frauen. Aber auch die Zahl der Männer in prekären Arbeitsverhältnissen nimmt zu.

– Die herrschende gesellschaftliche Arbeitsteilung, die den Frauen immer noch die Alleinverantwortung für die unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung aufbürdet, prädestiniert diese Frauen für die zeitweiligen und kurzzeitigen Erwerbsarbeitsformen.

– Diese Arbeitsteilung, von den Männern im privaten Bereich zu ihrem Vorteil täglich neu genutzt, geduldet, verstärkt, setzt sich fort in den Betrieben. Hier nutzt der Unternehmer die patriarchalischen Strukturen als Hebel zur Spaltung der abhängig Arbeitenden insgesamt, zur Schwächung ihrer Position.

Meine Bemühungen, diese Überlegungen im Rahmen eines Forschungsprojekts empirisch wenigstens teilweise zu überprüfen, hatten einen langen Weg. Selbst gewerkschaftsnahe Forschungsinstitute waren nicht gewillt, den Zusammenhang von ungeschützten Arbeitsformen, unbezahlter Arbeit, Frauenarbeit, Spaltung der abhängig Arbeitenden aus Frauensicht, d.h. unter dem Blickwinkel der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung überprüfen zu lassen.[1)] Erst im Herbst 1983 bot sich die Möglichkeit, mein Forschungskonzept zu realisieren. Im Rahmen eines großen Projekts, „Wiederauftauchen der Massenarmut in Westeuropa"[2)], begann ich 1984 zusammen mit Inge Hehr ein Teilprojekt mit dem Arbeitstitel „Ungeschützte Arbeitsverhältnisse und ihre Auswirkungen auf den Lebenszusammenhang von Frauen". Wir wählten uns als Forschungsfeld ein begrenztes Gebiet, die Stadt Köln, aus. Wir begannen mit einer Analyse des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes Köln, soweit dies aus vorliegendem statistischen Material, aus Gutachten und Ex-

pertengesprächen zu rekonstruieren war (1985, 1986). Wir vergaben an Petra Müller, Braunschweig, eine Expertise zur „geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der BRD – soweit diese aus der offiziellen Statistik darzustellen ist" (1985) und hatten damit das notwendige Hintergrundmaterial für unsere qualitativen Interviews. Zwischen 1985 und 1986 führten wir Gespräche anhand offener Gesprächsleitfäden mit 34 Personalleitern, Betriebsräten und mit 29 Frauen in ungeschützten Beschäftigungen. Derzeit schreiben wir den Abschlußbericht. Das Projekt wird im März 1987 beendet sein.
Ich möchte im folgenden die Weiterentwicklung unserer Überlegungen und zentrale Ergebnisse aus den betriebsbezogenen Interviews mit Personalleitern und Betriebsräten vorstellen. Die Gespräche mit den Frauen werden von Inge Hehr ausgewertet.

Ein Begriff wird gewendet

Der Begriff „ungeschützte Arbeitsverhältnisse" hat in der letzten Zeit Konjunktur bekommen. Einerseits können wir dies als Erfolg werten. Unsere Erkenntnisse, unsere Veröffentlichungen, Vorträge und Diskussionen sind irgendwo „angekommen", werden aufgegriffen. Andererseits wird der Begriff – je nach Interessenlage – unterschiedlich verwendet. Die Bundesregierung beispielsweise lehnt in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Grünen zu „Arbeit und Armut in der BRD" den Begriff als „sachlich und rechtlich unzutreffend" (1986, S. 11) ab. Sie entzieht sich damit der Aufforderung, die Entwicklung solcher Beschäftigungsformen und den Zusammenhang von Arbeit und Frauenarmut zu ermitteln und zu bewerten. In SPD-Kreisen wird der Begriff benutzt, aber reduziert auf sozialversicherungsrechtlich nicht abgesicherte Beschäftigungsformen. Auch hier bleiben die verschiedenen Ebenen der materiellen, rechtlichen und sozialen Aushöhlung der Erwerbsarbeit außen vor.
Auch für uns hat sich der Begriff im Verlauf der Projektarbeit ein Stück verändert. Sobald man empirische Erhebungen macht, ist man gezwungen, Begriffe zu operationalisieren. Unsere Präzisierung des Begriffs hat den Inhalt erweitert. Vier Kriterien gehen in unsere Begriffsbestimmung einer Arbeitsform ein:

A das Arbeitsverhältnis ist auf Dauer angelegt, nicht befristet;

B die tarifrechtliche Einbindung ist (zumindest überwiegend) gegeben;

C das Arbeitsverhältnis ist sozialversicherungsrechtlich voll eingebunden;

D das Arbeitsverhältnis ist existenzsichernd;

D_1 das Arbeitsverhältnis erbringt langfristig ein existenzsicherndes Einkommen ab 1.400,– DM netto aufwärts, incl. Arbeitssicherung;

D_2 das Arbeitsverhältnis ist kurzfristig existenzsichernd.

Wenn eines der vier Kriterien (A, B, C, D) nicht gegeben ist, so sprechen wir von einem ungeschützten Arbeitsverhältnis. Das sensibelste und gerade für Frauen durchschlagendste Kriterium ist die Existenzsicherung (D). Wir haben es, um die Vielfalt der Arbeitsformen in ihrer Abstufung zu veranschaulichen (siehe Übersicht „Stufenleiter"), nochmals unterteilt in die „langfristige" (D_1) und die „kurzfristige" (D_2) Existenzsicherung. Das Kriterium „Existenzsicherung" wurde in mündlichen Diskussionen von Männern als „nicht ins Schema passend", „auf einer anderen Ebene liegend" zurückgewiesen. Dabei zeigt gerade die Geschichte der Arbeit, wie sie organisiert, wie sie bewertet wurde und wird, wie entscheidend die Existenz-Sicherung für die Eigenständigkeit einer Person und ihren Einfluß in der Gesellschaft ist. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Lebenssituation der Frauen, die Möglichkeit über ihre Arbeit ihre Existenz zu sichern, wesentlich verschlechtert. Die Aufspaltung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit in Lohn-

arbeit und Hausarbeit, in Hand- und Kopfarbeit, von Gesellschaftlichkeit in privates und öffentliches Territorium bewirkt diese verschärfte Unterdrückung der Frauen. Getragen wird diese Entwicklung jedoch von den Kleinpatriarchen, den „Familienoberhäuptern", auch in ihrer Funktion als Gewerkschafter, Betriebsräte, Sozialpolitiker etc.[3)]

Schwierigkeiten bereitet manchen auch die Grenze von 1.400,– DM monatlichem Nettoeinkommen, die wir als angemessenes Minimum angesetzt haben, ein Betrag also, der doppelt so hoch ist wie das Sozialhilfeniveau. Zur Berechnung dieser Grenze haben wir zusammengestellt, was eine alleinstehende Frau ohne Kinder oder andere Unterhaltsverpflichtungen in einer Großstadt wie Köln zum Leben braucht. Ein Auto kann sie sich davon sicher nicht leisten. Diese Grenze wurde uns auch von den interviewten Frauen mehrheitlich bestätigt. Selbstverständlich ist eine solche Festsetzung ein Politikum.

Ein Arbeitsverhältnis, bei dem alle vier Kriterien gegeben sind, nennen wir ein „geschütztes" Arbeitsverhältnis. Ursprünglich benutzte ich den Begriff „Normalarbeitsverhältnis", um die ungeschützten abzugrenzen. Gerhard Bosch definiert das „Normalarbeitsverhältnis" als „eine stabile, sozial abgesicherte, abhängige Vollzeitbeschäftigung, . . . deren Rahmenbedingungen (Arbeitszeit, Löhne, Transferleistungen) kollektivvertraglich oder arbeits- und sozialrechtlich auf einem Mindestniveau geregelt sind, mit einer tendentiell diese Bedingungen vereinheitlichenden Vertretungsmacht (Einheitsgewerkschaft)" (1986, S. 165).

Diese Definition ist auf zwei Augen blind. Die „Norm", die hier angeboten wird, ist in Wirklichkeit ein ständig sich verändernder Zustand, weil sie Ausdruck des jeweils herrschenden Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ist. Welches ist denn das „Normalarbeitsverhältnis", an dem gemessen wird? Das von heute oder das von vor zehn Jahren? Ist es das Arbeitsverhältnis der meisten oder das einer Elite? Das zweite Auge ist frauenblind. Sie und ihre „normale" Lebenssituation sind in dem Begriff überhaupt nicht mitgedacht, denn „normal" ist für Frauen das unbezahlte und das ungeschützte Arbeitsverhältnis.

Auch ein positiv utopisches Element in Richtung auf eine andere Arbeitsverteilung und -bewertung ist in diesem Begriff nicht enthalten. Er ist ausgerichtet auf den lohnabhängig arbeitenden Familienvater-Facharbeiter. So wird auch das Merkmal „existenzsichernde Entlohnung" erst gar nicht aufgeführt. Ob es als selbstverständlich vorausgesetzt wurde? Für Frauen ist es in vielen Vollzeit-Arbeitsverhältnissen überhaupt nicht selbstverständlich. Verkäuferinnen, Buchhändlerinnen, Rechtsanwaltsgehilfinnen, Altenpflegerinnen etc. kommen mit ihrem Tarifgehalt nicht auf 1.400,– DM netto im Monat.

Wir sprechen also im weiteren von ungeschützten und relativ geschützten Arbeitsverhältnissen gemäß den oben genannten vier Kriterien.

Ein anderer Begriff hat sich für uns im Laufe der Arbeit ebenfalls präzisiert, nämlich der Begriff der „geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung". Eine gesellschaftliche Arbeitsteilung hat es immer gegeben. Das ist erst einmal nichts Negatives. Negativ wird eine Arbeitsteilung erst dann, wenn sie so organisiert ist, daß der eine durch den anderen in Abhängigkeit, Unterdrückung und Unselbständigkeit gerät, daß Arbeitsteilung an das Geschlecht gebunden wird. Das aber genau ist, wie bereits angedeutet, die Situation für Frauen in unserer Gesellschaft heute. Alleinverantwortlich für die unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit, geraten sie in die materielle Abhängigkeit von dem (Ehe-)Mann bzw. Staat. Die Arbeiterbewegung beispielsweise hat immer nur für den Familienlohn des Vaters, nie für den Familienlohn der Mutter gekämpft.[4)] Die ganze Tarifpolitik der Gewerkschaften ist Ausdruck dieser patriarchalischen und hierarchischen Denkweise (Kurz-Scherf 1986). Um die patriarchalische Struktur der herrschenden Arbeitsteilung deutlich zu machen, sprechen wir inzwischen von „geschlechtshierarchischer" statt „geschlechtsspezifischer" Arbeitsteilung.

Flexibilisierte Arbeitsformen

Unsere Gespräche mit Personalleitern und Betriebsräten haben uns gezeigt, in welch großem Umfang die Betriebe unterschiedliche Formen ungeschützter Arbeit nutzen, zu welch unterschiedlichen Bedingungen Frauen beschäftigt werden. Zu Beginn der Gespräche hatten wir oft den Eindruck: in diesem Betrieb ist alles klar und übersichtlich, alle Arbeitskräfte sind tarifvertraglich und sozialversicherungsrechtlich eingebunden, bis dann im Laufe unserer detaillierten Nachfragen hier ein paar Aushilfskräfte auftauchten, dort eine ABM-Kraft, ein Zivildienstleistender, einige Leihkräfte und nicht zuletzt 390,– DM- bzw. 410,– DM-Kräfte. Ich habe versucht, die Vielfalt der Arbeitsformen und die unterschiedlichen Grade der Ungeschütztheit in einer Art „Stufenleiter" anhand der oben benannten vier Kriterien (A, B, C, D) zu systematisieren.

Stufenleiter

Kriterien		Beispiele
1) A + B + C + D_1	gegeben	Beamter, Angestellter, Facharbeiter
2) A	gegeben	
B + C	nicht gegeben	Leitende Angestellte
D_1	gegeben	
3) A + B + C + D_2	gegeben	rationalisierungsgefährdete
D_1	nicht gegeben	Arbeitsplätze, legale Leiharbeit für Qualifizierte
4) A	nicht gegeben	
B + C + D_2	gegeben	befristete Arbeitsverhältnisse
D_1	nicht gegeben	ABM-Stellen
5) A + B + C	gegeben	TZ über 20 Stunden
D_2	nicht gegeben	Verkäuferin in VZ
6) A	nicht gegeben	wie vor,
B + C	gegeben	aber befristet
D_2	nicht gegeben	
7) A + B + C	nicht gegeben	Werkvertrag,
D_2	gegeben	freie Mitarbeit, Aushilfen
8) A + B	nicht gegeben	Arbeitsförderung
C	gegeben	über Landesmittel
D_2	nicht gegeben	
9) A + C	nicht gegeben	Wissenschaftliche Hilfskraft,
B	gegeben	Azubi, Anerkennungsjahr
D_2	nicht gegeben	
10) A + B + C + D_2	nicht gegeben	geringfügige Beschäftigung, Zivildienstleistende, kurzzeitige Beschäftigung unter 20 Std., freiwilliges soziales Jahr

Die Stufenleiter beginnt mit den relativ sicheren, auf Dauer angelegten, tarifrechtlich und sozialversicherungsrechtlich eingebundenen und auf Dauer existenzsichernden Arbeitsverhältnissen. Diese treffen am ehesten für Beamte, Angestellte und Facharbeiter zu, aber auch keineswegs für alle. Diejenigen, die dort in den untersten Tarifgruppen eingestuft sind, erreichen gerade in jungen Jahren nicht die hier als existenzsichernd gesetzte Einkommensgrenze von 1.400,– DM netto im Monat. In der letzten Spalte der Übersicht sind Beispiele für die einzelnen Arbeitsformen genannt. Das Kontinuum endet mit Arbeitsformen, bei denen alle vier Kriterien nicht gegeben sind. Dies sind z.B. alle Beschäftigten, die gemäß versicherungs- und steuerrechtlichen Bestimmungen als kurzfristig und geringfügig charakterisiert werden. Fortzusetzen wäre das Kontinuum am Ende der Leiter mit den Arbeitsformen für die unbezahlte Arbeit: die ehrenamtliche Arbeit, die Arbeit der mithelfenden Familienangehörigen, die Konsumarbeit und die Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Hierzu wären weitere Kriterien zu entwickeln, die den Grad der Abhängigkeit erkennen lassen. Es wäre sowohl für die Arbeitsmarkt- als auch die Armutsforschung wichtig, die existierenden Arbeitsformen einer solchen – sicher noch verbesserungsfähigen – Systematisierung zuzuordnen, um die Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit nach Geschlecht, Wirtschaftsabteilungen, Berufen, Qualifikationen, Hierarchien etc. ausmachen zu können und um vor allem in Zukunft die Veränderungen in der Verteilung erfassen und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auf repräsentativer Basis nachweisen zu können. Die offiziellen Statistiken, so wie sie derzeit aufgebaut sind, sind dabei allerdings nicht sehr hilfreich, müßten geändert werden.[5)]

Frauenerwerbsarbeit ist mehrheitlich ungeschützte Arbeit

Werden die über die betriebsbezogenen Interviews erfaßten 30.955 Beschäftigten[6)] auf die verschiedenen Arbeitsformen der Stufenleiter verteilt, so ergibt sich folgendes Bild:
Die Hälfte der Beschäftigten hat relativ gesicherte Arbeitsverhältnisse. Die Frauen sind in der Arbeitsform 1) allerdings unterrepräsentiert (44,6%) im Vergleich zu ihrem Gesamtbeschäftigten-Anteil von 58%. Diese relativ gesicherten Arbeitsformen machen nur 39% ihrer Gesamtbeschäftigung aus, bei Männern jedoch 66%. In der Arbeitsform 2), bei den Leitenden Angestellten, sind von 182 Leitenden nur 2 Frauen. Insgesamt hat diese Arbeitsform einen Anteil von 0,6% an allen Arbeitsformen. Informationen zu der 3. Arbeitsform, hier handelt es sich meist um rationalisierungsgefährdete Arbeitsplätze, konnten im Rahmen unserer Befragung nicht präzise und durchgängig genug ermittelt werden. Ab der Arbeitsform 4) beginnen deshalb in unserer Untersuchung die ungeschützten Arbeitsformen. Sie machen die zweite Hälfte der vorgefundenen Beschäftigungsformen aus.

Die Tabelle (s. nächste Seite) zeigt die Verteilung der ungeschützt Beschäftigten auf die entsprechenden Arbeitsformen. Hier wurden die 15.250 Fälle gleich 100 gesetzt.
Über 90% der vorgefundenen ungeschützten Arbeitsverhältnisse konzentrieren sich auf die Arbeitsformen 5), 9) und 10). Die Arbeitsformen 6), 7) und 8) sind in unserem Sample schwach bis gar nicht besetzt, was aber nicht heißt, daß sie nicht vorkommen. Insbesondere die Arbeitsform 7) ist nur mit zusätzlichem Befragungsaufwand zu ermitteln, was uns nicht möglich war. So beschäftigt beispielsweise eine befragte Rundfunkanstalt nach eigenen Angaben ca. 10.000 sogenannte „freie“ Mitarbeiter. Genaue Zahlen hat die Personalleitung selbst nicht.
Die stärkste Besetzung mit 45,2% hat die Arbeitsform 5). Hier handelt es sich um tariflich eingebundene, sozialversicherungsrechtlich korrekt geregelte „Normalarbeitsverhältnisse“, die aber von ihrer Entlohnung her so schlecht sind, daß der

Tabelle:
Verteilung der ungeschützten Arbeitsverhältnisse (uAV) auf die entsprechenden Arbeitsformen:

Arbeits-form-	% aller uAV	% der Frauen an jeweilig. Arbeitsform	% der Frauen an ihren uAV insges.	% der Männer an ihren uAV insges.
4	7,4	32,4	3,3	17,8
5	45,2	84,2	53,0	25,4
6	1,2	85,0	1,4	0,8
7				
8				
9	23,0	60,0	19,1	33,1
10	23,1	72,1	23,2	22,9
n =	15.250	∅ = 57,8%	10.965 ∅ = 72%	4.285 ∅ = 28%

Nettolohn nicht zur Existenzsicherung ausreicht, also unter 1.400,- DM netto monatlich liegt. Es können dies Vollzeitarbeitsplätze sein, z.B. Verkäuferinnen, Altenpflegerinnen, oder aber aucha TZ-Arbeit ab 20 Stunden aufwärts. Es sind dies die besseren der schlechten Arbeitsplätze für Frauen.
Die Arbeitsform 9), auf die in unserem Sample knapp 1/4 aller ungeschützten Arbeitsformen entfallen, umfaßt die Arbeitsverhältnisse, die zwar tarifrechtlich eingebunden sind, aber nicht sozialversicherungsrechtlich (oder nur teilweise) und deren monatlicher Nettolohn ebenfalls unter der von uns gesetzten Minimalgrenze liegt. Hierunter fallen beispielsweise studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, Auszubildende und Arbeitskräfte im Anerkennungsjahr.
Die Arbeitsform 10) ist die schlechteste der schlechten Erwerbsarbeitsverhältnisse. Es sind die geringfügigen oder kurzfristigen Arbeitsverhältnisse, die weder tariflich noch sozialversicherungsrechtlich abgesichert sind, noch mit ihrer 410,- DM-Einkommensgrenze (1986) ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen. Hier sind auch Zivildienstleistende oder Frauen im freiwilligen sozialen Jahr einzuordnen. Diese Arbeitsform hat in unserem Sample einen Anteil von 23,1% an den ungeschützten Formen.

72% der vorgefundenen ungeschützten Arbeitsverhältnisse sind mit Frauen besetzt. In den einzelnen Arbeitsformen ist ihr Anteil jedoch unterschiedlich hoch, relativ gering bei der Arbeitsform 4), den befristeten und wenigstens kurzfristig existenzischernden Arbeiten, sehr hoch (84 – 85%) bei den Arbeitsformen 5) und 6), den schlechtbezahlten Vollzeit- und den Teilzeitarbeiten. Fast 3/4 aller geringfügig Beschäfigten sind ebenfalls Frauen. Diese Zahlen verdeutlichen sehr kraß die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen unter den Bedingungen der ge-

schlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Die Bedingungen zwingen sie in solche Arbeitsformen. Sie lassen ihre Arbeits„wünsche" – welche Perversität – auch noch als ihre freiwilligen Interessen erscheinen. Diese scheinbare Interessenkoalition zwischen Unternehmern und den Frauen drückt ein Personalleiter einer Einzelhandelsfirma recht präzise so aus: „Wir haben zu 95% weibliche Mitarbeiter. Die kommen mit 14 – 15 Jahren zu uns als Lehrlinge. Und dann bleiben die so bis 22 – 24, dann heiraten sie, kriegen Kinder. Wenn die Kinder 6 – 7 Jahre alt sind, kommen sie wieder zu uns als Halbtagskraft oder als 3-Stundenkraft: Genau wie die das haben wollen. Die brauchen bloß zu sagen: ‚Ich will bei Euch in der Woche 3 Stunden, 4, 5, 16 oder 17 Stunden arbeiten'. Das können wir durch unser Personalplanungssystem genau einsetzen. Und die haben wir dann sehr gerne, diese Damen, die dann zurückkommen, weil sie eingefuchst sind, die kennen die Waren, sind sorgfältig ausgebildet. Das Prinzip haben wir immer beibehalten und hatten auch guten Erfolg damit, weil das System im Interesse beider Partner liegt."
97% der knapp 11.000 uAV von Frauen haben in unserer Untersuchung kein existenzsicherndes Einkommen über ihre Erwerbsarbeit. 45% sind überhaupt nicht sozialversichert, 55% sind zwar versichert, sind aber bei Arbeistlosigkeit aufgrund ihres niedrigen Einkommens auf Sozialhilfe angewiesen. 27% der Frauen sind tarifvertraglich nicht eingebunden. 50% der Arbeitsverhältnisse sind ohne Kündigungsschutz bzw. jederzeit kurzfristig zu beenden.

Der Dienstleistungssektor lebt von ungeschützten Arbeitsverhältnissen

Die Hälfte der sozialversichert Beschäftigten arbeitet 1985 bereits im Dienstleistungssektor, nicht gezählt diejenigen, die dort arbeiten, aber nicht versichert sind. Die Vorstellung, daß ungeschützte Beschäftigungen in diesem Sektor „ergänzenden" Charakter haben, entspricht keineswegs der Realität. Im Gegenteil, für einige Branchen müssen wir feststellen, sind sie die den Arbeitsablauf tragenden Formen. In 14 von 20 Betrieben liegt der Anteil der ungeschützt Beschäftigten bei über 50%, in gut der Hälfte der Betriebe sogar um die 80% und mehr. Dieser extrem hohe Anteil ist zu registrieren für den Einzelhandel, für das befragte Hotel- und Gaststättenunternehmen, für die Universität, für Dienstleistungsbetriebe, die Hausarbeit vermarkten, wie Reinigung, Küchenarbeit, Pflege, und für die freien Wohlfahrtsverbände, hier speziell im Alten- und Krankenpflegebereich. Im mittleren Bereich liegt ein Großbetrieb, der zur Wirtschaftsabteilung „Verkehr und Nachrichtenübermittlung" gehört. Im unteren Drittel sind „Banken und Versicherungen", ein Großbetrieb im Bereich „Verkehr" und ein Produktionsbetrieb angesiedelt.
Der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung wie auch an den uAV ist besonders hoch im Einzelhandel, im Reinigungsgewerbe, beim Verleih von Dienstleistungskräften für Küchenarbeiten und in Sozialstationen. Ob der Betrieb ein Großbetrieb oder ein Kleinbetrieb ist, spielt dabei – entgegen unserer Erwartung – keine Rolle. Ungeschützte Arbeitsformen sind kein Notbehelf für Unternehmer, sind auch nicht beschränkt auf den Tante-Emma-Laden an der Ecke, sondern werden im Dienstleistungssektor durchgängig genutzt.

Politische Konsequenzen für Frauen

Unsere betriebsbezogenen Fallstudien haben uns gezeigt, in welch großem Umfang prekäre Arbeitsverhältnisse im Dienstleistungssektor einer Stadt wie Köln bereits Alltag geworden sind, ganz besonders für die Frauen. Sie haben das breite

Spektrum abgestufter Arbeitsvertrags-Bedingungen deutlich werden lassen. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse werden in allen Betriebsformen, seien es privatwirtschaftlich, staatlich oder gemeinnützig organisierte Betriebe, genutzt. Sie können so problemlos durchgesetzt werden, weil Frauen mit Familienpflichten nur kurzzeitig oder zeitweilig Erwerbsarbeit übernehmen können. Die immer noch vorherrschende geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, die weder von Unternehmern, Politikern, Wissenschaftlern noch von den lohnabhängigen Männern selbst in Frage gestellt wird, diese Arbeitsteilung ist das Einfallstor zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Über die Frauenarbeit wird so die Spaltung der Lohnabhängigen ingesamt und die Schwächung der kollektiven männlichen Verhandlungspositionen durchgesetzt. Fraueninteressen sind bis heute nicht Gegenstand kollektiver Verhandlungen. Auch wenn Männer jetzt mehr und mehr ebenfalls in ungeschützte Arbeitsverhältnisse kommen, so hebt das die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nicht auf, sondern – das zeigen die Fallstudien – Frauen erhalten in den schlechten Arbeitsverhältnissen weiterhin die schlechteren Plätze. Das Niveau, auf dem die Masse der Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft verkaufen kann, sinkt ab, aber die Hierarchie bleibt. Dafür sorgen die Männer. So, wie die ungeschützten Arbeitsverhältnisse zunehmen, nimmt auch die Armut der Frauen zu.

Gleichzeitig mit der ungeschützten Arbeit wächst der Umfang der unbezahlten Arbeit auf allen Ebenen, bis heute die „Domäne" der Frauen. Trotz immer perfekterer Maschinen, Computer etc. wird der einzelne Mensch, die lebendige Arbeitskraft benötigt, um die Waren zu kaufen, zu verwerten, um die Automaten zu bedienen und die Informationen vom Bildschirm abzurufen.[7)]

Wenn gerade die kapitalistisch-patriarchalischen Verhältnisse die Zuordnung von Arbeit nach der biologischen Kategorie „Geschlecht" perfektioniert haben, ist es ja wohl unwahrscheinlich, daß wir unter Beibehaltung dieser Strukturen eine andere Arbeitsteilung und -bewertung durchsetzen können. Strukturen zu verändern, ist allerdings ein langwieriger Prozeß, der sowohl die materielle Ebene (eigenständige Existenzsicherung, die Art und Weise, in der wir unsere Lebensmittel produzieren etc.) als auch die normative Ebene (Bewußtsein, Verhalten, was wir für richtig, für falsch halten etc.) umfaßt.

Gerade aus der Frauenbewegung ist in den letzten 10 – 15 Jahren ein kräftiger Anstoß in Richtung einer Neubewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit erfolgt. Hausarbeit, die Hälfte der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, ist in ihrer Wertigkeit ins Bewußtsein gehoben worden; die mehrfache Ausbeutung der Frauen läßt sich nicht mehr verheimlichen, wird von immer weniger Frauen toleriert. Wir sind nicht mehr im Stand der Unschuld. Wir wissen, in welchem Ausmaß und warum wir in Unterdrückung und Abhängigkeit gehalten werden, warum lebenszerstörende Techniken entwickelt werden. Gefühle von Endzeit überfallen uns, aber der Schritt vom Erkennen zum Handeln, zum wirksamen Handeln ist ungeheuer schwer, vor allem wenn wir die Wirksamkeit an der eigenen Lebenszeit messen. Da gibt es die großen Worte – Subsistenzwirtschaft, Konsumverzicht, Technikverweigerung – die die notwendigen gesellschafltichen Veränderungen fokussieren wollen, aber bis heute nirgendwo zu einer „machbaren" Perspektive ausgearbeitet wurden. Und da gibt es die kleinen Schritte – Quotierung, Arbeitszeitverkürzung, Mindesteinkommen – die ebenfalls Richtiges enthalten, aber allzu schnell von den Herrschenden und den Verhältnissen wieder gegen uns gewendet werden.

Ich habe auch nicht das Ei des Kolumbus zu bieten, schlage mich auch mit den Brüchen zwischen Bewußtsein und Handlungsmöglichkeiten herum. Aus den Diskussionen der letzten Zeit im Rahmen unseres Forschungsprojekts, die um die Zusammenhänge von ungeschützter Frauenarbeit, Armut und geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung kreisen, möchte ich einige Erkenntnisse versuchen zu verallgemeinern.

Unsere Untersuchungen zeigen, daß qualifizierte und existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen immer knapper werden. Die von uns befragten Personalleiter umreißen ihre zukünftigen Planungen mit: „Mehr Köpfe, weniger Arbeitszeit", was im Klartext weniger Einkommen heißt. Mit einer Forderung beispielsweise nach Quotierung aller Arbeit können wird diese Entwicklung nicht stoppen. Die Quotierungsforderung hat bisher positiv für uns deutlich gemacht, daß Frauen ganz allgemein Anspruch auf Teilhabe stellen. Sie ist ein Stück Gegenwehr gegen die konservativen Parolen „Frauen zurück an den Herd", „Frauen, die Doppelverdienerinnen". Aber darüber hinaus bleibt die Forderung unbestimmt: Wollen wir 1/4, 1/3 oder die Hälfte der Arbeitsplätze? Wollen wir die Hälfte aller Arbeitsplätze, auch die zum Kriegführen, die in der chemischen Giftproduktion? M.E. müßten wir diese Forderung präziser stellen: *Wir wollen die Hälfte aller sinnvollen und existenzsichernden Arbeitsplätze.* So gestellt, bekämen die Diskussionen um Quotierung einen grundsätzlicheren und umfassenderen Charakter. Damit rückt nämlich die gesellschaftliche Organisation und Bewertung von Arbeit in den Mittelpunkt. Die alte Frage aktualisiert sich: Was brauchen wir zum Leben, was nicht? Welche Arbeit ist unter welchem Technikeinsatz gesellschaftlich notwendig, um die Güter und Dienste für unseren Alltag bereitzustellen? Wie wollen wir diese Arbeit verteilen, und wie wollen wir die unterschiedlichen Formen von Arbeit bewerten? Wir werden dann sehr schnell ganze Bereiche der derzeitigen Produktion in Frage stellen müssen, wir werden den Export unserer Güter in die Dritte Welt und deren Ausbeutung problematisieren müssen usw.
Oder nehmen wir die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich, sicherlich eine wichtige Forderung, um ungeschützte Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Die Frauen außerhalb und innerhalb der Gewerkschaften fordern seit Jahren einhellig *die tägliche Arbeitszeitverkürzung,* weil nur so eine Chance gegeben ist, auch die tägliche Hausarbeit zwischen Frauen und Männern ein Stück umzuverteilen. Aber auch in der jetzt kommenden Verhandlungsrunde sprechen die Gewerkschaften nicht von der Verkürzung des Erwerbsarbeitstages, sondern im Gegenteil, aus einer Gewerkschaft gibt es bereits das Angebot, die Wochenarbeitszeit auf den Samstag und Sonntag auszudehnen und für Frauen die Nachtarbeit wieder in erweitertem Umfang zu erlauben. Unsere Forderungen gehen ins Leere. Wenn denn die männerbeherrschten Gewerkschaften unsere Forderungen nicht aufgreifen, müssen wir über eine andere kollektive Organisierung unserer Interessen oder über andere Forderungen nachdenken, beispielsweise die *existenzsichernde Minimumentlohnung für Teilzeitarbeit* ab einer bestimmten Stundenanzahl.
Oder die Forderung nach einem Mindesteinkommen. Sie wird unter den Frauen hauptsächlich von qualifizierten, alleinstehenden und langfristig erwerbslosen Frauen erhoben. Sie fordern einen individuellen Rechtsanspruch auf ein solches Mindesteinkommen (Blickhäuser, Molter 1985), im Unterschied zu den Männern, die den Haushalt zur Berechnungs- und Berechtigungseinheit machen wollen. Aber eine Mindesteinkommens-Forderung ändert auch als Individualforderung noch nichts an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Sie führt bestenfalls zu einer etwas üppigeren Armutsverwaltung. Unter den heutigen politischen Konstellationen wird es vielleicht zu einem Kompromiß von 800,- DM für Alte und Arbeitslose reichen, bei gleichzeitiger Reduzierung von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen. Solange die Forderung nach Mindesteinkommen nur in Form eines Geldbetrages behandelt und nicht in den Kontext der Organisation, der Verteilung und Bewertung gesellschaftlicher Arbeit gestellt wird, bleibt sie jederzeit vereinnahmbar.

Wir sind auf der Suche nach Forderungen und Vorgehensweisen, die uns hier und heute Einfluß, Teilhabe, Eigenständigkeit bringen, die Verhältnisse aufbrechen und verändern in Richtung auf die von uns gewünschte Gesellschaft von morgen.

Für mich ergibt sich aus dem Dargestellten zusammenfassend folgendes: Wir sollten *die Kategorie „Arbeit" verstärkt in den Mittelpunkt unseres politischen Diskurses und unserer Forderungen stellen.* Arbeit ist die zentrale Kategorie, die unsere Lebensverhältnisse und damit die Gesellschaftsverhältnisse, die Machtverhältnisse definiert: wieviel Arbeit, wofür, wie organisiert, wie gestaltet und wie bewertet? Diese Fragen müssen wir in Verbindung bringen mit unseren Einzelforderungen. Einzelforderungen können erst dann ein Stück immunisiert werden gegen Vereinnahmung, wenn sie so gestellt werden, daß die Veränderung der gesellschafltich herrschenden Arbeitsteilung eingeschlossen ist. Einzelforderungen werden von unterschiedlichen Frauen gestellt. Wer beispielsweise Quotierungen fordert, macht sich nicht auch gleichzeitig stark für Mindesteinkommen. Eine Verbindung unterschiedlicher Frauenforderungen kann also über die Kategorie „Arbeit" hergestellt werden.
Ich halte es zudem für sinnvoller, weil der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse angemessener, von Einzelforderungen überhaupt abzugehen und stattdessen sogenannte *„Paketforderungen"* zu stellen, d.h. Forderungen zu bündeln, so daß mehrere gesellschaftliche Bereiche gleichzeitig angesprochen werden. Eine Forderung „Mindesteinkommen" beispielsweise, die verbunden wird mit der Forderung nach Ausbau einer geldlos zur Verfügung stehenden Infrastruktur (z.B. öffentlicher Verkehr, Handwerkszentren, Kleingärten, Kinderbetreuung, Wasch- und Nähräume, Gesundheitsdienste), dem 5-Stunden-Erwerbarbeitstag mit existenzsichernder Entlohnung, mit Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit etc. ein solches Forderungspaket erhält ein ganz anderes Gewicht. Die Durchsetzungschance hier und heute nimmt zwar ab, aber ein Mindesteinkommen in unserem Interesse werden wir sowieso unter den derzeitigen Verhältnissen nicht erhalten. Ein solches Forderungspaket ermöglicht vielmehr einen grundsätzlicheren politischen Diskurs, wird zu einem Denkmodell für gewünschte gesellschaftliche Verhältnisse, hat die Veränderung der normativen Strukturen zum Ziel.
Die Chancen für einen solchen frauenpolitischen Diskurs weit in die Bevölkerung hinein halte ich für günstig, weil das Problembewußtsein über die Grenzen der Lohnarbeit als Basis der Existenzsicherung bei steigender Erwerbslosigkeit und Ungeschütztheit wächst, weil die besondere Armut und Ausbeutung der Frauen nicht mehr zu vertuschen ist, weil immer mehr Menschen hautnah erleben, daß auch durch die (staats)kapitalistischen Produktionsweisen unsere Wälder sterben, das Vieh eingeht, das Wasser nicht mehr trinkbar ist, die Luft bald nicht mehr zu atmen, die Erde verseucht ist und damit der Männer „heiligste Güter", Wachstum und Fortschritt, lebensbedrohend für alle werden.

Anmerkungen

1) Auch heute noch registrieren wir ein Berührungs- und Zitiertabu in Gewerkschaftskreisen, obgleich der Begriff „ungeschützte Arbeitsverhältnisse" übernommen wird. (Siehe Programm der Arbeitsmarktkonferenz des DGB am 4./5.12.1986, Bad Godesberg)

2) Das Projekt wird am Hamburger Institut für Sozialforschung durchgeführt.

3) Zur Geschichte der Arbeitsteilung lohnt sich zu lesen: Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, 2 Bde., München 1986

4) Ich plädiere hier nicht für die alte Forderung „Lohn für Hausarbeit", sondern für eine andere Verteilung und Bewertung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit insgesamt.

5) Vorschläge zur Korrektur von Statistiken haben wir in einem Gutachten (unveröff.) für das BMJFG gemacht (Möller, Blickhäuser 1983).

6) Wir haben die Auswahl der Gesprächspartner für die betriebsbezogenen Interviews auf Betriebe des Dienstleistungssektors begrenzt. Die unterschiedlichen Kontaktpersonen, die uns den Zugang zu den Betrieben vermittelten, haben dazu geführt, daß wir einen guten Querschnitt aus den einzelnen

Dienstleistungssektoren erreichten und auch die Betriebsgrößen variieren. Insgesamt erfaßten wir ca. 31.000 Beschäfigte, das sind etwa 10% der insgesamt in Köln im Dienstleistungssektor Arbeitenden. Von den 20 Betrieben sind 5 Kleinbetriebe (bis 99 Beschäftigte), 6 Mittelbetriebe (100 – 999 Beschäftigte) und 9 Großbetriebe (1.000 und mehr Beschäftigte). 4 Betriebe gehören zum Sektor „Handel", 3 Betriebe zu „Verkehr und Nachrichtenübermittlung", 3 Betriebe zu „Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe", 3 Betriebe zu „Dienstleistungen mit Erwerbscharakter", 5 Betriebe zu „Organisation ohne Erwerbscharakter" und 2 Betriebe zu „Gebietskörperschaften". Wenn die Auswahl auch eine gute Mischaung der Dienstleistungsbetriebe darstellt, so erheben unsere Fallstudien jedoch keinen Anspruch auf Repräsentativität.
„Betrieb" ist hier ein Kürzel für Unternehmen mit und ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften u.ä.

7) *Es ist dringend erforderlich, den Sektor der unbezahlten Arbeit aus feministischer Sicht empirisch aufzuarbeiten. Auf der Ebene der ehrenamtlichen Arbeit ist dies bereits begonnen worden (Notz 1986). Auch eine neue Studie zum Umfang von Hausarbeit wurde gerade veröffentlicht (Krüsselberg 1986). Es fehlen Untersuchungen zur Konsumarbeit und Gratisarbeit (z.B. im Hochschulbereich).*

Literatur

BLICKHÄUSER, ANGELIKA/MOLTER, MONIKA: Garantierte Lebenssicherung für Frauen. Bemerkungen zur Mindesteinkommensdiskussion, Bonn 1985

BOSCH, GERHARD: Hat das Normalarbeitsverhältnis eine Zukunft? in: WSI-Mitteilungen, Düsseldorf 3/1986

BUNDESMINISTER für Arbeit und Sozialordnung: Antwort auf die große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN „Arbeit und Armut in der Bundesrepublik Deutschland" (BT-Drs. 10/5524) vom 3.12.1986

HEHR, INGE/MÖLLER, CAROLA: Statistisches Material zum Kölner Wirtschafts- und Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der Verarmung von Frauen, Köln 1985, aktualisierte 2. Aufl., 1986

KRÜSSELBERG, HANS-GÜNTER, u.a.: Verhaltenshypothesen und Familienzeitbudgets - Die Ansatzpunkte der „Neuen Haushaltsökonomik" für Familienpolitik, Bd. 182 der Schriftenreihe des BMJFG, Bonn 1986

KURZ-SCHERF, INGRID: Von der Emanzipation des Brunnenmädchens in Heilbädern, in: WSI-Mitteilungen 8/1986

MÖLLER, CAROLA: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse – verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden. Konsequenzen für die Frauenforschung und die Frauenbewegung, in: Beiträge zur Frauenforschung am 21. Deutschen Soziologentag, Bamberg 1982 und in: beiträge zur feministischen theorie & praxis, Heft 9/10, 1983

dies./BLICKHÄUSER, ANGELIKA: Beschreibung der Lebenslage von Frauen – Untersuchung ausgewählter Statistiken; Vorschläge zur Verbesserung der Datenlage, Köln 1983

MÜLLER, PETRA: Expertise zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der BRD – soweit diese aus der offiziellen Statistik darzustellen ist. Braunschweig 1985 (zu beziehen über Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13)

NOTZ, GISELA: Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit, Projektbericht, FES, Bonn 1986

Gisela Notz

Ist unbezahlte Arbeit unbezahlbar?

Ehrenamtliche soziale Arbeit von Frauen als politisches Handlungsfeld

„Arbeit ist eine Beschäftigung, für die man Geld bekommt, und hat man keine Arbeit, so hat man auch kein Geld".[1)]

Dies ist keinesfalls die verkürzte Sichtweise einer neunjährigen Schülerin. Auch nach den gängigen Arbeitstheorien, die sich fast alle auf Lohnarbeitstätigkeiten in Industrie und Verwaltung beschränken, gehören alle Arbeiten, die außerhalb bezahlter Lohnarbeit stattfinden, in den „Restbereich", der für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft zuständig ist. Dazu gehören auch „freiwillig" und unbezahlt ausgeführte Arbeiten im sozialen Bereich. Sie werden hauptsächlich von Frauen ausgeübt. Aufgrund der geschlechtsspezifisch-hierarchischen Arbeitsteilung, die den Männern in erster Linie die außerhäusliche Erwerbsarbeit, den Frauen die Hausarbeit, die Aufzucht, Pflege und Versorgung von Kindern und Hilfsbedürftigen zuweist, sind Frauen für diese Arbeiten verantwortlich. Das Thema „Ehrenamt" ist also ein Frauenthema.[2)]
In diesem Beitrag will ich zunächst der Frage nach der Entstehung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit nachgehen. Danach will ich die aktuelle Funktion der ehrenamtlichen sozialen Arbeit darstellen und aufzeigen, welche Frauen heute vor allem ehrenamtlich arbeiten. In den letzten beiden Abschnitten sollen Vorschläge zur Veränderung der Situation ehrenamtlich arbeitender Frauen und Struktur ehrenamtlicher Arbeit aufgezeigt werden, die gemeinsam mit ehrenamtlich Arbeitenden entwickelt wurden. Daraus abgeleitet werden Perspektiven für eine feministische Arbeitspolitik, die sich aus diesen Vorstellungen entwickeln lassen.

Wie entstand ehrenamtliche soziale Arbeit?

Ehrenämter wurden im Mittelalter durch Fürsten und Adelsherren an weltlichen und kirchlichen Höfen, in den Gilden und Bruderschaften ausgeführt. Sie verschafften den ehrenwerten Herren Privilegien, Macht und Ansehen ebenso wie die späteren Ehrenämter als unbezahlte Aufgaben für die Bürgerschaft (z.B. Schöffen, Laienrichter, Presbyter, Kirchenvorsteher). Frauen waren bis 1896 qua Geschlecht und daraus abgeleiteter gesellschaftlicher Position von diesen Ämtern, die den „besten und geeignetsten Mitgliedern" einer Gemeinde vorbehalten waren, ausgeschlossen (Salomon 1902, S. 43). Sie durften als freiwillige Hilfskräfte den männlichen Ehrenbeamten zur Seite stehen, indem sie die unmittelbar sozialen und karitativen Dienste und die barmherzigen Arbeiten in den Hospizen der Klöster und Gemeinden übernahmen und die Armensuppe kochten und verteilten (Notz 1986 a). Dies entsprach ihrer „natürlichen" Bestimmung. Als sie sich die Zulassung zu den Ehrenämtern formal erkämpft hatten, wurde von den „ehrenwerten Männern" befürchtet, daß Frauen, die sich auf diese Tätigkeit einlassen, ihre häuslichen Pflichten vernachlässigen oder durch die Auseinandersetzung mit dem Elend der armen Bevölkerung psychische Schäden erleiden könnten. Diese Männer waren – wie auch die Gegner der Frauenerwerbsarbeit – der Meinung: die Frau gehört in's Haus (des eigenen Mannes). Wie sehr die Männer um ihre eigenen Privilegien kämpften, wird durch die Protestveranstaltung, die um die Jahrhundertwende von 3000 männlichen Ehrenbeamten der Armenpflege in Berlin

durchgeführt wurde, deutlich. Sie drohten, ihr Amt niederzulegen, wenn Frauen zugelassen würden. Die Frauen verzichteten und blieben bei Tätigkeiten der direkten Wohlfahrtspflege in Frauenvereinen und neugegründeteten Wohlfahrtsverbänden. Leitung und Verwaltung, Entgegennahme der Bittgesuche, Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, Entscheidungen über die zu gewährende Unterstützung und Kontrolle der Unterstützten blieben bei den Männern. Die unbezahlten sozial-karitativen Arbeiten für die Armen, die direkten sozialen Hilfeleistungen wurden erst später als „ehrenamtlich" bezeichnet. Sie sollten durch die formal gleiche Bezeichnung den angesehenen politischen und kirchlichen Ehrenämtern gleichgestellt werden, ohne daß sich an den Inhalten der Arbeit und deren geschlechtsspezifischer Zuweisung etwas änderte. An der Trennung zwischen Ehrenämtern, die fast ausschließlich durch Männer ausgefüllt werden, und ehrenamtlicher Arbeit von Frauen als unmittelbare konkrete soziale Arbeit, als Dienst am Nächsten, hat sich bis heute nichts geändert.

Mit Beginn der Industrialisierung und fortschreitender materieller und psychischer Not der Arbeiterbevölkerung in den Großstädten verstärkte sich das freiwillige soziale Engagement wohltätiger bürgerlicher Frauen. Die „freiwillige" unbezahlte soziale Arbeit trug dazu bei, daß die drohende soziale Revolution der durch einen 12-18stündigen Arbeitstag bei miserablen Arbeitsbedingungen ausgebeuteten und durch geringe Löhne verarmten Arbeiterschaft abgewendet und der soziale Frieden wieder hergestellt wurde. Die bürgerlichen Frauen sollten durch ihre Hilfe den Schichten der Bevölkerung, die durch ihrer Hände Arbeit zur Verbesserung ihres eigenen Lebensstandards beitrugen, zu „besseren" Daseinsbedingungen verhelfen (Salomon 1907, S. 3). Dadurch wurde einerseits ihr Gewissen beruhigt, und andererseits fanden sie eine nützliche Aufgabe innerhalb der Gesellschaft.
Um die Armen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen den „höheren Töchtern" meist fremd waren, effektiv betreuen zu können, sahen Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung die Notwendigkeit der fachlichen Qualifizierung für die ehrenamtlich als soziale Hilfskräfte arbeitenden Frauen. Die ersten Ausbildungen für soziale Arbeit, die um die Jahrhundertwende entstanden, sollten jedoch nicht auf eine bezahlte Tätigkeit orientieren, sondern auf ehrenamtliche Arbeit und gleichzeitig auf Haus- und Erziehungsarbeit vorbereiten. Man ging davon aus, daß die Frauen durch eigenes Vermögen oder durch ihren Ehemann gut versorgt waren und soziale Arbeiten außerhalb des Hauses nicht zur Verwirklichung ihrer eigenen Emanzipationsbestrebungen nutzten (Notz 1985, S. 108). Dies betonten auch die durch „angesehene Damen und Herren aus dem Gebiet der Armenpflege, der Sozialpolitik und der Volksbildungsbewegung" (Simmel und Salomon 1981, S. 371) gegründeten Mädchen- und Frauengruppen. Von den Frauen selbst ist jedoch überliefert, daß sie sich durch die neugeschaffenen Ausbildungen nicht nur eine Erziehung zum Verständnis sozialer Probleme und sozialer Pflichten erhofften, sondern auch, daß ihnen der Zusammenhang zwischen der Frauenfrage und der sozialen Frage begreifbar wurde und sie die „ungeheure Inkonsequenz erkennen", die sie darin sahen, daß die Frauen der besitzenden Klasse um ein Recht auf außerhäusliche Arbeit kämpfen mußten, während es für die Frauen der arbeitenden Klasse eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellte, in der Fabrik zu arbeiten und dort ein „ausgedehnteres Tagewerk (zu) verrichten, als je ein Mann es übernehmen würde" (Salomon 1902, S. 33). Aus dieser Erkenntnis heraus unterstützten sie die ersten Forderungen der Industriearbeiterinnen nach kürzeren Arbeitszeiten, Errichtung besserer Versorgungsmöglichkeiten für die Kinder, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Schaffung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen, nach Arbeiter- und Kinderschutzgesetzen und nach gewerkschaftlicher Organisierung (S. 34, 87). Das von Männern der Arbeiterbewegung geforderte Verbot der Frauenerwerbsarbeit lehnte Alice Salomon als eine

Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung ab, weil es den Frauen die ökonomische Unabhängigkeit rauben und sie in vollkommen ungeschützte Heimarbeitsverhältnisse mit noch schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen und längeren Arbeitszeiten abdrängen würde (S. 97).

Mit der fortschreitenden Industrialisierung wurden die sozialen Arbeiten immer dringlicher. Besonders während des ersten Weltkrieges wuchsen sie ins Unermeßliche. Trotz der Appelle an Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft der Frauen reichte die unbezahlte soziale Arbeit nicht aus. Die Tätigkeiten im sozialen Bereich wurden zunehmend professionalisiert. Die „typisch weiblichen" Aufgaben des Pflegens und Dienens wurden entlohnbar, kaufbar und den Strukturen und Mechanismen der Lohnarbeit angepaßt. Obwohl vereinzelt auch Männer in die neugeschaffenen sozialen Berufe eindrangen, blieben sie vornehmlich Frauenarbeit. Die professionalisierte soziale Arbeit wurde weiterhin durch ehrenamtliche Arbeit unterstützt und begleitet. Frauen, die zum Nulltarif arbeiten, waren immer unentbehrlich.

In den folgenden Jahrzehnten wurden Frauen zuzeiten der Hochkonjunktur und während der Kriege – also immer dann, wenn die männliche Arbeitskraft nicht ausreichte – bezahlte Arbeitsplätze angeboten. Trotz der vielfältigen Erfahrungen und Qualifikationen, die sie sich in der unbezahlten Arbeit erworben hatten, galten sie als unqualifizierte Kräfte und hatten keinen Zugang zu höher qualifizierten Tätigkeiten. Immer dann, wenn die Wirtschaft die Arbeitskraft der Frauen brauchte, mußte auch soziale Arbeit weitgehend entlohnt werden, weil Frauen nicht ausreichend zum Nulltarif zur Verfügung standen. Zu Krisenzeiten jedoch wurde die Hilfe für Hilfsbedürftige unbezahlten Kräften überlassen. Es standen genügend zur Verfügung. So ist es auch heute. Die zunehmende wirtschaftliche Krise in den 80er Jahren wurde wieder zur Krise der professionellen sozialen Arbeit. Der Stellenmarkt für Frauen wird immer enger. Zusätzlich wird von Fachleuten und Betroffenen die Wirksamkeit professioneller Arbeit für Hilfsbedürftige in Frage gestellt und die Diskussion der Selbsthilfe von Betroffenen für Betroffene verstärkt geführt. In der sozialpolitischen Diskussion wird der Ruf nach mehr Familiensinn, Nachbarschaftshilfe und Ehrenamtlichkeit laut. Er richtet sich vor allem an Frauen, für die ehrenamtliche Arbeit eine sinnvolle Ergänzung zur Familienarbeit sein soll. Erwerbsarbeitsplätze für sie stehen nicht mehr zur Verfügung.

Was ist ehrenamtliche Arbeit?

Ehrenamtliche Arbeit ist nicht Hausarbeit und nicht Erwerbsarbeit.[3)] Ehrenamtliche Arbeiterinnen kommen weder in Statistiken von Erwerbsarbeitenden vor, noch in den amtlichen Registrierungen von Nicht-Erwerbsarbeitenden (Hausfrauen) und die meisten von ihnen auch nicht in den Arbeitslosenstatistiken.
Als Arbeit erscheint entlohnte bzw. bezahlte Arbeit umgekehrt: „Was nicht entlohnt wird, erscheint nicht als Arbeit" (Bock, Duden 1977, S. 171).
Ich wende mich gegen diese enge Definition von Arbeit, weil sie die von Frauen geleisteten vielfältigen gesellschaftlich notwendigen, aber unbezahlt geleisteten Arbeiten ausgrenzt. Dazu gehört ehrenamtliche soziale Arbeit.
Ehrenamtliche Arbeit kann unterschieden werden in
– ehrenamtliche politische Arbeit
– ehrenamtliche soziale Arbeit.
Das politische Ehrenamt umfaßt die Arbeit in Vorständen, Aufsichtsräten, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gremien. Es wird vor allem von Männern neben der Berufsarbeit ausgeführt.

Meist werden sie unter Fortzahlung der Bezüge von der Arbeit freigestellt. Oft ist es mit gesellschaftlicher Mühe und Anerkennung und z.T. mit hohen Aufwandsentschädigungen verbunden, wie z.B. ehrenamtliche Schöffen, ehrenamtlicher Richter, Leitungsfunktion in Vereinen und Verbänden, Positionen in Aufsichtsräten. Die politische ehrenamtliche Arbeit ist der Erwerbsarbeit weit ähnlicher als der Hausarbeit, so sind auch die erforderlichen Qualifikationen in erster Linie beruflich orientiert. Frauen kommen im politischen Ehrenamt nur selten vor (Bakkes 1985, S. 80).
Im sozialen ehrenamtlichen Arbeitsverhältnis leisten fast ausschließlich Frauen Arbeit in einer gewissen gesellschaftlichen Organisiertheit, über den Bereich der eigenen Familie hinaus, aber unbezahlt, ohne jeden Schutz und jede Sicherung von Arbeitsbedingungen, meistens als soziale Dienstleistung an Menschen, die im Rahmen der Hausarbeitsverhältnisse und Erwerbsarbeitsverhältnisse nicht ausreichend versorgt sind. Ehrenamtliche soziale Arbeit kann individuell oder über Wohlfahrtsverbände und andere karitativ soziale Einrichtungen organisiert sein, aber auch in Form von Initiativen, die unabhängig von Institutionen sind.

Fest umrissene Begriffsbestimmungen für ehrenamtliche soziale Arbeit gibt es nicht. Nach dem Lexikon bezeichnet „Ehrenamt" ein „öffentliches Amt, für dessen Erfüllung kein Entgelt, sondern nur Ersatz der Auslagen gewährt wird". Die Ehrenämter sind teils solche, die übernommen werden müssen, teils solche, die freiwillig übernommen werden „können" (dtv-Lexikon, Band 4, S. 275 a). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat sich darauf geeinigt, daß „Ehrenamtliche (. . .) Mitarbeiter mit spezifischen Aufgaben (sind), die jedoch ohne Dienstverträge und ohne nennenswertes Entgelt in sozialen Diensten und Einrichtungen arbeiten" (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 1983, S. 33).
Diese Arbeit wird – obwohl sie weder mit Amt noch mit Ehre verbunden ist – als „ehrenamtlich" bezeichnet.

Da ehrenamtliche Arbeiten unbezahlte Arbeiten sind, brauchen sie prinzipiell die Alimentation durch ein anderes bezahltes Arbeitsverhältnis oder durch Rente. Ehrenamtlich arbeitende Frauen haben selten ein Einkommen aus eigener bezahlter Arbeit, meist finanzieren sie sich über das Einkommen des Ehemannes. Die materielle Abhängigkeit vom Gelderwerb des Mannes bedingt auch die Abhängigkeit von dessen ideologischer Unterstützung. Das Einverständnis der Familienangehörigen, insbesondere der Ehemänner, aber auch der sich (noch) im Haus befindlichen Kinder, ist die Voraussetzung für das karitative Engagement der Ehrenamtlichen. Es müssen nicht nur materielle, sondern auch psychische Kosten übernommen werden, weil die Frauen mit ihrer außerhäuslichen Arbeit auch ein Stück ihrer „familiären Pflichten" nach außen verlagern.

Die sozialpolitische Funktion ehrenamtlicher sozialer Arbeit wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß alle ehrenamtlich Arbeitenden eine Leistung im volkswirtschaftlichen Gesamtwert von 2-3 Milliarden DM jährlich erbringen (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 1982). Es wird mit 700.000-830.000 relativ kontinuierlich an Einrichtungen der Wohlfahrtspflege angebundenen ehrenamtlichen Mitarbeiter/inne/n, die hauptsächlich in der ausführenden Funktion der Sozialarbeit tätig sind, gerechnet (Kammerer, Deutsch 1986, S. 181). Irmgard Vogt weist mit Recht darauf hin, daß solche Zahlen nichts genaues über das Niveau der gegenseitigen Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft aussagen, weil lediglich die in den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege Etablierten berücksichtigt sind. Das wirkliche Ausmaß geleisteter ehrenamtlicher Arbeit dürfte also weit höher sein (Vogt 1986, S. 140).
Trotzdem wird die ehrenamtlich erbrachte Leistung in der Zukunft nicht ausrei-

chen. Es ist mit einem erheblichen Defizit des Angebots sozialer Hilfsmöglichkeiten im Vergleich zum Bedarf an sozialer Unterstützung auszugehen. Diese „Mangelsituation" kann nach der Meinung von Experten weder durch professionelle Dienstleistungen noch durch die „primären sozialen Netzwerke" (Familie) ausgeglichen werden. So muß nach ihrer Meinung soziale Unterstützung von außerhalb (Ehrenamtliche Arbeit) gesucht werden (Gesellschaft für sozialen Fortschritt 1986, S. 105). Gesucht werden vor allem Frauen.

Die „Wende" in der Sozialpolitik führt unter anderem dazu, daß die Diskussion um die ehrenamtliche soziale Arbeit von Frauen Hochkonjunktur hat.[4)]

Das „alte" Bild der ehrenamtlichen Arbeiterin stimmt nicht mehr

Die ursprünglich im sozialen Bereich arbeitenden Frauen unterstellte, ausschließlich karitativ-religiöse Helfermotivation, trifft heute nicht mehr zu. Auch das Bild des typischen ehrenamtlichen Mitarbeiters – der Frau im Durchschnittsalter von 53 Jahren, häufig religiös, in einer Stadt über 50.000 Einwohnern wohnend, mit einem überdurchschnittlich gut verdienenden Mann einigermaßen glücklich verheiratet, Kindern, die bereits über 15 Jahre alt sind, Hausfrau, ohne Berufsausbildung – wie ich es früher aus verschiedenen Untersuchungen zusammengestellt habe (Notz 1985, S. 112) – stimmt so nicht mehr. Im Laufe meiner Untersuchung (Notz 1986 b) habe ich sieben Hauptmotivationen für ehrenamtliche Arbeiterinnen herausgearbeitet. Daraus läßt sich ableiten, daß Frauen heute vor allem ehrenamtlich arbeiten, um Defizite ihrer momentanen Arbeitssituation, sei es aus Hausarbeit oder Erwerbsarbeit, zu kompensieren. Es sind dies:

1. Frauen, die Schwierigkeiten haben, Haus- und Sorgearbeiten mit der Erwerbsarbeit, die am durch Männer dominierten Erwerbsleben orientiert ist, zu vereinbaren, weil sie kleine Kinder haben oder hilfsbedürftige Personen versorgen müssen. Für sie würde die Arbeit in beiden Bereichen (Erwerbsarbeit und Hausarbeit) ein Zuviel an zeitlicher, physischer, psychischer und emotionaler Belastung bedeuten. Sie arbeiten ehrenamtlich, weil sie über den Bereich der eigenen vier Wände hinaus gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten wollen.
2. Frauen im mittleren Lebensalter, die, nachdem sich ihre Familienarbeit durch das Größerwerden der Kinder reduziert hat, in der ehrenamtlichen Arbeit ein neues Betätigungsfeld gefunden haben. Sie streben keine Erwerbsarbeit an, z.T., weil ihre Ehemänner das nicht wollen, oder sie sehen keine realistische Chance für die Aufnahme einer solchen. Meist sind sie durch den Verdienst ihres Ehemannes abgesichert. Es kann unterstellt werden, daß sich viele dieser Frauen um eine bezahlte Erwerbsarbeit bemühen würden, wenn auf dem Erwerbsarbeitsmarkt (Wieder)Eingliederungsmöglichkeiten vorhanden wären.
3. Ältere Frauen, die ihre Berufstätigkeit (teilweise frühzeitig) abgeschlossen haben, oft bei guter Gesundheit sind und sich nicht damit abfinden können, zum „alten Eisen" zu gehören. Sie finden gesellschaftlich sinnvolle, anerkannte und befriedigende Beschäftigung in der ehrenamtlichen Arbeit. Sie sind durch eigene oder Witwenrenten abgesichert. Im Gegensatz zur ersten Gruppe gibt es für sie keine Möglichkeit mehr, Erwerbsarbeit auszuführen, auch wenn sie das möchten. Es entfällt bei dieser Gruppe die Abhängigkeit vom verdienenden Ehemann.
4. Frauen, die berufstätig sind. Sie arbeiten ehrenamtlich (z.T. neben einer Teilzeitbeschäftigung), um für sie unbefriedigende Arbeitsbedingungen mit stark zerstückelten Tätigkeiten, weitgehender Fremdbestimmung oder mangelnder Möglichkeit, mit Menschen umzugehen, zu kompensieren.

5. Junge Frauen, die z.T. trotz guter Schulabschlüsse keinen Ausbildungsplatz bekommen haben.

6. Frauen, die sich noch in der Berufsausbildung befinden. Sie hoffen, sich Erfahrungen für eine spätere Erwerbsarbeit zu sammeln und vielleicht auch bei der Stellenfindung mehr Chancen zu haben, indem sie bei späteren Bewerbungen auf praktische Tätigkeiten verweisen können.

7. Erwerbsarbeitslose Frauen, die aufgrund von Rationalisierung oder betrieblicher Umstellung ihren Erwerbsarbeitsplatz verloren oder nach der Berufsausbildung oder dem Studium keinen bezahlten Arbeitsplatz erhalten haben.

Die Zahl der Frauen, die nach einer Familienphase zurück in den Beruf wollen, liegt nach einer Untersuchung des Deutschen Volkshochschulverbands bei jährlich rund 300.000. Schon heute streben über 40 Prozent der Frauen nach einer vorübergehenden Unterbrechung eine neue Erwerbstätigkeit an, bei den 30- bis 40jährigen liegt der Anteil sogar bei 60 Prozent.[5)]
Die erneute Berufstätigkeit als elementare Voraussetzung zur Unabhängigkeit bleibt ihnen meist versperrt, weil Arbeitsplätze im Bereich der Erwerbsarbeit nicht zur Verfügung stehen. Sie leisten ehrenamtlich unbezahlte Arbeit, die keinen Anspruch auf Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung beinhaltet.

Als „Ausgleich" für die fehlende materielle Anerkennung erhoffen sich viele Frauen durch die ehrenamtliche Arbeit mehr subjektive Freiheitsgrade und mehr Einflußmöglichkeiten zu besitzen als in der Erwerbsarbeit, weil die Verpflichtungen, die ein Arbeitsvertrag für bezahlte Arbeit vorgibt, wegfallen.
Ehrenamtliche Arbeiterinnen, die nach den Vorteilen ihrer Arbeit befragt wurden, gaben an, daß sie diese vor allem in deren freier Gestaltung und freier Zeiteinteilung sowie in der Tatsache, daß sie keine Vorgesetzten und keine hierarchischen Strukturen akzeptieren müssen, die sie in ihrer persönlichen Kreativität beschneiden (Notz 1986 b, S. 150), sehen.
Die Beschäftigung mit ehrenamtlicher sozialer Arbeit könnte für Frauen Anlaß zu verstärkter politischer Arbeit werden, wenn sie Mängel staatlicher Sozialpolitik erkennen und die Notwendigkeit der Veränderung politischer Bedingungen sehen. Um eine solche Politisierung zu erreichen, bedarf es allerdings bestimmter Strukturen und Voraussetzungen ehrenamtlicher Arbeit, die bis jetzt nur bedingt erfüllt werden.

Ehrenamtliche Arbeiterinnen hinterfragen ihre Arbeitssituation

Gemeinsam mit drei ausgewählten Gruppen ehrenamtlich Tätiger wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts Vorschläge entwickelt, die der Reduzierung der Nachteile der ehrenamtlichen Arbeit durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Frauen dienen sollen und die positiven Faktoren der Möglichkeit des Ausbruchs aus der geschlechtsspezifischen Begrenzung auf Haus- und Erziehungsarbeit verstärken sollen. Die Auswahl der drei Gruppen ehrenamtlich Arbeitender erfolgte nach der Anbindung bzw. Nichtanbindung ihrer ehrenamtlichen Arbeit an unterschiedliche Institutionen (Deutsches Sozialwerk – ein Mitgliedsverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Freie Initiative, Sozialdienst katholischer Familien). Außerdem wurden drei typische Bereiche ehrenamtlicher sozialer Arbeit berücksichtigt. Es sind dies: Altenarbeit, Hilfe für Strafgefangene und haftentlassene Jugendliche, Hilfe für mißhandelte Frauen. Im wesentlichen wurde die Annahme bestätigt, daß ehrenamtliche soziale Arbeit Frauenarbeit ist. Lediglich in der freien Initiative der mit Strafgefangenen Arbeitenden wurden auch Männer beteiligt.

Die Altengruppe des Deutschen Sozialwerks stand zwar Männern und Frauen offen, während des Untersuchungszeitraums nahmen jedoch ausschließlich Frauen an den Gruppensitzungen teil. Es waren ältere Frauen, die alle das Pensionsalter überschritten haben. Neben der Selbsthilfearbeit nach dem Motto „Alte helfen Alten" helfen auch „jüngere Alte", denen es (noch) besser geht, hilfsbedürftigen alten Frauen, indem sie diese besuchen, Gespräche führen und bei Krankheit und in Notfällen behilflich sind. Auch in den beiden anderen Gruppen waren Selbsthilfe- und Fremdhilfeaspekte vermischt. Bei der Frauenhausgruppe wurde der relativ neue Aspekt sozialer Arbeit von Frauen durch einen traditionellen Frauenverband getragen, der Elemente der Ansprüche autonomer Frauengruppen in seine Frauenhausarbeit einfließen läßt. Bei der Arbeit geht es sowohl um Hilfe zur Selbsthilfe von Frauen für Frauen, als auch um Fremdhilfe von privilegierten Frauen für Frauen in Notsituationen, die im Frauenhaus Schutz gefunden haben. In der Gruppe, die mit Strafgefangenen arbeitet, finden sich auch ehemalige Häftlinge, wodurch für die „Betreuerinnen" der Kontakt zu den „Betreuten" erleichtert wird. Ehrenamtliche Hilfestellung erfolgt sowohl im „Knast" durch Gespräche + Freizeitangebote, als auch nach der Entlastung bei konkreten Problemen. Um die konkrete Arbeit kennenzulernen, nahm ich an den Gruppentreffen der ehrenamtlich Arbeitenden teil und begleitete sie teilweise auch bei ihren Gesprächen und Besuchen bei den durch ihre Arbeit Betreuten.

Im Verlauf der Arbeit waren die drei Gruppen in der Lage, zu einer Selbsteinschätzung der bisher geleisteten ehrenamtlichen Arbeit zu gelangen, die Defizite herauszuarbeiten und zukunftsorientierte Entwürfe zu entwickeln. Die Beteiligten gingen alle davon aus, daß dieser Form von Arbeit für die Zukunft besonders für die Frauen eine wachsende Bedeutung zukommt, traten jedoch den Versuchen, Frauen unter Hinweis auf die Möglichkeiten der Übernahme ehrenamtlicher Arbeit aus der Erwerbsarbeit zu verdrängen oder ehrenamtliche Arbeit als Kompensationsmöglichkeit für „entsinnlichte" fremdbestimmte Tätigkeiten im Erwerbsarbeitsbereich anzubieten, entscheidend entgegen. Ich konzentriere mich im folgenden vor allem auf die aus feministischer Sicht wichtigen Vorschläge, soweit sie sich von früher formulierten Forderungen unterscheiden (Backes, Notz, Stiegler 1983, S. 102):

Organisation und Form der Arbeit

Für viele Frauen ist es besonders der kommunikative und kooperative Aspekt, der sie zu ehrenamtlicher außerhäuslicher Tätigkeit führt. Verbände und Organisationen, die ehrenamtliche Arbeit koordinieren, nützen die Absicht der Frauen, mit anderen Frauen zu arbeiten, für ihre Zwecke aus. Oft gehen diese Aspekte durch hierarchische Verbandsstrukturen und den Hinweis auf scheinbar notwendige Einzelfallhilfen verloren. Freie Zusammenschlüsse und Initiativen sind am ehesten geeignet, die Arbeit so zu gestalten, daß der Aspekt der Kollektivierung, der ehrenamtliche Arbeit von Hausarbeitsverhältnissen unterscheidet, verstärkt wird und Planung und Entscheidungen, die Inhalte und Organisation ihrer Arbeit, die angewandten Methoden sowie die zeitliche Einteilung betreffen, selbst vorgenommen werden können. Die Freiheit in der Gestaltung der Strukturen könnte, wenn sie von Frauen auch frauenspezifisch genutzt wird, Auswirkungen auf Verbandsstrukturen und politische Strukturen haben, indem exemplarisch vorgeführt wird, wie von Frauen gestaltete Arbeit organisiert sein kann (antihierarchisch, mit Zeit für Diskussionsprozesse usw.).

Eine Optimierung der Arbeit bedeutet die Einbeziehung ehemals Betroffener in die ehrenamtliche soziale Arbeit. Sie bilden ein unschätzbares Korrektiv für die Arbeit der Ehrenamtlichen, weil ihr Erfahrungshintergrund für die durch die Gruppen Betreuten gemacht werden kann.

Optimal wäre kollektiv geplante und durchgeführte Hilfe zur Selbsthilfe. Obgleich

auch der Ruf nach mehr „Selbsthilfe“ und Eigeninitiative, nach neuen Hilfeformen und gemeinsam von Frauen zu entwickelnden Lebens- und Arbeitsformen, die an den Benachteiligungen der Frauen ansetzen (z.B. Stötzner 1986, S. 93), aus verschiedenen Gründen kritisch betrachtet werden muß. Diese Ansätze setzen an den Erfahrungen selbstbewußter, kooperationsfähiger und materiell (durch den Ehemann) abgesicherter Frauen an, Erfahrungen zeigen jedoch, daß Arme und sich in sozialer Not befindliche Frauen ihre Lebenslage zunächst nicht in Selbsthilfe verbessern können. Das kann auch nicht erwartet werden, weil soziale und materielle Verarmungsprozesse eben nicht zur Eigeninitiative und Kooperationsfreudigkeit führen, sondern eher zur Isolierung und Resignation. Außerdem hat sich in der Sozialarbeit seit langem die Erkenntnis durchgesetzt, daß diese Menschen nicht durch *Selbst-Schuld* in diese Situation gekommen sind. Daraus läßt sich ableiten, daß die Betroffenen überfordert sind, wenn verlangt wird, sie sollen sich durch *Selbst-Hilfe* wieder herausziehen. Hier bedarf es konkreter gesellschaftlicher Hilfestellungen, um gemeinsam mit Frauen in ähnlichen Lebenslagen neue Lebensmuster zu entwickeln.
Diese Erkenntnisse können bei ehrenamtlich arbeitenden Frauen dazu führen, daß sie ihr Wissen über die Lage diskriminierter und hilfebedürftiger Gruppen in unserer Gesellschaft nutzen, um sozialpolitische und politische Aktivitäten zu entwickeln, anstatt weiter unbezahlte Pflege- und Sorgearbeiten zu leisten. Die „Grauen Panther“, die sich fast ausschließlich aus alten Frauen zusammensetzen, sind hierfür ein Beispiel.

Lösung der finanziellen Probleme ehrenamtlicher Arbeit
Die ursprünglich geforderte „finanzielle Unterstützung“ für ehrenamtlich arbeitende Frauen ist aufgrund der Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Frauen ebenso abzulehnen wie geringfügige Vergütungen, Aufwandsentschädigungen und Honorare als „Bezahlung“ für ehrenamtliche Arbeit. Solche Vergütungen führen zur Aushöhlung tariflich abgesicherter Arbeitsverträge und zu weiteren ungeschützten Arbeitsverhältnissen für Frauen. Ehrenamtliche soziale Arbeit ist „unbezahlte Arbeit“, oder es ist die Überführung in ein tariflich abgesichertes Arbeitsverhältnis zu fordern, wenn zusätzliche Tätigkeitsfelder auf Dauer als öffentliche Aufgaben anerkannt werden. Unfall- und Haftpflichtversicherungen für die ehrenamtlichen Arbeiter/innen während ihrer Arbeit und während ihrer An- und Abreise zur Arbeit sind durch die Träger abzuschließen. Ebenso müssen alle Auslagen, die für Fahrtkosten und Sachkosten entstehen, ersetzt werden, damit ehrenamtlich Arbeitende nicht neben der belastenden kostenlosen Arbeit auch noch finanzielle Eigenbeträge leisten müssen. Die Gelder sollen als Pauschale an die Gruppen gegeben werden, die in ihrer Gesamtheit für deren zweckentsprechende Verwendung verantwortlich sind. Im Verlauf der Diskussion um die soziale Absicherung der ehrenamtlichen Arbeit wurde die Forderung nach Aufnahme in die Sozialversicherungspflicht verworfen, weil sie dazu benutzt wird, Frauen ehrenamtliche Arbeit als Alternative zur Erwerbsarbeit schmackhaft zu machen, indem auf die damit verbundenen Rentenansprüche im Alter verwiesen wird. Zu fordern ist ein Sozialversicherungssystem, durch das Menschen, die keine oder nur für wenige Jahre Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben, weil sie Arbeiten verrichtet haben, für die keine Beiträge gezahlt wurden, nicht benachteiligt werden. Zu diesen Arbeiten gehören neben ehrenamtlichen Tätigkeiten auch Haus- und Erziehungsarbeit und viele ungeschützte Arbeitsverhältnisse, die ebenso hauptsächlich durch Frauen ausgeführt werden, keine eigenständige Alterssicherung begründen und dazu führen, daß viele alte Frauen heute in Armut leben müssen.[6)]
Als geeignete Maßnahme wird eine einkommensunabhängige Mindestrente für alle, die unabhängig von den gezahlten Versicherungsbeiträgen und unabhängig von der gewählten Lebensform ist, angesehen. Sie müßte zwischen 1.200 und

1.500 DM betragen und an alle mindestens 50 Jahre alten Personen, die nicht mehr erwerbstätig sind, gezahlt werden.

Weiterbildung für ehrenamtliche Arbeit
Die in den letzten Jahren durch die Trägerinstitutionen verstärkt angebotenen Fort- und Weiterbildungsangebote wurden von vielen in die Projektarbeit einbezogenen ehrenamtlichen Arbeiterinnen kritisch betrachtet. Sie wiesen auf die Ambivalenz der Forderung nach mehr Fort- und Weiterbildung für ehrenamtlich Tätige hin. Schließlich könne das Ergebnis auch sein, daß immer mehr gut Ausgebildete ehrenamtlich arbeiten (können) und bereits professionalisierte Arbeiten vermehrt unbezahlt erledigt werden (können).
Für ihre Arbeit bevorzugen sie selbstorganisierte gruppeninterne Fortbildung in Form von praxisnaher Supervision, durch Gruppenarbeit mit Selbsterfahrungsaspekten. Wichtiges Lernziel der selbstorganisierten gruppeninternen Fortbildung sollte sein, daß die Motivation für die eigene Arbeit reflektiert wird, psychische und physische Überforderungen und die eigenen Grenzen des ehrenamtlichen Engagements diskutiert und reflektiert werden.
Ziel angebotener Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durch Verbände, Kommunen u.a. Einrichtungen der Erwachsenenbildung müßte es sein, daß die spezifischen Fähigkeiten der ehrenamtlich arbeitenden Frauen, die in den Familien privat, isoliert und unbezahlt und im sozialen Ehrenamt zwar in einer gewissen gesellschaftlichen Organisiertheit, aber ebenfalls abgetrennt in den Bereich privater Kommunikation und unbezahlt benutzt werden, verwendet werden können, um einen berufsbefähigenden Abschluß zu erlangen.

Perspektiven für eine feministische Arbeitspolitik

Es soll nun der Versuch unternommen werden, aus den Ansprüchen, die ehrenamtlich arbeitende Frauen an eine Veränderung ihrer Arbeit stellen, Skizzen für Utopien zukünftiger Arbeitsstrukturen abzuleiten.

Es nützt nichts, daß die unbezahlt geleisteten Frauenarbeiten immer weiter aufgewertet werden, gesellschaftlich anerkannt werden (sollen), als für die Frauen selbst sinnvoll und als unverzichtbar für die Gesellschaft betrachtet werden, solange das entscheidende Kriterium der ökonomischen Abhängigkeit derjenigen, die sie leisten, bestehen bleibt.
Das bedeutet jedoch nicht, daß *alle* jetzt unbezahlt geleisteten sozialen Arbeiten in professionelle Arbeit umzuwandeln sind. Das wäre auch gar nicht wünschenswert, weil das zur Folge haben würde, daß alle Arbeiten, die der Befriedigung materieller Bedürfnisse nach Kommunikation, Zuwendung, Zärtlichkeit etc. dienen, den Kriterien der Lohnarbeit unterworfen und damit kaufbar und zur Ware würden. Auch würde die Bezahlung dieser Arbeiten nichts an ihrer geschlechtsspezifischen Zuweisung ändern, denn zu Zeiten der unbestrittenen Notwendigkeit professionalisierter sozialer Arbeiten waren es auch nur vereinzelt Männer, die in diese Berufe eindrangen.

Notwendig ist die Aufhebung der einseitigen Zuweisung unbezahlter sozialer Arbeiten primär an Frauen, nicht nur weil ihnen dadurch die Existenzsicherung verwehrt wird, sondern auch, weil diese Zuweisung aller Sozial- und Sorgearbeiten negative Folgen für ihre Lebensgestaltung hat und sie auf die tradierte Rolle als Hausfrau und Mutter festgelegt werden, eine Rolle, der eine Familienidylle zugrunde gelegt wird, die seit langem nicht mehr existiert oder in dieser Form nie existiert hat.

Konzepte wie „partnerschaftliche Arbeitsteilung" zwischen Männern und Frauen, sowie „Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie", wie sie von konservativer Seite (Süßmuth 1985) propagiert werden, sind nicht geeignet, diese einseitige Zuweisung aufzuheben. Das Konzept der Wahlfreiheit geht von vorneherein nur von einer Wahlfreiheit der Frauen aus, für Männer wird die bezahlte Berufstätigkeit vorausgesetzt.
Durch die Propagierung der partnerschaftlichen Arbeitsteilung wird das Problem der „Vereinbarkeit von Beruf und Familie" individualisiert, anstelle gesellschaftlicher Lösungen anzustreben. Die „Partnerschaften" und Kinder werden überfordert. Auch in „fortschrittlichen" Familien geht das meist zu Lasten der Frauen. Denn auch da sind es Frauen, die in erster Linie für Haus- und unbezahlte Pflegearbeiten zuständig sind. Selbst wenn mit der konservativen Forderung eine gesetzliche *Verpflichtung* der Ehemänner zur Übernahme von Reproduktionsarbeiten verbunden wäre, würden Frauen, wenn Männer ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, eben nicht mit dem Hinweis auf gesetzliche Regelungen die Kinder hungern oder die Nachbarin jammern lassen. Die wichtigste Kritik an diesem Modell ist jedoch, daß dieses Konzept einer vermeintlichen gleichen Aufteilung von Rechten und Lasten zwischen den Geschlechtern zu einer Verteilung von Lasten und Mängeln sozialstaatlicher Leistungen *innerhalb* der Familien führt, durch die gleichzeitig die Formation des Familienlebens als einzig sinnspendende Lebensform aufrechterhalten und gefördert werden soll. Gerade für Frauen ist die gesellschaftliche Orientierung am Normalbild der „heilen Familie" jedoch vielfach zum Verhängnis geworden. Dort, wo ihnen versprochen wird, Sicherheit, Ruhe und Geborgenheit zu finden, droht ihnen und ihren Kindern die meiste Gefahr und Gewalt.
Daß diese „Familienidylle" nicht mehr existiert, wenn sie je ein Ort der Geborgenheit war, zeigt die steigende Anzahl der Alleinerziehenden, die bereits die 10%-Grenze überschritten hat und laufend steigt. 84% der Alleinerziehenden sind Frauen. Sie fallen aus der ideologiebesetzten gesellschaftlichen Lebensform „Ehe und Familie" heraus und können daher auch nicht privat und partnerschaftlich gesellschaftlich notwendige Haus- und ehrenamtliche Sorgearbeit (ver)teilen. Auch für die anderen Frauen und Mütter hat Ehe und Familie keine lebenslange Versorgungsfunktion: Jede dritte Ehe wird geschieden (Wiegmann 1986).

Vorrangig und zuallererst muß es jeder Frau möglich werden, so zu arbeiten, daß sie sich selbst materiell und immateriell reproduzieren kann. Das schließt aus, daß Frauen unbezahlte Arbeit leisten, während Männer bezahlte Arbeit leisten. Es schließt aber auch aus, daß Frauen, indem sie weiter als „zusätzlich Arbeitende" definiert werden, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit und andere flexible Arbeitsformen angeboten bekommen, um sie so durch die Hintertür wieder auf die Haus- und Pflegearbeiten festzunageln und gleichzeitig ein bißchen mitverdienen zu lassen. Für Frauen muß, ebenso wie für Männer, die (eigene) Erwerbstätigkeit als Grundlage für den Lebensunterhalt und die soziale Sicherung anerkannt werden.

Es kann uns nicht um irgendeine bezahlte Arbeit gehen. Wir brauchen sinnvolle Arbeit, die die Entfaltung und Weiterentwicklung der menschlichen Fähigkeiten ermöglicht, selbstbestimmt ist, ganzheitliche Tätigkeitsvollzüge zuläßt und der Herstellung eines gesellschaftlich nützlichen Produktes dient, durch das oder durch dessen Herstellung weder die physische und psychische Gesundheit des Menschen verletzt, noch die menschliche Umwelt weiter geschädigt wird.
Langfristig kann eine positive Veränderung für die Arbeitssituation der Betroffenen nur in der grundsätzlichen Neudefinition und Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit, also der bezahlt und unbezahlt geleisteten Arbeit liegen.
Dazu bedarf es aber auch einer Veränderung von Organisation, Form, Zweck,

Ziel und Inhalt aller anzustrebenden Arbeitsverhältnisse und einer Aufhebung der Dichotomisierung der Arbeitenden in Hand- und Kopfarbeitende, in Befehlende und Ausführende und einer Aufhebung der Trennung in Produktion und Reproduktion, Freizeit und Arbeit, bezahlte und unbezahlte Arbeit, in ein Leben für andere und ein Leben für sich selbst. Ziel wäre eine Arbeit, die so gestaltet ist, daß Erwerbsarbeit, Hausarbeit und die Arbeit im politischen und kulturellen Bereich zeitlich, räumlich und inhaltlich eine Einheit darstellen, in die die Sorge, Verantwortung und Hilfe für menschenwürdiges Leben von Kindern, Jugendlichen und kranken und alten Menschen integriert werden kann. Alle Arbeiten wären dann von Frauen und Männern kollektiv zu erledigen. Eine Ausgrenzung von nicht, noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen oder Menschen, die keiner „normalen" Familie angehören, in speziell dafür geschaffene Anstalten und Heime wäre nicht mehr notwendig. Dazu bedarf es auch einer Propagierung kollektiver Lebensformen.

Anmerkungen

1) Aussage einer neunjährigen Schülerin bei einem IG Metall-Wettbewerb zum Thema „Arbeit".

2) Im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen habe ich über zwei Jahre ein Forschungsprojekt „Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit" durchgeführt, das ich im Juli 1986 abgeschlossen habe. Das Projekt war zunächst „geschlechtsneutral" formuliert. Im Verlauf der Forschungsarbeit, die ich in der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführte, setzte sich jedoch die Erkenntnis, daß es sich hierbei um ein „Frauenprojekt" handelt, durch.

3) Zur Bestimmung der ehrenamtlichen Arbeit im Zusammenhang mit den anderen Arbeitsverhältnissen zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit siehe Gertrud Backes, Gisela Notz und Barbara Stiegler 1983, S. 92 ff.

4) Zur Funktion der ehrenamtlichen sozialen Arbeit von Frauen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht siehe ausführlich Gisela Notz: Ehrenamtliche Arbeit von Frauen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht, in: Irmgard Vogt (Hrsg.): Erst war ich selbstlos, jetzt geh' ich selbst los. Frauenarbeit in Ehrenamt und Selbsthilfe, Düsseldorf 1986 c, S. 23-43

5) Zweiwochendienst Frauen und Politik – Nr. 3, November 1986, S. 3

6) Alte Frauen müssen von durchschnittlich 424,– DM Rente leben, wenn sie früher Arbeiterinnen waren, und von durchschnittlich 767,– DM, wenn sie früher Angestellte waren (Unruh 1984, S. 71).

Literatur

BACKES, Gertrud: Soziales Ehrenamt – die unverblümte Wahrheit der unbezahlten Frauenarbeit. in: G. Huber, B. Bussfeld: Blick nach vorn im Zorn, Weinheim/Basel 1985, S. 79–106

dies./NOTZ, Gisela/STIEGLER, Barbara: Sie nützen viel und kosten nichts – ehrenamtliche soziale Arbeit von Frauen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 9/10, S. 92–102

BOCK, Gisela/DUDEN, Barbara: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.): Frauen und Wissenschaft, Berlin 1977, S. 118–199

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE – Ausschuß „Statistik". Anlage AW Rundschreiben Nr. 65/82, Mai 1982

dies. (Hrsg.): Die Freie Wohlfahrtspflege, Bonn 1983

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, JUGEND UND GESUNDHEIT: Reden ist Silber, Helfen ist Gold, Faltblatt, Bonn 1985

CDU: Neuer Start ab 35, Bonn 1984

DTV-LEXIKON, Band 4, München 1973

GESELLSCHAFT FÜR SOZIALEN FORTSCHRITT: Ehrenamtliche soziale Dienstleistungen. Bericht eines Arbeitskreises, Bonn 1986

KAMMERER, Gerd/DEUTSCH, Karlheinz: Bestimmung des Umfangs ehrenamtlicher Tätigkeiten im sozialen Bereich und der Weiterbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung. Bonn 1986, S. 169–143

NOTZ, Gisela: Frauenarbeit zum Nulltarif. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Professionalisierung und zurück, in: A. Franke/I. Jost (Hrsg.): Das gleich ist nicht dasselbe. Tübingen 1985, S. 106–121

dies.: Frauen, die zum Nulltarif arbeiten, waren immer unentbehrlich. Zur Geschichte der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frauen im sozialen Bereich, in: J. Dalhoff/U. Frey/I. Schöll (Hrsg.): Frauenmacht in der Geschichte, Düsseldorf 1986 a

dies.: Zur Gestaltung ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Projektbericht, Bonn 1986 b

dies.: Ehrenamtliche Arbeit von Frauen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht, in: I. Vogt (Hrsg.): Erst war ich selbstlos, jetzt geh' ich selbst los. Frauenarbeit in Ehrenamt und Selbsthilfe, Düsseldorf 1986 c, S. 23–43

PANKOKE-SCHENK, Monika: Antrittsrede anläßlich der Einführung der Generalsekretärin des „Sozialdienstes katholischer Frauen", in: Sozialdienst katholischer Frauen (Hrsg.): Korrespondenzblatt 1/1981

SALOMON, Alice: Soziale Frauenpflichten, Berlin 1902

dies.: Was unser Leben an Pflichten fordert und Glück verheißt. Spaltung der Persönlichkeit und die soziale Arbeit, in: G. Baumer: Neue Lebensziele, Ansprache an junge Mädchen, Leipzig 1907

SIMMEL, Monika/SALOMON, Alice: Vom Dienste der bürgerlichen Tochter am Volksganzen, in: Ch. Sachße/F. Tennstedt (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialarbeit. Reinbek 1981, S. 369–402

STÖTZNER, Karin: Selbsthilfeprojekte brauchen Fortbildung und Beratung, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 4, April 1986, S. 93–95

SÜSSMUTH, Rita: Frauen – der Resignation keine Chance, Düsseldorf 1985

VOGT, Irmgard: Erst war ich selbstlos – jetzt geh ich selbst los. Frauenarbeit in Ehrenamt und Selbsthilfe, Düsseldorf 1986 (im Druck)

WIEGMANN, Barbelies: Diskussionsbeitrag bei der Tagung „Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis – Von der Mühe einer weiblichen Präsenz in der Öffentlichkeit" am 4. November 1986 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Veranstaltet vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und vom Institut Frau und Gesellschaft

WIRTSCHAFT UND STATISTIK Heft 11/1976

ZWEIWOCHENDIENST FRAUEN UND POLITIK 3/1986

Cornelia Giebeler, Angelika Hohmann, Cornelia Schuhmann

Über die Unverträglichkeit von Staatsknete, Sozialarbeit und Feminismus

Die autonomen Frauenhäuser Bielefelds – zehn Jahre Suche Eine Selbstdarstellung

Dieser Artikel ist kein Erfahrungsbericht über den Alltag in den Bielefelder Frauenhäusern, sondern soll die dazugehörige theoretische Debatte darstellen. Unsere Erfahrungen mit dem Konzept im einzelnen zu beschreiben, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Es ist 1986 10 Jahre her, daß sich der Verein Frauen helfen Frauen in Bielefeld konstituierte und das erste Frauenhaus Bielefelds im Januar 1977 und 1982 das zweite bezogen werden konnte.

Nach diesen 10 Jahren ist das Bielefelder Frauenhaus immer noch eine Ausnahme in der bundesrepublikanischen Frauenhausbewegung: Es gibt weder bezahlte Fachkräfte für die Arbeit noch einen Haushaltstitel der Stadt für die laufenden Kosten. Diese beiden Tatbestände sollen im Zentrum der folgenden Selbstdarstellung der Bielefelder Frauenhäuser stehen. Andere Aspekte, wie die konkrete Finanzierung der Häuser, die Kinderarbeit im Kinderzentrum, der Versuch ökonomische Unabhängigkeit über drei vom Frauenhaus betriebene Läden zu erreichen, und die konkreten Auseinandersetzungen lokalpolitischer Art wollen wir hier nicht darstellen.

Die Ablehnung bezahlter und ehrenamtlicher Sozialarbeit im Frauenhaus und die Ablehnung eines Haushaltstitels[1)] der Stadt ist einzig in der Bundesrepublik. Dies bedeutet eine politische Perspektive für die Frauen im Haus, die weit über die übliche Wahrnehmung der Mißhandlung von Frauen als „soziales Problem" hinausweist.

Die ursprünglich bei allen Initiativen der Frauenbewegung wichtigen Begriffe der *Selbsthilfe* und *Selbstverwaltung* sind längst zu Schlagworten geworden, hinter denen sich die unterschiedlichsten Konzepte verbergen. Wir möchten hier nun *den* politischen Ansatz und *das* Konzept des Frauenhausvereins Bielefeld darstellen, die sich wesentlich von anderen Frauenhäusern unterscheiden. Eine zentrale Grundlage ist durch die Ablehnung sowohl professioneller als auch ehrenamtlicher Sozialarbeit jegliche Kontrolle von außen zu verhindern, was uns bisher auch gelungen ist. Genau diese beiden Punkte sind bis heute innerhalb der Frauenhausbewegung heftigst umstritten und enden häufig mit dem Vorwurf, daß die Realisierung eines solchen Konzepts wie des unseren nur durch Selbstausbeutung möglich sei. Oder aber es könne gar nicht funktionieren. Gelegentlich wird uns sogar der Vorwurf gemacht, daß wir hier ganz und gar unfeministisch unbezahlte Arbeit fördern und uns wird unterstellt, daß wir trotz der verbalen Ablehnung dennoch ehrenamtliche Sozialarbeit machen würden. Genau aus diesem Grund setzen wir uns hier mit dem Problem von Sozialarbeit in autonomen Frauenhäusern und deren Bezahlung auseinander.

Vor Jahren haben wir begonnen, nach einer Alternative zu der üblichen Betreuung von mißhandelten Frauen zu suchen. Dies war das Ergebnis unserer Einschätzung von (bezahlter und ehrenamtlicher) Sozialarbeit und der Erfahrungen, die wir in der Anfangszeit in der Organisation des Hauses machten. Wie sich unsere Position entwickelt hat, wollen wir hier entwicklungsgeschichtlich deutlich machen. Unsere Darstellung der Geschichte der Bielefelder Frauenhäuser erfolgt deshalb unter folgenden Fragestellungen:

– Was bedeutet Sozialarbeit und besonders ihre Bezahlung für das Selbstverständnis und den konkreten Ablauf im Frauenhaus? Was heißt es umgekehrt, keine Sozialarbeit zu leisten? Welche Chancen der Veränderung bestehen dadurch?

– Welches Politikverständnis steht hinter der Ablehnung von Sozialarbeit und sozialarbeiterischen Verhaltensweisen im Frauenhaus? Wie konkretisiert sich der Versuch, einen anderen Weg zu beschreiten?

Wie Selbstverwaltung durch Sozialarbeit und Geld untergraben wird

Bezahlung für die Arbeit von Frauen zu fordern, ist Konsens in der Frauenbewegung. Stellenforderungen, gleiche Verteilung von Geld und Macht, die finanzielle Bewertung bislang unbezahlter Arbeit sind zur Selbstverständlichkeit geworden und abstrakt für jede Frau richtig und einsichtig. Auch wir wissen, daß zur relativ autonomen Existenz in der Männergesellschaft für Frauen die Verfügungsgewalt über eigenes Geld Grundbedingung ist. Diese ist für kaum eine Frau erfüllt. 50% aller Frauen sind ohne Einkommen bzw. leben von einem Nettoeinkommen unter 600,– DM. (Damit ist der Druck, sich unter unmöglichen Bedingungen Geld zu beschaffen, immens.)

Vor diesem Hintergrund scheint jede neue Stelle für Frauen ein politischer Erfolg zu sein – und erst recht jede neue Stelle in einem Frauenprojekt, auf der dann Fraueninteressen in bezahlter Arbeit wahrgenommen werden können. Für die Frauenhäuser ist jedoch unserer Meinung nach diese – für viele Frauenprojekte vielleicht notwendige – feministische Selbstverständlichkeit keine, da sie dem grundlegenden feministischen Selbstverständnis, nämlich dem der Autonomie, Stärke, Selbstbestimmung, Solidarität und Gleichheit unter Frauen entgegenwirkt.

Was Sozialarbeit und Bezahlung im Frauenhaus bewirkt

Mit den anderen Frauenhäusern sind wir uns darin einig, daß Frauen Opfer der Männergewalt sind. Wir sind uns einig, daß sich am Problem, an den Bedingungen, unter denen immer wieder Männer gewalttätig werden können, nichts geändert hat, sich allein durch die Existenz von Frauenhäusern auch nichts ändern wird. Ergebnis der Frauenhausbewegung ist vielmehr die Thematisierung der Mißhandlung von Frauen und der Versuch, mißhandelten Frauen einen (Übergangs-) Zufluchtsort zu bieten. Die Interpretation dessen, was das Opfersein für Frauen ausmacht, was es vor allem für mißhandelte Frauen heißt, die ins Frauenhaus kommen, ist jedoch innerhalb der Frauenbewegung sehr unterschiedlich.

Generell beinhaltet Sozialarbeit, insofern sie sich als „Angebot von Hilfe" versteht[2] ein Menschenbild, daß das Gegenüber – die sogenannte Klientin – hilfsbedürftig, d.h. nicht fähig ist, die anstehenden Probleme im Rahmen der eigenen Lebenszusammenhänge und -geschichte zu bewältigen.[3]

Konkret auf Frauenhäuser bezogen beinhaltet die Position, Sozialarbeit im Frauenhaus sei richtig und notwendig, folgendes Bild von den geschlagenen Frauen: sie sind hilflos und hilfsbedürftig, schwach und abhängig, verunsichert und unwissend, mutlos und passiv, zerbrochen und zerbrechlich. Sie haben eine schreckliche, für viele Mitarbeiterinnen nicht nachvollziehbare Biografie, sie befinden sich in furchtbaren Abhängigkeiten, es sind Frauen, die allein mit ihrer Situation nicht mehr zurechtkommen und denen folglich auf die eine oder andere Weise geholfen werden muß.

Unserer Ansicht nach jedoch schwächt diese Haltung die Frauen. Wir meinen: *Frauen, die ins Frauenhaus kommen, sind stark*. Sie haben den Schritt aus der Ehe getan. sie sind zwar mißhandelt, ohne Geld, meist mit Kindern, ohne Arbeitsplatz, aber sie sind auch unter erstaunlichsten Umständen fähig gewesen, ihre Kinder großzuziehen, den Haushalt zu regeln und vor allem aus der Ehe auszubrechen. Das heißt auch, sie sind stark, unerschrocken, mutig, wütend, aktiv, in der Lage, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Den ersten Schritt haben sie ja gerade getan, wenn sie ins Haus kommen. Diese Frauen brauchen keine sozialarbeiterische Hilfe. Sie brauchen ein Dach überm Kopf, Geld und einen sozialen Raum, in dem sie ihr Leben selbstverantwortlich in die Hand nehmen können. Aber sie brauchen keinen bereits definierten, vorausgeplanten, organisierten Rahmen, der von Personen festgelegt wird, die weder mit ihnen unter einem Dach wohnen noch die Erfahrungen ihrer bisherigen Lebenszusammenhänge mit ihnen teilen.
Sozialarbeiterinnen, Mitarbeiterinnen, die mißhandelte Frauen betreuen, sie versorgen wollen, schaffen eine neue Abhängigkeit der Frauen, die von den Mitarbeiterinnen. Dadurch wird der Mut, das eigene Leben selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen, erstickt. Dies war eine der Erfahrungen, die die Frauenhäuser Bielefelds auch erst machen mußten.

Sozialarbeit, sei sie nun ehrenamtlich oder professionell organisiert, muß genau diese Abhängigkeiten schaffen. Die Mitarbeiterinnen beginnen für die Belange der mißhandelten Frauen zu sorgen, sie müssen helfen, Alternativen anbieten, Vorschläge machen, Ansätze im Umgang mit den Problemen bieten. Dies können sie nur jeweils aus ihrer Perspektive, die sich in der Regel grundlegend von der Perspektive der Frauen im Haus unterscheidet. Sie bilden eine Gruppe, die besondere Kenntnisse, Fähigkeiten und Wissen zu haben scheint, während die Frauen im Haus diese nicht zu haben und darauf angewiesen zu sein scheinen. Durch den sozialarbeiterischen Umgang von Mitarbeiterinnen mit den mißhandelten Frauen entsteht also eine deutliche Spaltung zwischen Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen der Frauenhäuser.

Bei Bezahlung der Arbeit wird die Spaltung zwischen mißhandelten Frauen und Mitarbeiterinnen konkret und materiell festgeschrieben. Sie muß der Bezahlung Adäquates leisten, sie muß über besondere Kenntnisse, Fähigkeiten und Wissen verfügen, die den mißhandelten Frauen „nützen". Ein Arbeitsansatz, der den Frauen einen selbstbestimmten Raum läßt, in dem sie Alternativen und Möglichkeiten für sich suchen können, wird damit noch illusorischer. Die Hierarchie, die auch zwischen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Frauenhausbewohnerinnen besteht, wird erheblich verschärft.

Daß dies einen zentralen Stellenwert für die Entwicklung einer Lebensperspektive von Frauen hat, soll in der konkreten Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung der Bielefelder Frauenhäuser deutlich werden.
Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung, die die Einführung von Sozialarbeit für die Innenpolitik im Frauenhaus hat, wird die Forderung nach selbstbestimmten Arbeitsplätzen, gar die Forderung nach abgesicherten Stellen für Frauen in diesem Zusammenhang marginal. Ohne die Bedeutung abgesicherter Lohnarbeit generell schmälern zu wollen, muß sie hier unserer Ansicht nach relativiert werden. In einem „politischen Projekt", wie es die autonomen Frauenhäuser sein könnten und sollten, wird die Bezahlung von sozialer- und Beziehungsarbeit obszön, gar zynisch, da die Frauen, um die es geht, sich damit wiederum in hierarchischen Bezügen wiederfinden, die den mühsamen Weg in die Selbstbestimmung erschweren. Die Hierarchie wird festgeschrieben, indem die „nicht mißhandelten" qualifizierten Frauen Geld erhalten für eine Arbeit *mit* mißhandelten Frauen.

Welches Politikverständnis liegt der Ablehnung von Sozialarbeit zugrunde?

Ein Ausgangspunkt der autonomen Frauenhausbewegung war die Erkenntnis, daß Gewalt gegen Frauen nicht das Problem irgendwelcher besonderer Frauen ist, kein „soziales Problem" oder „Randgruppenproblem", sondern ein Ausdruck der alltäglichen Frauenverachtung patriarchalischer Systeme. Gegen diese Spitze des Eisbergs der Frauenverachtung will die Frauenhausbewegung vorgehen.
Dementsprechend gründeten sich die Frauenhäuser als Orte gemeinsamer, solidarischer Gegenbewegung. Sie gründeten sich als Orte von Autonomie, Selbstbestimmung und Stärke der einzelnen Frauen, lehnten die Organisationsprinzipien patriarchaler Sozialarbeit ab, und konzentrierten sich auf Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Autonomie als politische Orientierung. Das autonome Frauenhaus sollte Ort politischer Aktion sein und eben nicht ein neues, gerade bewußt gewordenes soziales Problem institutionalisieren. (Dies war der Stand Mitte bis Ende der 70er Jahre.) Inzwischen hat sich in der Frauenbewegung[4)] ein politisches Selbstverständnis herausgebildet, das sich auf den Staat richtet.
Dem zugrunde liegt der Glaube, daß wir nur an die Einsicht des Staates/Mannes appellieren müssen, um unsere berechtigten Forderungen erfüllt zu bekommen. Dem zugrunde liegt auch der Glaube, daß das Recht gleichermaßen für Männer wie für Frauen gelte, als auch der Glaube, daß das Einklagen herrschenden Rechts, die „gleichberechtigte" Eingliederung in die üblichen Strukturen für Frauen gut wäre. Es komme nur darauf an, auf den Ebenen der Politik möglichst geschickt zu taktieren (bzw. ausreichend „Basisdruck" zu machen) um das Gewünschte zu erreichen.
Vor diesem Hintergrund haben Frauenhäuser von der Stadt ein Haus gefordert, haben Frauenhäuser Geld für die laufenden Kosten gefordert, haben Frauenhäuser Gelder für feste Stellen gefordert.
Solche Forderungen müssen jedoch durchgesetzt werden, d.h. es muß verhandelt werden, Kompromisse müssen geschlossen, Bedingungen diskutiert, verändert und angenommen werden. In diesem politischen Roulette der Ressourcenverteilung besteht zwar einerseits die Chance an Geld und Räume zu gelangen, aber andererseits die Gefahr, Bedingungen akzeptieren zu müssen, die die formale und inhaltliche Gestaltung der Räume und Verwendung der Gelder[5)] festschreiben und die gegen den Autonomieanspruch der Frauenhäuser gerichtet sind.

Eine Alternative zum Fordern ist das Handeln. Frauen schaffen Fakten, indem sie ein Haus anmieten und Räume für mißhandelte Frauen vermieten. Handeln heißt für Frauenpolitik, sich unabhängig zu machen vom „guten Willen" der Politiker und Bürokraten. Zu handeln heißt auch, sich gegen inhaltliche Übergriffe derselben zu schützen. Das Ziel, größtmögliche Autonomie für Frauen zu erreichen, erfährt auf dem Weg des „Forderungsansatzes" größtmögliche Verbindungen.
Verhindert wird, daß Frauen den Raum und die Zeit haben, sich selbst zu überlegen, was sie wollen.
Verhindert wird, eine Alternative zu suchen und finden zu können.
Verhindert wird, einen Platz für Frauen zu finden, in dem keine von außen gesetzten Bedingungen herrschen. Die Energien und die Kraft, die bei der bürokratisch-politischen Durchsetzung der Forderungen gebunden werden, bleiben beim „Handlungsansatz" frei für die Entwicklung und Gestaltung eines *Gegenraumes* im Frauenhaus.

Wie nun der Ansatz der Selbstbestimmung in den Bielefelder Frauenhäusern realisiert wird, auch ohne daß bezahlte oder ehrenamtliche Sozialarbeit geleistet wird, soll im folgenden dargestellt werden.

Die Geschichte der autonomen Frauenhäuser Bielefelds

Gewalt gegen Frauen und insbesondere die Mißhandlung in der Ehe wurde mit der neuen Frauenbewegung erstmalig öffentlich thematisiert. Das erste Frauenhaus entstand 1971 in Cheswick/London. 1976 entstanden in der Bundesrepublik die ersten 3 Frauenhäuser in Berlin, Köln, Bielefeld. In allen Städten der Bundesrepublik bildeten sich zu diesem Zeitpunkt Frauenhausinitiativen. Wie unsere Gruppe zu arbeiten begann, zeigen wir im folgenden am konkreten Beispiel.

Der Beginn: Das „Scheitern" des ersten Versuchs

Als wir das Frauenhaus eröffneten, hatten wir – wie alle anderen Gruppen auch – die Vorstellung, daß ein Ausbruch aus den Gewaltverhältnissen für Frauen nur möglich ist, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft und Stärke verlassen. „Selbsthilfe" war das Stichwort und daraus folgte als Konzept die Selbstverwaltung des Hauses. Gleichzeitig hatten wir keine Vorstellung davon, wie so etwas konkret aussehen könnte. Es war damit klar, daß die Konkretisierung des Selbsthilfekonzeptes in der Praxis entwickelt werden mußte. Dies konnte unserer Meinung nach nur durch die ständige Reflektion der täglichen Erfahrungen, und zwar gemeinsam mit den Bewohnerinnen des Frauenhauses geschehen. Wir taten in dieser Situation, wie alle anderen auch, das was am nächsten liegt. Wir orientierten uns an dem, was wir kannten.
Dies hieß konkret: Die Frauen wohnten im Haus und wir (die Mitarbeiterinnen) hatten Dienst im Haus. Dienst haben hieß rund um die Uhr präsent sein: „Weil ja immer eine da sein muß, die sich auskennt." Nur Kochen, Waschen und Putzen war Sache der Bewohnerinnen. Die Mitarbeiterinnen gingen ans Telefon, erklärten alles für die „Neuen" vom Bettbezug bis zur Hausversammlung, gingen notfalls mit auf die Ämter, versuchten Konflikte zu regeln. Diese ganze Arbeit machten wir mit der Hoffnung, sie sei „vorübergehend". Wir leisteten sie mit dem Blick auf den Tag X, an dem die Bewohnerinnen die Selbstverwaltung des Hauses übernehmen und die Selbsthilfe ohne Mitarbeiterinnen funktionieren würde. Damit dies auch klappt, versuchten wir die Frauen mit einzubeziehen („Mach doch mit") und zu ermuntern („Mach du doch mal, was meinst du dazu"). Aber der berühmte Tag X, an dem die Frauen sagen würden, vielen Dank bis hierher, jetzt können wir alleine weiter, kam nie.

Dafür geschah etwas ganz anderes. Von den anfänglich 50 Mitarbeiterinnen waren wir bald nur noch 20. Die Dienste im Haus hatten wenig mit „politischer Arbeit" zu tun, so wie das vorherige öffentliche Spektakel um die Forderungen nach einem Frauenhaus.
Mit diesen individuellen Entscheidungen wurde es praktisch unmöglich, die Arbeit im Frauenhaus in der bisherigen Form weiterzuführen. Es mußte etwas anderes geschehen.
Es gab zwei Erklärungsmöglichkeiten dafür, daß sich usnere Hoffnungen nicht erfüllten.

– Die Frauen sind unfähig bzw. unwillig gegenüber den Selbstverwaltungs- und Selbsthilfekonzepten in der von uns vertretenen Form. Da die Dienste im Haus offensichtlich angenommen und gebraucht wurden, folgte daraus die praktische Konsequenz, Bezahlung für die Dienste zu fordern. Es müßte professionelle Arbeit an die Stelle der Dienste treten.

– Wir haben in unserer bisherigen Herangehensweise Fehler gemacht. Diese sind benennbar, und wir müssen einen neuen Weg erproben, um das Selbsthilfekon-

zept zu realisieren. Gelebte Vorbilder gibt es nicht, also gibt es nur die Suche nach dem richtigen Weg.
Nach langen Debatten um den Sinn und Unsinn von der Einstellung bezahlter, professioneller Sozialarbeit entschieden wir uns für den zweiten Weg – im Gegensatz zu den anderen Frauenhäusern in der Bundesrepublik.

Die Professionalisierungsdebatte

Wie in allen anderen Frauenhäusern auch, wurde bei uns die Bezahlung oder Nichtbezahlung von Sozialarbeit bzw. deren Existenz überhaupt diskutiert. Wir möchten hier jetzt nochmals die Professionalisierungsdebatte der Frauenhausarbeit unter dem Aspekt der Spaltung von Frauen aufgreifen. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die meisten Mitarbeiterinnen den ehrenamtlichen Dienst im Frauenhaus verweigerten, dominierte die politische Aktion um die Frauenhausfrage.
Jetzt ging es um das Konzept der internen Organisation des Frauenhauses. Wir fragten uns, was es für die Organisation, das Selbstverständnis, die Beziehungen untereinander und die Hierarchiebildungen im Frauenhaus bedeutet, wenn die Mitarbeiterinnen fest in den Tagesablauf eingeplant sind.
Zwischen Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen des Hauses gibt es einen entscheidenden Unterschied: Die einen kommen unmittelbar als von der Männergewalt und existentieller Not Betroffene, die anderen aufgrund politischer Motivation, ihr Anliegen ist die Veränderung der Gewaltverhältnisse gegen Frauen. Mitarbeiterinnen erwecken den Anschein, über Wissen, Kenntnisse, Fähigkeiten zu verfügen, die die betroffenen Frauen für den Umgang mit ihrer eigenen Situation nicht zu haben scheinen.
Sie geraten leicht in die Rolle derjenigen, die die anderen versorgen, ihnen Aufgaben und Schwierigkeiten abnehmen. Das dadurch entstehende Verhältnis von Mitarbeiterinnen, die versorgen, und mißhandelten Frauen, die versorgt werden, wird durch die Professionalisierung und Bezahlung nochmals zementiert. Die entstehende Hierarchie ist nicht aufhebbar, sie ist real da. Diese Hierarchiebildung im Frauenhaus begreifen wir als sozialarbeiterischen Ansatz.
Der Widerspruch zwischen Mitarbeiterinnen und Hausbewohnerinnen bringt vor allem die Mitarbeiterinnen in eine schwierige Situation: frauenbewegter Anspruch ist die Selbsthilfe, die Autonomie, die Selbstverwaltung. Die Übernahme sozialarbeiterischer Tätigkeit führt jedoch zur Abkehr von genau diesen Prinzipien. Dies hat für die Zielsetzung der Frauenhäuser entscheidende Konsequenzen. Aus der Perspektive der Sozialbehörden werden die Mitarbeiterinnen zu Mittlerinnen zwischen betroffenen Frauen und Sozialbürokratie. Sie sind Ansprechpartnerinnen für entstehende Probleme. Für die Bewohnerinnen des Frauenhauses sind die Mitarbeiterinnen – ob bezahlt oder unbezahlt – diejenigen, die diese Belange zu regeln verstehen. Mit der Übernahme sozialarbeiterischer Tätigkeit sind damit die Mitarbeiterinnen in einer unauflösbaren Zwickmühle, zwischen eigenem Anspruch und realer Tätigkeit.

Die Perspektive der patriarchalen Institution und die Sichtweise der Bewohnerinnen des Hauses stimmen in fataler Weise überein. Die Spaltung zwischen Mitarbeiterinnen und den Bewohnerinnen des Hauses ist zwangsläufig. Die meisten Frauenhäuser haben an diesem Punkt den üblichen Weg beschritten und das Dilemma in Richtung der Professionalisierung von Frauenarbeit aufgelöst. *Damit wird das Verhältnis opferbereiter Retterinnen der ersten Stunde und zu rettenden Opfern zur Grundlage der Beziehung zwischen mißhandelten Frauen und Mitarbeiterinnen und als solches institutionalisiert und perpetuiert.*
Mit dieser Einschätzung der Problemlage zogen wir in Bielefeld völlig andere

Konsequenzen. Es ging darum, das Problem der Spaltung zwischen Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen anzugehen. Dabei spielte es eine entscheidende Rolle, daß wir nicht von der Schwäche der Frau ausgehen, sondern von ihrer Stärke. Wir versuchten uns nicht als Vermittlerinnen zwischen Sozialbehörden und mißhandelten Frauen zu sehen und auch keine frauenbewegten Ansprüche vor uns herzutragen, sondern akzeptierten die ganz normalen Vorstellungen der betroffenen Frauen, die manchmal ganz und gar „unfeministisch" sind, vor allem hielten wir sie für fähig und stark genug, um mit ihren eigenen Situationen umzugehen. Diese ganz normalen Vorstellungen der Frauen, die ins Haus kommen, sind Grundlage einer möglichen Weiterentwicklung. Sie heißen:
– es war *mein* Mann, der geprügelt hat und ich muß mir jetzt einen anderen suchen
– Männer sind die einzigen Sexualpartner, d.h. wenn ich nicht auf Sexualität verzichten will, muß ich mir einen neuen Mann suchen
– die Familie ist die einzige Lebensform, etwas anderes finde ich nicht gut
– mit anderen Frauen ist sowieso nichts anzufangen.
Diese und andere Haltungen der Frauen sind Vorstellungen, die aus ihrem Erfahrungsbereich stammen und ihrer Realität entsprechen. Eine Frau die ins Frauenhaus kommt, steht einer völlig neuen und unbekannten Situation gegenüber. In dieser Situation hat sie natürlich Angst, aber Sie hat auch viel Kraft. sie hat die Verantwortung für sich und ihre Kinder mit dem Auszug aus der Wohnung und dem Weggang vom Ehemann bereits selbst übernommen. Jede Frau will etwas neues für sich anfangen und bringt auch eine gehörige Portion Wut mit ins Frauenhaus. Wenn ihr in dieser Situation Mitarbeiterinnen entgegentreten, die davon ausgehen, daß sie enorme psychische Probleme hat, daß man vorsichtig mit ihr umgehen muß, daß sie ein zerbrechliches Wesen ist, wird die Frau in ihrer Schwäche bestärkt und nicht in ihrer Stärke. Das Gefühl der Unterlegenheit, das viele Frauen aus ihren Erfahrungen (sowie den gesellschaftlichen Vorstellungen) mit Sozialarbeiterinnen schon haben, wird verstärkt und schafft neue Abhängigkeiten. Insofern kamen wir zu dem Schluß, daß *die Professionalisierung der Frauenhausarbeit nicht mit den Zielen der Selbsthilfe und Selbstverwaltung eines Frauenhauses vereinbar ist.*

Die neue Konzeption

Es wurde uns nach vielen Überlegungen klar, daß wir mit der Einstellung von Mitarbeiterinnen den Prozeß in Richtung Selbstverwaltung behindern würden. Die Vorstellung „vorübergehend . . . bis" hätten wir als illusionär aufgeben müssen. Also entschieden wir uns für die Suche nach einem neuen Weg und beschlossen nach vielen Diskussionen, daß die Mitarbeiterinnen sich aus den organisatorischen und internen Fragen des Hauses herauszuhalten hätten. Ab sofort wurden die Dienste der Mitarbeiterinnen abgeschafft und ihre Teilnahme an den Hausversammlungen reduziert.
Die Veränderungen waren erfolgreich: Nach einigen Wochen hatten die Frauen alle Arbeit, die wir bis dahin im Haus geleistet hatten, neu organisiert.

Der Tagesdienst
Zentrales Standbein dieser Organisation war der neu eingerichtete Tagesdienst. Tagesdienst heißt, daß jeweils eine Frau einen haben Tag die Verantwortliche im Haus ist. Sie muß sich um alles kümmern, was in dieser Zeit anfällt. Sie nimmt die Post in Empfang, bestellt Handwerker, läßt Besucher rein oder auch nicht, nimmt Telefonanrufe entgegen, nimmt neue Frauen auf und sie regelt alles was zu regeln ist.

Die Hausversammlung
Das zweite wichtige Standbein ist die wöchentliche Hausversammlung. Zum einen werden hier alle anfallenden praktischen Arbeiten und Aufgaben besprochen und verteilt. Zum anderen ist die Hausversammlung zu einem Forum geworden, wo Konflikte zwischen den Frauen besprochen werden. Jede Frau kann ihre Beschwerden, Fragen und Probleme einbringen und sie mit allen, die im Haus leben, besprechen. Sie kann diese Sachen auch nur hier besprechen, weil es keine Mitarbeiterinnen gibt, die als relativ Unbeteiligte durch private Bemühungen zwischen den Beteiligten zu vermitteln versuchen.

Verantwortlichkeiten
Weitere feste Verantwortlichkeiten werden unter den Frauen aufgeteilt und ab und zu gewechselt. Z.B. gehören dazu: über die Mietverträge Buch führen, Stromgeld einsammeln, die Putzgeldkasse, die Schlüsselkasse, das Telefongeld, die Hauswäsche etc.

Diese Organisationsform entspricht mehr den Vorstellungen von Autonomie und Selbstverwaltung als die bisherige Arbeit im Frauenhaus. Mit der nur scheinbar rein organisatorischen Veränderung im Frauenhaus verbindet sich eine weitreichendere Perspektive von Frauenhausarbeit.

Das Frauenhaus als Lebensraum

Das Frauenhaus wird vom reinen Zufluchtsort für mißhandelte Frauen zu ihrem Lebensraum. Das Frauenhaus stellt einen Raum dar, in dem Frauen gemeinsam leben, neue Formen des Zusammenlebens ausprobieren und sich für ihren eigenen Weg entscheiden können. Mit den beschriebenen Neuregelungen wird das gesamte Leben im Haus von den Bewohnerinnen selbst organisiert, ohne daß eine Zentralisierung der Verantwortung bei einer bezahlten oder ehrenamtlichen Sozialarbeiterin, Hausmutter oder ähnlichem nötig wäre.
Diese Situation ermöglicht, daß die Frauen das Haus nicht nur als Übergangs-„heim" oder „Durchgangslager" begreifen. Einige Frauen wollen in einem solchen Zusammenhang längerfristig leben.[5)]
Erst mit einer solchen Entscheidung wird das Frauenhaus zum Lebensraum. Da die Hausversammlung ein konstituierender Bestandteil der neuen Form des Zusammenlebens im Frauenhaus ist, sollen deren Prinzipien hier nochmal ausführlicher erläutert werden.

Das „Palaver"
Das wichtigste zum Verständnis der Hausversammlung ist nicht die Frage, was besprochen wird, sondern wie es besprochen wird. Es gibt grundsätzlich *keine* Abstimmungen. Die Diskussionen verlaufen so, daß ein Problem von allen Seiten, in seiner internen Widersprüchlichkeit und Gesamtheit diskutiert, und nach einer Lösung gesucht wird, die alle Interessen berücksichtigt und der alle Beteiligten zustimmen können. Häufig muß ein völlig neuer Weg gesucht werden, und manchmal wird auch keine adäquate Lösung gefunden. Dann muß das Problem nochmal besprochen werden, oder es entsteht eine Lösung im Alltag.
Ein weiteres Prinzip ist: Beschlüsse sind *umstößlich*. Es gibt kein festes Regelgefüge von Beschlüssen, das in alle Ewigkeit befolgt werden muß. Feststehende Regeln ignorieren immer die Besonderheiten und Einzelaspekte von Problemen. Der Einzelfall in seiner Gesamtheit wird auf einen den Regeln entsprechenden Aspekt reduziert. Wir versuchen immer, für individuelle Situationen individuell angemessene Lösungen zu finden. Was in der einen Situation gut und richtig ist, muß in der nächsten scheinbar ähnlichen Situation noch lange nicht richtig sein.

Folglich sind Beschlüsse und Entscheidungen der Hausversammlung weder unumstößlich noch ewig gültig.[6] Jede Frau kann jederzeit eine neue Debatte beantragen.
Das Ausdiskutieren von Problemen, die Umstößlichkeit von Beschlüssen, die Nicht-Existenz von Regelsystemen, die individuelle Diskussion von Problemen sind Prinzipien des Umgangs von Frauen miteinander, die das Leben im Frauenhaus als Lebensraum möglich machen.

Das Zusammenleben und -arbeiten von Frauenhausbewohnerinnen
Warum nun gibt es immer noch den Frauenhausverein? Die Vereinsfrauen verstehen sich inzwischen als Unterstützerinnengruppe.[7] Uns geht es um die finanzielle und politische Absicherung und Verteidigung der Idee, das Frauenhaus den Frauenhausfrauen als Lebensraum aufzubauen. Der neue Weg, den wir eingeschlagen haben, muß immer wieder nach außen abgesichert werden. Zu diesem Zweck stellen die Vereinsfrauen ihre Fähigkeiten in der politischen Diskussion zur Verfügung. Darüberhinaus übernehmen sie Arbeiten, die die Hausbewohnerinnen nicht leisten können:
– neue Frauen abholen (die meisten Frauen im Haus haben keinen Führerschein)
– Spenden eintreiben
– neues Haus suchen
– Artikel schreiben
Außerdem leben einige der ehemaligen Mitarbeiterinnen mit im Frauenhaus. Sie leben dort mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle Frauen. Der Lebensraum Frauenhaus beinhaltet inzwischen nicht nur das Zusammenleben im Haus, sondern auch das Zusammenarbeiten in selbstverwalteten Projekten. Es gibt mittlerweile drei Läden, die von den Frauenhausfrauen betrieben werden, einen Gebrauchtmöbelhandel, einen Gebrauchtkleiderladen und einen Naturkostladen.

Frauenmacht im Frauenhaus

Mit der Realisierung unseres Konzepts hat sich ein feministisches Politikverständnis konkretisiert, das die Kraft, Phantasie und produktive Fähigkeiten von Frauen, die Beziehungen unter Frauen und das Leben mit Frauen wichtiger nimmt als Forderungen an den Staat und das Eintreiben von Geldern.
Mit unserer Ablehnung von Regeln, von neuen Gesetzen, von neuen Auflagen behaupten wir einen relativen Freiraum, in dem wir selbst entscheiden können, wie wir unser Leben im Frauenhaus gestalten. Wir lehnen einen Sonderstatus für die Frauenhäuser ab und benutzen die ganz normalen Finanzierungsmöglichkeiten, indem wir die Zimmer an die Frauen vermieten. Auf die Finanzierung durch die Sozialhilfe hat jede Frau ohne Einkommen ein Recht, unabhängig davon, ob sie mißhandelt wurde oder nicht. Wir wollen keinen Sonderstatus. Mißhandlung ist ein allgemeines und kein Sonderproblem.
Zu unserem Politikverständnis gehört auch, daß wir keine Frauen abweisen. Wir begrenzen die Aufnahme nicht auf mißhandelte Frauen, sondern nehmen auch andere Frauen in Notsituationen auf, z.B. Frauen die aus der Haft oder Psychiatrie entlassen wurden, junge Frauen, die von ihren Vätern mißhandelt oder aus dem Haus geworfen wurden. Wir weigern uns nach wie vor, Frauenhäuser als Dienstleistungsbetriebe zu sehen und daran mitzuwirken, selbige zu institutionalisieren. Die Frauenhausbewegung, die zur Zeit daran beteiligt ist, die Frauenhäuser bundesweit über ein Frauenhausgesetz abzusichern, ist genau auf diesem Weg. Das Problem der mißhandelten Frau wird durch den Staat aufgegriffen und gesetzlich geregelt.
Damit ist die Frauenhausbewegung jedoch keineswegs unpolitisch geworden. Sie ist höchstpolitisch im Sinne der Reproduktion von Verhältnissen, wie sie sind. Mit

dem Frauenhausgesetz wird eine Lücke im „sozialen Netz“ gefüllt, die die Gewalt gegen Frauen als soziales Sonderproblem verniedlicht.
Diese Vorgehensweise lehnen wir ab und suchen weiterhin nach anderen Möglichkeiten, um das Zusammenleben von Frauen als positive Alternative dagegenzusetzen. Da unsere Zugangsmöglichkeiten zu Geld durch unsere Ablehnung jeglicher Kontrolle sehr geringfügig sind, hat sich im letzten Jahr ein Förderverein gegründet. Der Zweck dieses Vereins besteht insbesondere in der sachlichen und finanziellen Unterstützung der Ziele der autonomen Frauenhäuser Bielefelds. Wir möchten hiermit alle Frauen, die unsere Ziele unterstützen, zum Beitritt in den Förderverein auffordern und/oder um Spenden bitten.

Anmerkungen

1) *Haushaltstitel sind ja immer an formale und inhaltliche Vorgaben gebunden.*

2) *Den Aspekt der Kontrolle durch (staatliche) Sozialarbeit lassen wir hier unberücksichtigt.*

3) *Wir wollen hier nicht diskutieren, ob diese Annahme einzelnen Menschen in spezifischen Situationen angemessen ist.*

4) *Um dies zu verdeutlichen, sei hier kurz erwähnt, wie die Stadt Bielefeld – mit der Behauptung, die den Frauen gezahlten Mieten seien eine institutionelle finanzielle Förderung des Frauenhauses – auch versuchte, ihre Vorstellungen durchzusetzen:*
– Das Sozialamt verweigerte einzelnen Frauen die Sozialhilfe, insbesondere die Mietkosten mit der Begründung, sie gehörten nicht ins Frauenhaus (sondern z.B. in die Stadt XY oder in die Obdachlosenunterkunft), d.h. die Verwaltung versuchte zu bestimmen, welche Frauen das Frauenhaus aufnehmen darf. Die betroffenen Frauen mußten (und konnten) ihre Ansprüche gerichtlich durchsetzen.
– Als der Frauenhaus-Verein ein zweites Haus eröffnete, verweigerte die Stadt allen dort lebenden Frauen die Mietkosten unter Berufung auf einen (älteren) Beschluß der politischen Gremien, kein weiteres Haus in Bielefeld zu fördern. Auch hier mußten die Frauen Gerichtsverfahren einleiten, um ihre Ansprüche durchzusetzen.
In beiden Fällen war die Tatsache, daß das Frauenhaus nicht öffentlich gefördert wird (sondern die Frauen ihr individuelles Recht auf Sozialhilfe beanspruchen) zentrale und elementare Voraussetzung real praktizierter Autonomie: wir *bestimmen, daß wir alle Frauen in Notsituationen aufnehmen;* wir *bestimmen, was ein Frauenhaus ist;* wir *bestimmen, wieviele Frauenhäuser wir machen.*
Im Falle einer institutionellen Finanzierung, z.B. durch Tagessätze, wären unsere Durchsetzungschancen gleich Null gewesen.

5) *Dies trifft natürlich nicht auf alle Frauen zu. Auch bei uns ziehen Frauen aus und gehen zu ihren Männern zurück. Zahlenmaterial dazu haben wir nicht, da wir keine Akten oder Statistiken führen.*

6) *Von den Hausversammlungen werden Protokolle geschrieben, die nicht nur die Entscheidungen enthalten, sondern vor allem den Prozeß der Gespräche festhalten.*

7) *Ansonsten sind wir natürlich auch berufstätig (teilweise in den eigenen Läden), Studentinnen, Erwerbslose oder Sozialhilfeempfängerinnen.*

Regina Michalik

Politik: das Leid mit einer Leidenschaft

„Gestern standen wir noch am Rande des Abgrunds, heute sind wir zum Glück einen Schritt weiter." (Theater Poging/Amsterdam)

Ja, genau das ist sie – die Situation von Frauen in der Politik, oder – ich will ja keiner zu nahe treten – meine Situation als Frau, als Feministin in der Parteipolitik. Als ehemalig „autonome" Bewegungsfrau nun als „Funktionärin", als eine einer Auch-Frauen-Partei Vorstehende.[1)] Ausprobieren, ob frau bei den GRÜNEN feministische Politik machen kann, wollte ich, und zwar an entscheidender Stelle. Mehr als zwei Jahre probe ich schon, und das Stück ist immer noch nicht abgesetzt . . .

Die Lage oder der Abgrund

Es scheint sich doch etwas verbessert zu haben für uns; der Kampf hat sich doch anscheinend gelohnt, oder etwa nicht? Mehr Frauen in der Politik, mehr Frauen in der Öffentlichkeit, die Gruppenbilder mit Dame werden häufiger. Mehr Frauen sind auf dem Erwerbsarbeitsmarkt; mehr Frauen lassen sich scheiden. Es gibt zwar keine Lohngleichheit, aber ein paar gewonnene Prozesse um gleichen Lohn. Die Gewerkschaften reden für Quotierung und gegen den § 218, der Deutsche Frauenrat zumindest für das erste. An einigen Unis gibt es Frauenbeauftragte; die Managerinnen organisieren sich europaweit. Alle reden von Frauen. Alle machen anscheinend was für Frauen. Wir haben eine Unter-anderem-auch-Frau-Ministerin, denn O-Ton besagter Ministerin: „ohne Frauen ist kein Staat zu machen". Dieser Spruch drückt die Zweischneidigkeit gut aus: Frauen als Paradestuten, als Zielgruppe für Profilierungsversuche, als die, von denen mann andauernd reden kann ohne etwas zu sagen, geschweige denn etwas zu tun.
Einen Schritt weiter als vorher? Frauen sind und bleiben die ärmsten, die schlecht bezahltesten, und dies wird noch schlimmer werden. Aus dem Gleichheitsgrundsatz folgte in 40 Jahren nichts – außer Angleichung: zwar nicht in der Lohnstatistik und Arbeitsbelastung, aber in der Lebenserwartung. Da, wo es „paßt", sich lohnt – für das Patriarchat, den Arbeitgeber, die Wirtschaft, das Parteiimage – dürfen Frauen männliche Qualitäten übernehmen: Belastbarkeit, Konkurrenzfähigkeit, Flexibilität und Orientierung an Sachzwängen. Da, wo es nicht „paßt", bleiben Frauen halt anders: weicher, sensibler, bescheidener, warmherziger, chicer, verführerischer und eben „anders". Das ist machbar – und wir Frauen machen es auch. So setzt sich das patriarchale Prinzip der Machbarkeit überall durch: in den Geschlechterrollen wie in der Wissenschaft, Technik und Wirtschaft. Ausbeutung der Natur wie Ausbeutung der Frauen. Die Folgen der einen sind für alle unübersehbar, ja lebensbedrohend: radioaktive Verseuchung nicht erst nach Tschernobyl, Rheinverschmutzung nicht erst nach Sandoz. Ob Hühnchen, Nudeln, Wein oder Nachtcreme – alles ist für alle lebens-gefährdend. Die Ausbeutung der Frauen bleibt unspektakulär; mann leidet ja nicht darunter, und frau hat sich fast schon dran gewöhnt.

Perspektive oder der Schritt voran

Egal ob es nun „fünf-vor-zwölf", „nie-zu-spät", „schon-längst-zu-spät" ist oder das „Wassermannzeitalter", das „New Age" gerade heranbricht: für alles läßt sich

eine Statistik und eine Gegenstatistik finden, eine Erfahrung und eine Gegenerfahrung. Nur – was letztlich zählt, ist das subjektive Lebensgefühl, die individuelle, alltägliche Situation und Perspektive. Und die wird bestimmt durch steigende Erwerbslosigkeit, ja Armut, steigende Krebsraten, steigende Wahrscheinlichkeit, beim nächsten Atom- oder Chemieunfall nicht mehr zu denen zu gehören, die ganz weit weg sind.

In dieser Situation Politik machen? Zehnjahrespläne zur Quotierung erkämpfen mit der Perspektive einer qualitativen Veränderung von Politik und Öffentlichkeit im nächsten Jahrtausend? Oder – besser – Quotierung für sofort, in der eigenen Partei, die dann aus Mangel an Frauen nur mühsam erfüllt wird oder von den auf Grund dieser Quoten gewählten Frauen wieder verwässert oder gar abgeschafft wird?

Die neue Bundestagsfraktion der GRÜNEN ist – ein Erfolg unseres Kampfes um mindestens 50% aller Listenplätze – zwar mit knapp 60% Frauen nach dem Reißverschlußprinzip, also abwechselnd frau-man-frau, besetzt. Doch sie wählte in die beiden Ausschüsse, um die sich die meisten stritten (Auswärtiger und Innenausschuß) jeweils zwei Männer und eine Frau – ein exakter Verstoß gegen unser Programm, und das, obwohl frau für den zweiten Platz sogar unter mehreren Frauen hätte auswählen können.

Für mehr Frauen in der Politik, die dann die zunehmende Zahl von Unfällen, von Korruption, von Verseuchung ausbaden und öffentlich vertreten sollen, Reparaturmaßnahmen machen sollen, dort, wo nichts mehr zu reparieren ist? Jede kann sich ausrechnen, daß jede Minute ein AKW in ihrer Nähe in die Luft gehen kann und daß sie wahrscheinlich nicht unter den wenigen sein wird, die gemütlich, zufrieden und einigermaßen gesund im Ohrensessel den kleinen Feministinnen des nächsten Jahrtausends von ihren Erfahrungen mit Sprühaktionen, Demos, Frauenfesten und Frauenlieben erzählen kann.

Wieso dann eigentlich Politik machen? Es gibt eigentlich nur zwei Gründe: 1. Frau hält es anders nicht aus; denn Politik hat trotz aller Perspektivlosigkeit den Effekt, nicht völlig dem Gefühl, nichts tun zu können, ausgeliefert zu sein. 2. Frau hat einfach Lust dazu, fühlt sich in irgendeiner Form dazu gereizt: durch den Reiz der Öffentlichkeit, des Mächtig-Seins, des Kampfes und Erfolges oder einfach des Neuen. Politik als eines der letzten Abenteuer dieser Zeit.

Einen anderen Grund als diese zwei kann es letztlich nicht geben. Denn wer kann wirklich vollsten Herzens und Wissens behaupten, wir hätten durch die Politik der letzten Jahre tatsächlich bewiesenermaßen Entscheidendes verändert und könnten es auch weiterhin? Dies gilt für den Gang durch die Institutionen – die Wühlarbeit in Gewerkschaften, Parteien, Unis, Betrieben . . . – wie für den sogenannten privaten Weg; denn das Revolutionierende von Frauenreparaturarbeit im Frauenhaus oder Notruf, Bewußtseins- und Dienstleistungsarbeit im Cafe, Bildungswerk oder Buchladen, der feministischen Schafzucht oder der leidenschaftlichen Frauenliebe (das noch am ehesten!) muß „sich" oder frau auch erst noch beweisen.

Wenn es also keinen andern Grund gibt, dann muß frau alles daran setzen, daß Politik so viel Spaß macht wie möglich; wenn die Perspektive, die Zukunft unklar, unsicher ist, muß die Gegenwart um so bestechender, überzeugender sein – nebenbei bemerkt macht das natürlich Politik auch effektiver, wenn die Politikerin Spaß dran hat.[2)] Hierzu möchte ich auf Grund meiner Erfahrungen ein paar Überlegungen mitteilen[3)]; *die* richtige, umfassende Theorie und Analyse sucht frau bei mir vergebens. Wenn sie sie irgendwo anders findet, soll sie mir bitte sagen wo; ich bin schon seit langem auf der Suche.

Vom neuen Umgang mit den alten Prinzipien

Stärke statt Schwäche oder wie stark ist frau, wenn sie schwach wird

Der Mythos vom „schwachen Geschlecht" ist ja wohl hinreichend theoretisch wie praktisch widerlegt, aus unserem Verhaltensrepertoire das zugehörige Gehabe gestrichen. Vorbei die Zeit der Kofferträger und Türaufhalter, der Erfolgsstrategie der Tränen. Gut, die verzweifelte Frau vor dem stehenden Auto auf dem Randstreifen wirkt immer noch – genauso wie die Kategorie der Leichtlohngruppe. Wenige glauben noch an die Schwäche der Frauen, ja sie haben sogar Angst vor ihrer Stärke, wenn frau „wissenschaftlichen" wie privaten Untersuchungen über Männerängste Glauben schenkt. Nicht Männer scheinen den Glauben an weibliche Schwäche zu nähren, sondern Frauen – sicher auch gerade aus Angst vor ihrer eigenen Stärke. Denn Stärke bedeutet auch Macht haben, bedeutet, aus der jahrhundertelang gelernten Rolle des Opfers herauskommen und „Täterin" werden; Täterin heißt erst mal nur „Tätige"; die negative Bedeutung als „Schuldige" ist nur *eine* der möglichen und notwendigen Bewertungen der Folgen ihrer Tat. Denn „Täterin" heißt verantwortlich sein und damit zur Verantwortung gezogen werden können – positiv als Anerkennung wie negativ als Schuldzuschreibung.
Wir hatten letztlich kein anderes Modell von Stärke als das der Männer. Hier gehörte und gehört neben Körperkraft Sachlichkeit, Objektivität, analytisches Denken, Unangreifbarkeit, Konsequenz, Geradlinigkeit, Orientierung an Sachzwängen zum Programm der Stärke, dem Programm der Männlichkeit. Wie wacklig diese Stärke ist, wissen wir – kein Wunder, fehlt ihr doch die „andere" Seite, die Emotionalität, Subjektivität, das Denken in Zusammenhängen, Angreifbarkeit, Unbe-rechenbarkeit (ganz wortwörtlich verstanden) und Widersprüchlichkeit.
Sicher geht es nicht darum, das eine durch das andere zu ersetzen, sondern es zu ergänzen, zu einem Ganzen zu machen. Hierbei kann es nicht darum gehen, den männlichen Deformationen die weiblichen hinzuzufügen. Denn unsere jahrtausendealte Geschichte der Unterdrückten, unsere Rolle und unser Verhalten, Denken und Fühlen als Pendant zu dem unserer Unterdrücker hat natürlich auch uns von einem potentiell ursprünglich ganzheitlichen Wesen entfernt.[4]) Ein solches unserer Zeit und Entwicklung entsprechendes muß erst noch (wieder-)gefunden werden.
Wie eine solche „ganzheitliche" Politik bzw. Politikerin aussehen könnte, dafür gibt es nur vereinzelte Beispiele, Beispiele einzelner Personen in einzelnen Situationen; es fehlen kontinuierliche Beispiele, wirkliche Vor-Bilder. Diese Vor-Bildlosigkeit verunsichert uns und läßt uns immer wieder dem alten Bild *des* sachlichen, überlegenen, allwissenden, Experten, des Be-Herrschers jeder Situation nacheifern, positiv ergänzt durch den Part der menschlichen, warmen Person, die sich um das Wohl des Ganzen kümmert; ansatzweise verkörpert heute die Figur der Bundespräsidenten-Gattin diese Rolle, abgespalten und aufs Caritative beschnitten.
Wenn wir uns an diesem Bild des (männlichen) Politikers messen, müssen wir versagen. Denn dies haben wir nicht gelernt. Nicht nur, daß wir doppelt und dreimal so gut sein müssen als Frau; wir müssen auch „irgendwie anders" sein. Denn haben wir es geschafft, so gut wie Männer zu sein, bekommen wir trotzdem keinen Beifall, haben keinen Erfolg; denn was wir als Frau wie ein Mann machen, ist nun mal nicht dasselbe. Die Beispiele sind altbekannt: Anträge von Frauen werden abgelehnt, die gleichen, von Männern vorgetragen, angenommen. Für vergleichbare Reden ernten Männer tosenden Beifall, Frauen leichtes Geplätscher und Massen von Kritik.
Deshalb können wir letztlich nie mit Männern konkurrieren, sind quasi „außer Konkurrenz". Sind wir aber „anders" – was immer das auch sein mag – so genügen

wir nicht den männlichen Kriterien der Politik, den männlichen Strukturen, die sich leider langsamer ändern als die Frauen (sich anpassen), die sich in sie hineinbegeben.
Was tun? Letztlich können wir nur die sein, die wir sind – in all der Unzureichlichkeit und Widersprüchlichkeit, wie sie bspw. Thürmer-Rohr beschrieben hat, aber auch in aller Nicht-ganz-so-Deformiertheit, in allem „Mehr-sein". Letztlich ist dies unsere einzige Chance, positive Macht zu erlangen, indem wir wirklich *sind*, die wir sind. Mary Daly spricht von der Macht des Sei-enden, der Macht der Anwesenheit. Es gibt den Ausdruck der „Seins-Autorität", der Autorität durch Sein, nicht durch Funktion, Rolle, Position – eine Autorität, die nur wenige Frauen verkörpern, die sicher ansatzweise in vielen verborgen ist. Warum? Ganz einfach – weil Frauen so wenig *sind* , sie selbst sind; denn sie dürfen und durften oder konnten es oft nicht, zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Wenn sie sich aber trauen, so zu sein, wie sie sind, dann sind sie häufig mächtig. Und das löst nicht zuletzt bei ihnen selbst Angst aus, weil sie zum einen Macht mit negativer Männer-Macht, mit Gewalt verbinden und ihnen zum anderen das ganze Ausmaß ihrer Person, ihrer Potenz, ihrer Möglichkeiten bewußt wird mit allen möglichen Folgen, aller Verantwortung. Ausweg ist dann oft die altbekannte Opferrolle, das Schlupfloch.[5)] Sein und die damit verbundene Macht ist nicht zu verwechseln mit bloßem Anwesend-Sein. Es ist kein Wunder, daß Frauen sich häufig beschweren, übersehen, nicht gehört zu werden. Dies ist nicht nur männliche Ignoranz. Viele Frauen sind häufig anwesend, reden auch viel, sind aber nicht richtig da als sie selbst, sondern als Plagiat dessen, wie sie gesehen werden wollen. Andere tauchen auf, sagen wenig, treten aber in Er-scheinung (das „er" stört mich!), hinterlassen Eindruck, weil sie sie selbst sind.
Diese Erfahrungen führen häufig dazu, daß Frauen sich auf den Bereich des Privaten verlegen; denn hier ist ihnen ihre Macht sicher, die Macht in Beziehungen zu Mann und Kind, die öffentlich un-sichtbare Arbeit, die häufig privat un-sichtbare Macht ist, un-sichtbar aber nicht un-wirksam, un-reflektiert und un-eingestanden und deshalb oft schwer zu unterscheiden von Herr-schaft, die wir als Feministinnen doch ablehnen.

Gemeinsam sind wir stark

Ein wichtiges Hindernis in Bezug auf weibliche Stärke ist das ungeschriebene Verbot eigener, individueller Stärke und Macht – im positiven Sinn; die Erfahrungen mit sogenannten „Durchzockerinnen": mit Frauen, die sich auf Kosten anderer Frauen profilieren, einer Position be-mächtigen, andere Frauen ausbeuten, sollen hier nicht zum wiederholten Male benannt werden, so wahr und wichtig sie auch sind. Ich möchte an dieser Stelle einen meiner Erfahrung nach wesentlichen anderen Aspekt beschreiben: die auch heute noch wichtige Erkenntnis, daß Zusammenhalt, Gemeinsamkeit, kollektives Handeln, Frauen aus der Position der Unterdrückten teilweise zu befreien vermag, hat verschleiert, daß auch jede Einzelne Stärke und Macht hat, ja, daß persönliche und individuelle Stärke auch Voraussetzung für gemeinsame ist. Wenn wir gemeinsam stark sind, muß ich dann allein schwach sein? Es scheint oft so. Die Klagen von Frauen, die sich in Positionen begeben haben, sich aus der Masse der Frauen hinausbegeben, den Kopf aus ihrem Kollektiv herausgestreckt haben, über die Anfeindungen und Zurechtweisungen der alten Mitstreiterinnen sind bekannt. Die Frage der „Schuld" ist hier allerdings fehl am Platz. Denn zu jedem Macht-Spiel gehören mindestens zwei. Und die, die sich ab-hebt, hebt sicher oft tatsächlich ab, grenzt sich ab. Bietet das Kollektiv, das Gemeinsame, nicht mehr die Grundlage zur eigenen Identität, so muß es häufig das Unterschiedliche, das Andere sein, das Sich-Unterscheiden.[6)]

Für eine neue Art von Selbst-Erfahrung(s-gruppen)

Was in der alten neuen Frauenbewegung jahrelang zentral war, die Selbstfindung, das Selbst-Bewußtsein-Finden, ist heute völlig herausgedrängt. Die alte Praxis der zeitweiligen völligen Konzentration auf das eigene Selbst, der völlige Rückzug, Beobachtung des eigenen Selbst-werdungsprozesses und der kollektive Austausch darüber waren nötig zu einer bestimmten Zeit, einem bestimmten Stand der Frauen und der Frauenbewegung. Heute ist die Situation eine andere. Wir sind nicht stehengeblieben, waren und sind tatsächlich in Bewegung. Wir haben uns zahlreich in neue Aufgabenfelder gewagt, neue Erfahrungen gemacht. Diese Erfahrungen gilt es zu verarbeiten, zu reflektieren, an den eigenen persönlichen wie politischen Kriterien zu überprüfen. Frauen haben sich in Machtpositionen gewagt, die sie früher für sich selbst für unvorstellbar gehalten hätten; dies gilt besonders für den Bereich der Parteipolitik, für Frauen im Wissenschafts- und Wirtschaftsbetrieb, in Institutionen aber auch für Frauen in autonomen Projekten, die wenig aber doch mehr Geld, Stellen und öffentliche Einflußnahme bekommen haben. Dies erfordert Selbst-bewußtseins-trainings in neuen Formen – nicht bloßes Verhaltenstraining, nicht als bloßen Austausch von Gefühl, von purem „Bauch". Das Wort Bewußtsein macht es schon deutlich: es geht um Be-wußt-heit und um Sein. Es gilt, die Spaltung des alten marxistischen Satzes vom Sein, daß das Bewußtsein bestimmt, aufzuheben, zu einem neuen Bewußt-Sein zu finden, zu einem wirklichen Selbst-Bewußt-Sein. Notwendigen Rückzug und Offensive, Denken und Handeln zu verbinden. Und das geht eben nicht „so-neben-bei" im „mal-über-mich-nachdenken", was meist auch nur dann Raum bekommt, wenn Frau durch Krankheit sich ins Bett und aus der Politik zwingt. Selbstfindung ist ein schwieriger und auch schmerzhafter Prozeß – und zwar lebenslänglich. Die Frauenbewegung hat dies sicher vielen Frauen erleichtert, indem sie neben individueller Hilfe und Unterstützung uns eine kollektive Identifikationsmöglichkeit angeboten hat, das große „Wir-Frauen", die kleinere Frauengruppe. Ein Angebot, das sicher wichtig war für uns Frauen, wo es doch im Patriarchat für uns an Identifizierungsmöglichkeiten mangelt. Um unser Ich im Wir zu finden, mußten wir jedoch über Unterschiede hinwegsehen und verstellten uns darüberhinaus oftmals den Blick auf unser eigenes, alleiniges, individuelles einsames Ich – sicher auch weil wir froh waren, unsere Unzulänglichkeit, das worunter wir jahrelang gelitten hatten, unser mangelndes Selbst-Wert-Gefühl aus dem Auge wischen zu können. Diese Möglichkeit bietet sich uns heute nicht mehr in dem Maße; zu schmerzhaft haben wir unsere Unterschiede gemerkt, haben Konkurrenz erlebt; zu stark war die Erfahrung, daß letztlich jede im Alltag doch wieder auf sich selbst zurückgeworfen wird. Letztlich sind wir immer noch oder wieder zutiefst über uns selbst ver-unsichert, was sicher nicht allein unsere persönliche Schuld ist: es ist schwer, in dieser Gesellschaft, in der Mach-barkeit, Flexibilität, Zwang zur massenhaften Individualität, Leistung, Funktionieren, Funktionalisieren herr-scht, sich selbst zu finden, eine Sicherheit in sich zu erreichen, wo jeder Sicherheits-rahmen unerreichbar ist: Familie, soziale Versorgung, berufliche Zukunft, Schutz vor Verseuchung durch Radioaktivität, Chemie, Zeitgeist oder was auch immer. Darüberhinaus verlangt Selbstfindung bei noch so scheinbar sicheren Rahmenbedingungen zuerst immer den freien Fall, die Schwebe, den Schritt in die Un-Sicherheit, der besonders schwer ist, wenn alles drumherum auch noch unsicher ist.

Zu lange haben wir uns über andere definiert: die Frau von, Freundin von, Tochter von . . . meist über Männer. Diese Identifikation ersetzten wir häufig über die mit einer Gruppe von Frauen. Heute ist es Zeit, daß wir uns über niemanden als uns selbst definieren. Da wir aber häufig nicht wissen, wer wir sind, definieren wir uns wiederum über andere, nicht mehr über das Gemeinsame, sondern über das Unterschiedliche. Ab-Grenzung ist ein zentrales Phänomen unter Frauen in der

Politik: Abgrenzung im Kollektiv als Abgrenzung von der anderen Strömung, der anderen Fraktion, der andern Gruppe von Frauen oder individuell von einer bestimmten anderen Frau, der politischen Gegnerin bzw. Konkurrentin. Identität durch „anders-als", „nicht-so-wie", „im-Gegensatz-zu" zu beschreiben und zu finden bedeutet Grenzziehung und bewirkt Starrheit, Unoffenheit, das Unvermögen, über die eigene unsichere Grenze hinauszugucken und sich hinauszuwagen – aus Angst vor dem Verlust unseres Selbst, das wir doch gerade finden wollen.
In der Sprache des politischen Alltags gesprochen, führt dies zu Fraktionskämpfen, reinen Abwehrkämpfen, fruchtlosen Diskussionen, die im Entweder-Oder verharren, zur bloßen Verteidigung von Positionen, Abstimmungskämpfen, Zuordnung in Schubladen, Ver-Hinderungspolitik, Funktionalisierung von Frauen. Sicher gibt es Positionsunterschiede zwischen Frauen, auch zwischen Feministinnen, aber die werden oft nicht ausgetragen; erst kommt das hohle Gerede von Frauensolidarität, dann die Solidarität des Lagers. Die Frauen der neuen Bundestagsfraktion beschörten in mehreren langen Frauen-Fraktionssitzungen vor der 'eigentlichen' Gesamtsitzung Frauensolidarität, ja die Frauenmehrheit bei Abstimmung. Danach begann der individuelle Kampf um die Macht und die Wahl von Männern entgegen Quotierungsbeschluß, weil die Frauen nicht 'der richtigen Strömung' angehörten.
Bei der Findung der eigenen Position und Person stößt frau ständig auf Widersprüche – und zwar in sich selbst. Zu verlockend ist es, diese durch die scheinbar größeren Widersprüche gegenüber den andern zu verdecken. Welche hat noch nie an ihren politischen Positionen gezweifelt, die eigene Strategie in Frage gestellt, und eben auch die eigene Person. Jede ist widersprüchlich: möchte Macht und hat Angst davor, weiß was sie will und vergißt es wieder, ist sicher und unsicher, liebt Frauen und haßt sie wiederum, möchte Freiheit und sucht Versicherungen, ist unberechenbar und berechnet sich selbst. Das ist unsere Identität. Unser Ideal – die integrierte Persönlichkeit, die ganzheitliche Person, Vereinigung der Gegensätze – erreichen wir nur, indem wir Widersprüche leben, zu-lassen, in dem wir uns selbst zulassen.
Das paßt natürlich nicht zur Politik der klaren Linie, des Pro und Contra, Entweder-Oder, ja oder nein, in der es nur binäre Fragen und binär denkende und fühlende Menschen geben darf. Entweder wir verändern die Politik nach unserer Identität, oder die Politik wird uns verändern.

Wir wollen keine Herr-schaft

Schon lange wissen wir, daß Frauen nicht unbedingt friedfertig, friedlich, aggressionslos sind. Wir wehren uns dagegen, es sein zu müssen; gleichzeitig können wir aber mit unserer Wut und Aggression, unserem eigenen Konkurrenzverhalten nicht umgehn, sie uns selbst und anderen Frauen nicht zugestehen. Sanft, verständnisvoll, lieb und nett – gegen diese Rolle wehren wir uns berechtigterweise. Sensibilität, Wärme bspw. aber wollen wir auch nicht so einfach mit dem Job der Politikerin ablegen; sie lassen sich auch nicht zu Beginn der Sitzung ab- und danach wieder anschalten. Wir müssen uns entscheiden: versuchen wir, unsere Emotionen zuzulassen oder sie uns abzuschneiden. Emotionen lassen sich auch nicht teilen in gewollte und nicht-gewollte, erwünschte und nicht-erwünschte. Entweder wir stehen zu unseren Aggressionen, lassen uns brüllen, schreien, zuschlagen (verbal, manchmal vielleicht auch non-verbal), laufen aber auch Gefahr, vor unserer Schwäche, Trauer, Verletztheit nicht sicher zu sein.
Viele Frauen üben aus Angst vor ihren eigenen Emotionen oder aus Anpassung an die scheinbaren Sach-Zwänge in der Politik Selbst-Be-Herrschung. Sie scheint nötig zu sein, um ernstgenommen zu werden, un-angreifbar, „richtig" politikfähig

zu sein, um mit Männern konkurrieren zu können. Eine Illusion: denn wir werden immer mit zweierlei Maß gemessen werden, nie männlichen Kriterien genügen, auch wenn wir uns noch so sehr maß-regeln, an-passen. Und selbst wenn wir es wirklich perfekt könnten, so kann es doch nicht unser Ziel sein, diese absolute Selbst-beherrschung, da wir doch als Feministinnen jede Herr-schaft ablehnen. Sicher, wir begeben uns aufs Glatteis; aber warum sollte Politik sicherer sein als Leben überhaupt, auch als Privatleben. Der verzweifelte Versuch, Sicher-ungen einzubauen, führt in Beziehungen wie im politischen Handeln meist in eine Sackgasse, und in noch mehr Unsicherheit. „Menschen sind Opfer ihrer Rüstungen, die sie geschaffen haben, um sich sicher zu fühlen. Jedes neue Waffensystem steigert eine fiktive Kontrolle von Unsicherheit . . . und vergrößert die reale Unsicherheit" beschreibt Schmidtbauer den Zusammenhang von Politik und Privatleben, den Trugschluß von Sicherheit. Mann mag meinen, das eine hätte mit dem anderen nichts zu tun. Frau erinnert sich vielleicht an den Artikel von Helke Sander über den Zusammenhang zwischen Liebe und Mittelstreckenraketen. Welche es eher marxistisch-wissenschaftlich mag, die sei an die Frankfurter Schule, insbesondere an Marcuses Theorie vom Triebverzicht, der Herrschaft hervorruft und stabilisiert erinnert. Welche dies alles nicht überzeugt, die greife zur Empirie und beobachte die herr-schenden Politiker, denen Panzer, Rüstungen und Sozialabbau in Gesicht, Gestik und Körper geschrieben sind.
Die praktischen Konsequenzen für jede Frau bestehen darin, Gefühlsausbrüche an unpassender Stelle zuzulassen, emotionale Begründungen, bspw. Angst im Zusammenhang mit dem Engagement von Müttern nach Tschernobyl, ernstzunehmen und nicht als „zu kanalisieren" zu beschreiben (so geschehen in einer strategischen Diskussion im Bundesvorstand der GRÜNEN direkt nach Tschernobyl), bei unklaren Entscheidungen auch der Intuition zu vertrauen und statt Selbst-beherrschung Selbst-bewußt-Sein zu lernen. Vor allen Dingen sollte sie Frauen, die dies tun, unterstützen und ernstnehmen.[7)]

Das Private ist politisch – . . . .das Politische öffentlich

Sicher, der gute alte Satz stimmt immer noch. Einige zogen daraus die Konsequenz, sich ins Privatleben zurückzuziehen, andere, Politik ohne Privatleben zu machen. „Das Private ist politisch, aber nur wenn es öffentlich gemacht wird, das Politische ist nie privat" (Halina Bendkowski). Der Begriff der Öffentlichkeit ist zentral für die Wirksamkeit der Politik von Frauen – egal ob nun in Parteien, Institutionen oder in eher „privaten" Projekten, Gruppen, Beziehungen. Waren es die Forderungen von Frauen zur Öffentlichkeit in Vergewaltigungsprozessen, die Öffentlichmachung von „privaten Schweinereien" von Männern (bspw. „hier wohnt ein Vergewaltiger"), die Befragung von Männern nach ihrem Verhütungsverhalten bei Kandidatenbefragungen in Parteien . . ., in allen Fällen steckte dahinter die Erkenntnis, daß Öffentlichkeit für Frauen ein Machtmittel ist. Beispiele von damals; denn Frauen trauen sich heute oft nicht mehr oder betrachten es als „nicht-zur-Sache-gehörend", so unbequeme Fragen zu stellen.
„Fraueninteressen werden sich nie durchsetzen, wenn Frauen sich der Politik entziehen", stellt Hagemann-White fest, was sicher viele Frauen bewegt hat, sich auch in die „herr-schende", die sogenannte „große" Politik einzumischen.
Daß Frauen dort aber immer noch wenig auftauchen, in Er-scheinung treten, liegt nicht nur an ihrer immer noch relativ geringen Zahl, auch nicht nur daran, daß sie durch Männer bzw. männliche Strukturen un-sichtbar gemacht werden. Nein, es liegt auch am „Wie" ihrer Politik. „Wirklichkeit von Frauen wird erst durch Darstellung existent" (Hagemann-White); Darstellung von Frauen-Wirklichkeit heißt aber auch Selbst-Darstellung *meiner* Wirklichkeit als Frau. Nun kritisiert frau häu-

fig den Selbst-Darstellungstrieb der Männer als „Gockelverhalten", als „Narzißmus" oder „Exhibitionismus", der ihr selbst „zu blöd" ist. Neben aller berechtigten Kritik am Männerverhalten liegt hierhinter aber auch die Angst vor der eigenen Selbst-Darstellung, die mit der oben beschriebenen Selbst-Unsicherheit zusammenhängt. „Wirklichkeit von Frauen" heißt neben Unterdrückung, Armut, Diskriminierung, die frau mittels Zahlen und Fakten sichtbar machen kann, auch „Weiblichkeit" im individuellen und durchaus widersprüchlichen Sinn, Weiblichkeit nicht qua Gen sondern qua Geschichte und heutiger Lebenssituation. Es gibt aber keine „neue Weiblichkeit", sondern nur als weiblich bezeichnete, bewertete Attribute eines alten Bildes vom Weib, vermischt und ergänzt durch reales Verhalten, Denken neuer „Weiber". „Weiblichkeit" zeigen kann für frau deshalb auch heißen, zum einen überall und immer den inhaltlichen frauenspezifischen Aspekt zu nennen, zum anderen aber auch, den Mut zu haben, herkömmliche Attribute von Weiblichkeit zu verkörpern, bspw. auch (männer-)anmachende Kleidung oder (männer-)anmachendes Verhalten nicht deshalb nicht zu leben, weil die (Polit-)Feministin das ja nicht mehr darf.[8)]
Feministische Theorie und Praxis beinhaltet ja nun gerade die Aufhebung der Spaltung von Privatem und Politischem/Öffentlichem. Und wenn frau Hagemann-White glaubt, die „jede mögliche Umgestaltung gesellschaftlicher Ungleichheiten mindestens als durch Politik vermittelt" ansieht, so ist „die Frage nach der politischen Kultur von Frauen . . . deshalb von großer Bedeutung". Die Aufhebung der Trennung von Privatem und Politischem wäre nicht „bloße Form" von Politik sondern Inhalt, notwendige Bedingung auf dem Weg der Abschaffung des Patriarchats.

Nun ist aber Öffentlichkeit noch kein Ort für Frauen, ist „fremder Raum", dessen Mechanismen sie nicht entwickelt haben, die sie sich allenfalls erst aneignen müssen" (Neverla). Fraglich, ob sie dies im Patriarchat jemals können. Aber diese Aneignung von öffentlichem Raum ist Voraussetzung für politisches Handeln von Frauen wie überhaupt für Sein von Frauen, ein Akt der Selbsterfahrung, „setzt Grenzen, eröffnet aber auch Chancen für die Erweiterung der eigenen Persönlichkeit" (Neverla). Ein Prozeß, der schmerzhaft wie spannend und lustvoll ist, und der leider Frauen auch von Frauen schwergemacht wird. Schwer scheint frau es zu ertragen, wenn die andere sich besser, leichter oder schneller Raum nimmt; denn dies zeigt ihr zum einen deutlich die eigene Unfähigkeit und bedeutet zum andern Konkurrenz.[9)] Aber „Konkurrenz setzt voraus, daß die begehrten Güter – Liebe, Aufmerksamkeit, Nahrung, Raum usw. – knapp erscheinen, oft ohne wirklich knapp zu sein" (Schmidtbauer). Öffentlicher Raum ist nicht knapp, ist schier grenzenlos – wenn es nicht gerade um Raum und Zeit im Fernsehen geht. Da läßt sich Konkurrenz nicht vermeiden. Aber das grundsätzliche Problem ist ein anderes: Männer verhalten sich wie natürlicherweise Gase; sie breiten sich erst mal hemmungslos aus im ganzen Raum. Frauen dagegen pressen sich in die kleinsten Räume, kompremieren sich, bis einige ausweichen und der Rest irgendwann entweder sich verflüchtigt oder explodiert.

Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung

Selbst Politikerinnen arbeiten in Männerparteien meist wie Hausfrauen: unsichtbar, gründlich, erledigen alles, was niemand anderes macht, stürzen sich in die Kleinarbeit, die nötig ist aber niemand dankt, verwechseln „Ganzheitlichkeit" mit Vollständigkeit. Wenn wir nicht lernen, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen – wobei Wichtigkeit sich auch am öffentlichen Effekt und unserem eigenen

Wohlbefinden messen lassen muß – den Mut zur Lücke zu haben, unser schlechtes Gewissen und Verantwortungsgefühl für alles und jedes einzuschränken, werden wir immer die Hausfrauen und Mütter bleiben, die „guten Seelen". Flugblätter tippen und Druck wegmachen mögen wir uns ja abgewöhnt haben. Aber immer noch schreiben wir die Protokolle und die Herren die Thesenpapiere und Artikel, schaffen die Frauen die politischen Voraussetzungen, damit Männer die „Strategien der Zukunft" verkaufen können. Sicher haben auch schon viele Frauen unter der Ausbeutung von Frauen gelitten, Zuarbeit geleistet, damit frau sich über die „Frauenschiene" nach oben hangeln konnte. Auch wir müssen wohl Arbeitsteilung unter uns leben, müssen Frauen andere Frauen aufbauen, unterstützen, ihnen zuarbeiten. Aber Stellvertreterinnenpolitik haben wir immer abgelehnt; Kollektivität war nicht nur hehrer Anspruch sondern auch positive politische Erfahrung. Damit diese Erkenntnis vom Vorteil kollektiven Denkens und Umsetzens auch in der Politik Einzug hält, müssen wir uns optimale Arbeitsbedingungen schaffen, dürfen wir nicht bedingungslos Politik machen, sondern müssen unsere berechtigten Ansprüche zur Bedingung machen: Die materielle und personelle Ausstattung der Büros wie die bezahlte Kinderbetreuung und vor allem die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Frauen. Da diese unter anderem wegen der beschriebenen Gründe schwierig ist, sie Zeit und Kraft erfordert, die wir uns aber nehmen müssen, ist dies vielleicht der einzige Punkt, an dem das Lust-Prinzip in der Politik außer Kraft gesetzt werden muß. Leider scheiterte am Punkt Zusammenarbeit schon zuviel feministische Theorie, bewies sich der sarkastische Satz, das Schwierige an der Frauenpolitik seien die Frauen. Wenn wir aber langfristig Erfolg haben wollen im Sinne einer feministischen Politik, müssen wir auf die Erfahrungen mit Frauen-Selbsterfahrungsgruppen zurückgreifen; feste Termine, Kontinuität, Regeln und häufig auch personelle Anleitung haben sich bewährt. „Supervision"? Ein Reizwort für viele Frauen. Aber vielleicht sollten wir uns mal davon reizen lassen. Bequemer ist sicher das individuelle Kämpfen, meist sogar erfolgreicher im herkömmlichen Sinn von Politik. Kollektive Politik ist erst mal wieder Mehr-Arbeit, die wir aber leisten müssen, wenn wir feministische Politik entwickeln wollen. Denn bis jetzt haben wir nur Theorien für einige wenige Bereiche; die praktische Umsetzung ist äußerst bruchstückhaft und erfordert noch viel Arbeit – auch an uns selbst.

Nach-Frage

Wer soll diese Arbeit leisten? Werden wir nicht weniger anstatt mehr? Werden wir uns nicht schneller verändern als die Realität sich durch uns ändert? Ist das der Weg aus dem Patriarchat? Aber . . . wißt ihr einen anderen, besseren?

Anmerkungen

1) Der Bundesvorstand – in anderen Parteien Parteivorstand genannt – besteht aus 11 Leuten, 6 Frauen und 5 Männern, da wir in unserer Satzung mindestens 50% aller Funktionen, Listen- und Erwerbsarbeitsplätze für Frauen reserviert haben. Dieses Gremium soll Entscheidungsfindung der Partei vorbereiten und Beschlüsse nach außen vertreten.

2) Voraussetzung dazu ist aber, daß frau auch sich ihrer eigenen Gründe, warum sie Politik machen will, bewußt ist und hierzu steht. Lust auf Politik kann heißen: Lust auf Macht und Schein, auf scheinbares Mächtigsein und mächtigen Schein, auf Kämpfen, auf Erfolg oder den endgültigen Beweis des Mißerfolgs, auf Überraschungen mit sich selbst, auf eine neue Rolle oder endlich mal ein exzessives Ausleben der alten. Pilgrim hat in seinem Buch „Muttersöhne" zu beweisen versucht, daß die Herrschsucht von Napoleon über Hitler bis Fassbender aus ihrer Mutterbeziehung herrührt – eine sicher halsbrecherische Theorie. Da vertraue ich eher der Empirie meiner eigenen Erfahrun-

gen, der Beobachtungen von Politikerinnen und den ungezählten frühmorgendlichen Kneipengesprächen, wo es „zur Sache" oder besser „zur Person" ging.

3) *Die Gewichtung ist eine sehr subjektive; besonders der Bereich der Konkurrenz unter Frauen ist sicher vielen Frauen zu unterbelichtet. Ich möchte bewußt nicht beschreiben, was es alles auch gibt, was auch richtig ist, sondern bewußt Schwerpunkte setzen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.*

4) *Christina Thürmer-Rohr beschreibt m.M. nach sehr anschaulich an Hand der (Moral-)Geschichte von Frauen, daß es diese „ganze", „besser" Frau nicht gibt und auch nicht geben kann, daß sie erst von Frauen ge-schaffen werden muß. „Die Moralgeschichte von Frauen ist eine zerrissene. So ist die Sklavinnengeschichte eine zwischen Todhaß, Rachsucht und magdseliger Ergebenheit gegenüber dem Herrn; die Mittäterinnengeschichte eine zwischen Verrat an Frauen und eigenem Lernen; die Hausfrauengeschichte eine zwischen Geborgensein und Gebundensein durch Männer; die Emanzipations- und Widerstandsgeschichte eine zwischen Annäherung an Männer und Entfernung von Männern zugleich; die Krankengeschichte eine Geschichte zwischen Leiden und Erkennen, eine, die Stimulans für Leben, Liebe, Sympathie enthält und auch zur Kapitulation. Eine solche Geschichte hat Frauen nicht gerade zur Konsequenz erziehen können . . . Unsere Zeit ist ohne Vorbild, ohne Vergleich, ohne Vorgänger, außerdem auch ohne Vorgefühl . . . Wie schon oft Menschen sind Frauen jetzt auf sich allein zurückgeworfen. Es ist die einfache Reduktion auf das unsichere, zerrissene Wesen, das wir sind, ohne alle Krücken und Korsetts." (Ch. Thürmer-Rohr 1986).*

5) *Diese Opferrolle kann auch Macht bedeuten, allerdings uneingestandene und unkontrollierbare Macht, die häufig an der Grenze zu Herr-schaft, subtiler Be-Herrschung von Menschen liegt.*

6) *„Trend" in der GRÜNEN Partei ist es seit einiger Zeit, daß Frauen sich ständig distanzieren: „keine Feministin", „keine Frau der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen", eine „andere Frauenpolitik wollen"; da sie dieses „anders" nicht inhaltlich bestimmen können, brauchen sie die Definition über Abgrenzung.*

7) *Meiner eigenen Erfahrung nach können Politiker mit Emotionen von Politikerinnen oft besser umgehen als ihre Kolleginnen. Wutausbrüche akzeptiert frau noch, guckt vielleicht bewundernd aus der Distanz zu. Trauer, Tränen, Verletzung jedoch kann sie meist schwer ertragen. Sie lassen die andere als „zutiefst leidend", als „hysterisch", nicht ernstzunehmen oder sofort zu trösten erscheinen. „Nimm das doch nicht so ernst" wurde ich mehrmals getröstet – obwohl es mir ernst war. „Geht es dir besser?" wurde ich gefragt, als wenn es nicht um die Diskussion, den politischen Sachverhalt gegangen wäre, der schlecht war und blieb. Sie gingen ausschließlich auf mich als Trägerin von Emotionen ein. Der Sachverhalt wurde abgespalten – und dann meist von Männern aufgenommen.*

8) *Zwar sind bspw. Netzstrümpfe und Schlitzrock bei öffentlicher, politischer Darstellung nicht mehr tabu gegenüber der Männeröffentlichkeit, aber sie sind immer noch Zielscheibe von Angriffen, auch von Frauen. Besonders anläßlich von Bewerbungen hört frau immer noch den Vorwurf, eine andere mache „Politik über Betten". (Woher die Männer das immer so genau wissen?) Frauen drücken dies meist vorsichtiger mit der Gefahr der „Korrumpierbarkeit" aus. Feministinnen und besonders Frauen in „Frauenfunktionen" (bspw. Frauenreferentinnen) machen sich angeblich unglaubwürdig, wenn sie Beziehungen zu Männern in der Öffentlichkeit leben. Haben sie sie wiederum nicht, so sind sie entweder prüde, frustriert, lesbisch – auf jeden Fall kann mann ja jetzt ihren Männerhaß, den Motor ihrer Politik verstehen. Besonders gefährlich sind aber die, die ganz offensichtlich Männer und Frauen lieben. Denn da weiß mann ja nie . . . Es gibt wenige Frauen, die diese Trennung Privat-Politisch nicht vollziehen. Da werden Liebesbeziehungen verheimlicht, um nicht „ins Gerede zu kommen", „politisch in Schwierigkeiten zu geraten". Folge: frau kommt ins Gerede und in Schwierigkeiten. Männer reden darüber und vergrößern in der „heimlichen" Männeröffentlichkeit ihren Ruhm. Öffentlichkeit war immer eine Waffe der Frauen. Nun haben wir berechtigte Angst, daß sie in Bezug auf sogenanntes „Privates" in der Politik gegen uns benutzt wird. Davor schützt uns wiederum aber nur Offenheit. Denn besser den Dolch vor der Brust blitzen sehen als den Nagel von hinten ins Herz gebohrt zu bekommen.*

9) *Natürlich nehmen Frauen auch Frauen Raum weg – meist weil es einfach ist, weil Frauen ihren Raum (noch) nicht so fest besetzt haben, weil es eigentlich für sie nur ein von Männern geliehener ist. Zudem bekommen sie hierin auch noch Unterstützung von Männern. Bei der Ausschußbesetzung in der neuen Bundestagsfraktion schlugen sich 6 Frauen um 2 Plätze in einem Ausschuß (Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit). Der Versuch solidarischer Lösungen wie Abwechsln nach inhaltlichen und persönlichen Kriterien wurde unmöglich gemacht. Die Frauen, die bereits viel Raum und Macht hatten, kämpften unter den entschlossensten.*

Literatur

BAGADI, Nadja/BAZINGER, Irene (Hrsg.): Standpunkte. Bestandsaufnahme und Perspektiven feministischer Theorie und Praxis, Weingarten 1987 (voraussichtl.)

BENDKOWSKI, Halina: Das Private ist politisch, aber das Politische ist nicht privat, in: Autonomes Frauenreferat im ASTA der TU Berlin (Hrsg.), Macht – Ohnmacht – Frauenmacht, Berlin 1986, S. 90–97

DALY, Mary: Reine Lust, München 1985

HAGEMANN-WHITE, Carol: Zum Verhältnis von Geschlechtsunterschieden und Politik, in: Christine Kulke (Hrsg.), Rationalität und sinnliche Vernunft. Frauen in der patriarchalen Realität, Berlin 1985, S. 146–153

LOWEN, Alexander: Lust. Der Weg zum kreativen Leben, München 1984

NEVERLA, Irene: Öffentlichkeit und Massenmedien. Von Menschen und Frauen, in: Nadja Bagadi und Irene Bazinger (Hrsg.): (s.o.)

NÖLLEKE, Brigitte: In alle Richtungen zugleich, München 1985

SANDER, Helke: 150.000 – Tschernobyl und seine notwendigen Folgen, in: taz, 3.6.1986

SCHMIDTBAUER, Wolfgang: Die Angst vor Nähe, Reinbek b. Hamburg 1985

THÜRMER-ROHR, Christina: Feminismus und Moral, in: taz, 24.7.1986

Hannelore May

Berliner Weiberrat – ein fast unmögliches Projekt

„Immer, wenn mich ein besonders starker, besonders hartnäckiger und zugleich diffuser Widerstand daran hindert, zu einem bestimmten Thema „etwas zu Papier zu bringen" – immer dann ist Angst am Werke, meist die Angst vor zu weitgehenden Einsichten oder/und die Angst vor der Verletzung von Tabus." (Christa Wolf, taz vom 27.10.86).

Organisation

Das zu verletzende Tabu, dessen Namen ich weiß und das ich beim Schreiben dieses Artikels zu vermeiden wußte bis zu dem Augenblick, als mir alles schließlich doch Hingeschriebene nicht gefiel, ist „Organisation" oder „Organisierung". Ich bin Mitglied im Sozialistischen Frauenbund Berlin (SFB), war sogar organisierte Kommunistin, habe fünf Jahre mitgearbeitet in der Frauenredaktion der Zeitschrift „Das Argument" und fühlte mich zugleich sicher in der neuen autonomen Frauenbewegung. Frigga Haug, Mitgründerin des SFB und Mitherausgeberin des „Argument", schreibt die Geschichte der Frauenbewegung in Westdeutschland und West-Berlin als sich ergänzende Zweiteilung von Sozialistinnen und Feministinnen, die ursprünglich gemeinsam aus der linken Studentenbewegung hervorgingen. Als perspektivisch zusammenzubringen, beschreibt sie unsere Organisiertheit und unseren weltpolitischen Weitblick, auf der anderen Seite deren kulturelle und medienwirksame Kampagnen (Haug 1986). Sich zu organisieren, im SFB, in Gewerkschaften, wenige auch in Parteien, war für uns immer gut und notwendig für die Perspektive der (auch Frauen-)Befreiung, die wir uns in sozialistischen Begriffen dachten: Abschaffung aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, Vergesellschaftung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, Absterben des Staates. So etwas wie den „Sozialistischen Frauenbund", eine parteiunabhängige, sich deshalb teilweise auch „autonom" verstehende Gruppe von Sozialistinnen, gibt es in anderen Ländern (nicht nur Westeuropas) nicht. Unsere organisatorische Selbständigkeit glaubten uns nur Parteifrauen, zu deren Partei (SPD oder SEW) wir *nicht* gehörten. Den parteilosen „Autonomen" waren wir zu „organisiert".
Wir haben in den Sozialistischen Frauenbünden Hamburg und Berlin 1983 ein Konzept für „Weiberräte" erdacht, in dem weder die Trennung oder Zweiteilung zwischen Sozialistinnen und Feministinnen noch wir als organisierendes Subjekt vorkamen. Wir schlugen vor, „die Frauenbewegung", ihre Projekte und Initiativen, sollten *sich* „vernetzen" oder „bündeln", um sich zu politisieren und zu parlamentarisieren. (Hauser 1984, Frauenpolitik 1984, bes. S. 42–55). Der Berliner Weiberrat nahm sich von diesem Konzept zunächst nur den Namen, weil er subversiv klingt im Unterschied zu „Frauenrat". Praktisch wurde er gemacht, wie ich im folgenden darstellen werde, durch Vermischung mit anderen Ideen. Neben der Sicherheit, immer schon Teil der autonomen Frauenbewegung gewesen zu sein, verlor ich dabei auch die Selbstverständlichkeit, „Organisationsfeindlichkeit" als Gefährdung von Befreiungsperspektiven zu sehen. Heute denke ich die Organisations- und Institutionenfeindlichkeit in der Frauenbewegung als wesentlichen Widerstand, *mit* dem und nicht, um ihn zu brechen, jeder Versuch einer politischen Organisierung arbeiten muß, der in der Bewegung bleiben will. Um keine Verwaltung über oder für die Bewegung zu werden, Hierarchien nicht auszubilden, die fatale Selbstzweckhaftigkeit anderer politischer Organisationen zu vermeiden, braucht es gründlichen Widerstand.

Deshalb bin ich aber doch für „Organisation" in der Frauenbewegung, im Sinne von politisierenden De-Zentren, wo die Themen reflektiert und zugespitzt werden, als Fragen zurückgegeben werden in sich verändernde Öffentlichkeiten der Bewegung selbst und als Einmischungen in politische Großräume. Ich bin dafür, weil die Frauenbewegung auch anders als durch sich selbst institutionalisiert werden kann, und es wird.
Die Angst vor Verstaatlichung ist realistisch. Und es gibt andere, nicht bessere, Formen der „Organisierung", gerade in der organisationsfeindlichen Frauenbewegung, besonders durch charismatische Führerinnen. Über den Mythos der großen Persönlichkeit nachzudenken, der gerade aus dem Mangel an kollektiven Formen und „kulturellen Mustern" in der Frauenbewegung gedeiht, hat mich Marianne Schuller angeregt (Schuller 1985).
Die offene Rats-Form scheint mir nach fast drei Jahren Berliner Weiberrat immer noch gut geeignet, mit und in den Widersprüchen der Frauenbewegung solche politisierenden De-Zentren herzustellen. Der Witz ist nur aufzuhören, Einheit über knappe Losungen und Forderungen herstellen zu wollen, Abweichungen oder allgemeiner den Dissenz zu fürchten, Feminismus ab- und ausschließend zu definieren. Der Witz ist, in die politischen Feuer hineinzugehen und mit dem Reichtum feministischer Fragestellungen das Gejammer über eine Krise der Frauenbewegung ebenso zu übertönen wie die modernistisch aufgeklärten Lügen, daß alte Fragen und Forderungen (nach Abschaffung vom § 218, für ökonomische Selbständigkeit, gegen sexuelle Gewalt) überholt, *weil alt,* seien.
Ich will vom Berliner Weiberrat vor allem organisationsgeschichtlich, aus der Küche, berichten, weil darüber wenig bekannt ist und ich mir wünsche, daß Frauen daraus Anregungen und Ermutigungen ziehen.

Frauen-Macht-Politik: Der Gründungsstreit

Die letzte Berliner Sommeruni 1983 war Ausgangspunkt und -ort. „Frauen ohne Politik – Politik ohne Frauen" war ihr Thema und „Frauen Macht Politik" war die Parole, aber wie und welche? Drei Vorschläge wurden gemacht, die alle etwas Neues meinten; weder sollte eine Partei gegründet, noch in eine bestehende hineingegangen werden. Es ging um die Frage, ob und wie die Frauenbewegung ihren kulturell sehr wirksamen Politikbegriff auch über-setzen könne ins Staatspolitische, dahin, wo das Gemeinwesen verwaltet, Gesetze gemacht und Steuergelder verteilt werden und wo, allgemeiner, definiert wird, was zu welchem Zeitpunkt und in welchen Trennungen „Politik" sei.
Alle drei Vorschläge wurden heftig diskutiert. Da sich im Berliner Weiberrat schließlich und wie zufällig die Initiatorinnen dieser Vorschläge zusammenfanden – ein meines Wissens in Organisationsgeschichten anderer Befreiungsbewegungen unüblicher Vorgang (da hätten sich drei Vereine gegründet!) –, möchte ich sie hier kurz vorstellen.
Sybille Plogstedt schlug vor, einen „Alternativen Frauenrat" – alternativ zum „Allgemeinen Deutschen Frauenrat" – in der neuen Frauenbewegung zu gründen. Er sollte auch für Frauen aus Gewerkschaften und Parteien offen sein. Der Rat sollte vernetzen, was in den Jahren zuvor auseinandergegangen war: Autonomie – Feminismus – Frauenbewegung. Große Themen der Bewegung sollten wieder aufgegriffen (§ 218, sexuelle Gewalt) werden, Erfolge gegen die Wendepolitik verteidigt und zugespitzte andere soziale Frauenprobleme (Armut, Erwerbslosigkeit) feministisch aufgegriffen werden (Plogstedt 1983).
Ulla Naumann stellte die „Aktion Frauenliste" vor. Die parlamentarische Vorherrschaft der Männer sollte gebrochen werden über eine sehr breit zusammengesetzte Liste von Frauen, die sich in ihrer Verschiedenheit respektieren. Wesent-

lich war, nicht Partei zu werden, sich weder einem programmatischen Zwang zur Einheit noch einem Fraktionszwang zu unterwerfen. Beispiele waren die Frauenlisten in Island und Baden-Württemberg, die mit geringem propagandistischen Aufwand und ohne feministisches Programm in die kommunalen Parlamente eingezogen waren (Naumann 1983).
Frauen vom Sozialistischen Frauenbund, ich darunter, schlugen vor, lokale „Weiberräte" zu gründen, in denen eine Basis von Projekten der Frauenbewegung und Gruppen (auch aus Gewerkschaften und Parteien) sich zu den sie drängenden sozialen Fragen zusammenfinden sollten. Wesentlich war, die als patriarchal erkannten Politikstrukturen zu überwinden und gegen die Rechts-Links-Blockierung im Parteiensystem zu arbeiten. Die Frauenliste sollte ein parlamentarischer Weg und Projekt des Weiberrates sein (Frauenpolitik 1984).
Gemeinsam war allen drei Vorschlägen, ein ansprechbares politisches Subjekt zu schaffen, das über Kongresse und Frauenzentren hinaus, sich gegenmächtig zu Parteien, Parlamenten, Gewerkschaften und Kirchen präsentieren sollte. Und gemeinsam war die Idee, daß dieses Subjekt aus verschiedenen Gruppen zusammengesetzt sein mußte.
In großen öffentlichen Beratungen in Berlin (und Hamburg) wurden diese Absichten problematisiert. Ich gebe im folgenden die wichtigsten Argumente gegen Weiberräte/Frauenrat wieder, die im Frühjahr 1984 auch als kopierte Sammlung von Artikeln auf der Hamburger Frauenwoche verteilt wurden (Material gegen den Weiberrat 1984).

1. „Frausein ist kein Programm" (Ingrid Strobl u.a.).
Das Programm der Frauenbewegung sei hingegen, das Private politisch zu machen, den Widerstand in alle Bereiche der Gesellschaft zu tragen.

2. „Masse allein macht's nicht, im Rat werden gegensätzliche Interessen nivelliert" (Ingrid Strobl). Birgit Tarbrügge reklamierte dasselbe als Mangel der Frauenbewegung: „Es hat kaum eine offene Auseinandersetzung über die Verschiedenheiten stattgefunden."

3. „Es mangelt uns nicht an Orten, wo wir uns zusammensetzen, uns auseinandersetzen könnten" (Birgit Tarbrügge).

4. „Der Griff nach den Organisationsmodellen signalisiert aber selbst die Krise, die er zu beseitigen sucht . . . Die Ratlosigkeit der Frauen- und Friedensbewegung auch als persönliche anzunehmen, mit freigelassenen Fantasien und der Sammlung wissenschaftlicher und politischer Fähigkeiten aktuelle Fragen vielfältig und auch global zu denken . . . – das erscheint mir verlockender, als ein feministisches Parteibüro auszustatten und das Programm der Bewegung zu erfinden" (Anna Dorothea Brockmann).

Während in Hamburg sich die Frauenbewegung mit diesen Argumenten gegen den Weiberrat entschied und stattdessen ein feministischer Politik-Kongreß organisiert werden sollte – der nicht zustande kam –, diskutierten in Berlin verschiedene Frauenbewegte dieselben Argumente und konkrete Projekte über den Sommer 1984 hinaus. Während in Hamburg im April ein Weiberrat mit Presseerklärung gegründet wurde – und danach ohne Begründung einschlief – startete der Berliner Weiberrat sozusagen ohne Programm seine Arbeit. Ingrid Strobl hatte Recht behalten: Masse allein macht's nicht – in einem feministischen Rat müssen gegensätzlich Interessen (Traditionen, Konzepte, Ideen) zusammenkommen.
Eines meiner Protokolle, das gekürzt auch in der „Courage" erschienen ist, soll den Stil unserer Debatten, wie ich sie erlebte, dokumentieren.

Persönlicher Bericht über das 3. Gründungstreffen des Berliner Weiberrates (April 1984).

Trotz Termin- und Ortsveränderung kamen wieder rund 80 Frauen, vielleicht 20 zum ersten Mal. Der letzten „verpaßten Chance" (Tagesspiegel) folgte die nächste. „Ist der Weiberrat nun gegründet oder nicht?" – eine eindeutige Antwort auf die Frage habe am Ende wohl keine Frau geben können (taz). Nur eine wußte schon zuvor, daß die „Idee eine Totgeburt" war – „endgültig" (Emma).

In Bonn, im Zentrum parlamentarischer Politik, wurde ein anderer Weiberrat über Nacht berühmt, als sechs Frauen eine/n „Frauenliste"/Sprecherrat der Grünen durchsetzten. Blitzartig leuchtete eine Geschlechterlinie durch diese höchst offizielle Politik. Frauen anderer Herren Parteien glückwünschten und neideten öffentlich den Grünen Frauen ihren Erfolg. Parteimänner argwöhnten, daß diese Linie eine „unpolitische" sei. Sie hat offenbar etwas Zersetzendes, geht quer durch die Parteien und kreuzt innerparteilich liebgewonnene Streitlinien (Fundamentaloppositionelle gegen Realpolitiker). Nach den ersten scharfen Momentaufnahmen, darunter der bislang einmaligen Frauendebatte im Parlament, träufelte es Versöhnung: Grüne Männer beteuerten ihre Unterstützung, grüne Frauen versicherten ihren Non-Feminismus. Elke A. Richardsen hat das den Zuckerguß über dem Bonner grünen Weiberrats-Kuchen genannt. Mich erinnert's zudem an Machiavellis Spruch „von neuen Herrschaften, die man mit fremden Waffen und Glück erobert" (selbstverständlich kannte er Herrschaft/Macht/Staat nur in der Verbindung mit Männern).

Beim 3. Gründungstreffen des Berliner Weiberrats ging es jahrmarktartig, unordentlich und widersprüchlich zu.

Die Vorbereitungsfrauen stellten drei exemplarische Aktivitäten vor, die den Weiberrat öffentlich wahrmachen könnten: Zum CDU-„Selbsthilfe"-Kongreß einen Gegenkongreß organisieren, an dem sich verschiedene Projekte beteiligen können mit dem Ziel der Selbstbehauptung von Frauenbewegungs-Konzepten. Aktionen zum 17. Juni sollten Symbole männlicher Kriegsmacht in dieser Stadt markieren. Der Alternative Frauenrat könnte ein Beratungs- und Kontrollorgan für eine Leitstelle zur Gleichstellung der Frauen werden.

Die meisten Frauen wollten alles; eine fand die Aktion zum 17. Juni diffus und den Kongreß illusorisch (weil das Spektrum der Frauen vom letzten Mal nicht da sei); eine andere meinte, die Aktionen seien eine Flucht nach vorne, es gäbe Widerstand gegen den Weiberrat und deshalb drehe sich der/das(?) Weiberrat/d im Kreis. Ich habe lange gegrübelt, wie ich mir diese vielfache und gebremste Bewegung vorstellen soll und kam auf folgendes: Ein Ochse zieht den Pflug eilig nach vorne, wird aber gebremst durch den Widerstand der Erde, wodurch sich der Pflug dreht – das Feld wird umgepflügt . . . Jedenfalls liefert die Umwandlung feministischer Bewegungen der einen in die andere Art offenbar einige Energien, die Widerstände eingeschlossen.

So auch bei diesem dritten Treffen: Ich schlug vor, mit Presseerklärung den Berliner Weiberrat zu gründen als Diskussionsforum und Aktionsbündnis, das monatlich öffentlich und weiter offen tagt. Die meisten waren dafür. Dann Gegenstimmen. Dann Verbitterung: Ihr wollt uns hindern – Abstimmung! Das ist typisch für Euch – jetzt läuft die Machtmaschine! Gründen oder nicht gründen, das war für einige Minuten die unversöhnliche Frage. Autonomie gegen Organisierte? So schien es, aber das Bild blieb nicht: In den letzten 30 Minuten erkannten viele unseren Streit als widersprüchlicher. Da war nicht nur der Verdacht, Organisierte würden ihre Absichten nicht sagen – sondern zugleich das Bekenntnis von Autonomen, daß sie mehr wollen als einen Koordinationskreis, daß sie für Frauenliste und gegen Räte sind, vor allem gegen den alternativen Frauenrat, vor allem gegen Delegationsprinzipien. Unter denen, die gründen wollten und unter denen, die's nicht wollten, waren Frauen, die vor allem zum Handeln kommen wollten. Unter den Gegnerinnen waren viele, die nur (nur?) was gegen das Formelle der Gründung hatten.

Und immer wieder die Be-teuer-ung, daß dies eine einmalige Zusammensetzung wäre, wertvoll und zu erhalten, eine Vernetzung, über bestehende themenzentrierte hinaus, die wir brauchen . . . tja, wo gibt's sowas, daß selbst die Gegnerinnen zur Entwicklung eines Projekts beitragen?

So trennten wir uns am Ende ohne Gründungserklärung und belehrt über unsere Verschiedenheiten, nicht ohne Mißtrauen und den nächsten Termin vor Augen: 9. Mai im Frauenzentrum.

Ich weiß nicht, wie das „Spektrum" war, aber wir waren uns ziemlich einig, daß in den Medien – mit welchem Interesse eigentlich? – falsch berichtet wurde, wenn es hieß, vor allem Organisierte waren da oder vor allem Autonome waren dagegen. Mir schien, daß diesmal eher weniger Frauen aus AL und SPD und eher mehr Frauen aus kleineren Projekten da waren – wie autonom immer die sich begreifen.

Produktivität der Heterogenität: Berliner Weiberrat 1984–1986

Wir blieben lange mißtrauisch gegeneinander. Wir hatten unsere Erfahrungen. Die Worte bedeuteten was anderes, die Fragen waren andere und den wechselseitigen Absichten konnte keine vertrauen. Trotzdem hatten wir eine gemeinsame Absicht: Frauenpolitik machen, öffentlich und radikal und autonom. Jede verstand etwas anderes darunter. Die Worte wurden abwechselnd inflationär und separatistisch verwendet. Zum Beispiel durfte ich mich keine „Autonome" nennen, während Autonome sich selbstverständlich auch „Linke" nannten, wogegen Dritte opponierten, daß ihr Feminismus weder rechts noch links sei. Was gar „Frauenpolitik" sein sollte, war vollkommen rätselhaft, diffus und dissentiell. „Anfangen" war unsere gemeinsame Losung, ausprobieren. Unsere getrennten Wissensproduktionen der Bewegung und des Lebens hatten uns zu den unterschiedlichen Feministinnen gemacht, die wir waren, und ein Wissen über bisherige Grenzen und Engen vermittelt. Gleichzeitig waren Frauen aus allen Traditionen und Gruppen in andere Bewegungen und in Parteien gegangen, wo sie „öffentlicher" und „politischer" wirken wollten, und umgekehrt hatten alle öffentlichen und politischen Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien) deutlicher als früher ihre Frauen, ihr Frauenprogramm, ihren Feminismus. „Das kannst Du doch nicht ‚Feminismus' nennen, was zum Beispiel Renate Hellwig in der CDU macht oder Heide Pfarr in der SPD", sagt mir eine andere Weiberratsfrau. „Nee!?" Ich hänge aber an der Idee eines parteiübergreifenden „Feminismus", der die herrschenden Blockbildungen und darin eingemauerten Spaltungen von Frauen, zersetzt (vgl. Jäger 1986).

Also ausprobieren. In Berlin standen Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (vergleichbar, aber nicht das gleiche wie Gemeinden) bevor. Das war unser Thema: Frauen-Macht-Politik. Viele Frauen in die Parlamente; auf der Berliner Volksuni 1984 hatten wir noch über drei Wege gestritten (Propagandistisch Frauen in allen Parteien unterstützen, bei den Grün-Alternativen mitmachen, Frauenlisten parteiübergreifend initiieren), jetzt im Berliner Weiberrat Herbst 1984 probten wir gleichzeitig zwei Wege, die vorgedacht waren: Frauenfraktion bei der AL, Autonome Frauenlisten (AUF) in zwei Bezirken.

„Wie soll ich das beschreiben?" „Du mußt den Clou berichten", sagte Halina (Bendkowski). Der aber lag in unserer Wahnsinnsmischung, fast gleichzeitig immer dafür und dagegen zu sein, sozusagen mit dem Widerstand der Zweiflerinnen für beide Projekte zu arbeiten: Hier ein Programm zu schreiben – obwohl wir überzeugt waren, ohne „Programm" in zwei Berliner Bezirken mit der AUF einfach zu kandidieren, um diesen Machtbereich zu erobern, feministisch alle Fragen und Rituale zu bearbeiten. Dort das Parteiprogramm der Alternativen Liste, das vorlag, zu erweitern – obwohl wir bezweifelten, daß das genügen konnte und einige Frauen grundsätzlich ein Mitgehen bei einer Partei ablehnten. Der Clou war vielleicht, daß diejenigen, die das eine oder das andere (oder beides, wie ich), unbedingt versuchen wollten, ebenso wie diejenigen, die das eine oder das andere (oder beides) unmöglich fanden, gemeinsam produktiv wurden. Wir produzierten „uns" in diesen Aktivitäten, wahlkämpferisch mit Flugblatt und Plakat.

Wir verloren alle Wahlen – die Frauenfraktion bei der Alternativen Liste scheiterte dort mit einem Drittel der Stimmen der Mitgliedervollversammlung (May 1985) und die Autonome Frauenliste scheiterte in beiden Bezirken mit etwa 0,5 Prozent der Stimmen.

Den etwas erschöpften Wahlkämpferinnen unterbreiteten andere Weiberrätinnen – und auch dieselben – den bereits auf eigener Veranstaltung allen Parteien präsentierten Vorschlag für einen Gleichstellungsrat in schriftlich ausgearbeiteter Form. Wenn es so rum (vielleicht noch) nicht geht, können wir vielleicht anders herum frauen-macht-politisch wirken!?

Die Idee für einen „Gleichstellungsrat" diskutierten wir an wechselnden Orten mit Frauen der traditionellen und autonomen Frauenbewegung und mit Parteifrauen genau in der Form, wie sie zur Welt kam: „Barbara Gröschke/Sibylle Plogstedt in Kooperation mit dem Weiberrat". Das interessierte auch die Springer Presse. Unter der Überschrift „Hört Diepgen bald auf den ‚Weiberrat'?" berichtete die BZ: „15 Frauen sollen künftig den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen bei Fragen zur Gleichberechtigung der Frauen beraten. Das fordern Gewerkschafterinnen, Politikerinnen, Hausfrauen und berufstätige Frauen, die sich selbst ‚Weiberrat' nennen" (26.6.85). Der Gleichstellungsrat sollte nicht nur den Bürgermeister beraten, sondern an allen „frauenrelevanten Entscheidungen" beteiligt werden. Vertreterinnen und ein Vertreter (FDP) aller Parteien wollten sich für den Gesetzentwurf zur Einrichtung eines solchen Rates verwenden. Es gab vier problematische Punkte:

– Die ehrenamtliche Arbeit im Rat sollte mit einer Aufwandsentschädigung von 2000 DM monatlich honoriert werden – „analog dem Kabelrat" (der die Einführung neuer Medien begutachtet und in den auch *eine* Frau berufen worden war) – fügten wir hinzu und bewirkten damit eine allgemeine Empörung über die ungleiche Bewertung von Ehren-Ämtern.

– Die Beschlüsse des Rates sollten für „den Regierenden Bürgermeister/die Regierende Bürgermeisterin" und die Frauenbeauftragte verbindlich sein. Das stieß an die Grenze parlamentarischer Demokratie.

– Der Rat sollte sich drittelparitätisch zusammensetzen aus Vertreterinnen von Parteien und Gewerkschaften, der traditionellen Frauenbewegung und der autonomen Frauenbewegung. Im Weiberrat und anderswo wurde die Hälfte für die autonome Frauenbewegung verlangt.

– Die vom Senat erst kürzlich ins Amt berufene Frauenbeauftragte sollte um ihre Alleinrepräsentanz gebracht, unterstützt und kontrolliert werden. Carola von Braun war dagegen. Ihr Argument war wirkungsvoll, sie argwöhnte eine Bürokratisierung und brachte vorerst den Gleichstellungsrat zu Fall (Zufall?).

Monatelang beherrschten uns die Diskussionen um und die Arbeit für den Gleichstellungsrat. Einige Weiberrätinnen protestierten durch Abwesenheit, andere mit lautem Protest. Waren wir das Sekretariat für die anderen? Träumten wir nur noch in Richtung „Gleichstellung"? Würden wir da nicht beitragen zu einer Verstaatlichung der Frauenbewegung? – In einem Streitgespräch haben wir das bewegungsöffentlich aus- und weitergetragen.

Unser letztes Projekt ward im Streit geboren: „Mütter" – die (von) der Frauenbewegung eher abgekehrte Seite des Frauenlebens. Die Diskussion unter Grünen Frauen über Quotierung (zugunsten von Müttern), der Quotierung (zugunsten von Frauen) bei allen aller Arbeits- und Ausbildungsplätze brachte uns darauf. Unter dem zugleich zurücknehmenden und auffordernden Titel „Frauen-Kinder-Politik" riefen wir zu einem Wochenendseminar mit Gisela Anna Erler auf, deren Buch in der Frauenbewegung Kritik ausgelöst hatte (vgl. Rezensionen in „taz" und „beiträge 15/16, 1985"). Am 26. April 1986 war das Seminar – da wußten wir „es" noch nicht. Zu unserer Verblüffung kamen viele Mütter, die sich zum ersten Mal oder seit Jahren wieder politisch einbringen wollten. Viele fühlten sich nicht nur von „der Gesellschaft", sondern auch von Freundinnen und aus der Frauenbewegung ausgegrenzt. Sie wollten den erlebten Dualismus zwischen Mutterrolle und Feministin überwinden. Die Hauptmotivation der Frauen, die sich am Ende zu einem Arbeitskreis zusammentaten, war, ihr Leben mit Kindern feministisch zu artikulieren – und auch zurückzukommen in die Frauenbewegung.
Ein paar Tages später geschah, was eine von ihnen (Annegret Stopczyk) später nicht mal in der „taz" ein „Verbrechen" nennen durfte, dasjenige in Tschernobyl. Der Weiberrat lud ein zu Frauenprotestveranstaltungen im Schöneberger Rat-

haus, wo die Regierenden den verseuchten Salat vor Fernsehkameras aßen und spät und verharmlosend einige Warnungen an die zum 1. Mai in der Sonne und kurz danach im Regen spazierte Berliner Bevölkerung ausgaben. Da wußten es viele Mütter längst und manche hatten sich organisiert wie die „stillenden Mütter", Hebammen und Kinderläden-Menschen.
Wir versuchten, die verantwortlichen Politikerinnen zu uns in ihr Rathaus zu zitieren, aber sie ließen sich nicht. Weder ein spontaner Brief von frechen Müttern noch eine seriöse Einladung vieler Frauengruppen konnte sie zu mehr als höflichen Absagen bewegen. Die Zusage des Umweltsenators, auf den uns schließlich alle anderen verwiesen hatten, zog selbiger eine Stunde vor Beginn der „Befragung" zurück. Aber: Die Radikalisierung von Frauen mit Kindern provoziert nicht nur herrschende Politiker, sondern auch Radikalfeministinnen und Sozialistinnen.

Der Dialog, den wir von jenen nicht erzwingen konnten, begann umso zwingender unter uns (Frauen). Ich hatte gerade begonnen, den einseitigen Widerstand gegen Muttersein und Mütterlichkeit in meinem persönlichen und politischen Leben – das paßte gut zusammen – zu überdenken. War das nicht eine Radikalität, die sektiererisch wurde?! Radikalfeministinnen im Weiberrat warnten mich: Das führt in den Biologismus und das ist die Ideologie der Rechten und des Patriarchats. Gibt es denn keinen Ausweg?
Die „hysterischen Weiber" des Sommers 1986 hatten ihre Radikalität gegen herrschende Ignoranz aus der Sorge um das Leben ihrer Kinder entwickelt. Und der weise feministische Rat, daß sie für sich „selbst" sorgen sollen, um die herrschende Mutterideologie nicht zu stärken, verwechselte die Ideologie mit den Müttern. – Die Debatte hat neu begonnen (Gambaroff, Mies, Stopczyk, v. Werlhof u.a. 1986).

Unsere politischen Initiativen in den politischen Machtraum von Parteien und Parlament vorzudringen sind alle mit dem ersten Anlauf gescheitert. Wir sind also immer noch dort, wo die Projekte der Frauenbewegung auch sind, in der „Kulturgesellschaft". Aber wir sind keine Bittstellerinnen. Wir haben neue Wurzeln geschlagen, beispielsweise zu Frauen in Baden-Württemberg und Bayern, an deren Frauenlisten-Treffen (sie sind dort in 20 Gemeinderäten vertreten) in Ellwangen und Sindelfingen wir teilnahmen. Oder zum Berliner Frauenbund von 1945 (Sozialdemokratinnen, Mitglied im Landesfrauenrat), in dessen Räumen wir uns jeden Mittwoch treffen. Wir haben vielleicht Räume feministisch politisiert – falls man das so sagen kann – mit den Frauenprotestveranstaltungen im Rathaus Schöneberg und Streitgesprächen im Frauenkulturzentrum Schokofabrik.
„Wir" sind nicht der Rat aus allen Projekten der Bewegung (SFB-Konzept) noch die repräsentativen Delegierten aus alter und neuer Frauenbewegung, Parteien und Institutionen (Konzept Gleichstellungsrat, teils auch Alternativer Frauenrat von Sybille Plogstedt). Wir wirken abwechselnd als Initiativgruppe für konkrete Projekte, als Reflexionsgruppe unserer und breiterer frauenpolitischer Kontroversen und als Organisatorinnen öffentlicher Beratungen, in denen vielleicht manchmal die alte Weiberratsidee wahr wird. Das Beste ist vielleicht, daß wir immer noch werden und nicht „sind".
Zum nicht vorhergesehenen Stoff, aus dem wir – der Berliner Weiberrat – wurden und werden, gehört die Heterogenität unserer kulturellen, theoretischen und politischen Traditionen in der Frauenbewegung, in der Arbeiter- und Friedensbewegung, im Marxismus und im Feminismus. Um die Brisanz unserer Ver-mischung zu begreifen, will ich abschließend persönliche Konflikte beim Herstellen dieser neuen Zusammensetzung als politische darstellen.

Nur Mut zum Ver-Rat

„Hochverrat ist nichts anderes als der juristische Name der Revolution" (Enzensberger 1967, S. 59).
Nicht im juristischen Sinn, sondern in einem politisch-kulturellen, machten sich Frauen aus der ersten Runde des Berliner Weiberrats zu Verräterinnen. Das ist eine übertriebene, bewußt zugespitzte Deutung, die keineswegs alle für sich gelten ließen, lassen (werden). Ich mache sie, weil ich sie für den Bedingungszusammenhang für eine Produktivität und eine Gefährdung des Projekts halte. Individuell ist der Vorwurf des Verrats schwer zu ertragen – er tritt auf als Verdacht gegen die Verläßlichkeit der eigenen Person im Rahmen der alten Tradition, Theoreme und Beziehungen. Und er tritt an die Stelle, wo das Nach-denken und in Frage stellen von Grenzen dieser Tradition beginnen müßte. Er trifft Personen, hier politische Freundinnen, weil sie mit diesen oder jenen zusammenarbeiten, die ins wohlumschriebene Feld von Feindinnen verortet sind – und er trifft das neue Projekt der Zusammenarbeit in der Form eines Tabus. In „Emma" wurde – außer ganz am Anfang und in einem Vorspann zu einem anderen Artikel und mit der wissend-weissagenden Behauptung „Totgeburt" – nie über den Berliner Weiberrat oder eine seiner Aktivitäten berichtet, während in derselben Zeit Frauen ausnahmslos aller Parteien in ihren politischen Äußerungen und Erfolgen breit dargestellt wurden. Aber ich will von mir reden. Auch im „Argument", wo ich bis vor kurzem Redakteurin der Frauenredaktion war, haben wir nie über den Berliner Weiberrat geschrieben (auch ich nicht) und nie mehr darüber gesprochen, seit in Hamburg das Projekt, kurz nach seiner Gründung, im Protest anderer Feministinnen gegen den Sozialistischen Frauenbund, untergegangen war (taz 2.7.84). Die Gründe für das Berliner Entstehen und das Hamburger Scheitern mögen diese gewesen sein: Der Weiberrat als eine politische Neuzusammensetzung in der Frauenbewegung konnte nur was werden, wenn die interessierten Frauen ihre politischen Identitäten auch verraten würden im doppelten Sinn von etwas zeigen und überschreiten.
Auch das Berliner Entstehen war ein Scheitern – vom Standpunkt einer reinen Umsetzung des Konzepts in die Wirklichkeit. Damals wußte ich noch nicht, daß die „Verunreinigung" unseres Konzepts durch die Konzepte der anderen gerade eine Bedingung für das spannungsreiche Beginnen einer neuen Handlungsfähigkeit war. Gleichzeitig war das aber ein Verrat an „unserem" Konzept, das wiederum zugleich eine besondere Schwäche verriet, nämlich daß „wir" darin nicht vorkamen, sondern die ganze Frauenbewegung „sich" politisieren und vernetzen sollte. Ich, im damaligen „wir", kannte schon die ganze Fragwürdigkeit von Führungsansprüchen, aber ich wußte noch nicht, in welchen Formen das praktisch anders werden könnte. Ein unausgesprochener Führungsanspruch, wie er aus „unserem" Konzept herauszulesen ist, ist jedenfalls doppelt verräterisch, weil immer noch da und zugleich abgestritten. In Hamburg blieb es beim Verdacht, in Berlin kam es zum offenen Verrat. Mir scheint das kein Verdienst einzelner, sondern eine Art Glück der Stunde zu sein, nämlich einer Gleichzeitigkeit von Feministinnen aus verschiedenen Traditionen und mit unterschiedlichen Gründen, ihre Grenzen zu überschreiten, sich den Fragen der anderen zu stellen, wodurch sie sich füreinander ent-decken konnten. Bei mir waren das die in meinem bisherigen Plural ausgesparten Themen der Gewalt gegen Frauen und der biologischen und sozialen Mutterschaft von Frauen. Aber es waren natürlich nicht nur Themen, sondern ganze Lebensweisen und der Politikbegriff selbst. Wenn ich in diesem Artikel zum Beispiel immer wieder „kulturell" von „politisch" abgrenze, dann denke ich damit verschiedene Handlungsebenen und auch die Worte schon wieder in der theoretischen Tradition, in der ich gelebt habe, also lebe. Wie denn sonst!?
Diejenigen Frauen im SFB und im „Argument", mit denen ich in dieser Sprache sprechen konnte, die jedoch mein Umtreiben in diesem entstehenden Berliner

Weiberrat als Abweichung (vom Konzept und vom Marxismus) erlebten, sprachen mit mir nicht darüber. Und ich konnte auch mit ihnen nicht darüber sprechen. „Unsere" Sprache gab das nicht her – und eine andere hatten wir nicht. Ich lebte in einer eigentümlichen politischen Doppelexistenz: Während in meinem alten Kontext, in dem der „Weiberrat" als Idee entstanden war, mein Abstand zum Marxismus und Sozialismus vermessen wurde, verlangten die Berliner Weiber im real existierenden Rat meine Selbstpräsentation als Sozialistin, um ihren Abstand zu ihrem Kontext, zur Autonomen Frauenbewegung, sichtbar zu halten. Sie hatten auch ihre Auseinandersetzungen. Komplizierter und reicher wurde die Weiberrats-Struktur noch dadurch, daß die „Autonome Frauenbewegung" selbst kein einheitliches Subjekt ist, vielmehr in ausdifferenzierten Kontroversen über Feminismus (Weiblichkeit und Androgynität, Gleichheit und/oder Unterschied; vergleiche etwa die Kontroversen zwischen „Emma" und „Courage" in den 70er Jahren) lebt. Auch miteinander brachten die „Autonomen" ihre Gegensätze in die Debatten, und wurden von Frauen aus ihren alten Zusammenhängen der Kollaboration verdächtigt (ich zögere, ob ich solche Worte nehmen darf).

Der Weiberrat lebte von und durch diese Struktur. Wir lebten in unseren differenten kulturellen Kontexten, hatten die gewachsenen Gründe für unser Mißtrauen daher und auch den Bedarf nach neuer Artikulation. Wir hatten nichts miteinander als die Produktivität unserer konkreten Projekte. Die „Frauenliste" wurde ein Projekt von Weiberräten aus dem Sozialistischen Frauenbund, der radikalen Lesbenbewegung und von Frauen für den Frieden. Im Wahlkampf verteidigten wir dieses Projekt gegen das Parteienmonopol und im Weiberrat gegen Antiparlamentarismus. Parteifrauen der Linken versetzten wir in Unruhe, weil sie entweder klammheimlich unseren Sieg wünschten, damit ihrer Partei ein Denkzettel erteilt würde (SPD) oder weil sie ihre Partei gegen unsere Konkurrenz verteidigten (AL).

Mit der Unterstützung und Kandidatur für eine Frauenfraktion der Alternativen Liste ins Berliner Abgeordnetenhaus durch einige Rätinnen handelte sich der Weiberrat die Nähe zur AL ein. Mit dem Vorschlag für einen Gleichstellungsrat verwickelte sich der Weiberrat in SPD-Nähe. Die Unterstützung von Mütter-Rechten und -Forderungen wird vermutlich als konservativ gelten und das Verlangen nach ersatzloser Streichung von § 218 vielleicht bald als linksradikal. Es scheint mir unvermeidlich, sich dem jeweiligen Verdacht auszusetzen, der den Themen durch ihre Hauptvertreterinnen anhaftet. Deshalb müssen „wir" doch die Themen nicht in dieser Haft lassen. Ich will nur dafür werben, dorthin zu gehen, wo Feministinnen Probleme auf-spüren und widerständige feministische Artikulationen zu leisten, statt solchen Frauen erstmal ihren Feminismus abzusprechen.

Die Verratskonstruktion scheint mir allgemeine Lehren für die Politikentwicklung einer Befreiungsbewegung zu enthalten:

1. Eine Neu-Zusammen-Setzung, die nicht scheinheilig ist, sondern wirkliche und begründete Gegensätze verbindet, wird in den alten Kontexten immer den Vorwurf von „Verrat" hervorrufen. Diese Unvermeidlichkeit ist vielleicht eine Bedingung für neue Produktivität.

2. Zugleich ist die Verratskonstruktion gefährlich, weil sie dumm macht. Die politischen Entwicklungswege von Einzelnen über ihren alten Kontext hinaus sind keine individuellen Entwicklungswege. Was Einzelne nach vielen Jahren gemeinsamer Traditionsbildung hält und andere gehen läßt, das hat miteinander viel zu tun. Wenn die Trennungen nicht auch vom gewachsenen Vertrauen begleitet werden, dann fehlen auf beiden Seiten das Wissen über die Gründe der Trennung ebenso wie die neuen Erfahrungen. Das Verdrängen eigner Widersprüche wird immer teuer und hochherrschaftlich funktionalisierbar.

3. Der Verratsdiskurs gefährdet solche Projekte wie Weiberrat. Wenn die alten Traditionen wirklich individualisiert werden (die alten Freundinnen nichts mehr voneinander wissen wollen), dann verliert die Neuzusammensetzung an Kraft und

Schärfe. (Das ist bei Parteien anders, die sich als fertig durchstrukturierte Gebilde am Vermögen von Verräterinnen bereichern und deren alte Tradition „organisiert" zurückweisen. Die Assimilationen von Parteien in die Gesellschaft sind anders.)

Politpsychologisch interessiert mich darüber hinaus, ob die spezifische Bedrohung derjenigen, die sich verraten fühlen, nicht das Gefühl der Schwächung durch Verlassenwerden, also eines Machtverlustes, ist. Dann wäre „Verrat" an mächtigen Personen (charismatischen Führerinnen) ein Demokratisierungsmittel, ein Mittel zur Befreiung gefesselter Produktivität. Eine Bewegung wäre umso produktiver und subversiver, je mehr Verrat sie ermöglichte.

Was ich im Berliner Weiberrat zum Thema Organ-ii-satt-ii-on gelernt habe, also jetzt anders weiß als zuvor, kann ich in vier Punkten sagen:

– Beim Organisieren „inmittenzwischen" der Frauenbewegung ist mir mein Politikbegriff durcheinandergeraten. Obwohl es nichts Parteiähnliches gibt, gibt es doch Programme und Linien. Das Persönliche ist noch in anderer Weise politisch: in Traditionen über Gruppen, Projekte und Beziehungen. Diese Struktur ist widersprüchlich, für wissenschaftliche Konzeptideen (wie für staatliche Kontrollen) schwer zugänglich und un-möglichen Politikentwicklungen offen, also voller Überraschungen. Zwei Linien auszumachen und deren (Wieder)Vereinigung zu konzipieren, wie Frigga Haug das versucht, scheitert an diesem Durcheinander. Statt es ordnen zu wollen, möchte ich künftig weiter politisierend darin leben.

– Solche widersprüchlichen Spannungen oszillieren zwischen „kultureller" Vernetzung und „politischer" Handlungsfähigkeit. Das hat Vorteile gegenüber Konzepten umfassender politischer Vernetzungen, Bündelungen oder wie auch immer, die immer Hierarchien und Bürokratien ausgebildet haben. Ich bin dafür, Abschied zu nehmen von der Perspektive „großer" und „mächtiger" (Befreiungs)Organisationen, die sich am Vor-Bild ihrer Gegner bilden und verbrauchen. Politisierende De-Zentren wie der Berliner Weiberrat scheinen mir im Gegensatz dazu und für die Frauenbewegung angemessen zu sein, auch *weil* sie vergänglicher sind.

– Politisierung heißt nicht nur, die Macht und Vor-Herrschaft, die sich außer und über uns erhebt, zu be- und zersetzen, sondern auch die Macht, die sich unter uns herausbildet und die wir innerhalb der Bewegung vergeben, umzuverteilen. In heterogenen Gruppen, die sich in der Art des beschriebenen Verrats bilden, entstehen Energien für einen solchen Prozeß.

– Der Zusammenhang von Politik und Recht muß feministisch erforscht werden. Die Verrechtlichung von Forderungen und Ideen umbricht dialektische Widersprüche der Bewegung in Polaritäten einerseits und Langeweile andererseits. Es lohnt sich, die geringsten Schritte zur Verwandlung von Organisationen wie dem Weiberrat in Rechtssubjekte zu problematisieren. Aber Raushalten ist bei der Bedeutungsschwere des Rechts für *die* Politik nicht möglich. Deshalb müssen wir noch lange nicht überall mitmachen. Frauenbeauftragte ohne Ver-Bindungen in die Frauenbewegung und ohne eigenständiges Recht auf Öffentlichkeit, sollten wir ablehnen.

Wir experimentieren weiter, von den politisch-kulturellen Aktivitäten und Fragestellungen der Frauenbewegung aus im politischen Machtraum anzukommen. Lernen dabei auch abzuwarten. Was werden jetzt die GAL-Frauen in Hamburg schaffen? Sollen wir 1989 in Berlin nochmal mit Frauenlisten kandidieren? Brauchen wir überhaupt (noch? demnächst?) eine selbständige politische Präsenz in den Parlamenten oder tut's ein „Regenbogenfeminismus" von Parteifrauen auch?

Weiberrat als kontinuierliche, politisierende Vernetzungsarbeit innerhalb der Frauenbewegung und außerhalb von Parteien könnte eine dritte Art widerständiger Festsetzung von Frauenbewegung und Feminismus in der Gesellschaft werden neben mehr kulturellen und mehr wissenschaftlichen Möglichkeiten (scharfe Abgrenzungen sind weder nötig noch klug).

Literatur

ENZENSBERGER, Hans Magnus: Zur Theorie des Verrats, in: ders.: Deutschland, Deutschland unter anderem, Frankfurt/M 1967

ERLER, Gisela Anna: Frauenzimmer. Für eine Politik des Unterschieds, Berlin 1985

FRAUENPOLITIK 2: Weiberräte – Frauenmacht. Argument Studienheft 66, Berlin 1984

GAMBAROFF, Marina/MIES, Maria/STOPCZYK, Annegret/WERLHOFF, Claudia v. u.a. (Hrsg.): Tschernobyl hat unser Leben verändert, Reinbek. Hamburg 1986

HAUG, Frigga: Perspektiven eines sozialistischen Feminismus, in: Das Argument 159, Berlin 1986

HAUSER, Kornelia: Frauen-Macht-Politik, in: Das Argument 144, Berlin 1984

JÄGER, Michael: Sexismus und Parteiensystem, in: Kommune Nr. 7 und 8, 1986

MATERIAL GEGEN DEN WEIBERRAT, kopierte Blätter, 1984

MAY, Hannelore: Die Imperatoren und die Mütter der Basis, in: Elke A. Richardsen, Regina Michalik (Hrsg.): Die quotierte Hälfte, Berlin 1985

NAUMANN, Ursula: Aktion Frauenliste, Manuskript, 1983

PLOGSTEDT, Sybille: Wenn die Autonomie zum Dogma wird, in: Courage, Nr. 12, 1983

SCHULLER, Marianne: Notizen zum Verhältnis von „weiblicher Intellektualität" und Macht, in: Frauen ASTA Magazin, Berlin 1985

STOPCZYK, Annegret: Vom Ausstieg aus der männlichen Zivilisation, in: Marina Gambaroff u.a. (Hrsg.), s.o.

Diskussion

Redaktionelle Vorbemerkung

Nachfolgend drucken wir die Stellungnahme von Lerke Gravenhorst zu Veronika Bennholdt-Thomsens Polemik „Geh zurück auf Los" in Heft 18 der „beiträge" ab, zusammen mit zwei weiteren Zuschriften von Frauen zum Thema.
Artikel, die mit Namen gekennzeichnet sind, das wissen unsere Leserinnen, müssen sich nicht unbedingt mit der Redaktionsmeinung decken. Wir veröffentlichen Beiträge dann, wenn wir sie für diskussionswert und diskussionsbedürftig halten, auch dann, wenn sie in für Frauen ungewöhnlich scharfem Ton geschrieben sind. Inhaltliche und persönliche Angriffe lassen sich dabei keineswegs immer voneinander trennen.
Lerke Gravenhorst und Carmen Tatschmurat haben erwartet, daß Kritik und Stellungnahme im selben Heft erscheinen müßten. Dem steht nicht nur der Produktionsablauf entgegen. Wir wollen auch die lähmenden Ausgewogenheitsrituale „öffentlich-rechtlicher" Medien nicht nachspielen. Die „beiträge" sind eine Reihe und werden als solche gelesen. Meinung und Gegenmeinung haben im Ablauf ihren Platz, auch dann, wenn offenbar Frauen, die andere Frauen bei einem Verstoß gegen selbstgesetzte Prinzipien (keine Polemik, keine persönlichen Angriffe) zu erwischen glauben, sich selbst in keiner Weise an ihre eigenen Normen halten. Unserer Ansicht nach hat Veronika Bennholdt-Thomsen mit ihrem Artikel einen wichtigen politisch-inhaltlichen Diskurs unter Frauen begonnen, den wir fortsetzen sollten. Leider hat Lerke Gravenhorst ihre Stellungnahme nicht zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung genutzt. Carmen Tatschmurat greift eine zentrale Frage für die weitere Auseinandersetzung auf: Wer darf sich Feministin nennen, und was ist Feminismus? In welche Richtung und warum? Konkret bezogen auf die Sektionsrede von Lerke Gravenhorst, was bedeutet folgende Frage im feministischen Diskurs: „Wo hat in der feministischen und Frauenforschungsöffentlichkeit der positiv-legitime Anteil an mißhandelnden Männern seinen Platz?" (Gravenhorst, in: Sektion-Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS (Hrsg.), Frauenforschung, Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag, Dortmund 1984, Frankfurt 1985, S. 107).
Ist dies eine neuer Ansatz zur Erklärung von Gewaltstrukturen oder zu ihrer Aufhebung, oder ist es der wohlbekannte alte, männeridentifizierte Zugang, der uns Frauen das einfühlsame Verstehen zuweist? Und weitergehend: Welche Forschungsfragen sind für Feministinnen relevant und lohnen, unsere Kräfte darauf zu konzentrieren? Bei den immer knapper werdenden Forschungsressourcen sicher eine wichtige Frage.
Inhaltliche Stellungnahme zu den aufgebrochenen Differenzen finden in den kommenden Heften ihren Platz.
Wir sind noch ungeübt in der Qualität des streitbaren Umgangs. Zur Harmonie verpflichtet und als Feministinnen bestrebt, dem patriarchalen Blick keine Schaukämpfe zu liefern, laufen wir nur zu leicht Gefahr, uns selbst und die andere nicht ernst zu nehmen, wenn wir der Gegnerinnenschaft ausweichen. Es verlangt Mut, Divergenzen anzusprechen und Grenzen sichtbar zu machen. Auseinandersetzungsformen zu entwickeln, ohne vorschnell auf nicht überprüfte Gemeinsamkeiten zu bauen, dabei zwischen notwendiger Aggression und sinnloser Destruktion zu unterscheiden lernen – das könnte sich lohnen!

Lerke Gravenhorst

Die Öffentlichkeit feministischer Sozialwissenschaft als Pranger?

Stellungnahme zu: Veronika Bennholdt-Thomsen, Geh zurück auf „Los". Gegen die Männer-identifizierte Reaktion in der Frauenforschung! in: beiträge, Heft 18, 1986, S. 82 – 91

Ich habe im Oktober 1984 auf der Sitzung der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften während des Dortmunder Soziologietages einen Vortrag gehalten mit dem Titel „Private Gewalt von Männern und feministische Sozialwissenschaft". Er liegt seit 1985 als Teil einer Dokumentation der Sektion Frauenforschung vor (Lerke Gravenhorst, 1985). Veronika Bennholdt-Thomsen hat dazu in einem Aufsatz Stellung genommen, der in der Nr. 18 der „beiträge" erschienen ist (s.o.).

Veronika Bennholdt-Thomsens Lesart meines Artikels und deren Veröffentlichung in den „beiträgen" haben mich zugleich sehr verletzt und verärgert. Was Veronika Bennholdt-Thomsen vorbringt und von der Redaktion der „beiträge" kommentarlos an die Öffentlichkeit weitergegeben wird, muß ich von seinem Prinzip aufs schärfste zurückweisen.

Veronika Bennholdt-Thomsen nennt ihre Stellungnahme eine Polemik und handelt dann so, als ob sie sich damit einen Freibrief für eine grenzenlose Diffamierung meiner Person – und derer, die ich angeblich repräsentiere – und von Überlegungen wie den meinen verschafft hätte.

Auch wenn die Begründung für ihre Kritik an meinen Argumenten nicht im Zusammenhang einer wissenschaftlich gemeinten Diskussion stünde, würde ich sie für unerträglich halten. Wieviel mehr noch gilt dies, als die Kontroverse innerhalb der feministischen Sozialwissenschaft stattfindet: Veronika Bennholdt-Thomsen und ich identifizieren uns in unseren jeweiligen Texten als feministische Wissenschaftlerinnen und beziehen uns auf feministische Sozialwissenschaft. An Wissenschaft als einem zentralen Bezugssystem für beide kann also kein Zweifel sein. Ich setze voraus, daß Wissenschaft, auch feministische Wissenschaft, nur möglich ist, wenn alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion zunächst einmal wechselseitig von der persönlichen Integrität des Gegenüber ausgehen.

Was immer ich in meinem Artikel unzureichend und inkorrekt geschrieben haben mag – es rechtfertigt in nichts Veronika Bennholdt-Thomsen dazu, die Integrität meiner Motive und Absichten, die meinen Argumenten zugrundeliegen, in der Weise, wie sie es tut, zu diskreditieren („mieser Trick", „Drohung", gezielte Manipulation, ängstlich-ehrlose Anbiederung, „märtyrerhafte Larmoyanz", „Etikettenschwindel" etc. etc.). Wenn diese Norm nicht mehr gilt, von der persönlichen Integrität des Gegenüber auszugehen, ist doch alle Voraussetzung zerstört, sich wechselseitig zuhören, über etwas Bedrängendes aufklären und sich der gemeinsam als problematisch erkannten Dinge bewußt werden zu können. Dann bleibt doch nur der Abbruch der Kommunikation mit den Gegenübern oder der Kampf gegen sie – bis dahin, sie öffentlich vorzuführen, an den Pranger zu stellen und zu geißeln. Letzteres ist das, was meinem Eindruck nach Veronika Bennholdt-Thomsen mit mir als Autorin eines von ihr abgelehnten Textes macht.

Zu solchen Diffamierungen kommt es, wenn die Deutung von Motiven der anderen zum Mittel der Auseinandersetzung gemacht wird, ohne daß diese sie ausdrücklich offengelegt und zum Gegenstand der gemeinsamen Betrachtung gemacht hätten. Solange letzteres nicht geschieht, müssen Motive und Einschätzungen ausschließliche persönliche Angelegenheiten bleiben. Wohin würde es sonst z.B. in der Diskussion

führen, wenn ich nun Veronika Bennholdt-Thomsen auf der von ihr gewählten Ebene von Motivdeutungen – noch dazu diffamierender – weiter folgen würde?
Welches Gewicht können nach einem moralisch-ethischen Entwertetwerden eigentlich noch die inhaltlichen Argumente der entwerteten Person für den Fortgang der Diskussion haben? Warum sollte ich selbst mich in diesem Fall nun noch inhaltlich auf den ursprünglichen Gegenstand beziehen?
Außerdem wird eine inhaltliche Auseinandersetzung dadurch verhindert, daß ich die meisten der von Veronika Bennholdt-Thomsen vorgebrachten Argumente nur als quasi-sachliche ansehen kann, da sie in Gestalt endloser Verzerrungen, Unterstellungen und Entstellungen vorgebracht werden (z.B. meine angebliche Akzeptanz und sogar positive Bewertung der Mißhandlung von Frauen durch Männer; mein angeblicher Biologismus und damit einhergehend meine angeblich willentliche Festschreibung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse, meine angebliche Gleichsetzung von Schlägen einer Mutter mit denen eines Vergewaltigers, meine angebliche Postulierung eines geschlechtsneutralen gewalttätigen Handelns und seiner Priorität als Gegenstand feministischer Forschung etc. etc.).
Aber es geht ja eben nicht nur um die Achtung meiner besonderen Person und das Hinhören auf meine besonderen Ansichten. Was Veronika Bennholdt-Thomsen an Argumentationsweisen benutzt, bedeutet die Zerstörung der Möglichkeit von Diskurs als einem gemeinsamen Bemühen um die beste Erkenntnis.

Als Zentrum einer ernstzunehmenden Auseinandersetzung gilt für Veronika Bennholdt-Thomsen nicht die gegenseitige Anerkennung der Diskussionsteilnehmer/innen (als solchen Personen, die sich ernsthaft auf die Argumente der Diskussion einlassen) und nicht die Kraft des Argumentes selbst und seiner Widerlegung, sondern die von vornherein festgelegte richtige Gesinnung, das richtige Bekenntnis. So spricht sie mir den Status einer Feministin ab.
Aber auch das Urteil einer falschen Gesinnung reicht ihr noch nicht aus, um meine Argumentation hinreichend zu diskreditieren. Sie muß auch noch ein negatives Urteil über meine von ihr vermuteten Beweggründe für meine Überlegungen fällen, das an den gravierendsten Stellen in reinen Diffamierungen endet, da es ohne konkreten Nachweis bleiben muß. Im Sinne eines solchen doppelten Fehlers zählt sie mich z.B. zu denen, die – in meinen Worten – vom einzigen richtigen Pfad für feministische Sozialwissenschaftlerinnen abweichen, den Tatbestand des Gruppenverrats erfüllen und dies wahrscheinlich tun, weil sie durch ihren Verlust finanzieller Sicherheit Angst haben und sich haben kompromittieren lassen.
Wenn die Richtigkeit einer Gruppenzugehörigkeit und die Richtigkeit eines Motivs für eine Argumentation zu Maßstäben für die Wertigkeit der Argumentation selbst werden, dann werden der Sinn und die Möglichkeit von Wissenschaft aufgegeben, einen Prozeß der gemeinsamen Suche nach der besseren Erkenntnis darzustellen; dann handelt es sich nur noch um die Aufnahme in das von vornherein feststehende richtige oder gute Lager bzw. die Ausgrenzung aus ihm.

In meinem Artikel habe ich versucht, die Konstruktionsmuster in dem Männerkonzept herauszukristallisieren, das sich in einem für den Feminismus und für die feministische Sozialwissenschaft zentralen Diskurs entwickelt hat, nämlich in dem zu männlicher Gewalt gegen Frauen. Mir war dabei im Hinblick auf die Inhalte feministischer Geschlechter- und Gesellschaftsentwürfe gerade auch der Zukunft der kritische Gesichtspunkt wichtig, wieviel in den Geschlechterbildern dieses Diskurses an der prinzipiellen Möglichkeit zu Humanität auch in Männern zum Ausdruck gebracht wird oder umgekehrt, wie weit darin Männer überhaupt auf eine unter den gegebenen Umständen

des Patriarchats oft realisierte Inhumanität festgelegt werden. Diese Frage begleitet mich von Beginn meiner Arbeit für und Auseinandersetzung mit feministischer Sozialwissenschaft.
An meinen inhaltlichen Argumenten gibt es gewiß manches, was kritikwürdig ist, verändert und weiterentwickelt werden kann und sollte. An dieser notwendigen und wünschenswerten inhaltlichen Diskussion aber beteilige ich mich dort, wo ich Vertrauen darin habe, daß die Grundvoraussetzung für konstruktive Konfrontration gewahrt ist – daß die persönliche Integrität der Beteiligten nicht in Zweifel gezogen wird. Eine solche Diskussion als Kritik und Weiterentwicklung meiner ursprünglichen Überlegungen hat bereits begonnen; 1985 gab es dazu eine spezielle Sitzung der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in Bielefeld. Diese Diskussion wird in einem Buch fortgesetzt, das Marcsi Rerrich und Carol Hagemann-White im Auftrag der Sektion Frauenforschung herausgeben.

Für meine Stellungnahme zu dem Artikel von Veronika Bennholdt-Thomsen habe ich eine Reihe intensiver Gespräche geführt. Sehr viel habe ich von Lising Pagenstecher und ihrem Bemühen gelernt, das Verhältnis von Selbstwahrung und Achtung vor der Andersartigkeit eines Gegenüber zu bestimmen. Der spezifische Anlaß ihrer Überlegungen ist das Verhältnis zwischen Frauen mit unterschiedlichen Lebenskonzepten. Ich denke, daß sie aber auch wichtige Voraussetzungen für konstruktive Auseinandersetzungen innerhalb der feministischen Wissenschaftsöffentlichkeit benennt:
„Respekt bedeutet für mich, Anderslebende und Andersdenkende genauso ernst zu nehmen wie mich selbst *und* mich selbst genauso ernst zu nehmen wie andere. ...
Respekt heißt aber *nicht* einfach, alles, was anders ist, so, wie es ist, zu akzeptieren. ...
Respekt vor dem Anderssein findet seine Grenze da, wo die Verabsolutierung des Andersseins durch die Andere/n die eigene, unterschiedliche Lebensweise und -leistung bedroht, untergräbt, diskriminiert, nicht ernst nimmt, also nicht als gleichwertig betrachtet. Respekt vor Anderssein heißt also auch, sich gegen das, was am Anderssein die eigene Lebensweise bedroht, nicht gelten läßt, *zu wehren.* ...
Respekt vor Anderssein und Eigenbewahrung haben also *Grenzen,* und zwar da, wo das Anderssein oder die Eigenart zum Maßstab für *alle* gemacht werden. Respektieren von Anderssein und Bewahrung von Eigenart ist ohne Grenzziehung nicht möglich, und Grenzen ziehen, heißt, sich zu konfrontieren, Konflikte auf sich zu nehmen, sich unbe(ge)liebt zu machen, ohne die Andere/n zu vernichten“ (Lising Pagenstecher, 1986).

Literatur

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Geh zurück auf „Los“. Gegen die Männer-identifizierte Reaktion in der Frauenforschung! Eine Polemik zu: Lerke Gravenhorsts Artikel: „Private Gewalt von Männern und feministische Sozialwissenschaft“, in: beiträge zur feministischen theorie & praxis, Heft 18, 1986, S. 82 – 91

GRAVENHORST, Lerke: Private Gewalt von Männern und feministische Sozialwissenschaft, in: Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften in der DGS (Hrsg.), Frauenforschung, Beiträge zum 22. Deutschen Soziologentag Dortmund 1984, Frankfurt/New York 1985, S. 104 – 115

PAGENSTECHER, Lising: Respekt vor Anderssein ohne Aufgabe der Eigenart, unveröff. MS, München 1986

„Knüppel aus dem Sack"?*

Liebe Veronika Bennholdt-Thomsen!

In den „beiträgen" Nr. 18/86 fand ich einen Artikel von Dir, der mich erheblich entrüstete; und weil die Lektüre (und die Entrüstung) noch so frisch ist, nutze ich sie für einen Brief.
In Deinem Text befaßt Du Dich in einem kritischen Kahlschlag mit einem Vortrag von Lerke Gravenhorst, der im Sektionsreader der Sektion Frauenforschung von 1984 abgedruckt war. Am meisten erzürnt hat mich an Deiner Polemik zweierlei.
Zum einen, wie Du Dich selbst in Form Deiner Gegenrede zur Zensorin über „richtige" feministische Positionen erhebst, indem Du andere gedankliche und thematische Zugriffe einfach abtötest, niedermachst, diffamierst. Daneben (freilich in engem Zusammenhang, wenn man es einmal als Form-Inhalt-Problem zeichnen will) ist Dein Auseinandersetzungs*gestus* von einer schier unerträglichen Destruktivität und Häme gegenüber der Person. Und dazu gibt es einiges zu sagen.
Zunächst ein schlichtes psychologisches Phänomen: Deine Abkanzlungen gegenüber Lerke Gravenhorst sind so massiv und entwertend, so voller Abwehr, daß eine Leserin, die sich nicht gleich in Deinen Kritiksog ziehen läßt, nun ihrerseits mit starken (Abwehr-) Affekten auf *Dich* als Schreiberin reagieren muß. Mir zum Beispiel erschienen gleich die ersten Sätze Deines Textes derart absurd und an den Haaren herbeigezogen, daß ich von da an nur noch auf *Deine* gesamten Ungereimtheiten, Entstellungen und Projektionen schaute – sozusagen im Gegenzug zu Dir. Das ist aber keine Verhaltensweise, die meinem Charakter besonders entspräche. Sie ist, wenn ich meine sonstigen Leseerfahrungen daraufhin anschaue, eher reaktiv, unmittelbare Folge Deiner Häme. Diese Art des Polarisierens, wie Du sie betreibst, reduziert komplexe Wirklichkeiten auf eindimensionale Gegebenheiten und ist damit am Ende nur verfälschend. Und eben: daß die Leserin Deiner Zeilen selber quasi verführt wird, zu polarisieren, schwarz-weiß zu malen; sie muß „Stellung beziehen" – für Dich oder für die andere. Einen ruhigen Gedanken dazwischen zu finden, ist ausgesprochen schwer, weil Dein gesamter Text ja suggeriert, daß Deine „radikalen" Gedankengänge mit den „angepaßten" der anderen auf keinen Fall zusammengehen.
Vorstellbar wäre aber auch, daß Du die Überlegungen Lerkes aufgreifst und in Deinem Sinne über Lerke hinaustreibst. Warum können Texte (d.h. die Gedanken einer/eines anderen) nicht genutzt werden, um weiterzukommen – und zwar gemeinsam! In der Weise also, daß alle, Lerke, Du und ich als Leserin (auch) von Deinem Weiterdenken profitieren können. Warum müssen unterwegs ein paar Leichen abfallen, Ausgrenzungen betrieben werden, „Positionen" gewahrt (und per-ma-nent wiederholt) werden, Urteile gefällt werden, welche Frau den richtigen und welche den falschen Feminismus vertritt?
Es geht dabei aber beileibe nicht nur um eine Frage des Stiles. Ich muß vielmehr sagen, Veronika, daß ich einer feministischen „Position" gegenüber, die andersartige gedankliche Ansätze vorrangig niedermacht statt wertzuschätzen und produktiv zu nutzen, eine große Skepsis hege, was deren inhaltliche Konzeption anlangt: Wenn Du schon so unerbittlich bist innerhalb der eigenen Reihen, so mag ich den Gedanken gar nicht fortspinnen, wie Du über den Umgang mit Männern denkst! Wollen wir da gleich das Fallbeil nehmen? Man wagt ja kaum noch, sich zu irgendeiner Frauenfrage öffentlich zu äußern, weil man Angst hat, gleich eine übergebraten zu bekommen: „wegen falschem Feminismus" . . .
In diesem Zusammenhang empfand ich übrigens den Stil von Lerke als geradezu wohltuend und öffnend. Öffnend im Sinne eines Eröffnens von Dialogangeboten eben, aus denen neue Fragen, Gedanken, Einsichten und Er-

kenntnisse erwachsen können – ohne Denkverbote. Die von Dir gewählte Antwort darauf, die eher als Tötungsgeste auf Thematik und Person gleichzeitig zielt, macht mich hingegen inwendig böse, sie verschließt mir sozusagen Herz und Kopf gleichermaßen (ja stimmt, fürs qualitätvolle Denken brauche ich beide): Zum (Mit-)Denken regst Du mich also nicht gerade an, jedenfalls nicht, was Dein Anliegen betrifft. Eher denke ich dann, wie Du merken kannst, über *Dich* nach und überlege, welche Motive Du haben magst für solcherart Abgrenzung.

Ja, und was die Sache anbelangt . . . Ich muß es doch einmal aufgreifen, weil ich Deine Ausführungen so sehr an Lerke vorbei empfinde. Deine Ortung des Feindes bzw. der Feindin in den eignen Reih'n hat Dich scheints so blind vor Zorn gemacht, daß Dir die allergröbsten Schnitzer in der Textrezeption unterlaufen.

So nimmst Du, um nur ein Beispiel zu benennen, eine Aussage von Lerke Gravenhorst für bare Münze, die eine Metapher ist: Lerke erwähnt in der Beschäftigung mit Margrit Brückners Arbeit „Die Liebe der Frauen" deren theoretisches Konstrukt aus der Psychoanalyse, daß Frauen in der Regel nicht mit „ihrem Feind" schliefen, sondern wohl eher mit den Müttern oder Vätern ihrer Kindheit. Selbstverständlich zielt dieser Gedanke auf die *inneren Bilder,* die „imagines", psychoanalytisch gesprochen, also archaische Liebes- und Beziehungsmuster, die allzu oft in späteren Partnerwahlen unerkannt wiederholt werden (bzw. in einzelnen, oft quälenden Aspekten wiederauftauchen). Aus diesem, wie ich denke, äußerst fruchtbaren theoretischen Ansatz für die inneren Vergesellschaftungsformen des Menschen eine Realitätsaussage zu zimmern und von dorther gar noch auf weibliche Homosexualität, auf reale Sexualverhältnisse also kurzzuschließen, finde ich wirklich etwas hanebüchen. Davon stand bei Lerke auch gar nichts! Lerke schreibt (ganz unmißverständlich, wie ich meine): „Dieser Geschlechtertheorie zufolge schlafen Frauen nicht mit ihrem Feind – um ein verbreitetes Bild der Frauenöffentlichkeit zu gebrauchen –, sondern allenfalls – in der abgewandelten Metaphorik von Margrit Brückner gesprochen – mit den Müttern oder Vätern ihrer Kindheit" (1985, S. 113).

Und was bei Deiner Lesart herauskommt, liest sich dann so: Lerke, so schreibst Du, wolle uns weismachen, daß „ . . . es nicht Feinde, sondern die Väter seien, mit denen die Frauen schlafen, nein, es sind auch die Mütter. Denn Frauen schlafen auch mit Frauen, will sie damit sagen (oh nein! E. K.-K.) – so weit auch so gut – aber, sollen wir verstehen, es ist *dasselbe*, ob Frauen mit Frauen oder mit Männern schlafen" (1986, S. 90). Und dann bist Du zwei Sätze weiter kurzum bei der lesbischen Liebe, die Lerke (wo bloß???) auch noch diskreditiert hat . . . Oh je, oh je! Wahrlich kurzum, Veronika. Ich jedenfalls kann aus dieser Passage lediglich entnehmen, daß, wie gesagt, in den erwachsenen Liebesbegegnungen wir Menschen oftmals alte frühere Erfahrungen wiederbeleben, daß unsere „freie" Liebeswahl damit auch eine unfreie Seite zu enthalten vermag. Eben dieses überaus spannende Thema hat Margrit Brückner ja auch differenziert ausgeleuchtet in ihrer Arbeit über Weiblichkeit und Mißhandlung.

Spannend ist dieser Gedanke der Psychoanalyse zum Beispiel deswegen, weil er eine Spur zu legen vermag a) zu dem Phänomen, daß Frauen bei mißhandelnden Männern oft freiwillig verbleiben bzw. gar zu ihnen aus freien Stücken zurückkehren, und b) zu dem Umstand, daß ja die Wahl des Liebespartners bei Frauen oft wirklich prekär erscheint, ohne daß die Frau selber dies realisiert und – zurückschreckt! Dieses Moment von innerer Vergesellschaftung, von nachhaltigen sozialisatorischen Erfahrungen also, ist eben nicht einfach mit der intellektuellen Knute „Gewalt-gegen-Frauen-ist-tagtägliche-Realität" einsehbar. Margrit Brückner setzt hier eine Theorie des Subjekts ein, die mir angemessener erscheint, um zu verstehen.

Aber ich möchte Dir auch erzählen, was *ich* dem Text von Lerke Gravenhorst entnahm. An diesem Phänomen, daß Du etwas ganz anderes liest als ich, obwohl es sich exakt um denselben Text handelt, wird mir eine These von Norman N. Holland richtig einleuchtend, daß jede/r Leser/in in die Rezeption eines Textes ein eigenes „Grundthema" offenbar einspeist – und herausliest! Holland sagt dazu, „Interpretation ist eine Funktion der Identität im Sinne von Variationen über ein Identitätsthema" (PSYCHE 12, Dez. 78, S. 1135). Das, was Holland dabei für literarische Texte benennt, gilt meiner Ansicht nach auch für die Rezeption anderer Textarten, etwa wissenschaftlicher. Im Kern lautet dabei Hollands Gedanke übrigens, daß wir Texte nach Wunsch- und Angststruktur entschlüsseln und dies mit Hilfe unserer Abwehrmechanismen tun. Ich finde diesen Gedanken sehr plausibel und kann ihn auch an mir bestätigen.

Mir hat Lerkes Artikel zugesagt, wenngleich es hier und da Stellen gab, an denen mir die Formulierungen weniger geglückt oder durchdacht erschienen. Aber das geht wohl jeder von uns so. Insgesamt habe ich mir dann eben die Gedanken und Erwägungen herausgefiltert (Text und Identität . . .), die mich interessierten oder inspirierten zum Weiterdenken. Das waren, kurz gerafft etwa folgende: Lerke wählt am Bereich privat vollzogener Gewalt von Männern (der Begriff der „privaten" Gewalt, den Du so heftig attackierst, war für mich völlig problemlos aufgreifbar als Hinweis auf Gewaltformen innerhalb von Liebesbindungen und konkreten Vergewaltigungssituationen), Lerke wählt also ein Thema aus, das sie beschäftigt: Wie, so fragt sie, und m. E. mit gutem Grund, tauchen in unseren eigenen Analysen von Gewaltverhältnissen eigentlich noch die *beiden* Geschlechter auf? Nur noch in der abstrakten Klassifikation, daß Männer Täter, Frauen hingegen Opfer sind? Oder sind Frauen auch noch (als) Akteurinnen ihrer eigenen Geschichte (wahrnehmbar)? Sind, entsprechend, Männer auch noch differenziert wahrnehmbar als auch Nicht-Vergewaltiger bzw. nicht-gewalttätig? Haben wir überhaupt ein komplexes *Menschen*bild im feministischen Diskurs? Wie beantworten, wie erforschen und vor allem: wie ertragen wir unsere eigenen Ambivalenzen? Also wie können wir, trotz unserer „Exterritorialität" als Frauen in einer Männergesellschaft, unseren eigenen Ort in dieser Gesellschaft differenziert und gleichzeitig komplex ausleuchten? Die schwierige Vermittlung von Allgemeinem und Besonderem also. Dazu gehören, wenn man Lerkes Anfragen weiterdenkt, dann so wichtige Fragen wie die nach der Verbindung von Frauen und Aggression, Fragen auch nach der Leidens- und Duldungsbereitschaft von Frauen, Fragen, nicht zuletzt, nach der „Gewinn"seite für Frauen im „männlichen Prinzip" (eben: warum *bleiben* wir oft an Orten, die unsere Qual bedeuten?).

Du siehst, Veronika, ich habe andere Themen aus Lerkes Text herausgelesen und weitergesponnen. Ich war sogar sehr froh über Lerkes vorsichtig tastende Fragen und Überlegungen, war darüber ebenso froh wie über die Fragen, die dann 1985 auf der Sektionstagung in Bielefeld auftauchten und erstmals relativ offen (öffentlich) diskutiert werden konnten: nicht nur die Frage nach dem „Recht" der Männer auf ein für beide Geschlechter geltendes Menschenbild im Feminismus, sondern auch nach den „Verstrickungen" der Frauen mit der Männergesellschaft, dem männlichen Prinzip inwendig und außerhalb. Ich war froh darüber, daß diese Fragen gestellt wurden, einerseits, weil sie mich seit langem beschäftigen (ich habe darüber u.a. promoviert), und andererseits, weil sie meiner Ansicht nach eine gedankliche Öffnung herzustellen vermögen gegenüber einfachen Polarisierungen im feministischen Diskurs. Das ist ja ein altes Dilemma, daß in einem politischen Kampf die Eindeutigkeiten Handlungsgewinn bedeuten, gleichzeitig aber auch Reduktion von Wirklichkeit, wenn es um Analyse (als Teil von Handlungskompetenz) geht.

Die Formulierung, daß der Feind – klar ausmachbar – der Mann sei (ich schreibe jetzt auch ein wenig verkürzt), kann doch im Ernst niemanden mehr beglücken! Es hieße, von jeder kritischen Gesellschaftsanalyse Abschied zu nehmen. Die Erwägungen von Lerke, welche „Leerstelle" Mann wir nun unsererseits möglicherweise produzieren bzw. produziert haben vor lauter Kampfgeschrei, scheint mir da nicht nur legitim, sondern dringend notwendig. Ich kann darin überhaupt nichts „Männeridentifiziertes" sehen, wie Du es unterstellst! Es ist die Problematisierung des Dilemmas, daß eindimensionale Feindbilder am Ende gegen uns selbst zurückschlagen.

Diese Problematik hat übrigens Carol Hagemann-White im Einleitungstext zu Lerkes und Margrit Brückners Artikeln sehr klar formuliert – und ich fand sehr verkürzend, diese wichtigen Überlegungen, die Carol dem Thema angedeihen ließ – nämlich das Problem schier unlösbarer Ambivalenzen, in denen sich der weibliche Lebenszusammenhang heutzutage zwangsläufig dartut – auf einen einzigen Satz zusammenzuzitieren. Carol hat m. E. die beiden Autorinnen und ihre Fragestellungen sehr luzide eingeführt, und auch Carols Überlegungen und Hinweise gehen verloren, weil nur ein einziger Satz von ihr, aus dem Argumentationszusammenhang gerissen, von Dir aufgegriffen wird. Wirklich schade! So sagt Carol beispielsweise zu den nachfolgenden Texten von Lerke und Margrit, sie „ . . . beziehen sich auf Frauen als ‚Opfer' männlicher Gewalt, tun dies jedoch mit theoretischen Ansätzen, die eine solche ‚Opferdefinition' bereits weit hinter sich gelassen haben – ohne aus den Frauen etwa heimliche Täterinnen zu machen."

Du siehst, auch Carol hat diese Texte offenbar anders gelesen als Du. Dein Verriß von Analysen, die versuchen, die inneren Strukturen der Subjekte zu entschlüsseln, führt doch dann am Ende dazu, daß für die Frauen selber kein aktiver Raum mehr bleibt – wir sind dann Marionetten in einem ungleichen Kräftefeld; damit sind wir dann aber auch in einer Sackgasse, was Lösungen anlangt. Anders formuliert: Wenn das Verhältnis zwischen Männern und Frauen allein über den Modus *eindeutiger Gewalt* definiert ist, bleibt als Ausweg nur, die Männer samt und sonders zu erschlagen. Dann sind nämlich auch die Kosten-Nutzen-Verhältnisse eindeutig, ergo die Interessen. Alles ist dann eindeutig und klar und wir können ebenso eindeutige Antworten geben (wie sie Dein Text an etlichen Stellen suggeriert): Macht kaputt, was euch kaputt macht! Naja, so einfach ist es nicht, das wissen wir alle. Und wem es gefiele, wenn es so eindeutig wäre, das weiß ich auch nicht so genau.

Ich hoffe aber, Du kommst nach meinen Ausführungen nicht gleich auf ähnliche (Kurz-)Schlüsse wie nach denen von Lerke Gravenhorst – etwa dergestalt, daß ich Konflikte und Differenzen sachlicher oder politischer Art nicht aushalten könne, denn eben das ist es *nicht*.

Ich kann freilich nicht gut ertragen, wenn jemand Texte *nur* projektiv liest, sozusagen mit dem offenen Messer in der Hand. Bei Lerke Gravenhorst ist es Dir wahrhaftig gelungen, von vorn bis hinten Lerkes Gedankengänge geradezu systematisch zu verzerren, zu vereinseitigen, Dümmliches und Reaktionäres *hineinzulesen,* das überhaupt nicht drinsteht.

Ich kann mich dabei des Verdachts kaum erwehren, ob Dich der Text von Lerke womöglich gerade deswegen so erregt (und blind macht), weil Lerke für einen dialektischen Feminismus plädiert, weil sie, in aller Vorsicht übrigens, versucht, Einseitigkeiten und schlichte Polarisierungen aufzuheben. Polarisierungen übrigens, wie ich sie zum Beispiel in Deinen Texten extrem angelegt finde.

Lerke hat ja, gegenüber Deiner Neigung zur dauernden Polarisierung, Dualisierung, Ausgrenzung eben die „Grenzen" verwischt, Grenzüberschreitungen gewagt, sich über Denkverbote (die durchaus im feministischen Diskurs existieren!) hinweggesetzt. Deine verzerrende und entwer-

tende Rezeption und Deine Antwort macht den Eindruck, daß eine verschränkende (dialektische), die Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten, also die Vielwertigkeiten reflektierende Sicht auf die Realität von Dir nicht geduldet werden mag.

Und das verrückteste dabei: während *ich* Lerkes gesamten Text sprachlich sehr sorgsam und umgänglich finde, taucht sie in *Deiner* Auseinandersetzung ganz anders auf:
Da ist Lerke – in Deiner Wahrnehmung, wohlgemerkt! – Männer-identifiziert, da redest Du von reaktionärer Frauenforschung, da verrenkt sich Lerke, um einen Etikettenschwindel zu inszenieren, da sind ihre Annahmen verquer, ihre Kennzeichnungen reichlich lau und wenig prägnant, da manipuliert Lerke die Leserin, zeigt eine märtyrerhafte Larmoyanz, tappt in die Falle patriarchalen Biologismus', wählt miese Tricks . . . Aber mehr noch, sie bewirke eine Drohung und Denkverbot, ja, sie zeige ein Verächtlichmachen von anderen Gedanken. Am Ende Deiner Rede bescheinigst Du Lerke, daß sie aus befreiend gemeinten, analytischen Begriffen groteske Karikaturen oder allenfalls leeres Wortgeklingel gemacht habe. Nun ja. Ich für meinen Teil nenne so etwas nicht mehr „Auseinandersetzung", sondern symbolischen Totschlag.
Womöglich wirst Du erwidern wollen, daß die Stilfragen, die ich hier thematisiere, doch letztlich marginal seien – es gehe um die Themen selber, eben um „politische Positionen", die nicht aufgegeben, hinter die nicht „zurückgefallen" werden dürfe . . . („Geh zurück auf Los, Lerke!"). Es ist dies der vertrauteste Einwand gegen die Thematisierung der „Form". Nur, wie gesagt, ich persönlich möchte daran festhalten, daß dahinter nicht allein die Unvereinbarkeit der „Positionen" steht, sondern daß es in der Tat ein unaufhebbares, ein sehr sehr enges Verhältnis zwischen Form und Inhalt, Thema und Sprache gibt. Und daß ein solcher Stil, wie Du ihn pflegst (Verzerrung, Entwertung, Ausgrenzung) am Ende zum Bumerang werden könnte, was das eigene Anliegen angeht.
Insofern, denke ich, brauchen wir Lerke Gravenhorst auch nicht „Zurück auf Los" zu schicken. Ich finde, sie darf sich ein Hotel kaufen, denn sie hat genau ins Schwarze getroffen!

Es grüßt Dich

Eva Koch-Klenske

* *gekürzte und geringfügig präzisierte Fassung eines Briefes an Veronika Bennholdt-Thomsen zur Veröffentlichung in den „beiträgen"*

Carmen Tatschmurat

Anmerkung zu: Veronika Bennholdt-Thomsen, Geh zurück auf „Los", in: beiträge, Heft 18/1986

Wir alle kennen das Phänomen, daß sich Gedanken, die der Schreibenden (oder Sprechenden) selbst nicht bekannt sind, beim Schreiben (oder Sprechen) allmählich „von selbst" formen. Oft ist das gut und richtig, manchmal lebensrettend (vgl. die Erzählungen aus „1001 Nacht"). Bei dem Beitrag von Veronika Bennholdt-Thomsen beschleicht mich ein anderes Gefühl: Auch hier sind wir Zeuginnen davon, wie sich ein Text im Schreiben verfertigt, verselbständigt hat, aber – und das ist der entscheidende Unterschied – wir lesen das Produkt eines Selbstlaufs, dessen Richtung ich nur als destruktiv bezeichnen kann.

Andere müssen sich die Mühe machen, auf Bennholdt-Thomsens Argumente im einzelnen einzugehen, denn manches ist sehr wohl zu bedenken. Ich beschränke mich auf einige Anmerkungen zum Stil der Auseinandersetzung, wie sie hier eingeleitet werden soll.

Nachdem Bennholdt-Thomsen sich nun einmal entschlossen hat, Lerke Gravenhorsts Text als „männeridentifiziert" zu etikettieren, gibt es für sie kein Halten mehr: „reaktionäre Frauenforschung" (S. 84) ist noch die harmloseste Zuschreibung, die Unterstellung der „Inszenierung eines Etikettenschwindels" (ebd.) kann ich nur noch als bösartig empfinden. Alle, die Lerke Gravenhorst kennen (und dies sind im Leser/innen/kreis der „beiträge" gewiß nicht wenige) wissen, daß nichts ihr ferner liegt, als „Inszenierungen", welcher Art auch immer. Nur wenige Personen sind in gleicher Weise wie Lerke Gravenhorst geradezu ängstlich darauf bedacht, keinen „miesen Trick" (S. 86) anzuwenden oder „die Leserin (zu) manipulieren" (ebd.).

„Polemik" nennt Bennholdt-Thomsen ihren Beitrag. Mir fehlt für diese Art des systematischen Demontageversuchs einer Person (denn nur so kann ich die zitierten und andere Textstellen verstehen) jegliches Verständnis. Ich dachte bisher, eine Polemik müsse auch witzig, voller Hintersinn sein – vielleicht hin ich humorlos –, aber davon konnte ich nichts entdecken. Hätte Bennholdt-Thomsen doch beim Schreiben wenigstens *einmal* tief Luft geholt und wäre selbst „zurück auf Los" gegangen!

Dennoch: Ihre Attacke (ich wähle dieses Wort bewußt) hat ein Gutes: Der Diskurs darüber, wer sich „Feministin" nennen darf und was Feminismus uns, jeder einzelnen von uns, bedeutet, ist eröffnet. Wenn es je möglich war, daß ein breites, diffuses Spektrum von Frauenforscherinnen sich unter dieser Bezeichnung zusammenfand, so ist dies nun endgültig vorbei. Wir müssen uns der Tatsache stellen, daß auch feministische Forschaung bereits eine Geschichte hat und daß „Feminismus" heute differenzierter bestimmt werden muß als noch vor zehn Jahren. Wir müssen den schwierigen Weg gehen zwischen Ausgrenzung und Offenheit, zwischen Sorge um die „reine Lehre" und Vertrauen in die prinzipielle Richtigkeit der Orientierung – bei uns selbst wie bei anderen.

Der Diskurs ist eröffnet – die *Thematik* hat uns Bennholdt-Thomsen unabweisbar ins Stammbuch geschrieben. Die *Form* der Auseinandersetzung freilich hat sie nicht allein zu bestimmen; auf keinen Fall sollte sie gekennzeichnet sein durch Tiefschläge gegen Personen um einer Sache willen. Keine Sache der Welt kann dies rechtfertigen. Soll Kritik fruchtbar sein, so muß sie heilen statt zu verletzen.

Dies vor allem fehlt mir bei Bennholdt-Thomsen: Respekt vor der Person der anderen, auch in der Kritik. Wie ich Lerke Gravenhorst kenne, wird Veronika Bennholdt-Thomsen es sich gefallen lassen müssen, daß jene ihr entschieden entgegentritt – und dennoch in einer Haltung, die weitaus mehr durch Trauer und den Versuch zu verstehen gekennzeichnet ist denn durch Aggression.

Dokumentationen, Informationen

Nicole Gabriél

Mai im Dezember: Junge Frauen in der Schüler- und Studentenbewegung in Frankreich

Sie waren die Lieblinge der Medien von *L'Express* (rechtsliberal) bis hin zu *Le Monde* und *Le Canard Enchaíne*. Man hat sie gesehen im Fernsehen, in den vielen Photoreportagen; gehört über private Radios, freie Sender und in Politdiskussionen im Rundfunk, wo sie den Ministern ins Wort fielen. Eine von ihnen, Claire, von der Universität Nanterre, bekam auf dem Parteitag der Sozialisten eine Ovation. Junge Frauen. Sie gaben der Studentenbewegung den ach so wichtigen „Look": bunt, witzig, in tollen Aufmachungen. Sie waren selbstsicher, redegewandt und vor allem – cool. Die hundert Blüten dieses winterlichen Frühlings.

Die Bewegung war immer mediengerecht und -bewußt. Sie hat Presse und Fernsehen zu benutzen gewußt, hatte sie doch eingesehen, wie wichtig die einst von den Situationnisten verschmähte „Politik des Spektakels" ist. Und es scheint, daß sie fast von A bis Z ihr Image kontrollieren konnte: Eine breite Basisbewegung, apolitisch, gewaltlos, die auf Kommunikation und Gemeinschaftsgefühl bedacht war, nicht auf Opposition. Die trennenden Faktoren wurden selten erwähnt. Alles zusammen, alle zusammen! Generationen, Rassen, Geschlechter. Bevor die Ereignisse eine brutale Wendung nahmen, war sogar einer der Slogans: „Die CRS (berüchtigte Einsatztruppe) mit uns. Auch Ihre Kinder sind betroffen!" Der Versöhnungswille drückte sich in Musik aus: Rockorchester spielten für die Studenten, ein Riesenkonzert auf dem Invalidenplatz sollte den Erfolg krönen (es fand nicht statt, weil die Verhandlungen platzten) und ein Sänger, Francis Lalanne, marschierte mit und wurde sogar festgenommen.

Ton und Bild. Das Gleitende, alles Umhüllende. Ästhetik: „Wir müssen schön sein", sagte eine Studentin auf einer Generalversammlung. Selbst nach dem Mord an Malik Oussékine überwog Trauer, nicht Revolte.

Sie haben durchgehalten. Wie das weiche Wasser. Ich habe mich gefragt, ob die Frauen diese Prägung gegeben haben, oder ob die Gesellschaft der Kid-Generationen sich schon derart feminisiert hat.

Oder gehörte die sehr sichtbare Präsenz von so vielen Frauen auch zu dem Bild, das die Bewegung von sich geben wollte? Gut: Frauen haben an den Schulen und Universitäten, in Paris und in der Provinz, mitgemacht, mitorganisiert, die Flugblätter verteilt, die sie auch verfaßt hatten. Sie waren überall, auch im Ordnungsdienst. War es wirklich wie in einem modernen Ballett, wo die Geschlechterzugehörigkeit keine Rolle mehr spielt, Männer und Frauenrollen so gut wie austauschbar sind? Wie bei diesen androgynen Sängern? Gucken wir mal hinter die Kulisse, denn in diesem Medienspiegel gab es eine ganze Reihe von „trompe-l'oeil", von täuschenden Effekten. Dieses apolitische Bild entsprach der Realität nicht. Es war ein Protest, der als erste Reaktion auf acht Monate strammen Rechtskurses kam, der aber auch der seit langem andauernden, immer mehr wachsenden Ausgrenzung der Jugend galt. Es war auch Politik im Spiel, wenn auch Politik in einem anderen als dem üblichen Sinn: Politisches Spiel, nicht sehr spontan, Kalkül, Taktieren. Alte (Jung)füchse aus verschiedenen, oft einander befehdenden trotzkistischen Organisationen hatten einen entscheidenden Anteil an der Auslösung und Durchführung des Streiks. Auch ein kleiner Teil der sozialistischen Partei war dabei. SOS Racisme, eine Organisation von jungen Maghrebinern der zweiten Generation, die seit 1983 verschiedene Märsche gegen den Rassismus initiierte (und vor zwei Jahren

die Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an"), stellte die Verbindung her zwischen den „Beurs" und den Studenten.[1)]

Anhand eines mir bekannten Beispiels will ich aufzeigen, was vor sich ging.

Es war einer Frau gelungen, eine Führungsposition zu behaupten: Isabelle Thomas, 24 Jahre, aus Villetaneuse, einer Universität am (roten) Rande von Paris, wo der Streik schon Mitte November angefangen hatte. Sie gab links und rechts Interviews, antwortete auf Premierminister Chirac und wurde dank ihres Temperaments und ihres Charismas zur „Egerie" der Bewegung. Eine kurzlebige allerdings: Ihre „Allüren" gefielen der Führung der studentischen Gewerkschaft UNEF-ID keineswegs und sie wurde trotz ihrer Popularität aus dem Führungsgremium ausgetrickst. Vorwand: Sie hatte für das Sensationsblatt *Paris-Match* posiert, am Klavier sitzend, in engem schwarzen Kleid, ein Champagnerglas in der Hand. Als wäre sie der bei allen bekannte französische Jungstar Valerié Kaprisky oder Beatricé Dalle, eine Neuentdeckungen und Identifikationsfiguren der französischen Teenies.

Isabelle hatte sich, als die „wahre Frau", die sie zu sein behauptet, sehr zweischneidiger Waffen bedient. Ihr Rausschmiß war aber glatt frauenfeindlich, begleitet von Zwischenrufen wie: „Hör' mit dem Blödsinn auf, Hure! Hau ab." Gut, *Sexismus* war es nicht *nur*, es war ebenso *Taktik*, denn es fanden harte Flügelkämpfe statt. Aber Misogynie war ein schlagendes Argument. Die antisemitischen Attacken, die etwas später David Assouline, dem Studenten, der schließlich die Verhandlungen führte, galten, spielten eine ähnliche Rolle. Sie kamen aber von rechtsextremen Kreisen, außerhalb der Studentenschaft. Es scheint sich also noch einmal erwiesen zu haben, daß eine Solistin linken Männern allemal ein Greuel ist. Und nach dieser Disziplinierung waren die Frauen, die auf dem Podium saßen, zahm und stumm. Sie dienten als Dekoration, wurden als Alibi-Frauen benutzt.

Das wurde nicht problematisiert. Kein Wunder: Wo hätte auch so etwas diskutiert werden können? Es gab, so viel ich weiß, keinen Ort dafür wie z.B.: Frauenversammlungen, -gruppierungen oder irgendeine autonome Organisationsform. Ich erinnere mich auch nicht, feministische Parolen auf den Transparenten gelesen zu haben. (Gegen die Rüstungspolitik gab es, hier im Lande des angeblichen Konsens über Verteidigungsfragen, immerhin einige.) Dies erklärt sich zum Teil aus dem Stand der Frauenbewegung in Frankreich: Ihre Protagonistinnen haben selten die Verbindung zu anderen sozialen Protestgruppen gesucht, die es in Ansätzen doch gibt (Pazifismus, Ökologie, 3. und 4. Welt). Die französische Frauenbewegung ist gezeichnet von ihrer Nähe zum Staat während der sozialistischen Legislaturperiode. Was die Frauenprojekte anbelangt, so ersticken sie jetzt fast alle in finanzieller Not. Teile der Frauenbewegung retten sich in die institutionelle Forschung. Einige nennen das „die reflexive Phase". Auch sie ist keine junge Bewegung mehr![2)] Die jungen Frauen werden danach eingeschätzt, welche Auffassung sie gegenüber dem Feminismus vertreten. Denn der Jugendprotest lebte auch von seinem Spiegelbild, 1968, nicht zuletzt wegen der Magie der umgestellten Zahlen. „1968 ist alt, 1986 ist viel besser", hieß es. Feminismus, ein graues Tuch? „Vor zehn Jahren wollte sich schon keine als Feministin bezeichnen", sagt Christine Delphy, Herausgeberin von *Nouvelles Question Féministes*, „wie wird es wohl heute sein?" Tatsächlich fühlen sich die jungen Frauen durch den Feminismus wenig angesprochen. Sie wollen nicht extrem sein. Feminismus ist nicht mehr in Mode. „Wir sind keine Hysterikerinnen", sagen sie. Damit wollen sie sich abgrenzen von den Feministinnen, die sich früher einerseits selbst als Hysterikerinnen bezeichnet haben, andererseits durch die Medien als Extremistinnen diffamiert worden sind. Die jungen Frauen meinen einfach, sie seien „normal".

Nun, ist frau unbedingt, was sie zu sein behauptet? Eine Mikroanalyse wäre

jetzt notwendig, jetzt nach dem Abflauen des großen Wir-Gefühls, müßte man Schülerinnen und Studentinnen genauer befragen darüber, was sie wirklich denken und fühlen . . . Ziehen Männer das Fazit, so bedeutete 1986 ein Schlußstrich. Es gibt keine geschlechterspezifischen Probleme mehr. Das „nie wieder" heißt: „Revolte gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Zuchthaus für Drogensüchtige, gegen die Obsession der Sicherheit in einem zunehmend autoritären Staat", liest man in der Januarausgabe von *Le Monde Diplomatique*.[3)] Die Jugendbewegung hätte „die Werte Gleichheit, Demokratie, Menschenrechte, Kampf gegen den Rassismus und den Hunger" wieder entdeckt. Ein neuer Humanismus. Die Absage an den Sexismus gehört offenbar nicht dazu. Frauen und Männer haben scheinbar die gleichen Probleme und kämpfen gemeinsam.

Ich bin auf Hypothesen angewiesen. Meine Eindrücke sind etwas ambivalent. Die Teilnahme der jungen Frauen am Protest ist signifikant, aber es scheint, daß alle alten Fallen geblieben sind. Trotzdem: An die These eines schwindenden Frauenbewußtseins – nennen wir es so –, oder gar eines Roll-Backs glaube ich nicht. Sie widerspricht meinen Erfahrungen im normalen Alltag an der Universität Paris VII (Jussieu). Ich finde immer Gehör, wache Aufmerksamkeitwenn Frauenfragen auch nur am Rande behandelt werden. Die Kurse von Michelle Perrot, eine Historikerin, die schon 73 Veranstaltungen zu Frauenthemen durchführte, sind sehr gut besucht, und nicht nur von Frauen über 35! Claude Zaidman, die dank den Bestrebungen der Sozialistin Roudy („der Ministerin unserer Mütter") einen der drei in Frankreich existierenden Frauenlehrstühle hat, denkt ebenso. Also, auch hier eine „reflexive Phase"? Es bahnt sich vielleicht etwas an, was noch zu definieren wäre. Ein Zeichen dafür sehe ich auch im Verhalten der jungen Frauen maghrebinischen Ursprungs, den „Beurettes", die sehr aktiv in der Graswurzelbewegung waren. Es sind zumeist Schülerinnen – wenige haben Zugang zur Universität – lebendig, oft sprachbegabt; zu Hause nicht gehätschelt wie ihre Brüder, haben sie oft viel bessere Schulleistungen als sie. Es würde mich interessieren, was in den Familien vorgegangen ist, als die jungen Frauen sich gegen ihre Väter, ihre Onkel und Brüder behaupten mußten, um an den Demonstrationen teilzunehmen und um das gleiche Recht für alle auf Erziehung zu fordern. Ja, sie müssen sich tagtäglich wehren, nicht nur zur Zeit des großen Protestes. Gleichberechtigung ist sicher kein protofeministisches Schlagwort für sie!

Solidarität zwischen den Rassen war das große Ergebnis des Protestes, der sich nicht darin erschöpfte, gegen ein im Grunde schon bestehendes nur geringfügig veränderndes Hochschulgesetz zu sein, sondern zu einer Bewegung für Zivilrechte wurde. Man wird immer mehr mit den „Beurettes" zu rechnen haben, wohl auch bald mit jungen Chinesinnen und Südostasiatinnen. Die Integration in einer mutiethnischen Gesellschaft bedeutet für sie eine *Chance zur Emanzipation*. Eine solche Integration ist nicht mehr negativ definiert, durch die Identifizierung mit globalen sozialen und politischen Bewegungen, wie in dieser Protestbewegung. Sie ist faktisch geworden. Dieser Faktor ist in Frankreich entscheidend geworden, wie es scheint, trotz Le Pen! Er kann soziale Veränderungen herbeiführen und vielleicht gar eine xte *neue Frauenbewegung*.

Anmerkungen

1) „Beurs" sind die Araber der zweiten Generation. Sie haben bereits die französische Staatsangehörigkeit. „In dieser Menschenmenge sind wenigstens 50% Gastarbeiterkinder", sagte mit Entsetzen der Abgeordnete Jean Kiffer (RPR Gaullisten um Chirac) nach einer der ersten Demonstrationen. Der wirkliche Prozentsatz war natürlich viel niedriger, aber immerhin! Einige Zahlen: 1 Million Kinder „ausländischen Ursprungs" an den Schulen, das sind fast 10%. Sie verlassen die Schule früh und gehen eher als französische Kinder an technische oder Berufsschulen: z.B. die LEP's, die vom Hochschulgesetz nicht betroffen waren, und trotzdem massiv bei den Protesten mitgemacht haben. Nur 4%

der Gastarbeiterkinder erreichen die „lycées" (Abiturklasse).

2) *Eine viel ausführlichere Darstellung wäre natürlich notwendig. 1) Zu den Kontakten zu anderen sozialen Bewegungen: Es gibt Gegenbeweise wie „Résistance Internationale des Femmes à la Guerre"* (Pazifistinnen), *Fémin' autres* (Dritte Welt). 2) Zu der Krise der Frauenprojekte: Z.B. sind die Zeitschriften *Penelope, La Revue d'en face* eingegangen, *Nouvelles Questions Féministes* droht der Konkurs. Die Frauenbuchhandlung Carabosse gibt es nicht mehr. Der Verlag Tierce ist pleite. Das Frauenzentrum (Maison des Femmes) kann die Miete nicht mehr bezahlen. 3) Zur Frauenforschung in den Institutionen: Die nach dem Kongreß in Toulouse (1982) geschaffenen Ressorts im Centre National de la Recherche Scientifique, die ATP Femmes, wird es nicht mehr geben. Die schon bewilligten Gelder für Projekte, die im Gange sind, werden nicht ausgezahlt.

3) *Le Monde Diplomatique*, Januar 1987: Claude Liauzu, „Les droits de l'homme, privilèges de l'Occident ou valeur universelle?". Siehe auch die Artikel von Ignacio Ramonet, Jaques Ardoino, Michel Debauvais.

Mein „Beauf" holt nach

124 *Quelle: Le Canard Enchaîné, 3.12.1987, ein Comic von Cabu*

Zwei Frauen der Initiative „K(l)appt das Schleppnetz“

Volkszählung 87 – ohne uns Frauen

Große Propagandaanstrengungen sind zur Zeit zu beobachten, um jede Bürgerin, jeden Bürger zu veranlassen, sich im Mai 87 zählen zu lassen. Der Staat will und kann es nicht noch einmal so weit kommen lassen wie 1983, als die breite Bewegung der Verweigerung das höchste Gericht veranlaßte, die Bremse zu ziehen. Geworben wird weniger mit der Notwendigkeit, uns total zu erfassen oder angeblich neue statistische Daten über uns zu sammeln, sondern mit der Aufforderung, der Allgemeinheit bzw. „allen zu helfen“ – so der offizielle Werbespruch. Es geht offensichtlich nicht nur darum, passive Staatsloyalität von der einzelnen Mitbürgerin zu verlangen, sondern aktives positives Tun einzufordern: eine aktive Demonstration der Loyalität – und das ganz zwangsweise! Die Durchführung dieser Zwangsmaßnahmen läßt sich mann zig Millionen Mark kosten.

Ob die VZ 87 neben der Auslotung der Akzeptanzbreite in der Bevölkerung weitere sinnträchtige Ziele verfolgt, ist umstritten. Das Statistische Bundesamt hat die offizielle Begründung/Notwendigkeit für jede einzelne Frage, den Gesetzestext etc. allerdings nicht die Verknüpfungsmöglichkeiten der Daten in einer Broschüre zusammengestellt. Diese ist als informative Materialsammlung kostenlos zu beziehen beim Statistischen Bundesamt, Postfach 5528, 6200 Wiesbaden. Wir verzichten deshalb hier auf eine Darstellung.

In der Broschüre wird die Totalerfassung als notwendig für langfristige staatliche Planungen bezeichnet. Unter Fachleuten wird dagegen schon heute die Frage gestellt, ob die erhobenen Daten nach der voraussichtlichen Aufbereitungszeit von 2–6 Jahren überhaupt noch praxisrelevant sein können. Die letzte VZ 1970 hat schon zur Legitimation horrender Fehlplanungen dienen müssen (Atomkraft, Wohnungsbau etc.).

Die Gefährlichkeit der VZ liegt u.E. nicht einmal in der Verwertung der Daten für Planungsarbeiten, sondern in ihrer Nutzung für eine mögliche direkte soziale Kontrolle. Z.B. kann nach dem VZ-Gesetz das Statistische Landesamt den einzelnen Gemeinden „Einzelangaben für ihren Zuständigkeitsbereich“ übermitteln (§ 14), und zwar unmittelbar nach der Erhebung und der Trennung von Namen und Straßenangaben. Eine Gemeinde kann also die Daten z.B. zur Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit etc. und zur überwiegenden persönlichen Einkommensquelle (z.B. Erwerbsarbeit, Unterhalt, Sozialhilfe) erhalten. Solche Angaben bekommt sie nach Blockseiten gegliedert. Eine „Blockseite“ ist die Häuserfront von einer Straßenecke bis zur nächsten. Zusätzlich kann sie die Anzahl der Haushalte in diesem Block abfragen („Haushalt“ = gemeinsames Wohnen *und* Wirtschaften, sowohl nach dem BSHG als auch nach dem VZ-Gesetz). Dazu muß frau wissen, daß u.a. eine Computerspezialistin bereits nachgewiesen hat, wie leicht anhand von 3–4 Merkmalen jede Person eines „Blocks“ re-identifizierbar ist. Wer also z.B. bei der VZ angibt, mit ihrem Freund, ihrer Freundin gemeinsam zu wirtschaften, dies aber als Sozialhilfeempfängerin beim Sozialamt bisher „vergessen“ hat anzugeben, muß aufgrund der „tiefen regionalen Gliederung“ mit alsbaldiger Entdekkung rechnen.

Außer der Kontrolle der/des Einzelnen, kann eine Gemeinde detaillierte Angaben zur sozialen Struktur ihrer Stadt, einzelner Stadtviertel und Gebäudekomplexe erhalten, nützlich beispielsweise für Sanierungsvorbereitungen, brauchbar aber auch für polizeitaktische Überlegungen für den Umgang mit Fußballfans, arbeitslosen Jugendlichen, für Evakuierungspläne. Ein weiterer Aspekt solch einer Totalerhebung ist ebenfalls nicht zu unterschätzen: Durch die Auswertung der Daten wird der gesellschaftliche Durchschnittsmensch neu bestimmt.

Neue Normen werden gsetzt und die dazugehörigen Maßnahmen erlassen. Ermittelt werden kann beispielsweise die „durchschnittliche" Studienzeit, d.h. dann evtl. Kürzung der Bafög-Förderzeiten, oder die Länge von Studienzeiten, d.h. Verschärfung von Zwischenprüfungen, oder die „durchschnittliche" Länge von Arbeitswegen, die dann als „zumutbar" erklärt werden usw.

Mißtraut frau der Datenschutz-Gesetzestreue der Gemeinden – ein Abgleich der erhobenen Daten mit den Gemeindedaten ist im neuen VZ-Gesetz verboten –, so ist in wenigen Zeilen nicht zu beschreiben, was alles mit den Daten geschehen könnte . . . Anlaß genug, von jeder Frau zu erwarten, sich möglichst bald eine Meinung zu bilden, und wenn sie nicht in einer der sich ständig vermehrenden örtlichen Boykottinitiativen mitarbeiten will, sich doch soweit zu informieren, daß sie an dem Tag, an dem der/die Zähler/in vor der Tür steht, klug reagieren kann. Hierfür ist wichtig zu wissen, was der Zähler darf, was er nicht darf und was einzelnen Auskunftspflichtigen passieren kann (siehe Kasten).

Letztlich muß jede Frau vor dem Erhebungsstichtag, dem 25.5.1987, entscheiden, ob und welche der derzeit diskutierten Boykottformen für sie adäquat ist, denn die Zähler kommen schon früher. Über drei unterschiedliche Boykottformen gehen im Augenblick die Auseinandersetzungen:

1. *Der direkte öffentliche Boykott.* Hier erklärt frau, etwa durch ein Plakat im Fenster, ihre Weigerung, die Erhebungsbögen auch nur anzunehmen. Dies ist (noch) keine Straftat, aber eine Ordnungswidrigkeit, die sehr schnell mit Zwangsmitteln belegt werden kann. Der Vorteil ist, daß die Verweigerung vom Staat nicht verschwiegen werden kann und andere ermutigt werden.

2. *Das Nicht-Ausfüllen oder heimliche Falschausfüllen.* Die Boykott-Bewegung will in jeder Stadt Sammelstellen einrichten. Hier werden die leeren Bögen, nachdem die jeweilige Ordnungsnummer oben rechts bzw. links abgeschnitten wurde, gesammelt und gezählt. Die Anzahl der verweigernden Haushaltsmitglieder werden fortlaufend veröffentlicht, damit für jede/n erkennbar wird, wie viele boykottieren und evtl. Erfolgsmeldungen der Behörden von vorneherein ad absurdum geführt werden.

Die heimliche Falschausfüllerin ist dagegen vor Entdeckung ziemlich sicher, wenn die Angaben in sich schlüssig sind. Ihre Antwort zählt aber, wenn die Akzeptanz geprüft wird, und ihre (falschen) Daten gehen in die Auswertung ein.

3. *Der verzögernde Boykoot.* Diese Form ist für die Einzelne wohl am tragbarsten und politisch trotzdem wirksam. Es gilt, mit allen nur denkbaren Möglichkeiten und Widrigkeiten den Erhebungszeitraum zu überbrücken. Es ist z.B. schon ein Problem, von Mai – Juni 87 in der eigenen Wohnung angetroffen zu werden. Ein Gast, eine Putzfrau braucht die Bögen nicht entgegenzunehmen. Der Zähler kann keinen Ausweis verlangen! Auch die Post, die die Bögen nach zwei Wochen schikken muß, ist ja so zuverlässig nicht, daß alle Briefe immer ankommen. Erst ein „zugestellter" Bogen gilt als angekommen. Allerdings verlangt das Gesetz nicht, daß frau ihre Bögen auch per Einschreiben mit Rückschein zurücksendet. Wenn also bei der Erhebungsstelle ein Bogen nicht vorliegt, obwohl eine Zeugin genau gesehen hat, daß Frau den Brief zur Post gegeben hat, ist zwar die Auskunft noch nicht erteilt, (weil nicht da), aber es kann ja keiner einen Vorwurf machen, d.h. kein Zwangsgeld oder Bußgeld. Dann wird der Auskunftspflichtigen ein neuer Bogen zugehen und alles beginnt von vorne.

Gleichgültig welche Form von frau gewählt wird, es gibt noch viele andere Möglichkeiten, sie sollte auf jedenfall der VoBo-Sammelstelle ihre Verweigerung – wenigstens anonym – mitteilen.

Wie kann ich mich verhalten, wenn der Zähler kommt?
Zunächst kann ohne weitere Vorabangaben (Name u.a.) verlangt werden, daß der Zähler seinen Ausweis vorzeigt. Ohne Zustimmung eines Verfügungsberechtigten darf er die Wohnung nicht betreten. Den Fragebogen darf der Zähler nur ausfüllen, wenn der Betroffene zustimmt, allerdings: bestimmte Angaben, z.B. Vor- und Familienname aller Haushaltsmitglieder, Straße, Hausnummer, Zahl der Personen im Haushalt sowie Zahl der Haushalte, z.B. in WG's und Arbeitsstätten in Gebäude und Wohnung darf der Zähler selbst ausfüllen.
Bezgl. dieser Angaben besteht auch eine mündliche Auskunftspflicht des Betroffenen, ausgenommen die Vor- und Familiennamen der übrigen Haushaltsmitglieder, die dem Zähler oder der Erhebungsstelle auch schriftlich mitgeteilt werden können. Auch alle übrigen Angaben können schriftlich und portofrei mitgeteilt werden.
Kann ich mich gegen die Aufforderung, Auskünfte über mich zu geben, wehren?
Gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung kann innerhalb eines Monats, soweit keine Rechtsmittelbelehrung erteilt wurde, binnen eines Jahres, Widerspruch beim statistischen Landesamt eingelegt werden. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung, d.h. trotz Einlegung des Widerspruchs müssen die geforderten Angaben gemacht werden. Um das zu vermeiden, kann zusätzlich zum Verwaltungsgericht ein Antrag gem. § 80 VVwGO (= auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung) gestellt werden. Erst soweit dieses Verfahren erfolgreich ist, besteht keine Verpflichtung zu Angaben (summarisches Eilverfahren, Kostenrisiko für den Unterliegenden ca. DM 71,–).
Wenn der Widerspruch abschlägig beschieden wird, bleibt die Möglichkeit der Anfechtungsklage vor dem Verwaltungsgericht.
Welche weiteren Möglichkeiten hat die Behörde, meine Auskünfte zu erzwingen?
Die Behörde hat die Möglichkeit, Zwangsmittel einzusetzen, i.d.R. Zwangsgelder zu verhängen, da die Aufforderung zur Auskunftserteilung sofort vollziehbar ist. Die Zwangsgelder sind vorab schriftlich anzudrohen. Die Höhe des Zwangsgeldes muß verhältnismäßig sein, d.h., sie hat sich nach Hartnäckigkeit, Schwere der Verstöße sowie Einkommensverhältnissen zu richten. Zur nachhaltigen Motivierung des Bürgers ist auch die wiederholte Zwangsgeldfestsetzung möglich. Gegen die Androhung eines Zwangsmittels ist Widerspruch möglich. Daneben empfiehlt es sich, einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung (s.o.) zu stellen, denn soweit lediglich Widerspruch eingelegt wird, kann trotzdem ein Zwangsgeld festgesetzt werden. Daneben kann ein Bußgeldbescheid erlassen werden; dieser kann neben Zwangsmittel jedoch nur einmal ergehen.
Wann bekomme ich einen Bußgeldbescheid?
Ein Bußgeld wird bei einer unrichtigen, unvollständigen oder nicht rechtzeitigen Auskunft verhängt. Rechtsgrundlagen sind §§ 10 I-III und 14 BStG. Dieses Gesetz ist anwendbar, weil die Volkszählung der Erstellung einer Bundesstatistik dient.
Es wird auch die Auffassung vertreten, daß bei einer Totalverweigerung von Auskünften kein Bußgeld verhängt werden darf, da eben nur die unrichtige, unvollständige oder verspätete Angabe bußgeldbewehrt ist, nicht jedoch, wenn keine Angabe gemacht wird, mangels entsprechender gesetzlicher Grundlage ein Bußgeld verhängt werden darf. Jedoch dürften die Behörden dieser Auffassung kaum folgen.
Wie hoch wird das Bußgeld sein?
Für die Festsetzung der Höhe des Bußgeldes ist ein Rahmen bis zu DM 10.000,– vorgesehen. Die Höhe des Bußgeldes muß jedoch verhältnismäßig sein und sollte sich nach Hartnäckigkeit, Schwere der Verstöße sowie Einkommensverhältnissen richten. Nach bisherigen Erfahrungen dürften sich die Bußgelder in einer Höhe von DM 100,– bis 200,– bewegen.
Wie kann ich mich gegen einen Bußgeldbescheid wehren?
Gegen den Bußgeldbescheid kann binnen einer Woche Einspruch eingelegt werden. Die Einspruchsfrist beginnt mit der Zustellung. Zugestellt wird i.d.R. persönlich oder durch Niederlegung, wobei mit Entwurf des Benachrichtigungszettels der Bußgeldbescheid bereits als zugestellt gilt, d.h., mit dieser Benachrichtigung beginnt bereits die Wochenfrist zu laufen. Wenn die Wochenfrist unverschuldet versäumt ist, besteht die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand.
Wie läuft das Verfahren nach Einspruchseinlegung weiter?
Soweit die Behörde den Bußgeldbescheid nicht zurückzieht, kommt es zu einer mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht, in der die rechtlichen Bedenken angesprochen werden können. Die Kosten des Verfahrens, ca. DM 71,–, trägt der Unterliegende.
Welche weiteren Folgen hat die rechtskräftige Verhängung eines Bußgeldes?
Die vollständige Verweigerung von Auskünften ist keine Straftat, es erfolgt daher keine Eintragung in das Bundeszentralregister. Wegen der Verhängung eines Bußgeldes wird auch kein Disziplinarverfahren eingeleitet.
Quelle: Flugblatt vom Wissenschaftsladen, Nürnberg

Die Verschärfung der sog. Sicherheitsgesetze und ihre Folgen

Am 19. Dezember 1986 beschloß der Bundesrat die Novellierung der §§ 129a und 130a.
Die Verschärfung des § 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) bedeutet, daß der Katalog der gemeingefährlichen Straftaten auf gefährliche Eingriffe in Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr sowie die Störung öffentlicher Betriebe (Post, Energieversorgungsunternehmen etc.) ausgeweitet wurde. Zusätzlich wurde ein neuer Tatbestand mit der Einführung des § 305a (Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel), der wiederum in den Tatbestand des § 129a eingefügt wurde, geschaffen. Dies stellt eine erhebliche Verschärfung insbesondere der politisch motivierten Sachbeschädigung dar. Das Strafmaß verdoppelt sich (1–10 Jahre). Für die Beschuldigten gelten in Zukunft sämtliche Zusatzgesetze zu § 129a: Kontaktsperregesetz, Isolationshaft, Verbot der Mehrfachverteidigung. Die Dimensionen der Verschärfung des § 130a (Anleitung zu Straftaten) werden aus dem folgenden Auszug aus dem Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus ebenfalls deutlich:

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
2. öffentlich oder in einer Versammlung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat eine Anleitung gibt, um die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen.

In den „neuen" § 130a ist der „alte" § 88a (Befürwortung von Gewalt) mit eingegangen. Allerdings geht es nun nicht mehr nur um Schriften, die die Anleitung zu rechtswidrigen Taten enthalten, sondern nunmehr werden Schriften inkriminiert, die *geeignet sind*, „als Anleitung zu rechtswidrigen Taten . . . *zu dienen*". Damit wird es gar nicht mehr notwendig sein, daß sich eine etwaige Anleitung aus dem jeweiligen Text selbst ergibt, sondern aus den jeweiligen politischen Umständen, aus dem „Umfeld" muß eine solche Interpretation möglich sein. So urteilte der Bundesgerichtshof z.B.: „Bei der . . . Beurteilung des Inhalts der Schrift sind daher auch solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur zwischen den Zeilen stehen" (BGHSt 16, 53). Bestraft werden soll nicht mehr nur das, was schwarz auf weiß auf dem Papier steht, sondern auch das, was im Kopf der Leserin/des Lesers vorgehen könnte: *Gesinnung wird zur Straftat.* Derartiges Gedankengut findet sich auch im nationalsozialistischen Strafgesetzbuch. Es firmiert dort unter dem Titel „Vorbereitung zur hochverräterischen Massenbeeinflussung". Während es vormals nur darum ging, jemand zu belangen, die/der (die bereits bestehende) „Bereitschaft" zur Begehung eines Delikts bei einem anderen förderte, ist nun auch das „Wecken" dieser Bereitschaft unter Strafe gestellt. Damit ist der Straftatbestand noch weiter aufgeweicht, den Verfolgungsbehörden eine nahezu beliebig auslegbare strafrechtliche „Generalklausel" an die Hand gegeben. Außerdem wird die *Vorverlagerung des Staatsschutzes* betrieben, indem die *Anleitung zu Vergehen* ebenfalls unter Strafe gestellt wird. Nach Meinung des Justiziars des „Börsenvereins des Deutschen Buchhandels" e.V. wäre eine Verurteilung einer Buchhändlerin/eines Buchhändlers schon dann möglich, wenn sie/er im Schaufenster neben Büchern aus der Anti-AKW-Bewegung ein Werk über die Technik des Metallsägens ausstellen würde.

So zielt denn der § 130a weniger auf den „Terrorismus" denn auf eine Beeinflussung der öffentlichen und halböffentlichen Diskussion auch perspektivischer Art, da er viele Personen mit Strafe bedroht, die sich *Gedanken* in eine bestimmte Richtung machen. Die etwa den Strommulti RWE und seine menschenfeindliche Politik analysieren, darauf hinweisen, daß die Kraftwerkbetreiber wesentlich für das Waldsterben verantwortlich sind, die die Folgen des Atomstaates, der Gentechnologie, der Chemieindustrien und des Rüstungswahnsinns aufdecken. Steht da nicht immer zwischen den Zeilen: dieses System muß verändert werden?
Die eigentliche Zielsetzung dieser Gesetze scheint die Ausmerzung bzw. Kriminalisierung jeder außerparlamentarischen Opposition zu sein, die bereit ist, zu anderen Aktionsformen zu greifen, als dem Schreiben von Protestbriefen an Politiker oder dem Demonstrieren im genehmigten Rahmen. Widerstand gegen öffentliche Einrichtungen und Sachbeschädigungen sollen durch die neuen Gesetze mit terroristischen Aktionen gleichgesetzt werden, wobei gleichgültig ist, ob die Aktionen durchgeführt oder nur geplant wurden.
Widerstand lebt auch vom Austausch der Ideen, Mitteilungen und Flugblätter. Wie können wir uns miteinander verständigen, uns in der Öffentlichkeit darstellen und politisch erklären, wenn unsere öffentlichen Diskussionen als Aufruf oder Unterstützung zu „Terroristischer Gewalt" denunziert werden können.

Auszüge aus: Aufruf der Anderen Buchläden; Lila Lotta, Nr. 1/87; Tarantel Nr. 18/87

Rezensionen

Christa Wichterich

Stree Shakti
Frauen in Indien:
Von der Stärke der Schwachen
173 Seiten mit 30 Abbildungen, Lamuv Taschenbuch 46, 15,80 DM ISBN 3-88977-106-8, 1986

Wenn es um die Haltung von uns zu Frauen in der Dritten Welt geht, gibt es die Grundeinstellung: Wir Frauen hier im Westen leiden unter dem Patriarchat, aber wie viel mehr leiden die Frauen z.B. in Indien unter den Einflüssen der hinduistischen Kultur. Und dann wird berichtet von Polygamie, Purdah, zu vielen Kindern, Hunger und Armut.
Oder aber, und das scheint zunächst ein Schritt weg von diesem fürsorglichen Ethnozentrismus, man bewundert die Einfachheit der Lebensbedingungen und begeistert sich für die Andersartigkeit der Spiritualität der fernöstlichen Religionen. Dabei geraten dann Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse in den Hintergrund oder werden alleine Eingriffen von außen, dem Westen, angelastet. Beide Positionen enthalten ein Stück Wahrheit, aber führen in ihrer Selektivität in eine Sackgasse, die indische Frauen nicht nur zu Opfern der eigenen Tradition oder des westlichen Imperialismus, sondern auch zu Opfern der westlichen Reporter, Frauenrechtlerinnen und Wissenschaftlerinnen macht, die über sie schreiben. Wie z.B. die Frauen der Gruppe Saheli in Dehli, die während eines ihrer Treffen von einem französischen Fernsehteam überfallen wurden und bis heute nicht wissen, wie sie später im französischen Fernsehen präsentiert wurden.
Christa Wichterich nimmt diese Episode selbstkritisch mit hinein in ihr Buch. Sie ist sich der Gefahr bewußt, die indischen Frauen zu Objekten zu machen. In ihrem Buch kommen sie selbst zu Wort: Kurze Reportagen wechseln mit Interviews; einzelne Frauen, bedeutende und ganz unbedeutende, werden porträtiert und das Ganze wird durch Fotos und Lieder aus der Frauenbewegung in Indien abgerundet; Fotos, die die Frauenpower, das „Stree Shakti" ausdrücken, keine Bilder von elenden ausgemergelten Frauen, die unterernährte Kinder im Arm halten.
Aber Christa Wichterich beschönigt auch nichts in ihrem Buch; im Gegenteil eher schonungslos offen wird der Alltag dargestellt.
Doch wie paßt das zusammen: Kraft, „Shakti", und unser Bild vom indischen Alltag?
Die Autorin versucht Schritt für Schritt dem/r Leser/in die Vielfältigkeit und Verschiedenheit des Lebens indischer Frauen näher zu bringen. Dabei macht sie einen geschickten Schachzug: Sie beginnt nicht mit der Analyse der hinduistischen Kultur und ihrer Auswirkung auf das Leben der Frau, und auch nicht mit den Problemen der Frau als Mutter, sondern sie beginnt mit dem, was den Alltag der Mehrheit der indischen Frauen ausfüllt: der Arbeit.
Der größte Teil der Frauen arbeitet in der Landwirtschaft. Die Arbeit, die sie dort verrichten, umfaßt Lohnarbeit und Subsistenzarbeit. Dazu gehört die Sorge um Wasser und Brennholz und auch viele traditionelle Handwerke. Aber, und das ist der Hauptwiderspruch, den Christa Wichterich versucht darzustellen, Entwicklung und Mechanisierung verdrängen Frauen aus der Lohnarbeit bzw. verschlechtern ihre Arbeitsbedingungen in der Subsistenzwirtschaft. Kommerzielle Abholzung und der Bau von Staudämmen erschweren die Beschaffung von Wasser und Brennholz. Wo in der Landwirtschaft moderne Maschinen, wie Mähdrescher eingesetzt und von Männern bedient werden, nehmen sie den Frauen ihre traditionelle Einkunftsmöglichkeit als Erntearbeiterin. Die Modernisierung der Vermarktung von Milch oder Fisch mit Hilfe von Lastwa-

gen und Kühlhäusern verdrängt Frauen aus ihrer wichtigen Funktion als Händlerinnen. Das Gleichgewicht der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wird zerstört, und Frauen bleiben in den am niedrigsten bezahlten und unmechanisierten Tätigkeiten zurück.

Aber die Frauen sind nicht passiv ihrem Schicksal ergeben. Sie haben sich organisiert. Überall, wo in den siebziger Jahren Kämpfe ausgetragen wurden, sei es gegen Abholzung, Landvertreibung oder ungerechte Arbeitsbedingungen in den Fabriken, vertraten die Frauen am radikalsten und mit der meisten Ausdauer ihre Forderungen. Sie haben gelernt, daß es nicht nur um die Ungerechtigkeit gegen sie als Angehörige der unterdrückten Kasten und Klassen geht, sondern auch um ihre spezifische Benachgteiligung als Frau. Dieser manchmal zahgafte, oft sehr kämpferische Weg der Frauen zur eigenen Stärke und zum Einsatz für ihre existentiellen Interessen ist das Spannende an dem Buch.

Die Frauen in einem Sangham (Organisation) in Andhra Pradesh benennen die Probleme ihrer doppelten Unterdrückung: durch die Zugehörigkeit zur untersten sozialen Schicht und durch die Männer in ihren eigenen Familien (S. 141). Und die Fabrikarbeiterinnen, die in Nipani in einer Gewerkschaft organisiert sind, sagen: Eher verlassen wir unsere Männer als unsere Gewerkschaft. (S. 58)

Im dritten Abschnitt dann berichtet Christa Wichterich von der ganz alltäglichen Gewalt gegen das „Unerwünschte Geschlecht". Sie versucht auch hier darzustellen, daß die Ursachen nicht allein in der Tradition des Hinduismus zu suchen sind, sondern auch in dem von der Regierung geförderten Vormarsch westlicher, kapitalistischer Wirtschafts- und Lebensformen. Mitgiftmorde und die Abtreibung weiblicher Föten nach der Geschlechtsbestimmung durch Amniocentese sind begründet in dem Streben, durch die Mitgift ein „Geschäft mit den Söhnen" zu machen.[1)]

Vergewaltigungen und Alkoholismus sind die andere Seite der Gewalt gegen Frauen. Das Modell dafür liefert die blühende Filmindustrie, in der „Indo-Machos" (S. 144 ff.) mit Sex und Gewalt den Sprung in die Moderne schaffen, während den Frauen eine Rolle als Hausfrau, Mutter und Hüterin der Werte zugewiesen wird.

Die Autorin scheut sich auch nicht vor dem großen Tabu-Thema, mit dem gerade Feministinnen viel Schwierigkeiten haben: der Bevölkerungspolitik. Die Sterilisation von tausenden von Frauen trägt nicht zu ihrer Befreiung bei. Shakti, die Kraft der Frauen, beruht nicht nur auf ihrer Gebärfähigkeit. Aber sie ist durch die patriarchalische Tradition darauf reduziert worden. Kinder sind für Frauen in Indien lebensnotwendig, wie die Familie. Sie sind die einzige Versicherung bei Krankheit und im Alter. Ein unabhängiges Leben ist für eine indische Frau immer noch kaum vorstellbar.

Gerade an dieser Frage wird deutlich, daß die Ziele und Forderungen der indischen Frauen nicht unbedingt mit unseren westlichen feministischen Vorstellungen übereinstimmen.

Das Engagement der Frauen entstand im alltäglichen Kampf um das Überleben. Hauptanliegen sind, wie es Frauen aus einer Basisgruppe bei Poona formulieren: Wasser, Arbeit und Gesundheit (S. 15). Daneben ist der Kampf gegen die Mitgift ein gemeinsamer Nenner der vielen kleinen, oft schwachen Organisationen. Den Frauen wird manchmal vorgeworfen, sie seien rückständig und zu sehr traditionellen Vorstellungen verhaftet, wenn sie sich gegen Geburtenkontrolle und für die Erhaltung der Subsistenzwirtschaft einsetzen.

Der Konflikt zwischen den organisierten Marktfrauen in Ahmedabad, die durch den Verkehr von ihren Marktplätzen verdrängt werden, scheint für viele vielleicht als Folge von Entwicklung unvermeidlich zu sein. Aber dieser Konflikt, den die Autorin im zweiten Abschnitt beschreibt, spiegelt die grundlegenden Konflikte in der indischen Gesellschaft wieder: den der kapitalistischen Wirtschaft gegenüber alt-

hergebrachten Wirtschaftsformen und den der mittelständischen, gebildeten Unternehmer und ihren Kunden, die mit Autos kommen gegenüber den Harijans, die an Modernisierung und Fortschritt nicht teilhaben. Und dieser Konflikt wird auch mehr und mehr zu einem Konflikt zwischen den Geschlechtern. Der Widerspruch zwischen Moderne und Tradition, Rationalismus und Traditionalismus wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.
Wie in einem Lesebuch ergeben die vielen kurzen Reportagen und Interviews ein vielfältiges Bild der Wirklichkeit indischer Frauen. Am Schluß zeigt die Autorin noch einmal einige Zusammenhänge auf: Die Kontrolle der Sexualität der Frau aus Angst vor ihrer Stärke (Shakti); die Hierarchisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, dadurch, daß die Männer am Fortschritt teilhaben und die Frauen nicht; und die Kraft, mit der Frauen für viele Familien und Kinder durch Improvisationsgabe, Arbeit und Ausdauer das Überleben sichern.
Vieles bleibt offen, denn es gibt keine einfache, monokausale Erklärung für die Situation der Frauen in Indien. Aber ich bewundere, wie Christa Wichterich, die selbst viele Jahre in Indien gelebt hat, es schafft, die Komplexität so deutlich und spannend zu beschreiben. Es ist ihr gelungen, auf die vielfältigen Formen des Protestes aufmerksam zu machen und die Ziele der Frauen zu verdeutlichen, indem sie sie selbst zu Wort kommen ließ. Sie hat mit dem Vorurteil von der schwachen, sich passiv ihrem Schicksal ergebenden Inderin aufgeräumt.

Heide Mertens

Anmerkungen

1) Zu den Mitgiftmorden vgl. auch den Beitrag von Maria Mies, Brautpreis, Mitgift und Mitgiftmorde in Indien in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 15/16, 1985

New Internationalist (Hrsg.)

Frauen: ein Weltbericht

Orlanda, Berlin 1986, Preis: 36,80

Zum Abschluß des „Jahrzehnts der Frau", für die UNO-Frauenkonferenz in Nairobi 1985, hat die New Internationalist Cooperative, Oxford, geübt in Sachen interkultureller Perspektive, einen Bericht vorgelegt, der weit mehr leistet als eine bloße Datensammlung „zur Lage der Frau 1985" es vermöchte.
„Wir hatten mit diesem Buch mehr im Sinn als nur eine analytische Zustandbeschreibung. Fakten und deren Diskussion liefern in unseren Augen lediglich ein zweidimensionales Bild der Wirklichkeit, das seine Tiefenschärfe erst durch Einblick in die konkreten Lebensumstände einzelner Frauen gewinnt...
Dieses Unternehmen sollte mehr sein als eine bloße Variante des internationalen Voyeurismus, mit dem Vertreter der reichen Länder die Armen dieser Welt begaffen. (S. 8)
Diesen Ansprüchen werden die Herausgeber gerecht, indem sie ihre „umfassendste Datensammlung zum Thema Frau", bestehend aus umfangreichen offiziellen Statistiken und einer kritischen Bestandsaufnahme zu den Themen Familie, Arbeitsplatz, Gesundheit, Sexualität, Ausbildung und Politik durch zehn persönliche Erfahrungsberichte ergänzen. Im Auftrag der Herausgeber haben fünf Autorinnen aus den armen Ländern je ein Land der reichen Welt bereist und konkrete Erfahrungen zu einem der Faktenbereiche gesammelt, und umgekehrt haben fünf Frauen aus den rei-

chen Ländern je ein „Drittwelt"-Land besucht. Die deutsche Ausgabe, die ja nach der Nairobi-Konferenz entstanden ist, fügt noch zwei Aufsätze hinzu. Das Ergebnis ist ein Band, dem es gelingt, nackte Zahlen mit dem Leben und Erleben der Frauen dieser Welt zu füllen und durch die Gegenüberstellung der thematischen Erfahrungsberichte über Frauen der jeweils anderen Welt einen Gedankenaustausch zu eröffnen.

Teil 1: *Frauen – eine kritische Bestandsaufnahme:* Debbie Taylors Kommentare zum statistischen Material über die Situation der Frau zeichnen sich in zweierlei Hinsicht aus. Sie spürt den Ursachen hinter den Zahlen nach, stellt Fragen nach den historischen Entwicklungen, die zu den derzeitigen Phänomenen geführt haben. So in der Rubrik Familie, wo sie nicht nur berichtet, wie sehr Frauen unter der ungleichen Aufteilung der Arbeit zu leiden haben, sondern dies auch in den Zusammenhang der Ausbreitung der Geldwirtschaft stellt. Die „unsichtbare" Arbeit in der Landwirtschaft, in weiten Teilen der Welt eine zusätzliche Belastung neben Haushalt und Familienversorgung (ihre Unsichtbarkeit hat dazu geführt, daß Entwicklungshilfe, auch für die Bereiche, in denen Frauen den Löwenanteil der Arbeit leisten, an die Adresse der Männer geht); Gründe für Kinderreichtum oder -armut, für Frauenarbeitslosigkeit, für die unterschiedliche, oft von Europa oder Nordamerika aus eindimensional beurteilte Rolle der Sexualität in verschiedenen Erdteilen – ein breit gefächerter Themenkatalog, ökonomisch und sehr informativ dargeboten.
Wohltuend ist das Bemühen, sich ethnozentristischer Scheuklappen zu entledigen. Und sprachlich fällt besonders im Gegensatz zur deutschen Übersetzung positiv auf, wieviel lebendiger und lesbarer ein Text wird und wie sich inhaltlich die Perspektive verschiebt, wenn man einen Text nicht durchsubstantiviert und die Zahlen nicht (im Bemühen um Sachlichkeit?) als Opfer von Mächten passiv interpretiert, sondern durch die Satzkonstruktion die Perspektive der Menschen einnimmt, die durchaus aktiv versuchen, in ihr Schicksal einzugreifen. Es ist mehr als ein Verlust an sprachlicher Buntheit, wenn Englisch und Deutsch sich so unterschiedlich lesen:
„The fierceness of the competition most children face ist very discouraging. And in the developing world – where there are few secondary schools, and even fewer universities, and an undersupply of jobs – the odds some children face must be heartbreaking." (p. 76)
„Der für die meisten Schulkinder der Welt ohnehin schon große Leistungsdruck nimmt in der Dritten Welt, wo Schul-, Studien- und Arbeitsplätze besonders rar sind, oft geradezu monströse Formen an." (S. 85)
Während das Verhältnis von: „In the U.K., too, the same echoes bounce back from the caves of intimacy" (p. 61) zu „Ähnliches gilt auch für das Liebesleben in Großbritannien" (S. 71) andeutet, wie im Deutschen die Gewichtung verschoben ist, um die Bestandsaufnahme stilistisch deutlich von den persönlichen Berichten bekannter Schriftstellerinnen abzuheben, denn dort sind die Übersetzerinnen sorgfältig bemüht, auch Atmosphärisches genau zu erhalten. Eine solche Unterscheidung der Genres zu treffen ist, wie ich finde, unnötig und schade um Debbie Taylors Lebendigkeit.

Die zehn persönlichen Berichte sind es, die das Buch zu einem Erlebnis in Sachen politischer Standpunkte und Blickwinkel machen – am imponierendsten die, die ihren eigenen Standpunkt mitreflektieren, ohne sich jedoch deutlicher Stellungnahmen zu enthalten, die ihre Erfahrungen im eigenen Land, ihre Erwartungen, die so oft gar nicht den Realitäten entsprechen, und ihren Umdenkungsprozeß im Zuge des genauen Hinschauens zusammen mit dem Erlebten und Erfragten zu Papier bringen. Pauschalurteile über die Zustände in einzelnen Ländern werden erschwert. Differenzierte Betrachtungsweise und der fremde Blick er-

gänzen sich zu vielfältigen, oft widersprüchlichen Bildern, die nicht in vorgefertigte Schubladen passen.

Im Laufe der Lektüre fällt auf, daß einige der Frauen aus den reichen Ländern noch immer nicht die Gewohnheit abgelegt haben, mit der gewissen uns eigenen Sicherheit der „entwickelten" Welt Lösungen anzubieten, sowie sie ein Problem erblickt haben, und freimütig Lob und Tadel zu verteilen. So in den im übrigen höchst interessanten Berichten von Toril Brekke über Frauen und die Familie in Kenia und bei Germaine Greer über Frauen und Politik in Kuba. Marilyn French dagegen gelingt es in ihrem Report über Frauen und Arbeit in Indien, offen ihre Wahrnehmung der verschiedenen indischen Lebens- und Arbeitsbedingungen darzubieten: ihre Hilflosigkeit, ja Angst in der Gegenwart der Armen, ihre Erleichterung, wenn sie bei Besuchen in Mittelstandsfamilien wieder Kategorisierbares vorfindet. Zu fragen bleibt, ob sie Frauen, die Asien nicht kennen, durch ihre Beschreibung der Schrecken vermitteln kann, daß diese sich anders ausnehmen, wenn sie nicht durch die Brille westlicher Lebensstandardserwartungen gesehen werden, daß Armut und Elend auch verbessert werden können, ohne daß jede Frau ein Sofa im Wohnzimmer ihres Vorortbungalows haben muß. French spiegelt auf vorbildliche Weise die Enge der Vorstellungswelt bürgerlicher Denkerinnen, die sich unter Fortschritt nur das im Westen Entstandene vorstellen können.

In einer Besprechung des Weltberichts im *Womens's Review of Books* bemängelt Charlotte Bunch, U.S.-amerikanische Feministin, die sich seit vielen Jahren mit starkem Engagement den internationalen Fragen der Frauenbefreiung insbesondere in Lateinamerika widmet, das Fehlen von Berichten über die Leistungen feministischer Aktivistinnen in den armen Ländern, über ihre Ziele und Visionen für die Zukunft. Sie hat recht, diese fehlen weitgehend (einzig Angela Davis gelingt es, Initiativen ägyptischer Feministinnen zu umreißen), und es wäre dringend notwendig, das im Westen noch immer vorherrschende Bild von den armen Opfern, denen wir Lösung nach Lösung anbieten (müssen), zu korrigieren, um die Vielfältigkeit der Ansätze zu Veränderung aus der Perspektive der Frauen der verschiedenen Kulturkreise selbst kennen und würdigen zu lernen. Solche Berichte in Buchform sind immer noch rar, deshalb übernehme ich hier Charlotte Bunchs Literaturhinweise (siehe Liste am Ende), ohne jedoch ihr negatives Urteil mitzuvollziehen. Sicherlich wäre ein anderes Buch herausgekommen, wenn Frauen mit langjähriger Erfahrung in den jeweiligen Ländern die Berichte geschrieben hätten – wer würde sich nicht freuen, mehr Konkretes zu erfahren? Vielleicht sollte es bald geschrieben werden. Aber hätte so etwas in ein einziges Buch gepaßt? Ist nicht auch ein Überblick nützlich, den jede Leserin zwecks Relativierung des Blickwinkels zu ihrem eigenen Gebiet in Beziehung setzen kann? Ich empfinde es gerade als nützlich, daß wir hier nicht lernen sollen, daß es in der „Drittenwelt" *auch* qualifizierte Aktivistinnen gibt, sondern daß der Blick hin und her geht, die „entwickelten" Nationen ebenso aufs Korn genommen werden wie die, die sich hoffentlich nie bis zu dem westlichen Stand des patriarchalen Kapitalismus hin entwickeln werden. Ist es ein Fehler des Buches, daß Marilyn French ihr Unvermögen, Indien als Indien zu betrachten, offenbart, oder eine Leistung, indem es durch den Kontext deutlich macht, wie dringend umdenken und anders handeln ist?

Den anderen Berichten ist eine mehrfach gebrochene Sehweise gemeinsam, die Fragen auffächert, anstatt Antworten zu geben. Anita Desai hat nicht nur Indien im Hinterkopf, als sie Norwegen bereist, sondern auch Ibsens Nora und Cora Sandels Alberta. Europäische Kultur als Bildungsgut auch in der „Drittenwelt", auch noch in der Frauenbewegung, die sich allerdings allmählich aus der Dominanz der Frauen der reichen Länder löst.

Manny Schirazi, die als Iranerin in Großbritannien lebt, bereiste die So-

wjetunion und schreibt vor allem über Aserbaidschan, den nördlichen Teil einer iranischen Provinz, die in den dreißiger Jahren in die Sowjetunion eingegliedert wurde. Aus ihrem Bericht spricht Müdigkeit und die Verzweiflung einer Sozialistin, die die Verkehrung von Revolutionen in despotische Systeme in allen ihren Auswirkungen bis ins persönliche Leben hinein beobachtet.

Nawal el Sa'adawi wählt in ihrem Bericht über Politik in Großbritannien eine Kombination von zwei unvereinbaren Standpunkten. Nach Besuchen in Greenham Common (sie hält schon lange Kontakt mit den Frauen, die dort seit Jahren die Besetzung aufrechterhalten) und in einem besetzten, von Räumung bedrohten Krankenhaus, wo sie die Aktivistinnen nach ihren Motiven befragt und ein Bild der englischen Kultur aus dem Blickwinkel der Ausgeschlossenen entwirft, sucht sie eine Ministerin Margaret Thatchers auf, die zu berichten weiß, wie sehr es um das Wohl der britischen Frau zum besten steht. Eine gelungene Doppelbelichtung, die trotz Sa'adawis Vertrauen in die Energie der Frauen, die politisch verändern wollen, nicht allzu viel Optimismus verbreitet.

Ähnliche Zweifel am „Fortschritt" in den reichen Ländern lassen auch Buchi Emechetas Bericht über die USA und Elena Poniatowskas Australienreport aufkommen. Emecheta, nigerianische Schriftstellerin, die seit 20 Jahren in London lebt, bietet zunächst einen historischen Abriß über den Kampf um Chancengleichheit im Bildungsbereich, um dann anhand von Interviews nachzuweisen, wie mächtig die alten Legenden davon, was eine echte Frau ausmacht, geblieben sind. Sie führen oft dazu, daß trotz „affirmative action" (Quoten) kaum Frauen für qualifizierte Stellen zur Verfügung stehen. Und die, die es doch tun, sind in Emechetas Augen oft nur noch halbe Frauen, die Karriere predigen und Isolation der einzelnen, die Gesellschaft der Singles ernten. Ohne feste Gegenbilder zu proklamieren, konstatiert sie, daß die USA weiterhin eine Gesellschaft des „entweder oder" sind und daß gesellschaftliche Anerkennung oft nur über das Vergessen der lebensspendenden Funktionen von Frauen zu erreichen ist. Polemisch weist sie darauf hin, wie wichtig auch die Arbeit um Heim und Kinder sei, denn dort entscheide es sich, ob „Künftige Reagans oder Heilande" heranwachsen. Wieder einmal beobachtet sie, daß die westlichen Frauen dabei sind, die Orientierung zu verlieren, ohne jedoch ihren Führungsanspruch aufzugeben. Sie weist darauf hin, wie einseitig ihre Ausrichtung ist, wie sie durch ihr mächtiges Vorbild auch afrikanische Frauen belasten, die in traditionelle Gesellschaftsformen eingebunden nun auch noch westlichen Idealen von Jugend und Karriere nachjagen. Ohne Afrika als Ideal hinzustellen, beschließt sie ihren Beitrag mit der Einladung an die Frauen aus dem Westen, sich Afrika mit offenen Augen anzusehen, denn dort hätten die Frauen noch nicht ganz das Bewußtsein um die Komplexität eines zufriedenstellenden weiblichen Daseins, das vielen Rollen gerecht wird, aus den Augen verloren.

Verwunderung über eine Art „Brave New World" spricht dagegen aus dem Australienreport – Elena Poniatowska konstatiert die vielen Zufriedenheitsbekundungen junger, pillenversorgter australischer Frauen und kann nicht umhin, in ihnen so etwas wie Pawlowsche Hunde zu sehen. Ohne Mexiko als vorbildlich hinzustellen, vergleicht sie die komplexe, widersprüchliche, lebendige Sexualität des Landes der Machos mit der sauberen, hygienischen, ja fast keimfreien Sexualität Australiens und fragt sich angesichts von Surferbräuten, die am Strand ihrer Helden harren, was die sexuelle „Befreiung" eigentlich bedeutet.

Auch in Indonesien beobachtet Jill Tweedie, wie die Frauen für politische Ziele instrumentalisiert werden. Ihr Artikel beleuchtet die emanzipatorischen Aspekte von Schulbildung und Geburtenregelung für die indonesischen Frauen so, daß auch hier die so einfach zu proklamierenden Lösungen in Zweifel gezogen werden.

Die ganze Problematik, die daraus resultiert, daß westliche Wissenschaftler/innen und Feministinnen seit Jahrzehnten in die „Drittewelt" reisen und die dort lebenden Menschen in ihren Untersuchungen zu Objekten verkümmern lassen, läßt Angela Davis in ihrem hervorragenden, sehr komplex gehaltenen Bericht über Sex in Ägypten aufleben. Sie trifft auf ägyptische Aktivistinnen, die sich nur bereit gefunden haben, mit ihr zu sprechen, weil sie Angela Davis und schwarz ist, und die sich sofort weigern, als sie vermuten, daß sie sich hergegeben habe, nur den nächsten, voyeuristisch vereinfachenden Bericht über die sexuell unterdrückte, weil beschnittene ägyptische Frau zu schreiben. Ihr Bemühen um genaues Hinhören, den eigenen Standpunkt nicht bestimmend werden zu lassen, sondern sich nach Möglichkeit auf die Äypterinnen einzulassen, liest sich spannend wie ein Krimi, weil es ihr gelingt, Fruchtbarkeit ihrer Vorgehensweise in lebendigen Bildern spürbar zu machen.

Wassy Tesfa, die als Äthiopierin seit 1971 in der BRD lebt und über die Situation von Immigrantinnen arbeitet und schreibt, und Inge Rowhani, Österreicherin und Leiterin eines Frauenreferats im Sozialministerium, sind die Autorinnen der beiden Berichte über Nairobi, die im deutschen Weltbericht den persönlichen Teil beschließen. Wassy Tesfa berichtet vom NGO-Forum, dem Treffen der nicht-staatlichen Frauenorganisationen. In gerafter Form umreißt sie die Behandlung der Themen Frieden, strukturelle Weltkrise und die Bewertung der Auswirkungen durch Frauengruppen der verschiedenen Länder, Vernetzung von Frauenarbeit, Kultur und die zunehmende Orientierung weltweiter feministischer Gruppen weg von dem „Vorbild" der Industrieländer. Ihr offener Angriff auf die paternalistische Behandlung der Konferenz in den deutschen Medien, Zeitschriften und Rundfunk durch Frauen, die ja an der Konferenz teilgenommen hatten, ohne offenbar in ihrer weißen Sicherheit berührt zu werden, ist eine nachträgliche Bestätigung des Bemühens der New-Internationalist Co-operative, mit diesem Buch Sehweisen aufzubrechen. Auch Inge Rowhanis Bericht von der offiziellen Konferenz ist eine wertvolle Ergänzung, weil er dazu dient, „deutsche" Standpunkte und Kommentargewohnheiten in die Nähe zu den auch in Nairobi keineswegs versteckt vorgetragenen imperialistischen Interessen der USA zu rücken, die auf der Nairobi-Konferenz immer wieder hindernd eingegriffen haben, wenn echte politische Eigenständigkeit der Frauen aus allen Ländern eingefordert werden sollte, nachdem sie schon bei der Vorbereitung der Konferenz auch durch finanziellen Druck versucht hatten, die Thematik „unpolitisch" zu halten.

Im ganzen gesehen, ist *Frauen – ein Weltbericht* , ein äußerst anregendes Buch, das anstelle von abhakbarem Wissen reichlich „food for thought" bietet

Karen Nölle-Fischer

Literatur

Titel der englischen Ausgabe: Women: A World Report, London 1985

BUNCH, Charlotte: „Ten Years After: Mixed Reports". Women's Review of books, IV, 1 Oktober 1986, S. 9-11

Ihre Lesehinweise:

ISIS International, Sonderheft „Feminism in Latin America", no. 5, 1986

In Search of Answers: Indian Women's Voices from Manushi, 1985

Development, Crisis, and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives, Monthly Review Press, 1986

Weiterhin zur Lektüre empfohlen:

JAYWARDENA, Kumari: Feminism and Nationalism in the Third World, London 1986

MIES, Maria: Patriarchy and Accumulation on a World Scale. Women in the international division of labour, London 1986

MORGAN, Robin: Sisterhood is Global, Garden City 1984

THIAM, Awa: Black Sisters Speak Out: Feminism and Oppression in Black Africa, London 1986

Vorankündigung Heft 20: Sexualität und Gesundheit

Gesundheit und Sexualität sind Seismographen für das Maß an Kontrolle und Verfügung, das Frauen in verschiedenen Gesellschaften über ihre Körper und ihr Leben haben. Die Beschäftigung mit dem Themenkreis ist dringlich, weil der wissenschaftlich-technische, politische und ideologische Zugriff auf das, woran wir lange unsere Träume von Autonomie festgemacht haben, in den letzten Jahren massiv zugenommen hat.
Wir möchten die in Heft 14 eröffnete Debatte über Gen- und Reproduktionstechniken und Bevölkerungskontrolle fortsetzen, weil die technopatriarchale Zurichtung des größten Machtpotentials der Frau, ihres Gebärvermögens, in atemberaubendem Tempo bei uns und in der Dritten Welt fortschreitet. Parallel zu dieser technischen Verfügbarmachung läuft ein moralisches Roll-Back und eine normative Unterwerfung weiblicher Sexualität, durch den Siegeszug von Porno- und Brutalo-Videos ebenso wie durch die konservative Attacke auf den § 218.
Als Rohstoff werden weibliche Körper im internationalen Rahmen durch den Sextourismus und den zunehmend aufblühenden Frauenhandel wie auch durch die alltägliche sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen bei uns benutzt. Wird einerseits die männliche Verfügungsgewalt über die weibliche Sexualität untermauert, so bereitet andererseits die moraltriefende Mythenbildung um Aids den Weg für die industrielle klinische Menschenproduktion und die Kastrierung von Lebendigkeit schlechthin. Der lebendige Körper und die natürliche Fortpflanzung gelten immer mehr als gefährlich und krankhaft. Wegen der „Triebhaftigkeit" und Unzuverlässigkeit der Männer sollen wir Frauen auch nun wieder die Verantwortung übernehmen, für die Vorbeugung vor Aids wie für die Pflege der Viruskranken.
Der Staat schafft sich mit Hilfe von Datenverbünden im Gesundheitswesen ein weiteres Glied in der Kette perfekter Erfassung und Überwachung der Einzelnen, während er mit dem Abbau von Leistungen im Rahmen des Krankenversicherungssystems die Gesundheit der sozial Schwachen und neuen Armen, und dies sind bekanntlich überwiegend Frauen, empfindlich trifft.
Wir möchten unsere feministische Sicht von Sexualität präzisieren, sie abgrenzen gegen den genitalfixierten männeridentifizierten Sex, der Beziehungs- und Alltagszusammenhänge abspaltet. Wir möchten Bilder, Zerrbilder und Symbole von Sexualität hinterfragen. Was ist aus der in den sechziger Jahren propagierten „sexuellen Befreiung" geworden und was aus lesbischer Sexualität als feministisch politischer Avantgarde? Welche Träume, Wünsche, Utopien verbinden wir jetzt mit unserer Sexualität? Wie leben wir Sexualität heute zwischen Verführung und Verfügbarkeit?
Redaktionsschluß: 29. Mai 1987

Korrektur zu Heft 18, *Ethnologinnentagung in Zürich, S. 129–130.*
Die Sätze müssen wie folgt lauten:
1. Mit mehr als zwanzig Referentinnen wurden uns ein großes Fressen serviert, das hieß von früh bis spät konsumieren, ohne genug Zeit zu haben,. . . (S. 129, 1. Spalte, 1. Absatz).
2. Genau dieser Anpassungsmechanismus ist auf dem Hintergrund der zunehmenden Institutionalisierung von Frauenforschung zu sehen. Wichtige Ansätze der Frauenforschung wurden als historisch endlich überwundene Phasen dargestellt. (S. 129, 1. Spalte, 2. Absatz).

Autorinnen

Veronika Bennholdt-Thomsen, 42 Jahre, hat einen 6jährigen Sohn, Anthropologin und Soziologin, arbeitete und lebte lange Jahre in Mexiko. 1980–81 Koordinatorin des Postgraduierten Programms: „Women and Development" am Institute of Social Studies, Den Haag; jetzt Professorin auf Zeit an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld.

Adelheid Biesecker, 45 Jahre, Hochschullehrerin für ökonomische Theorie im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Werttheorie, Kapitalanalyse, Staatstheorie, feministische Theorieentwicklung.

Barbara Böttger, 44 Jahre, Autorin, Funk- und Fernsehjournalistin, zwei Töchter.

Nicole Gabriél, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut CNRS; hat einen Lehrauftrag an der Universität in Paris VII.

Cornelia Giebeler, 31 Jahre, Löwin/Skorpion, Mitbegründerin des Fördervereins der autonomen Frauenhäuser Bielefelds, hat einen 5jährigen Sohn, ist Soziologin und hat mehrere Jahre in der institutionellen Erwachsenenbildung und universitären Frauenforschung gearbeitet (z. Zt. nicht mehr).

Lerke Gravenhorst, Dipl.-Soz., Ph.D., Sozialwissenschaftlerin am Deutschen Jugendinstitut in München. Engagement für den Aufbau der Sektion Frauenforschung in den Sozialwissenschaften innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (erste Sprecherin) und einer Frauenakademie (erste Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Frauenakademie München).

Angelika Hohmann, geb. 1957, Wasserfrau/Skorpion, seit 1977 beim Verein „Frauen helfen Frauen", hat Soziologie studiert, anschließend als Sekretärin gearbeitet, arbeitet z.Zt. in einer Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen.

Eva Koch-Klenske, Dr.rer.soc., geb. 1950, geschieden, hat einen 17jährigen Sohn; studierte Politikwissenschaft, Pädagogik, Germanistik, promovierte in Soziologie mit einer Arbeit zur Frauenforschung. Zehn Jahre Autorin für den Hessischen Rundfunk (Politische Bildung), daneben zahlreiche publizistische Arbeiten, vorrangig Frauenthemen. Seit 1984 wissenschaftliche Mitarbeiterin für Frauenforschung/Frauenstudien am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Hannelore May, 39 Jahre, Volkswirtin, Arbeits- und Interessenschwerpunkte: kommunale Jugendarbeitsmarktpolitik, Frauenpolitik, Frauenbewegung und Staat, Pornografie im Strafprozeß.

Heide Mertens, 24 Jahre, Studium der Soziologie, Geschichte und Philosophie, Schwerpunkte: Entwicklungsoziologie, Frauengeschichte, Frauen in der Dritten Welt, z.Zt. Arbeit an Examensarbeit über Bevölkerungspolitik und Familienplanung in Indien.

Regina Michalik, 29 Jahre, Psychologin von Beruf, Politikerin aus Leidenschaft, seit Dezember '84 im Bundesvorstand der GRÜNEN, erwerbslos.

Carola Möller, 57 Jahre, Dr.rer.pol., Arbeitsbereiche: Frauenforschung mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Armut. Derzeit angestellt am Hamburger Institut für Sozialforschung. Forschungsthema: „Ungeschützte Arbeitsverhältnisse und die Armut von Frauen".

Karen Nölle-Fischer, geb. 1950, M.A. in Anglistik und Germanistik, lehrte von 1976 bis 1984 englische und amerikanische Literaturwissenschaft an der RWTH Aachen, arbeitet seit 1985 als Übersetzerin und freie Publizistin, lebt in Hamburg und arbeitet z.Zt. an einem Buch über utopische Impulse und Spekulationen in den Werken von Frauen aus Nordamerika (Fiktionales und Sachbücher vermengt).

Gisela Notz, 44 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, z.Zt. im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn mit Forschung zur Frauenarbeit beschäftigt, hat eine 20jährige Tochter.

Cornelia Schuhmann, geb. 1953, Schützin/Krebs, Mitbegründerin des Frauenhausvereins, lebt seit 1983 mit ihrem Sohn Till im Frauenhaus, arbeitet z.Zt. vorwiegend in dem frauenhauseigenen Naturspeiseladen „Brot und Rosen".

Carmen Tatschmurat, 36 Jahre, Dr.rer.pol., Assistentin für Soziologie an der Universität München, arbeitet am Aufbau der „Frauenakademie München" mit.

Kellerstr. 39
8000 München 40
Tel. 089/48 5102

Frauenoffensive

NEUERSCHEINUNGEN
FRÜHJAHR 87

Vicki Noble
Mythen, Musen und Tarot
Motherpeace

ca. 300 Seiten, ca. 39,80, mit 16 ganzs. Farbtafeln
ISBN 3-88104-161-3

»Motherpeace« führt auf den Weg zur Göttin. Transportmittel: Mythen, Musen und Tarot. Einsteigen und die Fahrt beginnt. Unterwegs gibt es viel zu sehen: Von alter Geschichte über alte Geschichten bis zu Anregungen für heute und hier. Mal langsam, mal schneller führt die Autorin dieses aufregenden Tarotbuchs, Vicki Noble, die Reisenden quer durch alle Kontinente unserer Erde und tief in die Geschichte hinein. Manches Mal auch führt sie die Reisenden außerhalb von Raum und Zeit, dann wieder mitten hinein in den grauen Alltag. Farbtupfer liefern nicht nur die bunten, runden Tarotbilder, sondern auch oft humorvolle Hinweise auf die Möglichkeiten der Integration dieses uralten Spiels der Weisheit in unser tägliches Leben. Daß solche uralten Wurzeln durchaus zeitgemäße Früchte hervorbringen können, beweisen die immer wieder auftauchenden Verweise auf den bedrohten Weltfrieden, auf die Zerstörung der Umwelt, auf Atomwaffenrüstung und Kernkraftwerke, auf Friedensbewegung und Ökologie.

Motherpeace
Das Kartendeck zum Buch
Auslieferung: Ende März, DM 49,—

Diane Mariechild
Traumkraft
Handbuch zur psychischen Selbsthilfe

ca. 180 Seiten, ca. 19,80, ISBN 3-88104-160-5

Mit diesem Selbsthilfe-Handbuch führt uns Diane Mariechild an unsere Energiequellen heran und zeigt uns, wie wir sie in liebevoller und weiser Einsicht nutzen können. Die Autorin, die sowohl aus westlichen (weißen) Kulturen ihr Wissen schöpft, als auch von Indianerinnen inspiriert wurde, stellt Methoden zur Entwicklung heilender Fähigkeiten dar. Sie zeigt uns Wege zur Entspannung und Energieaufladung. Klarheit und Methode, Kraft, Magie und Traum werden zugänglich gemacht.

Kitty Fitzgerald
Die Frau gegenüber
Psychothriller

ca. 140 Seiten, ca. 14,80, ISBN 3-88104-162-1

Wer ist die Frau gegenüber?

Warum ist Marge so besessen von ihr?

Die Geschichte einer Persönlichkeitsspaltung: Ein minutiöses Psychogramm mit dramatischem Höhepunkt.

Virginia Woolf
Drei Guineen
Essay
Neue, gebundene Ausgabe

ca. 300 Seiten, ca. 29,80
ISBN 3-88104-164-8 (vormals ISBN 3-88104-047-1)

Gert Brantenberg
Die Töchter Egalias
Roman
Jetzt im Verlag Frauenoffensive

240 Seiten, 24,80, ISBN 3-88104-163-X

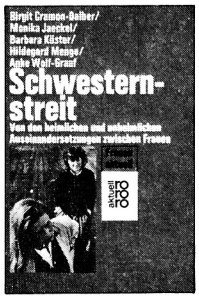
frauen aktuell

Herausgegeben von Susanne von Paczensky

Eine Auswahl

rororo aktuell 5443

Theresia Brechmann
Jede dritte Frau
Protokoll einer Vergewaltigung.
rororo aktuell 4930
Wie eine Frau, die sexuelle Gewalt erlitt, sich mit dieser Demütigung auseinandersetzt, sich gegen Unglauben und Desinteresse der Umgebung wehrt und die beschämenden Folgen der Tat überwindet.



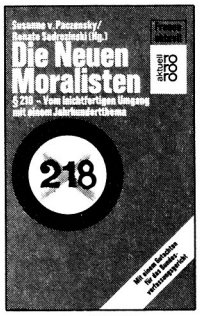
rororo aktuell 5120

Elisabeth Vogelheim (Hg.)
Frauen am Computer
Was die neuen Technologien den Frauen bringen.
Eine Einführung.
rororo aktuell 5529
Wenn die Frauen sich nicht in die Computerzukunft einmischen, werden sie die Analphabeten von morgen sein.

Barbara Kavemann / Ingrid Lohstöter
Väter als Täter
Sexuelle Gewalt gegen Mädchen «Erinnerungen sind wie eine Zeitbombe»
rororo aktuell 5250

rororo aktuell 5538

Heike Mundzeck
«Als Frau ist es wohl leichter, Mensch zu werden»
Gespräche mit Dorothee Sölle, Margarethe von Trotta, Heidemarie Wieczorek-Zeul
rororo aktuell 5354
Drei Frauen beschreiben ihre Lebenswege: ihre Kindheit, was ihnen geschenkt wurde, was sie sich hart erringen mußten und was sie weiterhin erwarten.



rororo aktuell 5352

S. Plogstedt / K. Bode
Übergriffe
Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben. Eine Dokumentation der Grünen Frauen im Bundestag.
rororo aktuell 5353
Dieser Band macht deutlich, wie verbreitet, wie vielfältig, wie verletzend die Übergriffe männlicher Chefs und Kollegen sind.

Lisa Scheuer
Vom Tode, der nicht stattfand
Theresienstadt, Auschwitz, Freiberg, Mauthausen.
Eine Frau überlebt.
rororo aktuell 5239

Christine Swientek
«Ich habe mein Kind fortgegeben»
Die dunkle Seite der Adoption.
rororo aktuell 5119

Awa Thiam
Die Stimme der schwarzen Frau
Vom Leid der Afrikanerinnen.
rororo aktuell 4840

rororo aktuell 4530

Barbara Yurtdaş
Wo mein Mann zuhause ist . . .
Tagebuch einer Übersiedlung in die Türkei.
rororo aktuell 5137

Nicht nur Gertrude Stein...

... haben wir in unserem Verlagsprogramm.

Auch die noch unentdeckte
amerikanische Dichterin **H.D.**
Oder die italienischen Erzählerinnen
Natalia Ginzburg
und **Fabrizia Ramondino.**
Oder - neu -
das ergreifende Buch
der südafrikanischen Autorin
Wilma Stockenström:
DENN DER SIEBTE SINN
IST DER SCHLAF.

Informieren Sie sich.
Fordern Sie
unser Gesamtverzeichnis an:
Arche Verlag AG
Postf. CH 8024 Zürich

ARCHE

Neuerscheinungen Frühjahr '87

Christina Thürmer-Rohr
Vagabundinnen

Feministische Essays

**»Wir sollten die Paradiese auf sich beruhen lassen.
Ich plädiere für diese verrottete Gegenwart. Sie ist unsere einzige Gelegenheit. . .«
Polemisch, geistreich und desillusionierend skizziert Christina Thürmer-Rohr die patriarchalische Zivilisation, die mit ihrer Moral am Ende ist und unbeirrt an ihrer Selbstauslöschung arbeitet.**

Jutta Heinrich
EINGEGANGEN

**»Wenn das Unausdenkbare hervorbricht, zerfallen Wahrheiten zu Lügen und umgekehrt. . .«
Nach einer Reaktorkatastrophe läuft im Rundfunk die Sendereihe »Klopfzeichen«. Aufgebrachte, hilfesuchende oder unerschütterliche Gemüter schreiben an den Leiter der Sendung, Dr. Walter Zorge.
Mit kühner Feder setzt Jutta Heinrich aus diesen ungewöhnlichen Aufzeichnungen ein makaberes Zeitbild zusammen.
Ergreifende, absurde, satirische und bitterernste Geschichten.**

Katalog anfordern bei:

Orlanda Frauenverlag Pohlstraße 64, 1000 Berlin 30

Inhalt *1. Jahrgang 1986, Heft 1:*

Kommentar
Jan Philipp Reemtsma »... *abgesehen von*«
Forschung
Friedericke Littmann Vom Notstand eines Haupttäters — Zwangsarbeit im Flick-Konzern
Gerda Freise »Die Natur der Frau« und die Natur der Naturwissenschaften
Karl Heinz Roth Psychosomatische Medizin und »Euthanasie«: Der Fall Viktor von Weizsäcker
Dokument
Bernd Greiner Atomtests und amerikanische Militärstrategie — Ein Dokument aus dem Jahr 1947
Kritik und Information

Inhalt *2. Jahrgang 1987, Heft 1:*

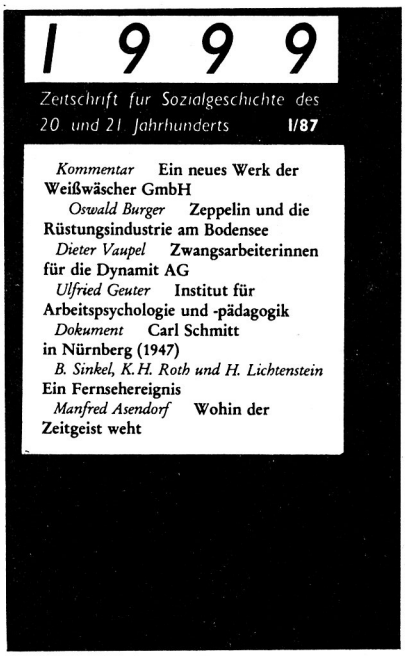
Kommentar
Karl Heinz Roth Ein neues Werk der Weißwäscher GmbH
Forschung
Oswald Burger Zeppelin und die Rüstungsindustrie am Bodensee
Dieter Vaupel Zwangsarbeiterinnen für die Dynamit AG
Ulfried Geuter Institut für Arbeitspsychologie und -pädagogik der Deutschen Arbeitsfront
Dokument
Claus-Dietrich Wieland Carl Schmitt in Nürnberg (1947)
Diskussion
B. Sinkel, K.-H. Roth und H. Lichtenstein Ein Fernsehereignis
Manfred Asendorf Wohin der Zeitgeist weht

1 9 9 9 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
Herausgeber und Verlag:
Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Mittelweg 36, 2000 Hamburg 13,
Telefon (040) 41 40 97 92

Bestellungen beim
Vertrieb inter abo Betreuungs-GmbH
Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1,
Telefon (040) 23 09 92

1 9 9 9 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
erscheint vierteljährlich (1.1.; 1.4.; 1.7.; 1.10.)

Preis: DM 14.- frei Haus
Abonnement: DM 12.- frei Haus
Buchhandelsrabatt 30%
Das Abonnement ist nach Ablauf des vereinbarten Bezugszeitraumes jederzeit kündbar.
ISSN 0930-9977



Aus dem öffentlichen Echo auf Heft 1:

Das erste Heft von *1 9 9 9* ist heute, 1986, eine wichtige, interessante und auch spannende Lektüre — ein gelungener Entwurf (Bernd Hesslein, NDR)

1 9 9 9 — Eine neue Zeitschrift zur rechten Zeit (Heiner Lichtenstein, WDR)

Zeitschriften zur Sozialgeschichte unseres Jahrhunderts, die sich nicht nur an ein Fachpublikum wenden, gehören — zumindest im deutschsprachigen Raum zu den Seltenheiten (Dr. Andreas Wang, NDR)

Themen der nächsten Hefte:

Unbekannte Dokumente über den 20. Juli; Die Deutsche Bank AG und die „Arisierung" der deutschen Wirtschaft; Ein Soziologentag des Reichssicherheitshauptamts 1944; Kriegsneurotiker im I. und II. Weltkrieg; Ribbentrops Testament; Ökonomische Hintergründe der FAZ.

1 9 9 9 — Eine neue Zeitschrift zur rechten Zeit. Sie kennen *1 9 9 9* noch nicht?

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Die erste theoretische feministische Zeitschrift in der Bundesrepublik

Für die *„beiträge"* ist der Feminismus keine Sache für Schönwetterperioden.

Die Zeitschrift will Ernst machen mit der Erarbeitung einer Gesellschaftstheorie, die von der Frauenperspektive aus gesellschaftliche Verhältnisse im kapitalistischen Patriarchat analysiert einschließlich des Verhältnisses zur Dritten Welt und zur Natur.

Die *„beiträge"* verstehen sich als ein Forum der internationalen Frauenbewegung und bringen im Rahmen von Themenschwerpunkten Analysen, Praxisberichte und Theoriediskussionen, die zur Klärung unterschiedlicher Positionen in der Frauenbewegung beitragen sollen.

Mit der neuen Konzeption der *„beiträge"* stehen ab Heft 8 jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Fragen und Probleme im Mittelpunkt. Dazu sind bisher erschienen:

Heft 8	**Gegen welchen Krieg – für welchen Frieden?** (1983)
Heft 9/10	**Neue Verhältnisse in Technopatria – Zukunft der Frauenarbeit** (1983)
Heft 11	**Frauenforschung oder feministische Forschung?** (1984)
Heft 12	**alltag: Natur, Technik, Magie** (1984)
Heft 13	**unser Staat?** (1985)
Heft 14	**Frauen zwischen Auslese und Ausmerze** (1985)
Heft 15/16	**Geld oder Leben** (1985)
Heft 17	**Neue Heimat Therapie** (1986)
Heft 18	**Politik: Auf der Spur – gegen den Strich** (1986)
Heft 19	**Politik: Zeit zum Streit** (1987)
Heft 20	**Sexualität und Gesundheit** (Arbeitstitel, erscheint Sommer 1987)

Die ***„beiträge zur feministischen theorie und praxis"*** erscheinen dreimal im Jahr. ● Bezug: über den Buchhandel sowie Abonnement- und Einzelbestellungen direkt beim Verlag. Umfang: ca. 144 Seiten. ● Einzelhefte (Heft 8 bis Heft 12) 14,– DM, ab Heft 13 Einzelhefte 16,– DM, Doppelhefte 28,– DM, Jahresabonnement 38,– DM. ● Verlag und Redaktion: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 52 64 22 ● Hrsg: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen.

Abonnement-Bestellung

Hiermit bestelle ich ab Heft ..... die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis“* (jeweils 3 Nummern)

als Jahresabonnement zu 38,– DM ☐

als Mitgliederinnenabonnement zu 35,– DM ☐

als Förderabonnement ab 60,– DM ☐

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Redaktion und Verlag: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/526422

Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 7 192 032

Ab Heft 13 erhöht sich der Preis für die Einzelhefte auf 16,– DM. Da der Abo-Preis nicht erhöht wird, kostet dann ein „beiträge“-Heft im Abo nur 12,73 DM – also 3,33 DM pro Heft gespart!

Geschenk-Abonnement

Hiermit bestelle ich ab Heft ..... die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis“* (jeweils 3 Nummern)

als Geschenkabonnement zu 38,– DM ☐

für:

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Rechnung bitte an:

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Das Geschenkabonnement läuft automatisch nach drei Nummern aus, sofern es nicht schriftlich verlängert wird.

Redaktion und Verlag: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/526422

Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 7 192 032